

Kummer, Johann Jakob

Geschichte des Schulwesens im Kanton Bern

Bern 1874

4 Paed.th. 224

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11179998-6

GESCHICHTE
DES
SCHULWESENS
IM
KANTON BERN.

Von

Dr. J. J. Kummer,

gew. bernischem Erziehungsdirektor und jetzigem Direktor des eidg. statistischen Bureau's.

Bern.

Verlag der J. Dalp'schen Buchhandlung (K. Schmid.)

1874.

~~Paed. Th.~~

4°

Rummer

Paed. Th.

224

GESCHICHTE

DES

SCHULWESSENS

IM

KANTON BERN.

Von

Dr. J. J. Kummer,

gew. bernischem Erziehungsdirektor und jetzigem Direktor des eidg. statistischen Bureau's.

Separatabdruck aus der Zeitschrift für schweiz. Statistik, veranstaltet im Auftrag der Tit. Erziehungsdirektion
des Kantons Bern.

Bern.

Buchdruckerei von K. J. Wyss.

1874.



SCHULWESSEN

KANTON BERN

Dr. J. Kappeler

Verantwortlich für die Druckkosten ist der Herr Dr. J. Kappeler, Bern.

1872

Buchdruckerei von J. W. Kappeler

Bern

Geschichte des Schulwesens im Kanton Bern.

Einleitung.

Ohne die Kenntniss seiner Staatsgeschichte kann die Schulgeschichte eines Landes nicht verstanden werden. Denn wenn in irgend einer Einrichtung, so zeigt sich in der Organisation der Schule das Bewusstsein, welches der Staat von sich und seiner Aufgabe hat. Das Bern, welches das ganze erste Jahrhundert seines Bestehens auf ein Gebiet von nur ungefähr einer Quadratstunde beschränkt war und beständig für seine Existenz kämpfte, musste ganz anders zur Schule stehen als das eine halbe Million Einwohner zählende und nahezu 300 Quadratstunden messende heutige Bern, welches zudem nur ein Glied eines grösseren, politisch gleichartigen Ganzen ausmacht; das Bern ferner, in welchem vor nicht 50 Jahren ein aristokratisches Regiment noch die Censur ausübte nicht bloss über die periodische Presse, sondern auch über den Buchhandel, wird anders zur Schule stehen als das neue Bern, in welchem selbst jedes Gesetz oder jeder finanziell wichtige Beschluss der aus freier Volkswahl hervorgegangenen gesetzgebenden Behörde noch einer Abstimmung durch das Volk selbst unterworfen wird. — Zur Orientirung und Uebersicht mögen daher folgende historische Notizen dienen.

Die Stadt Bern wurde gegründet im Jahr 1191 von Berchtold V., dem letzten Herzog von Zähringen und Rektor von Burgund, auf freiem Reichsboden (den er zum Lehen trug), um, wie andere von ihm und seinen Vorfahren gegründete Städte, dem räuberischen Adel als Gegengewicht, der kaiserlichen Autorität und der Ordnung als Stützpunkt zu dienen.

Es ist hier nicht der Ort, auseinanderzusetzen, wie die noch unter Karl dem Grossen erneuerte demokratische Gauverfassung allmählig dem Feudalsystem gewichen war.

Genug, als Bern auf den Schauplatz trat, gehörten Land und Leute in Helvetien einem Hundert von weltlichen und geistlichen Dynasten; freie Männer gab es bald nur noch in befestigten Städten und im Gebirge, dessen Bewohner zur Zeit der Hohenstaufen in treuer Anhänglichkeit an Kaiser und Reich sich nicht nur die alte Freiheit, sondern auch die zu ihrer Bewahrung nöthige Kriegstüchtigkeit bewahrt hatten.

Als nun das Haus der Zähringer ausstarb und bald nachher mit dem Fall der Hohenstaufen ein langes Interregnum eintrat, da fielen auch in Helvetien die Dynasten über einander und über die Freien her, und es schien, als sollten als Sieger aus diesem Krieg Aller gegen Alle zwei grosse Hechte hervorgehen, das Haus Savoyen und das Haus Habsburg, von welchem bereits das eine im Westen, das andere im Norden und Osten den grössten Theil des Landes an sich gerissen hatte. Bern begab sich unter den Schutz bald des einen, bald des andern; Zürich und die Urkantone stellten sich unter den Schirm der Habsburger. Als aber diese ihre Stellung und die kaiserliche Würde dazu missbrauchen wollten, um die freien Reichsleute zu österreichischen Unterthanen zu machen, da stand das Volk auf. Die drei Urkantone verbanden sich gegen Oesterreich und schlugen es, Bern hielt sich tapfer gegen den burgundischen Adel; nachdem Luzern, Glarus, Zug und Zürich sich mit den Urkantonen verbanden, trat auch Bern bei: es entstand der Bund der acht alten Orte, zu welchen später noch Freiburg und Solothurn, Basel, Schaffhausen und Appenzell hinzukamen. Schon in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts war der grösste Theil Helvetien's in der Hand dieser

13 Kantone und der verbündeten und zugewandten Orte; den Löwenantheil hatte durch Eroberung, Kauf, Verburgrechtung adeliger Herren und Auflösung von Klöstern Bern errungen, dessen Gebiet sich vom Lemensee bis fast an den Rhein hinunter erstreckte und wenigstens den fünften Theil der ganzen Schweiz ausmachte, nicht gerechnet den Mitbesitz an den «gemeinsamen Herrschaften». Die Selbstständigkeit der Eidgenossenschaft von Kaiser und Reich, schon seit dem Schwabenkrieg faktisch vorhanden, wurde im westphälischen Frieden förmlich anerkannt.

Aber auch der Grund zur Auflösung dieser Eidgenossenschaft war bereits gelegt. Die *Reformation*, wenn auch ein wichtiger Schritt zur Befreiung der Geister und, namentlich in Bern, der Anstoss zur staatlichen Organisation des Schulwesens, hatte die Eidgenossen in zwei feindliche Parteien geschieden, welche wiederholt zum Schwerte gegen einander griffen und in Bündnissen mit dem Auslande einen Stützpunkt suchten. Schon vorher hatte die Sucht nach Länderbesitz Misstrauen und Bürgerkrieg gepflanzt; das Schlimmste aber war, dass die freien Kantone, Städte wie Länder, sich Unterthanen statt Bundesgenossen erkriegt hatten. Diese Unterthanen, welche nur Herren gewechselt, wurden ein gefährlicher Bestandtheil der Eidgenossenschaft, als die französische Republik Freiheit und Gleichheit aller Bürger proklamierte.

Am entschiedensten wurde das aristokratische Regiment in *Bern* ausgebildet, obschon auch in dieser Stadt ursprünglich alle Gewalt in der Hand der gesamten Bürgerschaft war, welche den Schultheissen, den Kleinen Rath, sowie alle übrigen Beamten selbst wählte, wobei aber gerade die in Bern verburgrechteten Adeligen in Folge kriegerischer und anderer Tugenden mit Hülfe der ärmeren Bürgerschaft ein grosses Uebergewicht behaupteten. Die vier Quartiere errangen Vertretung im Rathe der Sechszehner, welcher dem Kleinen oder täglichen Rathe zur Vorberathung wichtiger Angelegenheiten beigegeben wurde und auch den Rath der Zweihundert wählte, an welchen in kurzer Zeit sämtliche Kompetenzen der Gemeinde übergingen. Indem nun die eigentlich regimentsfähige Bürgerschaft durch Verbot der Aufnahme von Vollbürgern sich immer mehr abschloss und verengte, Rath und Sechszehner sich das unbedingte Recht der Wahlen in den Grossen Rath vorbehielten und hinwieder selbst nur aus den wahlfähigen Männern des Grossen Rathes genommen werden konnten, fiel schliesslich alle Gewalt einigen wenigen regimentsfähigen Geschlechtern zu.

Selbstverständlich war, dass das eroberte Land, die mit Bern Verburgrechteten ausgenommen, keine verfassungsmässigen Rechte besass. Freilich wurden, z. B. vor Einführung der Reformation und bei andern wichtigen Staatsaktionen des Reformationsjahrhunderts, um des Landes sicher zu sein, Abgeordnete desselben in die Stadt berufen oder Boten hinausgesandt, um seine Meinung zu vernehmen. Vom siebzehnten Jahrhundert an kam aber

auch hier der Absolutismus zur Herrschaft und die Versuche, gleiche Berechtigung zu erringen, wurden mit Gewalt niedergeschlagen.

Als aber die Ideen des achtzehnten Jahrhunderts, die Missbräuche in der Verwaltung und die Vorgänge in Nordamerika in Frankreich zur Revolution und zur Einführung der Republik geführt und diese Republik zu ihrer Sicherung in den Nachbarländern Propaganda für ihre Ideen machte, bot ihr das Interventionsgesuch der Unzufriedenen im Waadtland den erwünschten Anlass zur Befreiung und Plünderung der Schweiz.

Umsonst erklärten Schultheiss, Kleine und Grosse Räte und Ausgeschossene der Städte und Landschaften des eidgenössischen Standes Bern durch Proklamation vom 3. Februar 1798, innert Monatsfrist eine Kommission mit der Revision der Verfassung auf Grundlage der Volksrepräsentation durch selbstgewählte Vertreter beauftragen und die neue Verfassung innert Jahresfrist den Staatsbürgern zur Annahme oder Verwerfung vorlegen zu wollen: es war zu spät; nach tapferer Gegenwehr fiel Bern am 5. März 1798, und mit dieser stärksten Stütze war es auch um die alte Eidgenossenschaft geschehen. Die am 12. April 1798 unter französischem Druck aufgestellte Verfassung der *einen und untheilbaren helvetischen Republik* räumt nicht bloss mit allen Unterthanenverhältnissen, sondern mit den Kantonen überhaupt auf. Aus zweien vom Volk durch Wahlmänner gewählten Kammern (Grosser Rath und Senat) geht unter dem Namen «Direktorium» eine Einheitsregierung hervor; das ganze Land zerfällt in 19 ziemlich willkürlich eingetheilte Verwaltungsbezirke; Bern wird z. B. in vier Bezirke zerstückelt (Bern, Oberland, Aargau, Waadt), während die Urkantone mit Zug einen einzigen bilden. Der Sprung war allzu gross! — schon im Januar 1800 lösten die Räte das Direktorium auf und setzten einen Vollziehungsausschuss ein, und nun löst eine Regierung die andere, eine Verfassung die andere ab — unter Beibehaltung der Einheitsregierung, bis endlich diese selbst gesprengt wird und der erste Konsul Bonaparte mit Waffengewalt einschreitet. Ueberzeugt, dass nur durch Herstellung der Kantone den Einflüssen der andern Mächte vorgebaut werden könne, aber nicht geneigt, wieder die Unterthanenverhältnisse aufleben zu lassen, stellte er neben den 13 alten Kantonen (Bern jedoch ohne Aargau und Waadt) sechs neue auf: St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt; in den demokratischen Kantonen wird die Landsgemeinde hergestellt, in den aristokratischen Städtেকantonen ein Repräsentativsystem, bei welchem der Form nach Stadt und Land gleichgestellt waren, aber durch Aufstellung eines Census und eines komplizierten Wahlsystems die Städte im Vorthail sich befanden. In *Bern* fiel bei der Wahl der Grossräthe sofort die entschiedene Mehrheit den Bürgern der Hauptstadt zu. Da aber für die Bedürfnisse des gesamten Landes die Bundesgewalt genügende Kom-

petenzen besass, andererseits auch ein gedeihliches kantonaies Leben nach den damaligen Verhältnissen ermöglicht war, so konnte sich das Land unter der Mediationsverfassung erholen. Ihre schlimmste Seite war ihr Ursprung und die fortwährende Abhängigkeit von Frankreich. Darum musste sie auch mit ihrem Urheber fallen. Sobald, im Dezember 1813, die Alliierten in der Schweiz einzogen, erklärten Schultheiss, Kleine und Grosse Räte des Kantons Bern die Vermittlungsakte von 1803 als aufgehoben und übergaben die Gewalt wieder an «Schultheiss, Räte und Bürger der Stadt und Republik Bern, als den rechtmässigen Landesherrn, welcher vor dem Zeitpunkt unserer Umwälzung Jahrhunderte lang den Freistaat Bern mit Glück und Ruhm regiert hat». Diese treten sofort die Regierung an, auch über den Aargau und die Waadt, mit der einzigen Konzession, dass der Grosse Rath durch 43 Vertreter des Landes ergänzt wird, welche aber, um den Grundsatz zu retten, in's Bürgerrecht von Bern aufgenommen werden. Das war zu viel restaurirt! Die Alliierten liessen zwar den Kantonen möglichste Freiheit der Organisation, so dass die Bundesgewalt wieder wie ehemals auf Handhabung der Sicherheit nach aussen und innen beschränkt wurde; aber die 19 Kantone von 1803 mussten bleiben, auch ein Minimum von politischen Rechten den Bürgern dieser Kantone; Bern erhielt statt des verlorenen Gebietes das Bisthum Basel (den Bezirk Birseck und eine kleine, an Neuenburg fallende Strecke abgerechnet) und musste das Zugeständniss machen, dass der aus 299 Köpfen bestehende Grosse Rath zusammenzusetzen sei aus 200 Vertretern der Hauptstadt, 70 der 27 Amtsbezirke, 17 der kleinen Städte und 12 vom Grossen Rathe gewählten Vertretern. Im Uebrigen bestand die Regierung wie bisher aus 27 Mitgliedern der alten Familien, mit besonderen Kollegien für die einzelnen Verwaltungszweige. — Als neue Kantone wurden mit der Schweiz wieder verbunden Wallis, Genf und Neuenburg.

Dem Kanton Bern war mit der Zutheilung des «*Leberberg's*» keine geringe Kulturaufgabe gestellt. Zwar war dessen Bevölkerung dem Kanton nicht so ganz fremd, hatte sie ja zum Theil sogar den Anschluss an Bern gewünscht. — Zu derselben Zeit, als Bern sich auszubreiten anfang, waren diese burgundischen Landschaften (nur Pruntrut war von Allemannen bewohnt) nebst Besitzungen im Breisgau und und Elsass dem Bischof von Basel durch die Gunst der damaligen Grossen, namentlich des Kaisers, dessen Reichsland sie grossentheils waren, zugefallen. Biel und das Erguel, Neuenstadt, das Münsterthal waren aber schon vor der Reformation mit Bern verbündet und um so mehr nachher von ihm gegen den Bischof geschützt, welcher nur mittelst der verbündeten katholischen Kantone und der Jesuiten in seinen übrigen Landen die Reformation aufhalten konnte. In Basel selbst musste er der Reformation weichen und von da nach Pruntrut übersiedeln (1527). Auch hinderte die weltliche Macht des Fürst-

bischofs die einzelnen Landschaften nicht, ihre alten Statutarrechte beizubehalten; ja selbst für die Erhebung von Abgaben musste er sich die Einberufung von Landständen gefallen lassen. Nachdem der Bischof sich aus Furcht vor seinen unruhigen Unterthanen mit Frankreich verbunden (seit 1739), musste er auch 1792 im Kriege Frankreich's mit Deutschland französische Truppen aufnehmen, worauf 1793 erst der katholische, noch zum deutschen Reiche gehörige, dann 1797 auch der protestantische Theil, in welchen er sich zurückgezogen hatte, der französischen Republik einverleibt wurde; die geistliche Gewalt ging an den Bischof von Strassburg über.

Bei der Vereinigung mit dem Kanton Bern wurde die geistliche Gewalt des Bischofs von Basel provisorisch, d. i. bis zur definitiven Regelung des Bisthumsverhältnisses im Jahr 1828, wieder hergestellt. Die römisch-katholische Religion wurde gewährleistet, ebenso der Fortbestand der Anstalten für den Religionsunterricht, namentlich der Pfarrschulen und der Kollegien von Pruntrut und Delsberg auf dem bisherigen Fusse u. a. m. —

Als im Juli 1830 in Frankreich die Bourbonen gestürzt und das Grundprinzip der Restauration, die Legitimität, über den Haufen geworfen wurde, ohne dass die Garanten des Wienervertrages für denselben einstanden, glaubten auch die Schweizerkantone die Zeit gekommen, sich wieder ohne Einflüsse von aussen frei nach ihren Bedürfnissen zu konstituieren. Ein Kanton nach dem andern beseitigte die Restaurationsregierung und die ohne die Mitwirkung des Volkes aufgestellten Verfassungen. Die zu deren Beschützung verpflichtete Tagsatzung erklärte, sich in innere Reformen der Kantone nicht einmischen zu wollen —, zuletzt von allen musste auch die Bernerregierung der Volksstimmung weichen und einen Verfassungsrath einberufen, bei welcher Bewegung der Jura sich besonders thätig bezeugte.

Erst jetzt fiel das Vorrecht der Städte. Der Grundsatz gleichmässiger Repräsentation nach der Volkszahl wurde aber noch nicht rein durchgeführt. Nicht allein ging nach der Verfassung von 1831 der Grosse Rath aus indirekten Wahlen hervor, sogar ein Sechstel der Repräsentanten wurde von ihm selbst gewählt; die Wählbarkeit war durch ein gewisses Vermögen bedingt; auch waren von den Beamten nur die Geistlichen vom Grossen Rathe ausgeschlossen. Auch jetzt noch blieb neben der aus 17 Mitgliedern bestehenden Regierung ein vom Grossen Rath frei aus seiner Mitte gewählter Rath der Sechszehner, welcher mit ihr zusammen die wichtigsten Geschäfte behandeln sollte. Für die Behandlung der einzelnen Administrationszweige wurden Departemente aufgestellt, in welchen Mitglieder der Regierung an der Spitze standen, aber nicht die Mehrheit ausmachen durften. Trennung der Gewalten, Press- und Vereinsfreiheit, Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, Aufhebung aller Ortsvorrechte waren die politischen, Pflege des Schulwesens,

des Armenwesens, der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels, Reorganisation des Gemeindewesens, der Justiz etc. die volkswirthschaftlichen Grundprinzipien der neuen Verfassung und Verwaltung.

Umsonst wurde nach der politischen Regeneration der Kantone der Versuch gemacht, auch den Bundesvertrag mit den neuen Verhältnissen und Bedürfnissen in Einklang zu bringen. Die kantonalen Schlagbäume und die kantonale Souveränität wollten sich nicht beseitigen lassen. Wie sehr auch die Mehrheit in der Nation nach einem kräftigen Organ ihres Willens verlangte, an der Tagsatzung, wo jeder Kanton ohne Unterschied der Grösse eine Stimme hatte, drang diese Mehrheit nicht durch; daher Demüthigungen von Seiten des Auslandes, Ohnmacht gegenüber inneren Uebelständen. Der Grosse Rath von Bern, obschon in seinem heiligsten Rechte bei Genehmigung der Badener-Artikel betreffend die Stellung des Staates zur Kirche, musste dem drohenden französischen Botschafter gegenüber *peccavi* machen, zur grossen Ermuthigung der damaligen Agitatoren im Jura (1836). Als der Kanton Aargau die aufrührerischen Klöster aufhob, schritt die Tagsatzung ein; Aargau stellte die Nonnenklöster wieder her, in Bezug auf die andern setzte er seinen Willen durch. Die Gründung des Sonderbundes zum Schutze der katholischen Religion und der alten Bünde und die der öffentlichen Meinung zum Trotz durchgeführte Berufung der Jesuiten an die höhere Lehranstalt in Luzern waren die nothwendigen Früchte dieser Zustände.

Nachdem zwei gegen das Haupt des Sonderbundes organisirte Freischaarenzüge missglückt, war in allen Kantonen das eifrigste politische Streben, die nöthige Stimmenmehrheit für eine legale Auflösung des Sonderbundes und Austreibung der Jesuiten herbeizuführen. Unentschiedene Regierungen, wie diejenigen der Kantone Waadt und Genf, wurden beseitigt, diejenige von Bern musste schon desshalb fallen, weil sie sich in der Freischaarenfrage inkonsequent benommen und mit Gewaltmassregeln gegen Diejenigen eingeschritten war, welche in eidgenössischen und kantonalen Dingen auf der einmal eingeschlagenen Bahn vorwärts drängten. Sie ward gezwungen, einen Verfassungsrath zu berufen. Die neue Verfassung stellte nun die reine repräsentative Demokratie her, sogar mit Möglichkeit der Abberufung der Regierung durch das Volk und der Appellation an das Volk in Gesetzgebungsfragen; in dem auf neun Mitglieder reduzierten Regierungsrath wurde das Direktorialsystem eingeführt; dem Volk wurde ein überwiegender Einfluss bei der Wahl der Bezirksbeamten eingeräumt; für den Grossen Rath, von welchem alle Beamten ausgeschlossen, in welchen aber jeder stimmfähige Bürger von 25 Jahren wählbar erklärt wurde, und für die ganze Administration, mit Abrechnung der Geistlichen und Lehrer, wurde die vierjährige Amtsdauer eingeführt. Im Uebrigen waren die Zielpunkte, im Ganzen genommen, dieselben geblieben,

nur in der Verfassung die Grundsätze der Ausführung deutlicher vorgeschrieben; namentlich war dies bezüglich der längst angebahnten materiellen Reformen, Zehntloskauf und Steuerwesen, Armenreform etc., der Fall.

Nachdem in der Tagsatzung die erforderliche Stimmenmehrheit vorhanden war, wurde die Ausweisung der Jesuiten und die Auflösung des Sonderbundes beschlossen und mit Waffengewalt ausgeführt und die Revision der Bundesverfassung an die Hand genommen (1847), nicht etwa in Folge ausländischer Revolutionen, wie man im Ausland jetzt glauben machen will, sondern schon vorher, trotz der Drohnnoten der Grossmächte und der Waffenlieferungen Frankreich's und Oesterreich's an den Sonderbund. Aber die nun folgenden Revolutionen in den Nachbarstaaten hatten den Vortheil, dass die Schweiz das von aussen aufgedrungene Grundgesetz ungestört revidiren konnte.

Und sie that es ohne Ueberstürzung, ohne schroffen Bruch mit der Geschichte. Die Bundesverfassung von 1848 schuf eine Bundesgewalt, ohne die Kantone zu zerstören, eine Repräsentation des Schweizervolkes, ohne die Repräsentation der Kantone zu beseitigen. Sie gab dem Bunde Kompetenzen für Das, was Sache der ganzen Eidgenossenschaft ist und nur durch sie ermöglicht werden kann, liess aber den Kantonen, was sie selbst ohne Schaden für's Ganze verrichten können, jedoch unter Garantirung allgemein menschlicher und bürgerlicher Rechte gegenüber der kantonalen Gesetzgebung. Den Kantonen verblieb z. B. auch ferner die Sorge für Kirche und Schule, Polizei, Strassen etc., der Bund aber erhielt ausser den ihrer Natur nach eidgenössischen Angelegenheiten auch die Kompetenz, nützliche materielle Werke von grösserem Umfang, aber auch eine eidg. Hochschule und ein eidg. Polytechnikum zu errichten. Den Jesuiten und affiliirten Orden wurde jede Wirksamkeit untersagt.

Unter dem segensreichen Walten dieser neuen Verfassung gewann die Schweiz nach aussen und innen grössere Kraft denn je. Unter dem Schutze der Bundesgewalt gestaltete sich ganz frei die Politik der Kantone, je nach dem Verständniss und der Gemüthsrichtung ihrer Bürger, ungestört durch Gewalt von aussen und von innen. Vollends seit auch in den repräsentativen Kantonen das Volk durch Verfassungen oder Gesetze die Verpflichtung übernommen hat, über alle Gesetze und wichtigen Beschlüsse seiner Vertreter abzustimmen und damit ihre Verantwortung zu theilen, kann es sich über keine Vergewaltigung mehr beklagen. Seine politischen Zustände sind sein Werk. Die Gestaltung des öffentlichen Unterrichtes aber ist, wie wir sehen werden, die wichtigste Folge, der eigentliche Prüfstein der politischen Zustände.

Erster Zeitraum.

(Von der Gründung der Stadt Bern bis 1830.)

1. Höheres Schulwesen im alten Kantonstheil.

Bekanntlich waren in der finstersten Zeit des Mittelalters Klöster und Domstifte die einzige Zuflucht der Wissenschaften. Nicht bloss in Helvetien, sondern weit über dasselbe hinaus war St. Gallen berühmt, von welchem aus auch die ersten geschichtlich dokumentirten Samenkörner der Wissenschaft auf das nachmals zum Kanton Bern gehörende Gebiet getragen wurden. Die Besitzungen dieses Klosters in Rohrbach, Kleindietwyl und Leimiswyl wurden im Jahr 817 durch den einem dortigen Bürger ertheilten Unterricht erworben; ebenso schenkte der aus dem Bernerland gebürtige Bischof Eginolf in Lausanne dem Kloster die Ortschaft Hunziken bei Münsingen, 982, aus Dankbarkeit für den genossenen vortrefflichen Unterricht.

Als aber auch die Klöster ihr Licht erlöschen liessen und gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts selbst der Mönche in St. Gallen Keiner mehr lesen und schreiben konnte, da traten die Hochschulen an ihre Stelle. Schon während zwei Jahrhunderten vor der Reformation hatte Bern Freistellen zu Bologna benutzt und sich durch Staatsverträge auch solche zu Mailand und Paris erworben. Von grösserem Einfluss auf unser Land waren aber die neugegründeten deutschen Schulen Wien (1237), Heidelberg (1386), Erfurt (1392), Leipzig (1409) u. a., vollends aber Basel (1460), die erste Hochschule auf helvetischem Boden, wo gleich im Anfang grosse Humanisten, wie Johannes Reuchlin, Erasmus, die Geister anzogen und elektrisirten.

In Bern selbst fand die Wissenschaft weniger Pflege als in andern Schweizerstädten. Die Geistlichkeit, selbst diejenige der Hauptstadt, war sehr unwissend; dazu war die Stadt in den ersten 350 Jahren ihres Bestandes so sehr in Kriege verwickelt, dass laut dem Berichte der Geschichtschreiber in dieser Zeit kaum ein Hausvater in der Stadt gewesen, welcher nicht einen Feldzug für dieselbe mitgemacht.

Indessen ist geschichtlich konstatirt, dass nicht bloss in Bern, sondern auch in mehreren kleineren Städten, wie Thun, Zofingen, Aarberg, Huttwyl, Murten, Brugg, lange vor der Reformation Schulen gewesen; einige Namen von Lehrern in Thun sind schon aus dem vierzehnten Jahrhundert erhalten, solche von Bern schon aus dem dreizehnten; in beiden Städten war der gelehrte Lehrer oft zugleich Stadtschreiber, sogar Chronist. Diese Schulen waren aber nicht Volksschulen im heutigen Sinn, sondern, da in Wissenschaft und Kultus noch die lateinische Sprache gebräuchlich war, Lateinschulen; eine Schulordnung von Brugg schrieb z. B. vor, dass die Schüler in und ausser der Schule lateinisch sprechen sollen, hingegen mit Vater und Mutter deutsch reden dürfen.

In Bern wurde erst 1481 ein Schulhaus gebaut, in welchem aber nach einander mehrere berühmte Lehrer wirkten: Heinrich Wölfl (Lehrer des Niklaus Manuel und Zwingli), der Geschichtschreiber und Doktor Valerius Rüed, Michael Röttli und dessen Neffe Volmar, und Bertold Haller, letztere vier aus der verbündeten schwäbischen Stadt Rottweil.

Nachdem im Jahr 1528 unter Mitwirkung Zwingli's in Bern die Reformation durchgesetzt worden, entstand für die Regierung die Nothwendigkeit, durch Schulen, vorab höhere Schulen, die gegenwärtigen Geistlichen zu belehren und jüngere heranzuziehen. Auf ihren Wunsch sendete ihr der Rath von Zürich die drei ersten Professoren, C. Grossmann, S. Hofmeister und Johann Müller, welche die Glaubenslehre vortrugen und das alte und neue Testament erklärten. Durch tägliche Lektionen im Münster zu Bern und durch besondere Kurse in Thun, Zofingen und Königsfelden wurden Geistlichkeit und Volk in der neuen Lehre unterrichtet. Aus milden Beiträgen und durch obrigkeitliche Dotation wurden behufs Unterstützung armer Schüler der «Schulseckel» und der sogenannte «Mueshafen» gegründet. Für die zwanzig obersten Studenten wurde ein klösterlich eingerichtetes Alumnat errichtet, dessen Plätze später auf 36 (wovon zwölf für die Schüler aus Thun, Zofingen, Brugg) erhöht wurden. Auch wurden Reisestipendien gegründet, mit welchen junge Leute auswärtige protestantische Hochschulen besuchten. Aus dem sehr armseligen Büchervorrath der aufgehobenen Klöster wurde der Grund zur Stadtbibliothek, der ältesten bernischen Bibliothek, gelegt.

Der Keim der späteren Akademie war gepflanzt. Um die zum Besuche derselben nöthige Vorbereitung zu sichern, wurde im Jahr 1548 eine durch die Herren Predikanten und Schulmeister entworfene *Schulordnung* erlassen, welche die Pensa und Prüfungen der Lateinschule in Bern und den kleineren Städten festsetzte. Die sogenannte untere Schule in Bern erhielt fünf Klassen mit einem Schulmeister, einem Provisor, einem Lektor und einem Locat und stand unter den Schulherren (Professoren und Predikanten am Münster). In den Städten Thun, Zofingen, Brugg, wo meine Gnädigen Herren ihre Stipendiaten hatten, sollte ein gelehrter Schulmeister und ein Provisor angestellt werden. Die Wahl derselben behielt sich der Rath in Bern vor; in andern Städten, welche ihre Schulen ganz aus eigenen Mitteln bestritten, wenigstens deren Bestätigung. Die Stipendiaten sollten nicht nach Bern kommen, bis sie *ad lectiones publicas* promovirt werden konnten. Die Aufsicht über die Schulen der kleineren Städte wurde sporadisch durch sogenannte «Deputat-Schulherren» ausgeübt, welche erst gegen das Jahr 1600 eine Gleichförmigkeit der Schulbücher und der Pensen herbeiführten. Religion, Kirchengesang und lateinische Sprache waren fast der ausschliessliche Gegenstand dieses Unterrichtes. —

Ganz so ging die Regierung im Waadtlande vor. Sofort nach der Eroberung der Waadt (1536) wurde in derselben die Reformation eingeführt und zu Lausanne eine Akademie behufs Heranbildung von Geistlichen errichtet, vier Jahre nachher (1540) ein fünfklassiges Gymnasium mit einem Pensionat. Zu den schon vorhandenen Lateinschulen in Moudon und Morges kamen mit der Zeit noch einige in den übrigen Munizipalstädten hinzu.

Durch die *Schulordnung von 1616* wurde ein sogenannter « oberer Schulrath » über alle Schulen des deutschen und wälschen Kantons gesetzt, welcher aus sechs Mitgliedern des Kleinen und viere des Grossen Rathes bestand.

Die sogenannte « obere Schule » wurde in zwei successive Abtheilungen, Philosophie und Theologie, getheilt.

Die untere oder Literarschule, zu welcher noch immer Jedermann Zutritt hatte, erhielt acht Klassen; in ihr Pensum wurde auch die griechische Poesie, Arithmetik, Musik und Deklamation aufgenommen, dagegen die *confessio helvetica* ausgeschlossen; diese Schule wurde durch den sogenannten unteren Schulrath, welcher aus dem Gymnasiarcha und den Provisoren bestand, geleitet; von diesen wurden wiederum Schüler als Aufseher ernannt. Für Prämien und andere Aufmunterungen war gesorgt. Auch den Lateinschulen der Kleinstädte wurde eine Vermehrung der Klassen nach dem Vorbilde Bern's zugemuthet. Jedoch war nicht allein dieses Letztere nicht durchführbar, sondern es trat auch der obere Schulrath gar nie in Wirksamkeit, weil die Herren Predikanten am Münster, welche seit der Reformationszeit unter dem Namen « Konvent » sich an die Leitung der Kirchen- und Schulangelegenheiten gewöhnt hatten, gegen die neue Institution revoltirten. Die Obrigkeit musste nach einer langen Schulanarchie schliesslich nachgeben und im Jahr 1674 einen neuen Schulrath aufstellen, in welchen zuerst der oberste Dekan, dann nach und nach auch die übrigen Geistlichen am Münster aufgenommen wurden.

Musik und griechische Poesie wurden wieder aus dem Pensum der Literarschule gestrichen, der Unterricht in der Arithmetik auf die vier Spezies beschränkt; an der oberen Schule wurde die neue cartesianische Philosophie aus den Vorlesungen und den Bibliotheken der Studenten verbannt und sogar die auf fremden Schulen studirenden Berner vor derselben gewarnt.

Bald nachher fing das Revidiren der Schulordnung wieder an; beständig wurde geflickt: wurde es dabei nicht besser, so wurde es wenigstens anders.

Im Ganzen blieb man im alten Geleise. Im Jahr 1766 machte der von Göttingen zurückgekehrte *Haller* den Versuch, die untere und die obere Schule den neuen Anforderungen entsprechend umzugestalten; er schlug vor, an der Literarschule das Klassensystem mit dem Fachsystem zu vertauschen, zugleich den Unterricht im Deutschen, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte, Geometrie und

Mechanik und Zeichnen einzuführen, die Schreibstunden zu vermehren und dagegen für den Unterricht in den alten Sprachen einen kürzeren Weg einzuschlagen. An der oberen Schule wünschte er eine Professur für vaterländische Geschichte, eine Professur für Naturgeschichte und Mineralogie und für die Studirenden weltlichen Standes einen ähnlichen dreijährigen vorbereitenden Kurs, wie die Theologen einen solchen hatten. Die Kosten dieses Projektes wären auf 2100 Kronen oder Fr. 7500 per Jahr gekommen — eine Kleinigkeit bei den damaligen Finanzzuständen. Von allen diesen Vorschlägen fand keiner Gnade als das Fachsystem, welches aber schon nach zwei Jahren wieder aufgegeben wurde.

Die *Schulordnung vom Jahr 1770* fasst die in den letzten hundert Jahren vorgenommenen Veränderungen wieder in ein Ganzes zusammen. Die obere und die untere Schule waren noch jetzt nichts Anderes als eine Vorbildungsanstalt für protestantische Geistliche und auch hiez zu nicht mehr genügend, indem die aus derselben hervorgehenden Streittheologen zwar wohl gegen Papstthum und Sekten mit den alten Argumenten zu kämpfen verstanden, aber mit den neueren Wissenschaften nicht vertraut waren.

Die Literarschule, in welche der Knabe im Alter von acht Jahren eintrat, nachdem er zuvor den Katechismus auswendig gelernt, lehrte noch jetzt nichts Anderes als Religion und alte Sprachen (im Griechischen wurde das neue Testament gelesen) nebst etwas Geschichte und Geographie, Rechnen, Zeichnen und Singen in den oberen Klassen. Mit sechzehn Jahren gehen die Schüler auf die obere Schule über, wo sie einen zweijährigen Kurs in der sogenannten Eloquenz und einen dreijährigen in der sogenannten Philosophie durchmachen müssen, bevor sie zur eigentlichen Theologie gelangen. Von den acht Professoren des Programms sind mit Ausnahme des Professors der Rechte und des Professors für Mathematik und physikalische Experimente alle für die Theologen bestimmt: 1 für Dogmatik, 1 für Streittheologie, 1 für Hebräisch und Katechese, 1 für Griechisch und Ethik, 1 für Logik, Metaphysik und Physik, 1 für Eloquenz und lateinische Lektüre. Vier dieser Professoren müssen alle 14 Tage eine Disputation leiten.

Dieselbe Ausschliesslichkeit, welche auf dem politischen Gebiet zur Herrschaft gekommen, wird auch im Gebiet der Schule eingeführt. Der Eintritt in die unteren Schulen steht nur Burgern der Hauptstadt und der kleineren bernischen Städte frei; Ausnahmen kann nur der Schulrath bewilligen und er ertheilt sie einzig Solchen, welche « von ehrlichem Herkommen, von gutem Vermögen und besonders guten Gaben » sind. Schweizer aus andern Kantonen können nur eintreten mit dem Vorbehalt, dass sie nie gedenken, in das Studentenverzeichniss oder gar in's Ministerium aufgenommen zu werden. Ausländer sind ganz ausgeschlossen.

So sehr diese Ausschliesslichkeit im Geiste der damaligen Regenten lag, so wurde doch stets von Neuem die Forderung laut, dass die öffentliche Schule nicht bloss für die Bildung von Theologen zu sorgen habe, sondern auch für Männer des Staates und tüchtige Geschäftsleute. Konnte man die bestehenden Schulen nicht zu solchen allgemeinen Bildungsanstalten umwandeln, so lag der Gedanke nahe, neben denselben durch besondere Anstalten — auch wieder Fachschulen — für diese Bedürfnisse zu sorgen. Man machte sich sofort von Neuem an's Reformiren.

Die *Schulordnung von 1779* verbindet mit der Literarschule von acht Jahreskursen eine sogenannte *Kunstschule* mit drei Klassen von je zwei Jahreskursen. Die Fächer der Kunstschule sind: Katechismus und Bibleinleitung, Deutsch, Lateinlesen, Französisch, Rechnen und Mechanik, bernische und Schweizergeschichte nebst allgemeiner Geschichte, Naturhistorie, Architektur und Kunstgeschichte, Schreiben, Zeichnen und Singen. Auch die Literarschule, in welcher zwar das gleichzeitige Abhören von «Katechismus und Sprüchen» in allen Klassen noch beibehalten wurde, erhielt neue Fächer: Sittenlehre, Logik, gesellschaftliche Pflichten und Geometrie, Alles schon in der sechsten Klasse (vierzehnjährige Schüler), und in den beiden oberen Klassen, welche Gymnasium genannt wurden, noch Buchhaltung, Mechanik und Naturhistorie. Beide Parallelanstalten erhielten für das Alter vom fünften bis achten Jahr eine gemeinsame *Vorschule*, von welcher aber, gleichwie von der Literarschule und der Kunstschule, die Bauernkinder, für welche andere Schulen da seien, ausgeschlossen wurden.

Um auch für das eigentliche Regiment tüchtige Leute heranzubilden, wurde im Jahr 1787, zuerst nur auf eine Probezeit von vier Jahren, das sogenannte *politische Institut* für Jünglinge von 14—18 Jahren, welche zuvor die Literarschule durchgemacht, gegründet und dasselbe unter eine rein weltliche Aufsichtsbehörde (Kuratel) gestellt. Das Programm zählt als Fächer auf: 1) vorbereitende Wissenschaften: Religion, Sprachkunde, Universalgeschichte, Statistik, theoretische Philosophie, Moral, Mathematik und Naturlehre; 2) politische Wissenschaften: vaterländische Geschichte, allgemeines bürgerliches Recht, römisches Recht, vaterländisches Recht, Staatswissenschaft oder Politik, Kameralwissenschaft, praktische Anleitung in der Kunst des gerichtlichen Vortrages.

Mag es nun mehr vom Mangel an passenden Lehrern oder mehr von der Gleichgültigkeit der bernischen Jugend gegen die Wissenschaft und ungenügender Vorbildung derselben herrühren, die Kunstschule zerfiel nach kurzer Blüthe und das politische Institut konnte sein Programm nicht erfüllen. Der Lektionskatalog des letzteren pro Wintersemester 1791/92 weist, mehr dem Alter der Schüler als dem Unterrichtsplan entsprechend, nur vier Stunden über bürgerliches Recht und vier Stunden über die Stadtsatzung auf, welche von Juristen gelesen wurden, alle

übrigen Fächer, Religion, Philosophie, alte Geschichte und neuere Statistik, Deutsch und Lateinisch, wurden von Geistlichen ertheilt.

Es war noch ein Glück für den weltlichen Stand, dass für die Akademie und das politische Institut in Johannes v. Müller ein ausgezeichnete Lehrer der vaterländischen Geschichte und in Tralles ein berühmter Mathematiker, dem die Schweiz die ersten trigonometrischen Messungen verdankt, gewonnen wurde. Aber zu einer den Zeitbedürfnissen entsprechenden Organisation der öffentlichen Schulen Bern's kam es nicht. Es wurde zwar im Jahr 1797 von den vorberathenden Behörden der Entwurf einer solchen aufgestellt, aber das alte Bern sollte deren Inkrafttreten nicht sehen.

Noch weniger war natürlich bei «Räthen und Bürgern der Stadt Bern» von den Lateinschulen des Landes die Rede. Es kamen deren zwar im achtzehnten Jahrhundert einige neue hinzu: Büren, Erlach und Nidau. Aber ein Zusammenhang der Schulen der Kleinstädte mit denjenigen Bern's bestand nicht mehr und wurde auch bis zum Jahr 1831 nicht hergestellt.

Wie ungenügend indessen auch Das war, was von Amtes wegen für zeitgemässe Entwicklung der höheren Bildungsanstalten geschah, so war doch die mächtige geistige Bewegung des achtzehnten Jahrhunderts auch in Bern fühlbar; neben Vereinen, wie die ökonomische Gesellschaft, die helvetische Gesellschaft, bestanden mehrere wissenschaftliche Gesellschaften und Journale. Auch die Naturwissenschaften fanden in der Vaterstadt des grossen Haller schliesslich eine Heimath, als Aerzte, Apotheker und andere Freunde der Naturkunde sich zu einer naturforschenden Gesellschaft vereinigten. Durch die Bemühungen dieser Männer entstand gegen das Ende des Jahrhunderts eine Hebammenschule (1782), ein botanischer Garten (1789), eine medizinische Bibliothek (1797), ein naturhistorisches Museum, ja sogar mitten unter den Schrecken des Krieges, 1798, ein medizinisches Institut, eine Art medizinische Fakultät, welches sich bei nur spärlicher Staatsunterstützung bis zur Gründung der Akademie zu halten vermochte. Der Lektionskatalog des Wintersemesters 1799/1800, welcher uns zufällig zur Hand ist, weist nicht weniger als neun freiwillig gehaltene medizinische und naturwissenschaftliche Vorträge mit zusammen 36 wöchentlichen Stunden auf.

In der Zeit der Helvetik aber boten die öffentlichen Bildungsanstalten Bern's einen traurigen Anblick dar. Mit der Plünderung des Staatsschatzes und der Aufhebung der Zehnten und Bodenzinse waren die meisten Hilfsmittel versiegt. Die Studenten auf der Hochschule klagten, das Quartal sei ausgeblieben, den Professoren kam ihr Holz und Korn nicht mehr zu. Der helvetische Unterrichtsminister verwies die Klagenden an die bernische Verwaltungskammer; aber diese hatte nicht Geld. Bald zählten die Schulen weniger Studenten als Lehrer. Die jungen Leute wurden in den Privatinstituten der HH. Zeender

und Meisner untergebracht oder in's Ausland geschickt. Es wurde berechnet, dass auf diese Weise über 4000 Louisd'or per Jahr aus der Stadt in's Ausland wanderten.

Sobald mit der Mediation geregelte Zustände kamen, musste geholfen werden. Da der wieder eingesetzte Kirchen- und Schulrath sonst zu thun hatte, so wurde das höhere Schulwesen der Stadt einer besonderen Behörde, der *akademischen Kuratel*, übertragen, bestehend aus einem Mitglied der Regierung, einem von ihr gewählten Fachmann und einem dritten Mitglied, dessen Wahl der Stadtverwaltung von Bern (in der vergeblichen Erwartung eines Beitrages an die Literarschule) überlassen wurde. Unter der energischen Leitung des Kanzlers v. Mutach, Vorstehers der « akademischen Kuratel », wurde die Literarschule nebst Vorschule wieder aufgerichtet und eine Akademie gegründet und diese Anstalten mit 40,000 alten Schweizerfranken per Jahr dotirt (69 alte Fr. = 100 neue Fr.).

Die *Literarschule* zählte wie bisher acht Klassen, deren drei oberste den Namen Gymnasium trugen; die Bestimmung der Pensen war etwas weniger mittelalterlich, so z. B. der Religionsunterricht mehr geschichtlich als dogmatisch; zu den alten Sprachen war nunmehr bleibend das Deutsche und das Französische hinzugekommen; mit der Mathematik war Unterricht in der Planimetrie, Stereometrie und Trigonometrie verbunden; Geschichte, Geographie und Naturgeschichte fehlten auch nicht, wohl aber noch vollständig Physik und Chemie; gegen das Ende unserer Periode wurden noch Einrichtungen für das Turnen und Schwimmen getroffen und die militärischen Uebungen obligatorisch eingeführt (1819, 1822, 1826). Die Ausschliesslichkeit bei Aufnahmen, wenn auch vielleicht nicht immer dem Buchstaben gemäss ausgeübt, wurde in den Reglementen stets schärfer ausgesprochen. So erklärt noch das Reglement der Literarschule vom Jahr 1823 in § 1: « Der Eintritt in die Literarschule wird nur solchen Knaben gestattet, die nach dem Stand, Vermögen oder Beruf ihrer Eltern auf eine gebildete Erziehung Anspruch machen können. » Es werden daher ausgeschlossen: « alle Unehe-lichen; die Söhne von Eltern, welche in der Klasse der Dienstboten oder in einem ähnlichen Stande sich befinden, und endlich diejenigen Kantonsfremden, die in keiner Stadt verbürgert sind oder die nicht in Folge des Ranges, Standes oder Vermögens ihrer Eltern zu wissenschaftlicher Bildung sich eignen ». Dagegen wurden die Söhne der Vornehmen von Klasse zu Klasse promovirt, wie gering auch ihre Leistungen waren, so dass auch ein Unbegabter sich noch mit Aussicht an die Theologie wagen konnte. Eher, als dass man hieran etwas geändert hätte, nahm man die Demission eines Professor Lutz entgegen (1824). Noch immer spricht das Reglement von einer artistischen (realistischen) Abtheilung; in Wirklichkeit bestand diese Abtheilung nur insofern, als fast in jeder Klasse etwa zwei bis drei Schüler sich nicht am klassischen Unterrichte betheiligten. Allerdings wurde die Zwanziger Jahre

hindurch mit der Stadtverwaltung über Gründung einer Realabtheilung mittelst finanzieller Mitwirkung der Stadt verhandelt; die Verhandlungen blieben aber resultatlos und die Stadtverwaltung gründete 1829 von sich aus die « burgerliche Realschule », so dass jetzt die Literarschule, wie der Regierungsbericht von 1814—1830 sich ausdrückt, « sich wieder ganz auf ihre Aufgabe beschränken konnte ». Dass auch die Schülerzahl, welche in wenigen Jahren (1811) bis auf 277 gestiegen war, im Jahr 1830 schliesslich auf 145 herabsank, schreibt derselbe Bericht den — vermehrten und verbesserten Privatschulen zu.

Die *Akademie*, mit ihren vier Fakultäten den deutschen Hochschulen scheinbar nachgebildet, hatte doch mit diesen weniger Aehnlichkeit als mit der bisherigen « oberen Schule » in Bern. Nur in einer Beziehung glich sie zu ihrem Glück weder den einen noch der andern: in der Oberleitung. Sie stand weder unter dem Kirchenrath, noch auch hatten Rektor, Dekan und Fakultäten dieselbe Bedeutung wie an Hochschulen; dafür aber hatte sie am Kanzler v. Mutach, mit einer kurzen Unterbrechung, von 1805 bis 1830 einen mächtigen Beschützer, dem sie mit Recht wie ihr Entstehen, so auch ihre Erhaltung in einem der Wissenschaft gegenüber sehr sparsamen Gemeinwesen verdankte.

Dass aber die Anstalt keine *universitas*, sondern eine Fachschule für künftige Pfarrer, Anwälte und Aerzte, in erster Linie für Pfarrer war, in welcher das für den künftigen Beruf absolut Nothwendige allein maassgebend war, das zeigt ihre ganze Einrichtung.

Die *philosophische oder philologische Fakultät* war keine den andern koordinirte Fakultät, sondern nur (wie früher) eine Vorschule der Theologie, und hiess daher schon im Reglement von 1805 « untere Theologie »; sie vertrat bei den Theologen das obere Gymnasium und musste nur von ihnen besucht werden. Mit sechzehn Jahren gingen die Schüler von der Literarschule zur Philosophie über, besuchten hier drei Jahre und hernach drei Jahre in der Theologie die vorgeschriebenen Kollegien. In der Philosophie wurde von vier bis fünf Professoren gelehrt: griechische und römische Literatur, neues Testament (!), reine und angewandte Mathematik, Physik, Geschichte und Kritik der alten Literatur, Hebräisch, Philosophie — der Unterricht in letzterem Fache gleich wie die unvermeidlichen Disputirübungen noch immer in lateinischer Sprache, dabei gänzliche Vernachlässigung der deutschen Literatur und der neueren Geschichte.

In der Theologie wurde gelehrt: systematische Theologie (Dogmatik und Moral), alt- und neutestamentliche Exegese, Kirchengeschichte und praktische Theologie, die meisten Vorlesungen in lateinischer Sprache, namentlich die nie zu Ende kommende Kirchengeschichte. Die Vorträge über dogmatische Theologie mussten sich auf die helvetische Konfession gründen; für die übrigen Wissenschaften blieb zwar die Wahl der Handbücher frei, aber

sie konnten von der Kuratel zur Einsicht und «weiteren Verfügung» abgefordert werden; selbst die Kleidung war für Lehrer und Schüler der Theologie durch das Reglement vorgeschrieben; über die Vollziehung wachte der Kirchenkonvent, der die Reinheit der Lehre etc. zu handhaben hatte. Bei den Aufnahmen in's Predigtamt wurde den Kandidaten ein (im Jahr 1816 nur unbedeutend gemilderter) Eid auf die helvetische Konfession abgenommen. Wenn es Aufgabe einer theologischen Fakultät ist, den Glauben der Reformatoren unverändert zu überliefern, so hat die damalige bernische hiezu ihr Mögliches gethan; war auch durch den eindringenden Rationalismus die Orthodoxie etwas ausgewaschen, so wurden doch die Zuhörer glücklich von «Schleier-Macher» ferngehalten. Für die obere Theologie waren stets drei Professoren, Angehörige des bernischen Ministeriums, angestellt; nach der Vereinigung des Leberberg's mit Bern kam noch eine französische Professur für praktische Theologie hinzu.

Die *juristische Fakultät* zählte zwei bis drei Professoren, vorzüglich für Civilrecht und Civilprozess, Kriminalrecht, Staatsrecht und römisches Recht. Der Kurs dauerte zwei Jahre; der Eintritt war schon mit fünfzehn Jahren gestattet und an gar keine wissenschaftliche Vorbildung geknüpft, so dass der Lehrer mitunter selbst bekannte deutsche Wörter vorbuchstabiren musste. Die Prüfungen für die Herren Anwälte, Prokuratoren, Agenten und Notarien, welche für die Anwälte vom Appellationsgerichte, für Notarien von einem durch den Justizrath gewählten Prüfungskollegium geleitet wurden, waren nach den Vorschriften von 1803 noch äusserst bescheiden und hatten vorzüglich Civilrecht und Civilprozess zum Gegenstand. Erst im Jahr 1824 wurden mit Rücksicht auf den neuen Civilprozess die Forderungen gegenüber den Anwälten etwas strenger. Bei solchen Verhältnissen sind die Leistungen dieser Fakultät zu bewundern; das Hauptverdienst kommt dem Professor Samuel Ludwig *Schnell* zu, welcher von 1806 an bis 1843 die bernischen Juristen gebildet und dem Kanton ein neues Civilrecht nebst dem schon genannten Civilprozess gegeben hat.

Die *medizinische Fakultät* zählte nach dem Reglement von 1805 nur vier Professoren, inbegriffen diejenige für Thierarzneikunde; mit der Zeit stieg deren Zahl auf sieben, wozu noch drei bis vier Privatdozenten kamen. Es rührte dies daher, dass in den Kliniken stets Assistenten als Lehrkräfte sich heranbilden konnten und dass auch eine weitere Entwicklung und wissenschaftliche Ausbildung der Thierheilkunde als dringend erfunden wurde; sandte doch die Regierung schon im Jahr 1812 zwei hoffnungsvolle Studenten nach Berlin und Wien, um sich zu Lehrern der Thierheilkunde heranzubilden, von welchen Einer, Professor Anker, durch fast fünfzigjährigen Staatsdienst das Opfer reichlich vergolten hat. — Aber auch die Studirenden der Medizin konnten schon mit fünfzehn Jahren immatrikulirt werden und bedurften keiner wei-

teren Vorkenntnisse als: «orthographisch und grammatisch fertig schreiben, Kenntniss der vier Spezies nebst der Verpflichtung, die Rudimenta der lateinischen Sprache im ersten Halbjahr durch Privatunterricht nachzuholen». Auch das Prüfungsreglement vom Jahr 1807 verlangte von den Aerzten und Apotkekern mehr praktische als theoretische Kenntnisse; von den Thierärzten vollends wird erst seit 1827 eine Prüfung verlangt und auch diese gibt Denjenigen, welche sie genügend bestanden, bloss für gewisse amtliche Funktionen polizeilicher und gerichtlicher Natur einen Vorzug; unpatentirte Thierärzte wurden neben den patentirten «tolerirt» bis auf den heutigen Tag.

Als neue Subsidiaranstalten kamen seit 1806 hinzu: der Antikensaal mit Zeichnungsschule (1808), die Studentenbibliothek, der Thierspital, angekauft 1824, nachdem man sich seit 1808 mit einem ungenügenden provisorischen Lokal beholfen; die Sternwarte (1821), die Anatomie, das chemische Laboratorium, das physikalische Kabinet, die vom Staate eingerichtete Entbindungsanstalt.

Zur Aufmunterung der Studirenden im Arbeiten trugen bei: Prämien, ertheilt aus dem Ertrag des Schulseckels, des von einem Schwiegersohn des grossen Haller, Rathsherr Zeerleder, 1809 gegründeten Haller-Fonds und des von Pfarrer Müsli gestifteten Müsli-Legats.

Die Akademie unterschied sich von der späteren Hochschule auch dadurch, dass sie sich vorzüglich aus einheimischen Lehrkräften rekrutirte. Die bekanntesten Namen sind, ausser dem bereits bekannten Civilrechtslehrer *Schnell*: *Trechsel*, Mathematiker und Physiker, *Meisner*, Lehrer der Naturgeschichte, und sein Nachfolger in der Mineralogie, *B. Studer*, der Philologe *Döderlein*, der Aesthetiker *Jahn* u. s. w.

Auch der Kreis der Studirenden war ein engerer. Zwar nahm deren Zahl stattlich zu, sie stieg von 82 bis auf 197, freilich mit Inbegriff der Philosophie (Gymnasialstufe), welche jeweilen gegen ein Drittel der Gesamtzahl ausmachte. Die Theologen in der oberen und unteren Theologie machten etwa die Hälfte dieses Kontingentes aus, auch waren ihnen und den für die Theologie bestimmten Schülern der obersten Literarklasse durch Reglement von 1806 die (in Geld umgewandelten) Mueshafen- und die Reisestipendien ausschliesslich zugewendet. Und da zum Studium der Theologie Gymnasialstudien nöthig sind, so war es nach dem oben über die Literarschule Gesagten nicht zu verwundern, dass die Bürger der Hauptstadt und der Kleinstädte die grosse Mehrheit, Leute vom Lande die verschwindend kleine Minderheit der Theologen bildeten. Die Theologen machten den ganzen Zeitraum hindurch fast die Hälfte, die Bürger von Bern im Anfang die Hälfte, im Jahr 1831 noch den dritten Theil der Gesamtzahl der Zuhörer aus.

Eine wirkliche Gleichstellung der Fakultäten, der Schüler von Stadt und Land, Lern- und Lehrfreiheit —

das waren Dinge, zu deren Realisirung ein neuer politischer Boden geschaffen werden musste.

Dieser Boden wurde durch die alte Akademie selbst vorbereitet, nicht allein durch philosophisch gebildete Lehrer wie Schnell, sondern auch durch die Studentenvereine, in welchen nicht bloss die Jünger verschiedener Fakultäten, sondern auch die Studirenden der verschiedenen schweizerischen Lehranstalten sich in lebensfrischem Austausch der Ideen von den angeerbten Vorurtheilen befreiten und zum Kampfe für Wahrheit und Recht verbündeten.

2. Die Volksschulen des alten Kantonstheils.

Wenn wir die Geschichte der höheren Schulen der bernischen Städte bis auf diesen Punkt fortgeführt haben, ohne auch nur der Volksschulen zu erwähnen, so geschah dies nicht allein, weil die ersteren geschichtlich früher aufgetreten sind, sondern auch desshalb, weil dieselben während dieses ganzen Zeitraumes fast ohne irgend eine Berührung und vollends ohne Zusammenhang mit den Volksschulen neben denselben herlaufen.

Auch die Volksschule war ein Kind der Reformation. Zwar gab es schon vor der Reformation wandernde Schulmeister, welche durch öffentlich aufgehängte Tafeln marktschreierisch versprachen, innert sechs Wochen das Lesen und Schreiben zu lehren. Ein solcher, Namens Hans Schatz, erhielt im Jahr 1502 vom Rath in Bern die Erlaubniss, Unterricht zu ertheilen, und zog nach zwei Jahren mit Empfehlungen weiter. Von einer öffentlichen Primarschule in Bern hört man aber erst um's Jahr 1546, also ungefähr um die Zeit, als die Lateinschule zu einer Vorbereitungsanstalt auf die obere Schule umgewandelt wurde. Die Reorganisation der Lateinschulen scheint auch in den kleineren Städten allmählig eine Ausseidung Derjenigen, welche nicht zum Studiren bestimmt waren und anfänglich die unterste Klasse der Literarschule mitbenützten, herbeigeführt zu haben. Hiezu kam im achtzehnten Jahrhundert die bereits oben in Bezug auf die Hauptstadt erwähnte Abschliessung der Bürgergemeinden, in Folge welcher die Lateinschulen grundsätzlich für die Stadtbürger reservirt, die Nichtbürger aber sammt und sonders in die Primarschulen verwiesen wurden, welche desshalb in Bern, Burgdorf und Thun den Namen Bauernschule oder Einsassenschule erhielten.

Mit diesen städtischen Primarschulen war es sehr dürftig bestellt. In Bern waren deren im sechszehnten Jahrhundert drei, die Lehrer gehörten dem Handwerkerstande an und kehrten auch, wenn ihnen der Lehrerberuf verleidete, wieder zum Handwerk zurück. Die Lehrer mussten das Schullokal selber liefern und konnten für die Menge der Schüler kaum den nöthigen Raum aufbringen; sie hatten grosse Mühe mit der Disziplin, welche ihnen noch dadurch erschwert wurde, dass bei Anwendung von

Strenge Schüler und Schulgeld ausblieben. Lehrgegenstände waren Lesen und Auswendiglernen von möglichst vielem religiösen Memorirstoff, Psalmensingen etc. und etwas Schreiben.

Von Primarschulen auf dem Lande vernehmen wir im sechszehnten Jahrhundert noch gar nichts und doch musste es, wie schon oben bemerkt, nach der Annahme der Reformation der Regierung daran liegen, den wahren Glauben durch den Unterricht der Jugend zu sichern und zu befördern. Hiefür standen ihr aber keine Organe zu Gebote als die Geistlichen, welche sie erst zu instruiren hatte. Durch die Verordnungen von 1532, 1533, 1581, 1587 wurden dieselben angewiesen, den Sommer hindurch alle vier oder zwei Sonntage oder schliesslich alle Sonntage des Nachmittags einen sogenannten Kinderbericht oder Kinderlehre zu halten, wofür die Regierung Katechismen ausarbeiten liess, welche aber nach und nach, ohne nachweisbare Verfügungen von oben, durch den Heidelberger verdrängt wurden.

Gegen das Ende des sechszehnten Jahrhunderts scheinen indess die vorgeschritteneren Gemeinden, namentlich im Aargau, von sich aus Schulen errichtet zu haben. Es geht dies schon aus einem Cirkular an alle deutschen Amtleute vom Jahr 1603 hervor, in welchem die Regierung die Gemeinden wegen des Anstellens von Schulmeistern belobt, zugleich aber vorschreibt, dass die Bewilligung der Regierung eingeholt werde, weil die fremden Schulmeister durch Verarmung den Gemeinden zur Last fallen oder auch die Einheit des Glaubens stören könnten. Von nun an pflegt die Regierung auch beim Bau von Schulhäusern oder bei Anlegung eines Schulfonds mit einmaligen Beiträgen und, bei Gründung von Schulen, mit Zusicherung jährlicher Zuschüsse sich zu betheiligen; aber sie unterlässt auch nicht, in oben angedeuteter Weise sich die Oberaufsicht zu wahren. Die «Schulform für beide Gemeinden Erlispach und Kilchberg» vom Jahr 1609, welche kaum isolirt dastehen wird, enthält folgende Vorschriften: Die Schule beginnt nach Vollendung der Feldarbeiten und soll dann wenigstens zwölf zusammenhängende Wochen dauern; wer die Schule länger benutzen will, kann es gegen besondere Bezahlung thun; im Sommer ist keine Schule, aber die Schüler sind verpflichtet, in der Kinderlehre den Katechismus aufzusagen. Die Kinder können in jedem Alter, in jeder Zeit eintreten, müssen aber dann wenigstens drei Winter nach Möglichkeit die Schule besuchen und auch im Falle Ausbleibens das Schulgeld bezahlen, die Reichen vollständig, die Armen zur Hälfte, während die andere Hälfte oder nöthigenfalls auch das Ganze aus dem Kirchengut zu verabfolgen ist; Eltern, welche ihre Kinder gar nicht zur Schule schicken, sollen vom Chorgericht ermahnt und eventuell bestraft werden. Die Verordnung sorgt auch in allgemeinen Ausdrücken für Behausung und Besoldung des Lehrers und Anschaffung von Katechismen für die Schüler auf Kosten des

Kirchengutes. Gegenstände des Unterrichtes sind: im ersten Winter Kenntniss der Buchstaben und Lesen, im zweiten Winter Lesen von Gedrucktem und Geschriebenem, Kenntniss der Zahlen und Schreiben, im dritten Winter überdies Beten und Einprägen des Katechismus. Der Lehrer soll mit den Schülern die Kinderlehre fleissig besuchen, « uf dasz ire Eltern und Jedermann sechen möge, wie flissig oder unflissig er gsin, auch wasz die Jugend neben disem Zitlichen auch zum Ewigen für Nutz und Frommen in der Schul schaffe; und alsdann erst gwhar werdint, wie väterlich, herzlich und gut es ein christenliche Obrigkeit und ire Vorstender mit ihnen meinind ». Auch diese Verordnung wiederholt das Verbot, fremde Schulmeister ohne Erlaubniss einer hohen Obrigkeit anzustellen, « uf dasz kein böses Dogma in die unfürsichtige Jugend gesteckt werde ».

Im Jahr 1615 berief die Regierung nach langer Unterbrechung zum letzten Mal die gesammte Geistlichkeit zu einer Synode zusammen und zwar, um ihr durch Abgeordnete ihren Willen zu eröffnen, dass in grossen Gemeinden zur Unterweisung der Jugend Schulmeister angestellt und dieselben aus gemeiner Steuer oder, in armen Gemeinden, aus dem Fürschuss des Kirchengutes erhalten werden.

Dasselbe wird vorgeschrieben durch einen Erlass vom 12. April 1616 an die deutschen Amtleute; wir können uns nicht enthalten, diese erste Landschulordnung, welche den Standpunkt der Regierung in jeder Beziehung so deutlich bezeichnet, zum grösseren Theil wörtlich wiederzugeben: « Demnach wir zu Gmüt und Herzen geführt, die Verböserung aller Stenden bi diser letsten Zit, insonderheit die grobe Unwüssenheit und Unerkannuss Gottes Worts und der Geheimnuss seiner heil. Sacramenten, die (leider) diser Zit bi iren vilen Jungen und Alten, befunden wirt, also das die selben im Handel des Glaubens (uf dem ir Heil und Seligkeit besteht) schlechtlich gegründet und unterrichtet sind, dahar dann desto mehr wider Gott und sin Wort, und unser der Oberkeit christenliche Gesetz und Ordnungen durch allerhand Sünd, Laster, Missethat und Uebertretung etc. schwerlich gesündigt und verfällt und dardurch Gottes gerechter Zorn und Straf über uns gereizt wirt, habend wir die Pflicht unseres oberkeitlichen Ampts zu sin erkennt, nit allein für die zitliche Wolfart unser von Gott anbevolhner Underthanen, sondern auch das Heil irer Seelen zu trachten, derwegen nach Mittlen gesinnet, dardurch die Unseren, besonders die Jugend, in besserer Gottsforcht, mehrem Bericht der Erkannuss seines heil. Worts und der Geheimnuss der heil. Sacramenten, und durchus irs Glaubens halben uferzogen, angeführt und unterrichtet werden mögind. Harzu wir dann dhein [kein] bequemer Mittel noch Beförderung befinden können, dann dass an Orten da grosse Gemeinden sind, zu Lehr und Unterweisung der Jugend, Schulmeister angestellt und erhalten werdind. Und uf söch End hin

unsern Verordneten die von uns jüngstverschinen Jars uf die General Kapitel abgesendt worden, in Bevelch uferlegt, den Fürgesetzten in geistlichen und weltlichen Stand, sölichen unsern Willen und Vorhaben zu eröffnen und durch ir Mittel die Verordnung thun, dass an Orten da es erforderlich, tugendliche und reformirte Schul- und Lehrmeister verordnet und von jeder Gmeind, es sye us gemeiner Stür oder dem Fürschutz des Kilchenguts (wo arme Gemeinden werend) erhalten werdind, welcher Verordnung und Anstellung in jedem Ampt wir bericht werden sollen (als mehrentheils Orten beschechen), darzu die vernere Gebür und Notdurft zu verschaffen. Und damit die Schul- und Lehrmeister theils desto bas us dem Einkommen des Kilchenguts (wo us Mangel anderer Mittel man darzu grifen müsste,) erhalten werden mögind, habend wir angesechen und bevolchen, dass das Kilchengut nützlicher verwendet und angewendt werde dann bishar villicht beschechen, die Missbrüch und überflüssige Verzehrung desselben aufgehebt und erspart, die Rechnungen desselben nach jedes Ampts und Orts Glegenheit in lidenlicher Anzal der Fürgesetzten vom geistlichen und weltlichen Stand, und nit mit solchem Zulauf und Ueberfluss der Personen als bishar beschechen, von den Pflegern oder Verwaltern ervordert und erfahren wie dieselben darmit umgangen, wohin es verwendt worden, wo überflüssig und unnotwendig Usgeben sich beschine, dasselbe abgestellt werde, wie auch die Verehrungen, so man an etlichen Orten gewont gsyn, den Amptluten oder Pflegern us demselben Kilchengut zu thun, als auch unser Will und Verstand ist, das Kilchengut an andern Orten, da man es glichwol nit zum Theil darzu bruchen müsste, wol verwaltet werden sölle.

« Dannethin haben wir ouch angesechen und bevolchen, damit die Frucht und Nutzbarkeit der angestellten Schulen und der Jugend gefasste Lehr und Erkannuss des Worts Gottes desto mehr gespürt und die Personen so sich Anfangs zu dem Tisch des Herren verfügen wellend, ires Glaubens desto bessere Rechnung geben, und die heil. Sacrament würdiglich bruchen könnind, haben wir angesechen und bevolchen, dass unsere Kilchendiener und jeder derselben in siner Gmeind sowol die Jugend, welche in den angestellten Schulen unterrichtet werden söllen, als ouch andere Personen die lehrens und unterrichtens in dem Handel ires Heils manglen möchten, zu gwüsser Zit von Haltung des heil. Nachtmals in der Kilchen oder Pfrundhaus, in Bysin zweier Chorrichteren oder anderer erbaren tugentlicher Personen, desshalb als ouch des heil. Taufs nach Notdurft vornemmen, unterwissen und berichten söllen, wie auch die jungen Ehlüth so Unterricht bedörfend was der Ehestand sye, damit sie einanderen die Thrüw und Pflicht leistind, so si nach Gottes Wort schuldig sind, uf das desto minder Untrüw, Uebertretungen und Zertrennungen in diserem Stand zutragind. »

Wie schon früher bemerkt, trat der durch die Schulordnung von 1616 für alle Schulen zu Stadt und Land aufgestellte obere Schulrath wegen der Opposition der übergangenen Stadtgeistlichkeit nie in's Leben und es riss in Folge hievon im gesammten Schulwesen eine circa sechszig Jahre anhaltende Anarchie ein, welche erst durch einen Kompromiss zwischen den streitenden Parteien ihr Ende fand. Im Jahr 1675 erliessen Schultheiss und Rath der Stadt Bern die erste gedruckte Schulordnung, welche folgende Vorschriften enthält:

Erstlich sollen in allen Kirchhöfen an den bequemsten Orten Schulen erstellt werden.

Dann sollen die Gemeinden wo möglich eigene Schulhäuser kaufen oder bauen oder gegen Zins miethen.

Die Winterschule beginnt am Gallentag, für die grösseren Schüler am ersten November und dauert bis zum ersten April, die Grösseren können jedoch bei vorgerückter Jahreszeit etwas früher entlassen werden. Auch die Fortsetzung der Schule im Sommer wird gewünscht.

Bei der Wahl der Lehrer wird die Mitwirkung der Kirchenvorsteher und Amtleute vorbehalten. Dieselben sind durch ein Examen zu prüfen und sollen gottesfürchtige Personen sein. Sie sollen den Kindern ein gut Exempel geben, sie verständlich und ausdrücklich lehren beten, lesen, sowohl das Gedruckte im Psalmenbuch, Testament und Bibel als auch das Geschriebene, darnach die Grösseren im Catechismo unterweisen und zum Schreiben anhalten (vom Rechnen ist nicht die Rede).

Die Ruthe, welche sogar auf der höheren Schule in Bern gebraucht wird, darf auch hier mit Maass angewendet werden.

Die Schule beginnt mit Gebet und Psalmengesang; der Schulmeister soll während den Stunden nicht andern Geschäften nachgehen, wie öfter geschieht, auch keinen Tag ohne Erlaubniss versäumen.

Die Gemeinden sollen dem Lehrer einen bestimmten Lohn einhändigen, damit dieser ihn nicht selbst mit Verdruß einsammeln müsse; auch die Besoldung verbessern, wo sie zu gering ist. Armen Kindern soll in der Beschaffung von Büchern, Kleidern und Nahrung durch die Gemeinde geholfen werden.

Die Eltern säumiger Kinder sollen sich des Sonntags bei den Vorstehern verantworten und die Schuldigen (Kinder oder Eltern) bestraft werden.

Auch die Erwachsenen sollen in den Kinderlehren antworten und in der Schule den Gesang mit einüben.

Am Ende des Schuljahres werden Examen gehalten, an welchen die Gemeinden den fleissigen Kindern zur Aufmunterung Prämien austheilen mögen.

Die Vorsteher sollen die Schulen alle Wochen oder alle vierzehn Tage besuchen, säumige Kinder oder Eltern warnen und hernach dem Chorgericht oder den Kapiteln anzeigen.

« Diesem nach wollend wir alle Amtleute, Vorstehender der Gemeinden, Schulmeister und übrige so es ansieht, ernst-väterlich vermahnt haben, obbeschriebener Regul, so vil dieselbe einen jeden berührt, nach beschaffenheit des orts, fleissigest nachzukommen, und fahls der einte oder andere Vorstehender der Gemeind, die heilsame Erkenntnuss Gottes, es seye durch Sommer-Schulen oder wochentliche Repetitionen, oder auf ein andere manier zu äuffnen sich getrauet, werdend wir dasselbe zu höchstem gefallen aufnehmen, der hoffnung, wann dises alles durchgehnds werde geübt werden, dass dardurch die Ehr des Allerhöchsten Gottes, und der Kindern Heil und Seligkeit werde befördert, wie auch vil abgöttische und abergläubische Greuel, darzu vil wegen ihrer groben unerkanntnuss verführet werden, abgeschaffet und neue jrrige Lehren hinterhalten werden. Darzu dann der Allerhöchste Gott und Vatter unseres HErrn JEsu Christi sein Gnad und Segen väterlich mittheilen wolle, Amen. »

Dieselben Vorschriften wurden in einer französisch geschriebenen Schulordnung vom Jahr 1676 dem *Waadtland* gegeben; diese Vorschriften wurden ergänzt durch die im achtzehnten Jahrhundert aufgestellten Predigerordnungen. (Einlässlicher in die Schulgeschichte des Waadtlandes einzutreten, scheint uns nicht nöthig, nachdem dieselbe vom Sekretär des Waadtländer Erziehungsdepartements in so trefflicher Weise dargestellt worden ist: « Histoire de l'instruction publique dans le canton de Vaud, par Ch. Archinaud, pasteur » — Lausanne, 1870).

Nachdem die Regierung im Jahr 1717 sich wieder veranlasst gesehen, sich der Schulen wegen durch ein Cirkular an die Amtleute zu wenden, durch welches das Ausserlandesziehen nicht admittirter Kinder verboten, die Verlängerung der Winterschulen und Bestrafung nachlässiger Eltern in Erinnerung gebracht werden musste, erschien im Jahr 1720 die « Erneuerte Schul-Ordnung Für Der Stadt Bern Teutsche Landschaft » (von Neuem aufgelegt 1769 und 1788).

Diese Schulordnung ist, im Ganzen genommen, nur eine Wiederholung derjenigen von 1675. Einige Sätze der letzteren werden folgendermassen erweitert und verschärft:

Es wird in Betreff der Sommerschule verlangt, dass sie alltätlich oder dann wenigstens ein bis zwei Tage per Woche abgehalten werde.

Bei der Anstellung von Lehrern soll nicht bloss auf die Heimath und Freundschaft, sondern auf Tüchtigkeit gesehen und der Lehrer hernach durch den Pfarrherrn noch besser unterwiesen werden.

Die Lehrer sollen sich nicht durch ihre Weiber oder junge Kinder vertreten lassen, sondern entweder selbst oder durch tüchtige Personen den Unterricht ertheilen.

Wie der Schullohn, so soll auch das Schulholz dem Lehrer von der Gemeinde geliefert und nicht letzteres von den Kindern scheiterweise gebracht werden.

Kein Kind soll aus der Schule entlassen werden, bis es fertig lesen kann und den Katechismus und den wahren Grund der Religion gelernet hat, was durch öffentliche Prüfung vor den Chorrichtern und der Gemeinde zu konstatiren ist. Auch ist bei Anstellungen ausserhalb der Gemeinde diese Entlassung durch ein Zeugniß zu bescheinigen.

Ferner werden die Erwachsenen nicht allein zum Antworten in der Kinderlehre und zur Theilnahme an der Singschule verpflichtet, sondern noch für längere Zeit zu Repetitionen in der Schule (!) angehalten. —

Nachdem wir die das Landschulwesen betreffenden Vorschriften des siebenzehnten und achtzehnten Jahrhunderts mitgetheilt, wird man sicherlich auch etwas von den Resultaten der Volksschule in dieser Zeit zu vernehmen wünschen.

Hierüber sind leider keine allgemeinen Berichte vorhanden; auch wird die Regierung selbst von denselben wenig andere Kenntniß gehabt haben, als was aus den Verhandlungen der geistlichen Kapitel entnommen werden konnte. Eine einlässliche Schulinspektion kann bei der Auffassung, welche die damalige Regierung sowohl von ihrer eigenen Aufgabe als von derjenigen der Schule hatte, kaum erwartet werden.

Ganz anders nach Proklamirung der politischen Freiheit und Gleichheit durch die helvetische Republik. Jetzt galt es, zu untersuchen, ob die Bürger auch fähig seien, von der plötzlich erhaltenen politischen Freiheit den richtigen Gebrauch zu machen, und wenn nicht, ihnen diese Fähigkeit zu verschaffen. Die Enquête, welche der Minister der Künste und Wissenschaften, Stapfer, im Jahr 1798 veranstaltete, wirft ein merkwürdiges Licht auf die damaligen Schulzustände.

Er sendete den Regierungsstatthaltern Formulare zu mit Fragen über die Lokalverhältnisse, den Unterricht, die Personalverhältnisse und die ökonomischen Verhältnisse der sämtlichen Volksschulen, welche Fragen von den Lehrern beantwortet werden sollten. Aus denjenigen Gemeinden, welche den sogenannten alten Kantonstheil des gegenwärtigen Kantons Bern ausmachen (der neue Kantonstheil, der bernische Jura, gehörte damals zur französischen Republik), gingen die Antworten von 419 Schulen, wovon drei Privatschulen, ein, welche auf dem eidgenössischen Archiv erhalten sind. Von 26 Gemeinden sind leider keine Antworten vorhanden *).

Die Fürsorge der Regierung für das Landschulwesen war vorzüglich auf das Aeusserliche, den Leib derselben gerichtet gewesen: Schulhäuser, Schulfonds, Besoldungsverhältnisse. Gleichwohl stand es auch in dieser Beziehung traurig genug. Von den 419 Schulen, deren Antworten vorliegen, befanden sich bloss 302 in Schulhäusern oder

Schullokalen, welche den Gemeinden eigenthümlich gehörten, und von diesen waren nach den Berichten etwa zwei Drittheile in schlechtem Zustand, eng, niedrig, feucht oder baufällig; so berichtet z. B. ein Lehrer aus dem Seeland: « Dasselbe ist alt und baufällig, wird aber gegenwärtig von Brandbeschädigten bewohnt, und enthält verschiedene Stuben. Die Schule wird nun aus jenem Grunde in der Stube eines andern Gebäudes gehalten, die dazu gemiethet wird; weil der Lehrer keine eigene Behausung für sich hat, so erhält er zwar keinen Hauszins, allein er ist angewiesen, bei den vermögendsten Dorfbürgern in der «Kehr» zu gehen, und erhält bei ihnen Kost und Nachtlager. » — Die Schulfonds, obschon bei vielen Gemeinden vorkommend und oft mit grossen Anstrengungen unter Mitwirkung der Regierung zusammengebracht, sind gleichwohl unbedeutend.

Allgemein ist die Klage über schlechte Besoldungen. Von unseren 416 öffentlichen Schulen (nach Abrechnung der drei Privatschulen) weisen

227	eine Besoldung von . . .	0—20 Kronen auf,
104	» » » . . .	20—30 » »
35	» » » . . .	30—40 » »
22	» » » . . .	40—50 » »

28, worunter die stadtbernischen, über 50 Kronen (21 Kronen = 75 neue Fr. = 20 preussische Thaler).

Allerdings haben eine Anzahl Lehrer neben der Baarbesoldung noch Naturalnutzungen nicht bloss in Holz, Wohnung oder Pflanzland, sondern auch in Getreide; dem steht aber gegenüber, dass eine noch viel grössere Zahl und zwar gerade solche der untersten Besoldungsklassen nicht bloss solcher Nutzungen nicht theilhaftig sind, sondern sogar noch das Schullokal liefern oder aus eigenem Geld die Miethe theilweise bezahlen müssen.

Was unter solchen Bedingungen für Lehrer erhältlich waren, kann man sich denken. Schneider, Schuster, Leineweber, Zimmergesellen, Knechte, aus holländischen, französischen oder österreichischen Diensten heimgekehrte Söldner, das waren die Bewerber um Schulmeisterstellen. Auch wird in der Regel das frühere Handwerk oder die Landarbeit neben, sogar während der Schule fortgesetzt, weil die Besoldung das nöthige Auskommen nicht gewährt. Doch lassen wir einige Lehrer selbst antworten auf die vom Minister gestellten Fragen nach Heimath, Alter, Familie, Dauer des Lehramts, früherem Beruf und jetzige Nebenbeschäftigung neben dem Lehramt.

Der Lehrer von Bannwyl z. B. antwortet: « der Lehrer war vom Eilften Jahr weg Schumacher und Liebhaber der Wissenschaften. » — Derjenige von Aeschlen: « dess schul mans namen heisst Jakob Tschantz uon äschlen bei Sigrisswyl Sein alter Ist 30 Jahr ich hab familljen Ich hab 3 Kinder Ich bin 5 Jahr schuldinner uor här bin ich allezeit hierorts gewäsen min be Ruff war for här auff dem fäld zu arbeiten ich hätte neben dem lehrren noch andere ausrichtungen ich muss for der

*) Der Kanton besass bei einer Bevölkerung von 217,165 Einwohnern (Zählung von 1798) circa 500 Volksschulen (1 Schule auf 435 Seelen).

schul mein fisch füttern.» — Derjenige von Guttannen sagt von sich: «Vor dieser Pflicht im Dienst Knächt gewässen. Neben dem Lehramt hat er keine Precisse Verrichtung zu diesem wann es Jemand begert hätte, wehr er kaum kómen doch wegen geringem Lohn.» — Derjenige von Frutigen sagt: er sei vorher «von seinen Eltern zum Landbau gebraucht worden, ausgenommen drei Monate, während welcher er bei einem Schulmeister in Thun in der Lehre gewesen».

Worin diese Lehrer unterrichteten, wissen wir bereits aus der Schulordnung: Lesen, auswendig lernen von religiösem Lehrstoff, Psalmen singen, schreiben. Hören wir auch darüber die Antworten einiger Lehrer. Derjenige von Mülchi schreibt: «Erstlich sie Lesen, darnach den Heidelberger auswendig, darnach Psalmen und vestgesänge einige mehr die andern weniger auch biblische Sprüche und einige von Hübners Historien, auch den catekisischen Wegweiser der zur Unterweisung zum h. Abendmahl dient auch Lehrnen die meisten Sonderbar die knaben Schreiben und geschriebenes lesen.»

Der von Niederried berichtet: «In der Schul wird aussen gelehrt, Schreiben und Lessen, Buchstabiren *enchantes* oder Singen.»

Schreiben und vollends Rechnen wird nicht mit Allen getrieben, sondern mit einigen Auserwählten am Schluss der Schule oder am Samstag. Vom Rechnen sagen einige Lehrer, sie verstünden es selbst nicht gar wohl, auch sei es nicht nothwendig, es zu lehren, Andere, es werde wenig geachtet; in Limpach gibt der Pfarrer Unterricht in der Geographie und im Rechnen; letzteres hofft der Lehrer bald übernehmen zu können; in Nidau ist auch Rochow's Katechismus der gesunden Vernunft eingeführt. Die Hauptbeschäftigung scheint das Buchstabiren, Lesen und Memoriren gewesen zu sein; jedes Kind, welches lesen konnte, lernte aus dem Heidelberger oder Psalmenbuch laut auswendig, so dass ein förmliches Gesumme entstand, und der Lehrer hörte eines nach dem andern ab und notirte zu Handen der Examen-Tabelle, wie viel Heidelberger-Fragen, Psalmen oder Hübner'sche Historien ein jedes Kind auswendig gelernt. Bei dieser Methode ist es begreiflich, dass die meisten Lehrer die Frage: sind die Kinder in Klassen getheilt? verneinen. Einige fortgeschrittenere haben indess Klassen, z. B. Rohrbachgraben: «a. Buchstabiren und Lesen; b. die auswendig lernen; c. die noch dazu Schreiben und Geschriebenes Lesen.» Langenthal: «In der 1^{ten} Klass sind A. B. C. Kinder, in der 2^{ten} Klass Buchstabier Kinder in der 3^{ten} die Leser in der 4^{ten} Klass solche die auswendig lehren. Diese letzteren sind wiederum in 2 Klassen eingetheilt, nemlich 1^{tens} die ihre Sachen erlernet oder 2^{tens} noch zu erlernen haben.»

Diese Methode des Unterrichtes entsprach übrigens ganz nicht bloss Demjenigen, was man von der Schule

erwartete, und von nicht pädagogisch gebildeten Lehrern erwartet werden konnte, sondern es war auch bei der Unregelmässigkeit des Schulbesuches ein stufenmässiges Fortschreiten und eine strenge Klasseneintheilung unmöglich. Die Sommerschule, welche nur an einem oder zwei Tagen der Woche, im Oberland nur an Sonntagen vor oder nach der Predigt, in vielen Gemeinden aber, namentlich des Seelandes, noch gar nicht gehalten wurde und überall sehr schwach besucht war, konnte nur zum Repetiren und etwa zum Schreiben benutzt werden. Aber auch im Winter erschienen viele Kinder bloss ein paar Tage oder Wochen, und manche Lehrer beklagen sich, dass die Schüler vom eilften oder zwölften Jahre an die Schule nicht mehr besuchen.

Das waren die Schulzustände, welche die helvetische Regierung vorfand. Der Minister der Künste und Wissenschaften beabsichtigte zwar allerlei neue Schöpfungen auf dem Gebiete des höheren Schulwesens, aber am allerdringendsten erschien es ihm, einmal für diejenige Volksklasse zu sorgen, welche bisher am meisten vernachlässigt worden war. Er arbeitete sofort ein Volksschulgesetz aus, welches vom vollziehenden Direktorium unter'm 18. Nov. 1798 den gesetzgebenden Ráthen mit einer empfehlenden Botschaft übermittelt wurde.

«Kein Staat — sagt dieselbe — ist durch seine innere Einrichtung lauter aufgefordert, die Ausbreitung nützlicher Kenntnisse unter allen seinen Bürgern und die Veredlung des Nationalcharakters zum Hauptzweck der Bemühungen seiner Beamten zu machen, als derjenige, dessen Verfassung allen Bürgern gleiche Rechte zusichert und den Zugang zu allen Stellen ohne Ausnahme öffnet.

«In Ländern, wo nur einige oder wenige Familien sich das Recht anmassen, Vormünder und Führer der übrigen zu sein, ist es begreiflich oder selbst Vorsichtsmaassregel, dass der Volksunterricht als Nebensache behandelt oder gar aus Furcht der Aufklärung, mit welcher das Menschengeschlecht mündig wird, vernachlässigt werde.

«Aber *da*, wo die Volksgunst Jeden ohne Ausnahme zu den ersten Stellen des Staates erheben und ihm einen Einfluss verschaffen kann, der in den Händen der Unwissenheit oder des Eigennutzes zum Verderben des gemeinen Wesens wird, da die Belehrung und Ausbildung des Volkes nicht zum Hauptgeschäfte machen, heisst in der That, das Heil des Vaterlandes auf die unverantwortlichste Weise auf's Spiel setzen. Wenn das Steueruder jedem Schiffmann nach der Reihe oder irgend einem ohne Ausschliessung eines einzigen in die Hände gegeben werden kann, so ist es ja der ganzen Mannschaft daran gelegen, dass Keiner in's Schiff trete, welchem es an Kenntnissen und Tüchtigkeit zur Führung des Steuers gebricht.

«Allein auch zum Wählen braucht es Einsicht und Rechtschaffenheit; und wenn es wahr ist, dass die Besorgung der öffentlichen Angelegenheiten eines Volkes

durch Stellvertretung diejenige Staatsform ist, welche die Entwicklung aller Menschenkräfte und ihre Vervollkommenung in's Unendliche am wirksamsten befördert, so ist es nicht weniger auffallend, dass die Aufregung aller Leidenschaften und der Wettstreit aller Talente, welche jene Regierungsart veranlasst, nur durch allgemeine, gleichförmige und der Sittlichkeit günstige Volksbildung für's gemeine Beste wohlthätig gemacht werden kann.

« Allein noch bevor Ihr einen allgemeinen und umfassenden Blick auf alle Bildungsanstalten der helvetischen Nation werdet werfen können, so ist es durchaus nothwendig, durch einige vorläufige Einrichtungen denjenigen Theil des Unterrichtes zu beleben, welcher bisher am meisten vernachlässigt wurde. Es ist nur zu bekannt, in welchem elenden Zustande sich die Volksschulen fast überall in Helvetien befinden. An vielen Orten sind gar keine Schulhäuser; an andern Orten sind sie nicht hinreichend für die Bedürfnisse des Unterrichtes oder höchst unbequem eingerichtet.

« Die Schulmeister sind schlecht besoldet. Es fehlt ihnen an den Kenntnissen und Fertigkeiten selbst, welche sie ihren Lehrlingen beibringen sollen; die Lehrgegenstände reichen keineswegs an die Bedürfnisse des Menschen, der seine Würde fühlen, und des Bürgers, der seine Rechte kennen, seine Pflichten erfüllen soll. Die Lehrart ist verkehrt, vernunftwidrig; die Schulzeit ist bald zu streng, bald zu nachlässig und auf alle Fälle unzureichend. Die irre geleiteten Begriffe des Volkes haben auch in diesem Theile der gesellschaftlichen Verhältnisse unter dem Vorwande der Freiheit Zügellosigkeit veranlasst, Frechheit erzeugt, Rohheit begünstigt.

« Es ist dringend, dass diesen Mängeln abgeholfen und die grössten Lücken des Volksunterrichtes ausgefüllt werden. Dann erst, wenn unsere ausgebildeten Mitbürger sehen werden, dass ihre Veredlung und ihr Menschenwerth uns am Herzen liegen, dass wir sie gerne in allen Kenntnissen und Wissenschaften unterrichten, die wir selbst als höchst wohlthätig und nützlich durch eigenes Studium kennen, wenn sie sehen, dass es uns nicht bloss daran gelegen ist, sie zu gehorsamen und ruhigen Untergebenen und zu tauglichen Werkzeugen der Regierung zu machen, sondern dass wir sie zur Selbstständigkeit zu erziehen, sie zum Selbstdenken, Selbsturtheilen, Selbsthandeln und zur Selbstachtung, kurz zum Genuss eben der Vortheile emporzuheben suchen, welche den Gebildeten unter uns wahre Unabhängigkeit und mit frohem Selbstgefühl ächte Freiheit verschaffen; dann erst werden sie glauben, dass die Revolution nicht bloss ein von der Laune des Glückes herrührender Herrscherwechsel, sondern eine wahre Wiedergeburt des Staates, eine Veränderung sei, welche auf das allgemeine Beste und die Achtung gegen die Menschheit berechnet war; erst dann werden sie über die vorübergehenden Uebel, welche diese Umwälzung veranlasste, weg auf den bleibenden Gewinn

sehen, welcher für ihre Nachkommen aus derselben erwachsen muss. »

Das Gesetz selbst enthielt Bestimmungen, welche eine gehörige Volksbildung sichern konnten. Der Unterricht sollte die Kinder mit den Rechten und Pflichten des Bürgers bekannt machen und sie zur Wahl eines Berufes vorbereiten, wodurch sie ihren Mitbürgern nützlich werden. Für die Schulaufsicht sollte in jedem Kanton ein Erziehungsrath, in jedem Distrikt ein Schulinspektor aufgestellt werden. Die Lehrer sind auf Antrag des Schulinspektors von den Erziehungsräthen zu ernennen, vom Direktorium zu bestätigen; letzteres bestimmt die Besoldung eines Jeden; nach dem 65. Jahr sind die Lehrer mit wenigstens der Hälfte ihrer bisherigen Besoldung zu pensioniren. In jedem Kanton ist ein Professor zu ernennen, welcher tüchtige Lehrer heranzubilden hat. — Unterrichtsfächer der Primarschule sind Lesen, Sprechen, Schreiben nach den Regeln der Muttersprache, Geographie, Vaterlandsgeschichte, Moral, Verfassungskunde und wo möglich Leibesübungen; der Religionsunterricht wird den Geistlichen übertragen; die Schulpflicht dauert bis zur Absolvirung des Pensums; ausgezeichnete Schüler sind auf Staatskosten in höhere Schulen zu befördern.

Die gesetzgebenden Räte nahmen den Entwurf beifällig auf und wiesen ihn an eine Kommission — damit endet dessen Geschichte.

Stapfer lässt sich ermächtigen, wenigstens die im Entwurf vorgesehenen Erziehungsräte und Schulinspektoren in's Leben zu rufen; dieselben werden ernannt, sie erhalten eine ausgezeichnete Instruktion, jedoch, ausser den Reisevergütungen, keinen Gehalt.

Von der Thätigkeit dieser Behörden ist wenig zu berichten, fehlten ja doch mit der unvermittelten Aufhebung der Zehnten und Bodenzinse selbst diejenigen Hilfsmittel, welche zur Erhaltung der bereits vorhandenen Schulen nöthig waren.

Der Unterrichtsminister hatte die richtige Einsicht, dass vor Allem aus tüchtige Lehrer heranzubilden seien. Er machte in verschiedenen Kantonen den Versuch, ein Seminar in's Leben zu rufen; er macht dem Direktorium Kostenvoranschläge, dieses marktet möglichst viel ab, für die Ansätze aber, welche es stehen lässt, wirkt es keinen Kredit aus. Und doch fand sich noch ein Mann, welcher in so dünner Atmosphäre zu athmen und Unglaubliches zu leisten vermochte — Bürger Pestalozzi.

Dieser Mann, bereits im 54. Lebensjahre stehend, hatte schon in der Blüthe seiner Jahre durch Gründung und mehrjährige Führung einer landwirthschaftlichen Armenschule sein Vermögen geopfert, dann durch sein Werk « Lienhard und Gertrud » sich eine europäische Berühmtheit, aber kaum sein tägliches Brod erworben, dann in dem mit helvetischen Mitteln errichteten Waisenhaus zu Stans seine Gesundheit auf's Höchste gefährdet; aber kaum einigermaßen hergestellt, drängt es ihn von

Neuem zur Volkserziehung. Das Direktorium schickt ihn nach Burgdorf, um ein Seminar zu gründen, kann ihm aber nichts bieten als ein Lokal, Brennholz und einen Gehalt von anfangs Fr. 640, später — im Maximum — Fr. 1600. — Stapfer gründet (Juni 1800) eine Erziehungsgesellschaft, welche für denselben Zweck Fr. 3200 sammeln will — auch dieser Versuch scheitert. Aber Pestalozzi, an den verschiedenen Schulen Burgdorf's mitarbeitend, fand die von ihm gesuchte « Methode »; — übergelukkig von seinem Fund und doch fast versinkend vor Noth, kann er sie mit Hülfe des Direktoriums publiziren (« Wie Gertrud ihre Kinder lehrt », 1801), er bringt es sogar zu einem eigenen Institut von über 100 Kindern aller Stände, zu Hülfslehrern und Lehramtskandidaten, und am Schlusse des Jahres 1802 zur Zusicherung eines Gehalts von jährlich Fr. 400 für zwei Hülfslehrer und von Stipendien von Fr. 50 für — im Maximum — zwölf Lehrerzöglinge und gar noch zu einem obrigkeitlichen Beitrag für Herausgabe neuer Schulbücher (« Buch der Mütter », « Alphabet der Anschauung », « Rechnungsbuch »). Doch bereits hatte die letzte Stunde der helvetischen Regierung geschlagen; mit der Mediation kehrte auch das patrizische Regiment in Bern zurück, Pestalozzi verlor seinen Gehalt, musste aus dem Schlosse Burgdorf in dasjenige von Münchenbuchsee weichen (1804) und zog von da, schon 1805, die Anerbietungen Fellenberg's abweisend, nach Yverdon.

So waren denn auch die positiven Leistungen der Helvetik auf dem Gebiete des Volksschulwesens sehr dürftig. Was geschehen war, das hatte Pestalozzi gethan; und dieser hatte einige wenige Lehrer herangebildet, auf dem Gebiete der Methodik allerlei Anregungen gemacht und der mit dem Memoriren geplagten Schuljugend die Schiefertafel gebracht. Und doch wurde diese Periode für das Volksschulwesen bedeutungsvoll. Es war dem Schweizervolk ein Ideal der Volksschule vorgehalten worden, welches seinem Gedächtnisse auch während der nun folgenden langen Reaktionszeit nicht ganz entfiel; namentlich aber hat Pestalozzi eine reiche Saat pädagogischer Gedanken ausgestreut, welche noch jetzt nicht ganz aufgegangen ist.

Die neue Berner Regierung liess an der Stelle des beseitigten Erziehungsrathes das althergebrachte Institut des Kirchen- und Schulrathes, während der Mediationszeit bestehend aus vier weltlichen und drei geistlichen Mitgliedern, von welchen der Präsident dem Kleinen Rathe angehörte, wieder aufleben. Das Institut der Schulkommissäre wurde zwar beibehalten, erhielt aber eine veränderte Stellung. Nach § 1 der Instruktion vom 18. August und 24. September 1803 ist der Pfarrer der erste und natürliche Aufseher seiner Gemeindeschulen; der Schulkommissär, welcher ebenfalls dem geistlichen Stande entnommen wurde, ist nach dieser Instruktion zunächst nur Korrespondent, indem es dem Kirchenrath bequemer sein musste, mit nur einem Geistlichen eines Amtsbezirks statt

mit allen zusammen korrespondiren zu müssen; dann war der Schulkommissär auch dazu berufen, dem Ortpfarrer diejenigen Schulgeschäfte abzunehmen, welche ihn in Konflikt mit seiner Gemeinde bringen konnten, wie Reklamationen wegen geschmälerter Lehrerbesoldung u. dgl.; fiel dem Schulkommissär in seiner eigenen Pfarrgemeinde ein solches Geschäft zu, so wurde er, ganz konsequent, wieder von einem Kollegen vertreten; eine dem Amt eigenthümliche Funktion hatte der Schulkommissär nur insofern, als er — aber wieder nur mit Beziehung des Ortpfarrers — die Bewerber um Schulstellen prüfte und dem Oberamtmanne einen doppelten Vorschlag machte, worauf dieser die Wahl traf und dem Kirchenrath zur Bestätigung vorlegte. (In den Städten wählth von Alters her und auch jetzt noch die Gemeindebehörden, so seit 1803 auch in der Hauptstadt.)

Erst die Instruktion vom 20. August 1810, durch welche die Schulkommissariate mit Rücksicht auf den durch die Erfahrung erwiesenen Nutzen definitiv eingeführt und endlich auch ein Kredit von Fr. 800 ausgesetzt wurde, um sie für ihre Bemühungen und Auslagen zu entschädigen, macht den Schulkommissär zum Schulaufseher des ganzen Amtsbezirks und gibt ihm das Recht, in Sachen der Methode und des Unterrichtes je nach den Umständen von sich aus zu verfügen oder dem Kirchenrath Anträge zu stellen, während die materiellen Angelegenheiten vor den Oberamtmanne zu bringen sind.

Die neuen Schulbehörden debütierten im Jahr 1803 mit der Absetzung einiger oberaargauischer Schullehrer wegen « schlechten politischen Gesinnungen ». Als bald darauf der Kirchenrath dem Kleinen Rathe ein Gutachten über das gegen Pestalozzi's Institut in Burgdorf einzuhaltende Verfahren abgeben sollte, konnte er, namentlich auch wegen der Empfehlung der Tagsatzung und der öffentlichen Meinung überhaupt, nicht gerade zu schroffem Auftreten rathen, glaubte aber doch, « es sei der Konsequenz wegen dieser Anstalt als einem Privatinstitut mehr nicht als ein Lokal zu bewilligen, jedoch kein Staatsbeitrag, es sei denn, dass auch die andern, dieselbe benutzenden Kantone sich durch ein Konkordat ebenfalls verpflichten ».

Der Kirchen- und Schulrath sollte nun eine neue Landschulordnung vorlegen. Er sendete im Jahr 1804 dem Kleinen Rath einen Entwurf ein, dessen Hauptinhalt war: Aufstellung eines Besoldungsminimums von 40 Kronen in Pfarrdörfern, 15 Kronen für die übrigen Schulmeister, Befreiung des Lehrers von Wacht-, Militär- und Frohndienst und hindernden Gemeindebeamtungen, Ausschliessung der Eltern, deren Kinder die Schule nicht besuchen, von Armensteuern.

Diese Vorlage wurde vom Kleinen Rathe zurückgewiesen. Er vermisste darin nicht bloss jeglichen Nachweis darüber, was den Gemeinden und dem Staat billigerweise zugemuthet werden dürfte, sondern auch namentlich Vorschläge betreffend Heranbildung von Lehrern.

Der Kirchenrath veranstaltete eine Enquête, welche noch einlässlicher war als diejenige von 1798 und natürlich auch dieselben Resultate zu Tage förderte. Auch jetzt kommen noch Schulhäuser vor, die nicht bewohnbar sind, Lehrer, die nicht rechnen können, Lehrer, die das Schulgeld selbst einkassiren müssen oder kehrweise verpflegt werden. In 112 Schulen stand die Besoldung unter 16 Kronen; drei Amtsbezirke hatten nur solche Schulen; bei 150 Schulen betrug die Schülerzahl 100 und mehr Kinder, bei 47: 150 und mehr Kinder, ja bei einigen 250—350; 118 Schulen hatten kein eigenes Gebäude; die vorhandenen waren meist zu eng und zu niedrig u. s. w. Eben so haarsträubend wird die innere Einrichtung der Schule erfunden: keine Klassifikation der Schüler, zu früher Eintritt (im Alter von drei bis vier Jahren), Mangel an guten Vorschriften und namentlich an guten Schulbüchern, mechanische Behandlung aller Schulfächer, also keine Entwicklung des Verstandes und des Herzens. Es war ganz klar: man musste die Schulen vermehren, neue Schulhäuser bauen und die ungenügenden erweitern, die Kinder unter sechs Jahren ausschliessen, armen Kinder Kleider und Bücher verschaffen, die Besoldungen erhöhen, die Schüler klassifiziren, praktischere, geistbildendere Methoden einführen, gute Schulbücher abfassen und namentlich Lehrer heranbilden. Aber was nützt alles Andere, wenn man die guten Lehrer noch nicht hat? Und ist, um gute Lehrer zu bekommen, die Errichtung eines Staatsseminars der richtige Weg? Und wenn man das noch nicht so bestimmt zum Voraus weiss, soll man gleichwohl, vielleicht für einen verfehlten Versuch, sich in hohe Kosten stürzen? Das waren die Bedenken, welche vom Einschlagen des richtig erkannten Weges abhielten. Während die Einen ein vollständiges neues Gesetz verlangten, wollten Andere nur einzelne Schulen des Landes richtig ausbilden und den übrigen als Muster vorstellen; eine dritte Ansicht wollte zwar kein eigentliches Gesetz, aber doch eine allgemeine Anhandnahme der Schulverbesserung.

Dieser letzteren Ansicht folgend, verschob der Kleine Rath die Aufstellung eines Schulgesetzes und fasste (17. Juni 1807) in Anerkennung der «Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, dass alle ihre Angehörige von Jugend auf zu wahren Christen und rechtschaffenen und verständigen Gliedern der bürgerlichen Gesellschaft gebildet werden, — — — einstweilen und bis eine auf Erfahrung gegründete vollständige neue Schulordnung eingeführt werden kann, was hienach folget:

- « 1) Der Kirchenrath wird bevollmächtigt und zugleich beauftragt, die nach Maassgabe der ihnen hier ertheilenden Vorschriften in dem Landschulwesen anzubringenden Verbesserungen «nicht auf einmal, sondern nach und nach», aber auch nicht Theilweise, sondern nach übereinstimmenden Grundsätzen im Ganzen vorzunehmen.

- 2) Vor allem sollen die nöthigen Anstalten zur Bildung tüchtiger Schul-Lehrer getroffen werden.
- 3) Der Kirchenrath wird zu dem Ende alle diejenigen Personen, weltlichen und geistlichen Standes, die sich Lust und Geschicklichkeit zu diesem Beruffe fühlen, unter Bestimmung angemessener Belohnung dazu einladen und aufmuntern.
- 4) Damit aber dieses auf eine einförmige und zweckmässige Weise geschehe, wird der Kirchen-Rath innert zweien Monaten eine Instruktion für diese Normal-Lehrer abfassen, in welcher der Zweck des öffentlichen Landschul-Unterrichts angegeben, deutlich auseinander gesetzt und zum Grunde gelegt, sowie auch die, jedem Schullehrer unumgänglich nöthige Fähigkeit und Wissenschaft genau angegeben werden muss. Die Pensen werden einzeln angeführt, die Methode in jedem festgesetzt und zugleich bemerkt, wie weit es der zukünftige Schul-Lehrer in jedem derselben bringen soll. Diese Instruktion wird in Zukunft den Schullehrern selbst als Vorschrift ihres Unterrichts dienen.
- 5) Alle diejenigen, welche sich zu einem Schuldienst wollen gebrauchen lassen, werden unter Aufsicht des Kirchen-Raths geprüft, und wenn sie tüchtig erfunden werden, mit einem Zeugniß über ihre Fähigkeit versehen, wodurch sie das Recht erhalten, zu allen erledigten Landschul-Stellen zu konkuriren.
- 6) Um die Verbesserung des Schul-Unterrichts auf dem Lande auch von Seite des Staats desto nachdrücklicher zu befördern, wird der Kleine Rath, so lange er es nöthig finden wird, dem Kirchen-Rath alljährlich die erforderliche Summe für diesen besondern Zweck anweisen. Für dieses Jahr ist ihm ein Kredit von fünftausend Franken eröffnet, welche Summe sowohl zur allmäligen Verbesserung des Schul-Unterrichts überhaupt, als insbesondere auf die Belohnung der Normal-Lehrer, auf Prämien für ausgezeichnete Schul-Lehrer und Schul-Kinder, sowie auch für Schreib-Vorschriften und Schulbücher, verwendet werden sollen.
- 7) Ueberdies wird dem Kirchen-Rath überlassen, in allen wichtigen Fällen, da er eine ausserordentliche Beysteuern von Seite der Regierung nöthig finden würde, sich bey dem Kleinem Rath dafür mit einem Vortrage anzumelden.»

Am 31. Oktober 1807 erschien nun die «Instruktion des Kirchenraths für die neuen Normal-Anstalten zur Bildung tüchtiger Landschul-Lehrer» (52 S.). Dieses merkwürdige Büchlein belehrt uns zunächst, was der Zweck der Landschulen sei: «Der Unterricht muss nach der Verschiedenheit der Bestimmungen verschieden sein. Wenn der Handwerker wie der Gelehrte, der Landmann wie der Städter unterrichtet würden: so müssten sie ihre

Bestimmung vollständig verfehlen. In Landschulen muss durchaus Rücksicht auf den grossen Durchschnitt der Menge genommen werden, also muss man sich auf das absolut Nothwendige beschränken.» Damit glaubt die Regierung ihrer Pflicht vollkommen zu genügen; «jeder wird zu dem Stande erzogen, in welchen er von der Vorsehung gesetzt worden ist». Damit wird er gar nicht von höheren Dingen abgehalten; denn «Alle finden in der Verstandesbildung und Religionsunterweisung dasjenige, was Allen für ihre höhere Bestimmung Bedürfniss ist.»

In den Landschulen soll gelehrt werden: lesen (mit den nothwendigsten Erklärungen aus der Sprachlehre), schreiben, rechnen, singen, Religion. Im Rechnen sind mit Allen die vier Spezies zu behandeln, womit es bei Mädchen sein Bewenden haben kann; mit den Knaben wird auch die Regel Detri, mit den besseren auch die vier Spezies in gebrochenen Zahlen und mit den besten auch die Quadrat- und Kubikrechnung durchgearbeitet, damit sich doch in jedem Dorfe Einer oder Einige finden, welche ein Stück Landes oder einen Heustock auszumessen verstehen. Nun wird auseinandergesetzt, wie jedes einzelne Fach in der Schule zu betreiben sei, wobei — man muss das anerkennen — die durch Pestalozzi erzielten methodischen Fortschritte und zwar unter Nennung seines Namens verwerthet werden. In dieser Auseinandersetzung wird auch gesagt, wie viel der Landschullehrer wissen müsse: «nämlich gerade soviel, als man für die Landleute überhaupt nöthig hält, nebst der Geschicklichkeit, diese Kenntnisse Andern beizubringen». Die Normalschulen haben also dieselbe Aufgabe wie die Primarschulen, nur verbunden mit methodischen Belehrungen und Uebungen.

In der Einleitung wird gesagt: «obschon das obrigkeitliche Dekret alle, sowohl Geistliche als Weltliche, welche sich dazu das gehörige Geschicke fühlen, zum Antheil an diesen Normal-Anstalten einladet: so wird es doch, zumal den jüngern Landpredigern nicht entgehen, dass jene Einladung an sie zunächst gerichtet ist. Niemand ist durch seine Stellung in der Gesellschaft, seine besondern Pflichten gegen dieselbe und durch die gründlicheren Studien, welche beim geistlichen Stande mit Recht vorausgesetzt werden, für einen solchen Auftrag geeigneter als sie.»

Als fernerer und letzter organisatorischer Erlass dieser Periode ist anzuführen: die Verordnung über Privat-erziehungsanstalten vom 11. Februar 1809. Nach dieser Verordnung hat Derjenige, welcher Privatunterricht erteilen will, eine Bewilligung einzuholen; dieselbe wird in Städten von der Stadtbehörde, auf dem Lande vom Schulkommissär erteilt, hernach, mit den Bemerkungen des Oberamtmanns, dem Kirchenrath zur Bestätigung zugeschickt, welcher letztere auch über die Privatanstalten, namentlich mit Rücksicht auf Sittlichkeit und Gehorsam

gegen die Obrigkeit, die Oberaufsicht führt. Ueber Diejenigen, welche ohne Bewilligung Unterricht erteilen, kann eine bedeutende Busse verhängt werden.

Sehen wir nun nach, wie diese organisatorischen Erlasse und besonders der dem Kirchenrath eingeräumte Kredit von demselben angewendet werden.

Vor Allem ist anzuerkennen, dass die Resultate der Enquête innerhalb der einmal gezogenen Grenzen verwerthet wurden; wo eine Gemeinde kein Schulhaus besass, wurde sie zum Bauen aufgemuntert und ein Staatsbeitrag (in der Regel 10 %) unter gewissen Bedingungen (9' Zimmerhöhe etc.) in Aussicht gestellt; wenn Schulausschreibungen mit allzu geringer Besoldung einlangten (unter 15 Kronen), so wurden sie vom Kirchenrath als ungenügend zurückgeschickt; zu der Gründung neuer Schulen oder von Schulfonds wirkten ebenfalls Staatsbeiträge mit; die revidirte Hübner'sche Kinderbibel und neue Schreibvorlagen, Heidelberger, Psalmenbücher, später auch der in Musik gesetzte Gellert, die Anleitung zum Singen, Nägeli's Lieder wurden den Schulen verabfolgt, besonders aber bemühte sich der Kirchenrath um die Lehrerbildung. Die Organisation war einfach. Der Kirchenrath mischte sich nicht weiter in den Unterrichtsplan und hatte auch mit dem Aufsuchen von Kursleitern keine Schwierigkeiten; jeder nur einigermaßen Befähigte konnte bei ihm die Bewilligung zu einem Kurse einholen, der Kirchenrath erteilte dieselbe; aber erst nachdem die Zöglinge in Bern ein Schlussexamen bestanden und das Patent erworben haben, erhält der Kursleiter eine Gratifikation von Fr. 200—400 und der Normalschüler eine solche von Fr. 10—20. Bei diesem Anlasse, und zwar schon im Jahr 1808, kommen wir nun mit einem Mann in Berührung, den wir schon vor 1798 und unter der Helvetik als Mitglied der Erziehungsbehörden hätten nennen können, welcher aber erst später und zwar mehrere Jahrzehnde hindurch in der pädagogischen Welt eine Rolle gespielt hat: Philipp Emanuel *Fellenberg*. Geboren in Bern 1771, dann aber in Wildenstein, wo sein Vater als Landvogt residirte, in der Nähe von Pestalozzi's Armenanstalt aufgewachsen, wurde ihm schon frühe Ehrfurcht vor diesem Manne, Liebe zum Volke und Interesse an der Armenerziehung eingeimpft. Mit den landwirthschaftlichen Verbesserungen, welche er auf seinem Gute Wylhof bei Bern einführte, wusste er eine tüchtige Armenerziehung so zu verbinden, dass — was Pestalozzi nicht gelungen war — die Arbeit der Zöglinge den für sie gemachten Aufwand deckte. Indem er ferner für die Erziehung seiner Söhne tüchtige Hauslehrer anstellte und, je mehr Zöglinge er hinzunahm, desto allseitiger für den Unterricht und die Entwicklung aller geistigen und leiblichen Kräfte sorgte, schuf er ein berühmtes höheres Erziehungsinstitut; mit der Landwirthschaft, wie er sie betrieb, liess sich auch eine höhere landwirthschaftliche Schule, mit gleichem Erfolg für die Landwirthschaft wie für die Schule, verbinden. Dieser

Fellenberg, welcher alles Dasjenige besass, was Pestalozzi fehlte, namentlich Organisationskraft und Geldmittel, und Dasjenige, worin er hinter Pestalozzi zurückblieb, durch geschickte Leitung und Benutzung Anderer zu ersetzen wusste, wollte nun auch in der Lehrerbildung etwas leisten. Auf ein ihm anonym zugesandtes Geschenk von 50 Louisd'or zur Abhaltung eines Normalkurses sich berufend, anerbote er sich, unter der Leitung des Hrn. Erziehungsrath Zeller einen solchen abhalten zu lassen. Der Kirchenrath erschreckte etwas über die grosse Zahl der Angemeldeten, reduzierte deren Zahl auf 40 bereits angestellte Lehrer und verlangte strenge Absonderung der Kurstheilnehmer vom übrigen Publikum; er bewilligte für den Kurs fernere 30 Louisd'or und liess ihn durch den Schulkommissär wöchentlich besuchen. Nachdem der Kurs zur Zufriedenheit beendet war, deckte er auch noch ein kleines Defizit und stattete Fellenberg und den beteiligten Lehrern seinen verbindlichen Dank ab. Als aber Fellenberg im Jahr 1809 ohne Begrüssung des Kirchenrathes eine Schulmeisterversammlung veranstaltete und einen neuen Kurs ankündigte, da machte dieses eigenmächtige und wirklich auch formwidrige Vorgehen böses Blut; der Kleine Rath glaubte Grund genug zu haben, ihm ein solches Unternehmen zu untersagen, um so mehr, als sich eine solche Lehranstalt ganz besonders dazu eigne, von der Regierung angeordnet zu werden und unter derselben direkter Leitung zu stehen. — Wirklich wird auch trotz empfehlenden Berichtes des Kirchenrathes der Besuch des Kurses den bernischen Lehrern und Lehramtskandidaten untersagt. Fellenberg selbst übrigens, welcher in andern Kantonen noch Zöglinge genug fand, gab diese Art der Lehrerbildung wieder auf, zog aber in seiner *Wehrli-schule*, ohne dass die Regierung ihn hindern konnte, Zöglinge und Hilfslehrer zu tüchtigen Volksschullehrern heran. Weiter stand er bis zum Jahr 1831 in keinem direkten Rapport zum Schulwesen des Kantons und erhielt auch in seinen Bestrebungen vom Staat nur die eine Unterstützung, dass ihm für seine höhere landwirthschaftliche Schule das Amtsgebäude in Münchenbuchsee auf zehn Jahre — 1810—1820 — nebst einem einmaligen Staatsbeitrag bewilligt wurde.

Kehren wir nun zu unseren Volksschulen zurück. Der Kirchenrath verwendete den Kredit von Fr. 5000 bis zum Schluss des Jahres 1814 fünf Mal. Unter der Restaurationsregierung wurde derselbe auf Fr. 10,000 per Jahr, in der Folge auf Fr. 14,000, ja Fr. 16,000 erhöht, wodurch es dem Kirchenrath, welcher übrigens ganz derselbe blieb (nur um zwei Mitglieder vermehrt, ein geistliches und ein weltliches), gelang, noch andere Gegenstände in den Bereich seiner Thätigkeit zu ziehen. Es wurden längere und zahlreicher besuchte Normalkurse abgehalten, und als man einzusehen anfang, dass diese kurzen geistlichen Kurse den erwarteten Erfolg nicht haben, so liess der Kirchenrath, um auch tüchtige Normallehrer

heranzubilden, zwei befähigte Jünglinge in der Armen-erziehungsanstalt zu Beuggen bei Basel einen zweijährigen Kurs durchmachen. Mit dem einen derselben, Hrn. Mühlheim, erreichte er seinen Zweck vollständig; dieser und ein Lehrer Balmer in Laupen hielten in der Folge Normalkurse von der Dauer eines ganzen Jahres ab, wobei die Regierung den Zöglingen, wie bei einigen andern längeren Kursen, einen Beitrag an's Kostgeld verabreichte (Fr. 25 per Kopf, während die Zöglinge aus eigenen Mitteln Fr. 100 aufbringen mussten). Ebenso betheiligte sich die Regierung bei der im Jahr 1817 gegründeten Schullehrerkasse und bei der Gründung von Lehrerbibliotheken in mehreren Amtsbezirken. Ausgediente Lehrer erhielten eine einmalige Gratifikation von Fr. 20—40; auch besonders empfohlene angestellte Lehrer erhielten ausnahmsweise ähnliche Beiträge. Als im Jahr 1821 durch Private (Spitalverwalter Oth) eine Knabentaubstummenanstalt in Aussicht genommen wurde, liess die Regierung für dieselbe einen Lehrer bilden und entrichtete der Anstalt vom Jahr 1822 an einen jährlichen Beitrag von durchschnittlich Fr. 3000; ebenso der im Jahr 1824 gegründeten Mädchentaubstummenanstalt einen Beitrag von Fr. 400. Auch die von Hrn. Helfer Müller und einigen Lehrern, welche zuerst bei Hrn. Pfarrer Weisshaupt in Gais eigens dazu sich vorbereitet hatten, errichteten Gesangbildungskurse wurden mit bescheidenen Beiträgen unterstützt und die bald nachher in's Leben tretenden Gesangsvereine mit Liedern von Nägeli, Weisshaupt etc. beschenkt. Aber genügte das Alles? Der Kirchenrath freilich glaubte bereits gelegentlich vor « Ueberbildung » warnen zu sollen, durch welche der Mensch mit seinem Stande zerfalle und zur Auflehnung gegen Gott und die Regierung verleitet werde. Auch erschreckte es ihn, dass die Gemeinde Walkringen ein so luxuriöses Schulhaus baute, welches Fr. 6000 (!) kostete (und schon nach vier Jahrzehnten nicht mehr genügte); die Gemeinde erhielt daher nur etwa die Hälfte des üblichen Staatsbeitrages (von 10 %). Auch liess der Kirchenrath durch ein besonderes Cirkular an die Oberamtmänner und Schulkommissäre bemerken, « dass bei Schulhausbauten keineswegs auf Köstlichkeit, wohl aber und zwar einzig und allein auf genugsamen Raum, zweckmässige Eintheilung und Dauerhaftigkeit gesehen werde ».

Diese optimistische Anschauung unserer Schulverhältnisse wurde aber nicht allgemein getheilt. Im Jahr 1824 verlangte der Kleine Rath, dass eine Revision der Schulordnung von 1720 mit Beförderung vorgenommen werde.

Wiederum musste die Organisationsfrage diskutiert werden; und wiederum wurden an maassgebender Stelle richtige Ansichten geäussert und anerkannt, welche gleichwohl noch Jahrzehnte lang nicht befolgt wurden. Der in den Kirchen- und Schulrath eingetretene Hr. Spitalverwalter Oth erklärte in einem einlässlichen Referate über die bisherigen Erfahrungen das Institut der Schulkommissariate als ganz ungenügend; nur einige, noch dazu

mangelhafte und unzuverlässige Rapporte über die *äusseren* Schulverhältnisse, wie Kinderzahl, Zahl und Besoldung der Lehrer, Zustand der Schulhäuser, habe man erhalten; die meisten Hauptpunkte aber, welche das *Erziehungswesen* betreffen, seien ihm ganz oder zum Theil unbekannt geblieben. Von den Schulen kenne er die Pensen nicht, nur wisse er, dass die vor 100 Jahren in der Schulordnung vorgeschriebenen wenigen Pensen noch nicht überall eingeführt seien! Noch viel weniger kenne er das gegenseitige Verhältniss der betriebenen Pensen, den befolgten Stufengang, das Ziel, das erreicht wird. Von der Methode vernehme man Zufälliges und Einzelnes, und dass die meisten Schulmeister gar keine kennen, oder aber, wenn sie eine befolgen wollen, dieselbe bei jedem Pfarrer- oder Vikarswechsel ändern müssen. Er kenne nicht die Wirkungen der bisherigen Normalanstalten, nicht die Bildungsstufe der angestellten Lehrer, nicht die Fähigkeiten der Unterlehrer, nicht einmal die Anzahl der zum Schuldienst fähigen Kandidaten; noch weniger kenne er den Einfluss dieser Schulen auf das Leben. Das müsse aber Alles bei der gegenwärtigen Organisation unbekannt bleiben. Die einzige Quelle der Rapporte fliesse « aus müder und in der Mehrzahl einseitiger Feder ». « Die Rapporte der Schulkommissarien seien selten und gehen nicht weit in die Untersuchung des innersten Lebens. Und sollten sie auch, was auf jeden Fall nöthig und gut sein wird, durch erweiterte Instruktionen und pekuniäre Ermunterung zu wahrer Thätigkeit angespornt werden, so werden sie dennoch schonend über den eigenen Pfarrbezirk und über den benachbarten bleiben. Uebrigens fehlt es ihnen an einem gemeinsamen Maassstab der Beurtheilung, der zu sicheren Resultaten führen könnte. Jeder hat seine eigene Ansicht, seinen Maassstab von Forderungen, die sich oft widersprechen; aus Mangel an Musse sind auch ihre Angaben unrichtig. » Nun sei aber vor Allem Kenntniss der Thatsachen nöthig, wie lasse sich sonst eine Schulordnung herstellen? Ein Mann müsse bestellt werden, welcher, *alle andern Geschäfte hintansetzend*, in diese Arbeit Einheit bringe, ein reisender Kommissär, wie er schon im Jahr 1807 verlangt worden, der sich eine Reihe von Jahren ausschliesslich mit diesem Gegenstande befasse.

Der Kleine Rath bewilligt provisorisch den nöthigen Kredit; die Idee wird aber wieder bloss theilweise realisiert. Man lässt zur Probe bloss zwei Amtsbezirke, Interlaken und Trachselwald, durch zwei besonders hiezu befähigte Geistliche bereisen und beschreiben. Der Bericht über den Amtsbezirk Trachselwald, dessen Konzept uns ein Sohn des Verfassers gütigst mittheilte, ist zu interessant, als dass wir uns enthalten könnten, einige Hauptpunkte zu veröffentlichen. Die 31 öffentlichen Schulen dieses freilich durch gebirgige Lage und Armuth ungünstig situirten Amtsbezirks zählen durchschnittlich 147 Schüler, acht Schulen sogar über 200 Schüler, welche in so engen

und schlechten Schullokalien untergebracht sind, dass in der Regel kaum mehr als die Hälfte der Schüler Platz finden und vielorts aus Mangel an Licht weder schreiben, noch rechnen können. Bei so überladenen Schulen wird das neue System des « wechselseitigen Unterrichtes » angewendet, d. h. die fortgeschrittensten Schüler müssen auf eigenen Unterricht verzichten, um Andern das Wenige beizubringen, was sie mechanisch erlernt haben. Hauptsache beim Unterricht ist noch immer das Memoriren von Heidelberger, Gellert, Psalmenbuch und Testament; für das Repetiren allein werden zwei Tage der Woche verwendet. Doch ist bereits eine Art Klassenunterricht da. Die Kinder haben dieselben Bücher, wenn auch oft noch die Verschiedenheit der Ausgaben und die Menge der Druckfehler Störung in's Buchstabiren und Lesen bringt. Auch wird an grossen Tabellen abwechselnd im Kreise vorbuchstabirt und an der Wandtafel gerechnet. Die Orthographie wird durch Diktate und durch Korrigiren fehlerhafter Sätze auf der Wandtafel geübt. In manchen Schulen, wo in allen vier Stimmen zuerst die Noten gesungen werden, liefert der Gesang erfreuliche Resultate. Aber noch sind die Lehrerbesoldungen eben so schlecht als die Schullokale, die Lehrer leben mehr dem Nebenberuf als der Schule, treiben auch noch während der Schule Nebenbeschäftigungen. Wer seine Kinder besser unterrichten will, schickt sie in Pensionen der französischen Schweiz. Die Gemeinden kargen in Allem, was die Schule betrifft, « indem es bisher auch gegangen »; der Pfarrer gibt sich zwar meist Mühe, um Verbesserungen durchzusetzen; aber weil kein Gesetz die Anforderungen feststellt, so wird das als Willkür empfunden. — Man lese die « Leiden und Freuden eines Schulmeisters » von Jeremias Gotthelf, das ist eine leider nur zu getreue und daher so übel aufgenommene Schilderung unserer Volksschule in den ersten drei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts.

Auch eine Schulstatistik wurde im Jahr 1826 aufgenommen, umfassend die 24 reformirten Amtsbezirke, aber eine gar dürftige, auf wenige Punkte, Zahl der Schulen, der Schulhäuser und der patentirten Lehrer sich beziehend. Wie dürftig sie aber auch war, im gedruckten Verwaltungsbericht für die Jahre 1814—30 wird sie noch mehr abgekürzt, wir sehen bloss, dass in 701 Schulen 65,516 Kinder (durchschnittlich 93 per Schule) untergebracht sind. Dass 106 Schulen kein eigenes Schullokal besitzen und dass 155 Lehrer angestellt sind, welche nicht einmal einen kurzen Normalkurs besucht, wird nicht gedruckt.

Aber Eindruck macht die Thatsache doch. Im Kleinen Rath wird (Februar 1828) ein Anzug des Hrn. Verhörrichters v. Wattenwyl erheblich erklärt, es solle bei Gelegenheit des Reformationsfestes als bleibendes Denkmal obrigkeitlicher Sorgfalt für Schulzwecke entweder ein grösserer Beitrag für Schulhausbauten und Lehrerbildung oder an die Lehrerbesoldungen und Schulmeisterkasse

verabreicht und dafür eine Summe von Fr. 16—25,000 ausgesetzt werden. Der Kirchenrath, welcher ein Gutachten abgeben sollte, rechnet nach, wie wenig ein solcher und dazu einmaliger Beitrag helfe für so Viele? — und man thut lieber gar Nichts. Dafür aber beschliesst man eine Ausgabe von Fr. 30,000 für das Reformationsfest, um eine eigens zu diesem Zweck geschriebene kleine Reformationsgeschichte und Denkmünzen zu Ehren der Reformation unter Jugend und Lehrer vertheilen zu können.

Ein Geistlicher des Kirchenrathes soll zwar sich wieder mit einer Schulordnung befasst haben —, aber da man mit Wenigem nur die Begehrlichkeit weckt und zu etwas Grossen nicht entschlossen ist, so muss es bei den guten Vorsätzen sein Bewenden haben.

Glücklicher *Aargau*, dessen politische Institutionen erlaubten, vor Ueberbildung keine Angst zu haben! Im Jahr 1804 setzte eine Verordnung fest, dass keine Schule mehr als 80 Kinder zählen dürfe und dass die Lehrbesoldung bei Schulen von unter 50 Kindern wenigstens Fr. 75 (alte Währung), bei Schulen von mehr als 50 Kindern wenigstens Fr. 100 betragen müsse; das Gesetz vom Jahr 1822 setzt die Besoldung einer Gesamtschule von über 50 Kindern auf wenigstens Fr. 160, für Unterlehrer an getheilten Schulen auf wenigstens Fr. 100, beides nebst freier Wohnung. Im Kanton *Waadt* wurde 1806 ein Gesetz angenommen, nach welchem das Minimum auf Fr. 120 gestellt und vorgeschrieben wurde, dass Schulen mit mehr als 60 Kindern entweder getheilt oder wenigstens noch ein Hilfslehrer angestellt werde; im Jahr 1816 wurden für alte Lehrer Pensionen von Fr. 60—120 eingeführt.

3. Schulwesen im „Leberberg“ bis 1830.

So hiess in der Restaurationszeit das im Jahr 1815 mit dem Kanton Bern vereinigte, ehemals dem Fürstbischof von Basel gehörende Land.

Es liegt uns zunächst ob, zu erzählen, was vor 1815 in Sachen des öffentlichen Unterrichtes in diesem für die bernische Verwaltung so wichtigen und so schwierigen Gebiete geschehen. Leider können wir uns hier nicht, wie in unserer übrigen Darstellung, auf amtliche Dokumente stützen, sondern folgen den schätzbaren Mittheilungen der HH. Quiquerez, X. Kohler, Stockmar, Vautrey und Dr. Blösch. Wenn wir auf diese Weise auch nicht ein vollständiges Gesamtbild des jurassischen Schulwesens vor 1815 entwerfen können, so dürfen wir doch sagen, dass über diejenigen Gegenden und Perioden, über welche wir schweigen, leider auch wenig Erwähnenswerthes zu erzählen wäre.

Auch in diesem Lande fand die Wissenschaft zuerst in den Klöstern eine Stätte, vorab in der im siebenten Jahrhundert gegründeten Benediktinerabtei Moutier-Grandval,

welche eine Zeitlang mit ihrer Schwester in St. Gallen rühmlichst wetteiferte. Bei Gelegenheit des Kampfes zwischen Papst Gregor VII. und Kaiser Heinrich IV. wurden aber die Benediktiner vom Bischof von Basel, welcher auf Seiten des Kaisers stand, vertrieben und durch ein Domkapitel ersetzt, welches eine Zeitlang die Schule fortführte, bis sich deren Spuren im Laufe des vierzehnten Jahrhunderts verloren. Die von diesem Stift aus im zwölften Jahrhundert gegründete Abtei Bellelaye scheint sich auf die Heranbildung ihrer Novizen beschränkt zu haben, ebenso die andern Klöster des Jura. —

Nicht so bald wie in andern Gegenden nahmen die Städte die von den Klöstern aufgegebenen Mission auf: wir finden erst im sechszehnten Jahrhundert Spuren von Stadtschulen, und diese scheinen sich in einem noch sehr primitiven Zustande befunden zu haben. Obschon der Bischof von Basel im Jahr 1527 seinen Hof nach Pruntrut verlegte, hören wir erst gegen die Mitte des sechszehnten Jahrhunderts von einer Knabenschule in Pruntrut, welche wohl damals noch die beste im Lande war. Der Lehrer (*recteur des écoles*) unterrichtete die Knaben in der Religion, im Lesen und Schreiben und den Anfängen des Lateinischen, begleitete die Kinder an Sonn- und Festtagen in die Kirche und sollte sie auch ausser der Schule überwachen. Auch führte er mit ihnen Schauspiele auf. Dafür hatte er eine kleine Wohnung mit Garten, vier Scheffel Getreide und eine Baarbesoldung von 50 Basler-Pfund per Jahr. Die einheimischen Kinder bezahlten kein Schulgeld, sie mussten aber im Winter das nöthige Holz und Kerzen in die Schule bringen. Von einer Mädchenschule hören wir erst 1581.

In geistlicher Beziehung stand die Stadt Pruntrut nebst einigen Nachbargemeinden bis zum Jahr 1782 nicht unter dem Fürstbischof, sondern — merkwürdigerweise — direkt unter dem Erzbischof von Besançon. Umsonst wandte man sich wiederholt an diesen und an den Nuntius in Luzern mit der Bitte, es möchte das Einkommen einer überflüssigen geistlichen Pfründe zur Verbesserung der Besoldung des *recteur de l'école* verwendet werden dürfen. Diese Bitte blieb ebenso unerhört als die um Beseitigung des unsittlichen Ortsgeistlichen. Da war es denn kein Wunder, dass von 1550 an der Reformator Farel und andere reformirte Prediger mit wechselndem Erfolge mit den orthodoxen Missionären aus Besançon um Pruntrut warben und dass schliesslich auch diese Residenz des Bischofs von Basel zur Reformation überzugehen drohte.

Es war hohe Zeit, als der energische Bischof Christoph Blarer anfang, sich nach tüchtigeren Predigern des katholischen Glaubens auswärts umzusehen. Er berief zuerst Kapuziner; der helvetische Generalvikar schickte ihm aber solche, welche nicht französisch verstanden. Nachdem er in Luzern mit den Jesuiten Bekanntschaft gemacht, berief er zwei derselben, und es gelang ihm, mit deren Hülfe in den Jahren 1688—1690 das schon seit 60 Jahren ab-

gefallene Laufenthal zum katholischen Glauben zurückzuführen.

Im Jahr 1590 traten dieselben mit glänzendem Erfolg in Pruntrut auf. Noch war in der ganzen Diözese keine höhere Bildungsanstalt zur Heranbildung tüchtiger Geistlicher, der Bischof erkannte das dringende Bedürfniss. Im Jahr 1591 — demselben Jahr, in welchem er eine Buchdruckerei in Pruntrut gründete — berief er unter Zustimmung seines Domkapitels in Freiburg sechs gelehrte Jesuiten, französische und deutsche, nach Pruntrut und eröffnete am 11. Oktober ein Gymnasium. Im ersten Jahr zählte dasselbe 60 Schüler; im zweiten, bei fünf Klassen, bereits 200; im dritten 300, bald 400.

Der Papst schenkt der Anstalt die Einkünfte der Priorie Miserez; die Kapital von St. Ursanne und Münster, die Abtei Bellelaye machen reiche Dotationen; der Bischof selbst tritt der Anstalt ein bedeutendes Guthaben an die Stadt Solothurn ab. Die Unterthanen wurden nicht für dieselbe besteuert. Einzig den Bauplatz nahm der Bischof von der Stadt Pruntrut zum Geschenk an für die Gebäulichkeiten, welche er von 1597—1604 aufführte.

Auch Zöglinge weltlichen Standes wurden aufgenommen. Theils im Schlosse, theils im Gebäude des Kollegiums wurden 1608 über 60 Pagen untergebracht. Für arme Zöglinge war durch Stipendien hinlänglich gesorgt. Eine strenge Disziplin wurde eingeführt, die Wirthschaften waren den Zöglingen gänzlich verboten.

Wie rücksichtlich seiner Entstehung, so glich dieses *Collège* auch in Beziehung auf den Unterricht den protestantischen Gymnasien damaliger Zeit. Alte Sprachen und Religion sind die Hauptsache, die ersteren liefern die Form, letztere den Stoff für die geistige Arbeit, im Griechischen wird das neue Testament gelesen; ein eigener Tag ist für den Katechismus bestimmt. Die Aufführung von Schauspielen wurde von der früheren Schule her beibehalten und viel Sorgfalt auf diesen Zweig verwendet, welcher den Schülern Erholung bot und die zahlreichen vornehmen Besucher ergötzte. Auch militärische Uebungen wurden schon im siebenzehnten Jahrhundert eingeführt. Wie aber die Zöglinge nicht ein militärisches Kleid trugen, sondern ein geistliches, so wurde auch ihr Geist durch Verbindungen eigener Art diszipliniert; in geistlichen Korporationen, denen man dadurch einen Nimbus gab, dass man den Fürstbischof an die Spitze stellte, wurden die Zöglinge nicht nur unter sich verbunden, sondern auch zeitlebens mit ihren Lehrern, den Jesuiten.

Im Jahr 1622 wurden, behufs gleicher Bearbeitung der weiblichen Jugend, die Urselinerinnen aus Dôle nach Pruntrut (in der Folge auch nach Delsberg) berufen.

Von den, oft langen, Unterbrechungen abgesehen, welche Krieg und Pest verursachten, erhielten sich diese Anstalten das ganze siebenzehnte Jahrhundert hindurch unverändert; die bedeutendsten Persönlichkeiten der Diözese gingen aus denselben hervor.

Im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts wurden sie noch erweitert. Im Jahr 1716 — den Plan hatte schon Bischof Blarer gefasst — fand endlich, den Vorschriften des Tridentinum's gemäss, das Kollegium seinen Abschluss in einem Priesterseminar, welches keinen rechthgläubigeren Leuten übergeben werden konnte als den Jesuiten. Die Geistlichen der Diözese werden jetzt ausschliesslich in Pruntrut gebildet; zugleich werden Geistliche und Volk von Zeit zu Zeit durch Missionen geweckt. — Für fünfzehn Seminaristen wird ein Konvikt errichtet und 1719 auch die Pagerie erweitert.

Im Jahr 1773 wurde bekanntlich der Orden der Jesuiten durch den Papst aufgehoben und deren Güter säkularisirt. Aber nicht umsonst hatten dieselben in der Diözese Basel fast zwei Jahrhunderte hindurch ausschliesslich den höheren Unterricht gespendet: hier hatten sie festen Fuss und konnten auch den Flüchtlingen aus Spanien und Frankreich noch ein Asyl bieten.

Der Fürstbischof zog zwar die Güter des Kollegiums zu Handen — der verbündete König von Frankreich überliess ihm auch die auf seinem Gebiete gelegenen — und legte die Verwaltung in die Hände eines Administrationsrathes. Die Jesuiten aber blieben, nur in anderer Tracht, ihre Lehrbücher blieben, das Konvikt blieb — wenigstens einstweilen, und das neue Reglement von 1773 schreibt ausdrücklich vor, dass Prinzipal und Lehrer dem geistlichen Stande angehören sollen.

Der Unterrichtsplan von 1774 gibt uns einigen Einblick in Das, was getrieben wurde. Die Aufnahme der Zöglinge konnte in der Regel nicht vor dem zwölften Jahr stattfinden, dann wurden in der untersten Klasse schon Phädrus und Cicero's Briefe gelesen, was voraussetzen lässt, dass die öffentliche Stadtschule noch immer im Lateinischen vorarbeitete. In den fünf Klassen der unteren Schule wird vorzüglich Lateinisch (das Griechische fällt jetzt ganz weg), heilige Geschichte und Katechismus, allgemeine Geschichte und Geographie, deutsche und französische Komposition und etwas Arithmetik getrieben, nämlich: erste Klasse: Addition, zweite Klasse: Subtraktion, dritte Klasse: Multiplikation, vierte Klasse: Division, fünfte Klasse: Regel Detri. Jede Klasse hat nur Einen Lehrer; damit ist die eigenthümliche, in erzieherischer Beziehung für untere Schulen gewiss werthvolle Einrichtung verbunden, dass die Schüler in den drei unteren und dann in den zwei oberen Klassen stets denselben Lehrer haben, indem der Lehrer, mit dem eine Serie den Unterricht begonnen hat, mit dieser von der ersten zur zweiten, von der zweiten zur dritten Klasse vorrückt, dann wieder unten anfängt u. s. w. — In allen fünf Klassen werden je acht bis zehn Preise theils für Gesamtleistungen, noch mehr aber für Leistungen in einzelnen Fächern und Richtungen von Fächern ertheilt, so dass jedes Talent zu einer Auszeichnung gelangen kann.

Nach Absolvierung der fünf Klassen folgt ein Jahreskurs für Logik und Physik (nach jesuitischen Handbüchern), Disputationen und Katechismus, dann der vierjährige theologische Lehrkurs. Die Erklärung der Summa des heil. Thomas wird auf alle vier Jahre vertheilt; in den ersten zwei Jahren wird auch die Moral nach einem jesuitischen Handbuch gelehrt und die Casuistik geübt; das dritte und vierte Jahr gehört dem Seminar an; in diesen zwei Jahren wird auch kanonisches Recht gelehrt und öffentliche Disputationen gehalten.

Die Disziplin war nicht weniger streng als zuvor; durch eine Verordnung vom November 1774 werden auch die Wirthe mit strengen Bussen bedroht, welche den Schülern etwas verabreichen.

Nachdem im Jahr 1775 das gemeinsame Leben der Professoren aufgehoben, dann aber 1783 wieder eingeführt worden, wollte es nicht mehr recht gehen; auch waren bereits andere Elemente in die Lehrerschaft eingedrungen; der Fürstbischof dachte bereits daran, den Geistlichen von Bellelaye die Anstalt ganz zu übergeben, welcher Plan aber vereitelt wurde. — Während im Innern reorganisirt und wieder tüchtige Kräfte acquirirt wurden, kamen wieder Gefahren von aussen, die französische Revolution und die freiwillig — erzwungene Annexion der zum deutschen Reiche gehörigen bischöflichen Lande durch die französische Republik. Die Flucht des Bischofs, die Säkularisation und der Verkauf der Kirchengüter und die Auflösung des Kollegiums waren die Folge dieser politischen Ereignisse. —

Bevor wir die weitere Geschichte der höheren Lehranstalt in Pruntrut verfolgen, müssen wir einen Seitenblick auf eine andere Anstalt werfen, deren Schicksal sich mit demjenigen der Anstalt in Pruntrut eigenthümlich verkettete — wir meinen das einsame Kloster Bellelaye. Es war, als ob die Musen die Stürme geahnt, welche im Jahr 1773 und noch mehr 1793 über die Anstalt in Pruntrut kommen sollten; denn sie verschafften sich schon vorher in den Klostermauern von Bellelaye eine Zufluchtsstätte, um nach dem Austoben des Gewitters wieder in ihre alten Räume einzuziehen.

Bellelaye hatte sich bisher nicht ausgezeichnet. Erst als Nicolas de Luce, ein Schüler der Anstalt in Pruntrut (geb. 1726), im Jahr 1771 Abt geworden, ward zuerst auf einer Meierei eine Mädchenarmenanstalt mit einer weiblichen Arbeitsschule, dann in einem eigens erbauten Flügel des gewaltigen Klosters eine höhere Erziehungsanstalt für Knaben gegründet. Nicht allein die Fächer des Collège in Pruntrut, auch höhere Mathematik, Physik, Chemie, Zeichnen, Musik, Tanz, Fechten, später auch Philosophie und Architektur wurden in dieser reichlich mit Lehrern versehenen Anstalt betrieben, und zwar bei aller Regelmässigkeit der Hausordnung, welche in einem grösseren Pensionat nothwendig ist, in einem freieren Geiste. Natürlich fehlten auch die militärischen Uebungen nicht, und die Uniform war hier Festkleid. Die Anstalt

erhielt bald Zöglinge aus allen Ländern, von welchen sich später mancher auszeichnete. Der nachfolgende Abt, Ambrose Monnin, ebenfalls ein Zögling von Pruntrut (1784 bis 1797), setzte das Institut fort, welches erst mit der Annexion des schweizerischen Gebietes des Bisthums durch Frankreich (1797) einging.

Mittlerweile lebte auch die höhere Schule in Pruntrut, 1796, als *école centrale* des Departement *du Mont terrible*, wieder auf, mit nicht weniger als 123 Schülern, geleitet von früheren Lehrern geistlichen Standes, von ausgetretenen Priestern und von gelehrten Laien. Die Schule muss eine kleine Akademie gewesen sein, an welcher auch die Realien nicht bloss gelehrt, sondern praktisch angewendet wurden: Gartenbau, Feldmessen und Landentwässerung, Buchbinderei, Vögelausstopfung, Coulissenmalerei — Alles wurde unter der väterlichen Leitung begeisterter Lehrer versucht.

Mit dem Aufgehen des Departement *du Mont terrible* in's Departement des Oberrheins war es auch um die Centralschule geschehen; eine aus den Hilfsmitteln der Stadt (*municipalité*) allein (denn die Kapitalien waren weg) unterhaltene *Sekundarschule*, an der Spitze ein Geistlicher aus Bellelaye, trat an deren Stelle, welche im Jahr 1808 zum *Collège* — aber einem bloss städtischen — erhoben wurde. Aber auch an diesen reduzirten Anstalten blieben die meisten der früheren trefflichen Lehrkräfte, Geistliche und Laien.

Diese in keiner Weise theologische Lehranstalt gehört nun zu jenen « Anstalten für den Religionsunterricht », welche nach Art. 3 der Vereinigungsurkunde fortbestehen, unterhalten und verwaltet werden sollen wie bisher. —

Und in gleichen Verhältnissen wie diese, noch viel weniger eine theologische Anstalt, war das *Collège in Delsberg*. Nachdem zuerst der Pfarrer von Delsberg, Hennet, im Anfang dieses Jahrhunderts eine kleine Privatanstalt gegründet, in welcher er so ziemlich in allen Gymnasialfächern sich versuchte, kam die Stadt im Jahr 1812 dazu, im ehemaligen Schulgebäude der Ursulinerinnen, welche dasselbe 1792 verlassen hatten, ein kleines städtisches *Collège* zu errichten.

Andere höhere Erziehungsanstalten besass der Jura im Jahr 1815 nicht.

Werfen wir noch einen flüchtigen Blick auf dessen *Volksschulen*.

Von denjenigen in Pruntrut haben wir bereits gesprochen. Wir fügen dem darüber Gesagten nur bei, dass die Knabenschule im achtzehnten Jahrhundert etwas verbessert wurde. Durch ein Reglement vom Jahr 1742 wurde der Schulbesuch vom siebenten bis vierzehnten Altersjahr obligatorisch erklärt und regelmässige Schulbesuche durch Pfarrer und Stadtverordnete eingeführt. Unter den Unterrichtsfächern figurirt auch Arithmetik und Kirchengesang. Im Jahr 1786 wurde die Besoldung

des ersten Lehrers von 100 auf 300 Basler-Pfund, diejenige des zweiten von 45 auf 100 erhöht.

Weit schlimmer muss es in *Delsberg* ausgesehen haben. Es wird zwar schon im sechszehnten Jahrhundert einer Schule in Delsberg erwähnt, deren Zöglinge Schauspiele aufgeführt hätten. Noch im Anfang des siebenzehnten Jahrhunderts wurden die Schulkinder im Chor der Kirche unterrichtet, sie mussten aber den in Folge der Reformation aus Münster geflüchteten Domherren nebst ihren Hunden und Falken weichen. Erst als diese üppigen Herren sich Grobheiten gegen die Bürger von Delsberg erlaubten, mussten die Domherren und ihre Hunde wieder den Kindern Platz machen. Noch lange hatten die Kinder keine Schulstube. Erst im achtzehnten Jahrhundert konnte die Schule als Vorschule des *Collège* in Pruntrut dienen. Im Jahr 1730 lässt der Vogt von Delsberg im Namen des Bischofs eine Verordnung ausgehen, welche befiehlt, dass jede Gemeinde der Herrschaft einen Lehrer anstelle und dass die Kinder alle Wochentage mit Ausnahme eines Tages die Schule besuchen. —

Im protestantischen Kantonstheil mag es etwas besser ausgesehen haben, indem die Reformation gerade der geistigen Vernachlässigung des Volkes ihre Entstehung verdankte. In *Biel* wird z. B. schon 1528 ein seit drei Jahren als Schulmeister angestellter Jakob Würber zum Prediger an der Leutkirche und an seine Stelle Hans Rummel zum Schulmeister gewählt. Nach der Kirchenordnung von 1562 für Biel und sieben Landgemeinden besteht die Synode aus Abgeordneten des Rathes, den beiden Pfarrern der Stadt, aus dem Schulmeister, dem Meier, einem Mitgliede des Gerichts und dem Pfarrer jeder Gemeinde; die Synode hat die Oberaufsicht über Pfarrer und Schullehrer und das Recht, sie abzusetzen.

Die hochfürstlich - bischöflich - baselsche *Verordnung vom 1. April 1784* (französisch und deutsch gedruckt) ist wohl die einzige allgemeine Vorschrift in Sachen der Volksschule. Nach dieser Verordnung ist die Aufgabe der Schule der Unterricht im Christenthum, Lesen, Schreiben, Rechnen und Choralgesang, wodurch die jungen Leute befähigt werden sollen, das Hauswesen zu führen und das allgemeine Beste zu fördern. Der Schulmeister wird vom Bischof gewählt aus einem dreifachen Vorschlag der Gemeinde, bestehend aus Bewerbern, welche vom Pfarrer und Oberamtmanne fähig erklärt worden. — Die Schule soll mit Ausnahme von vier Ferienzeiten von höchstens je 14 Tagen (zur Saatzeit, Heuet, Schnitt- und Herbstzeit) das ganze Jahr, im Winter Vormittags und Nachmittags, im Sommer nur Vormittags, gehalten werden. — Die Schulpflicht dauert, bis das Kind ein genügendes Examen ablegen kann. — Der Pfarrer entwirft die Liste der in die Schulpflicht eintretenden und der zu entlassenden Schüler. — Die Absenzen sind dem Pfarrer anzuzeigen, welcher mit dem Meier darüber urtheilt. Für jedes Ausbleiben sind sechs Pfennige in die Büchse des Pfarrers zu be-

zahlen, woraus derselbe Namenbüchlein, Bilder, Rosenkränze für die fleissigsten Kinder anschafft. — Eltern, die gegen den Schulmeister widerspenstig sind, werden dem Oberamtmanne angezeigt. — Der Schulmeister soll die Kinder in die Predigt, Messe, Vesper führen und mit ihnen das hochwürdige Gut begleiten, wenn es zu den Kranken getragen wird. — Der Schulmeister soll auch den ausserordentlichen Gottesdiensten beiwohnen und die Kinder überwachen. — Der Schulmeister soll ärgerliche Vergehen der Jugend geheim halten, bis er sich mit dem Pfarrer wird unterredet haben. — Der Schulmeister soll in der Fastenzeit die Kinder zur Kommunion vorbereiten und dem Pfarrer die Kinder anzeigen, welche zum ersten Mal zu beichten und zu kommunizieren gedenken. — Freitags und Samstags, wenn kein Feiertag ist, soll der Schulmeister Kinderlehre halten. — Der Unterricht in obgenannten Schulfächern ist unentgeltlich; wenn aber der Schulmeister ausser der Schulzeit die Kinder im Rechnen über die vier Spezies hinausführt, so ist hiefür besondere Bezahlung zu leisten. — Der Schulmeister soll sich nicht bei Hochzeiten oder Tänzen zum Aufspielen gebrauchen lassen, seine Kinder vom Zuschauen abhalten, ohne des Pfarrers Erlaubniss nicht ausser dem Ort übernachten; er und die Kinder sollen sich nicht beim Neujahrs- oder anderem Bettelsingen betheiligen. — Der Schulmeister steht unter Pfarrer und Oberamtmanne und hat sich gegen sie mit gehöriger Ehrenbezeugung zu verhalten. — Ueber die Einkünfte und Immunitäten des Lehrers enthält die Verordnung eine Menge unbedeutender Rubriken, welche aber unausgefüllt sind, indem die Anstellung Sache des freien Vertrages ist.

Allen Respekt vor dem Namen *Schulmeister*. Aber wenn in derjenigen Zeit, welche diesen Namen auf's Tapet gebracht, das Amt des Schulmeisters in Allem mit einander nichts Anderes war als ein Sigristenamt, so begreifen wir, dass mit dieser Stellung auch der Name weggewünscht wird.

Wir wollen nicht fragen: Welches war der Erfolg dieser Schulordnung? Denn da die französische Revolution vor der Thüre stand, so würde auch eine bessere kaum mehr viele Frucht gebracht haben, zumal unter konstitutionellen und konfessionellen Verhältnissen, wie sie im Bisthum vorhanden waren. —

Aber dass es auch unter geistlichem Regimente so lange anstehen konnte bis zum Erlass einer allgemeinen Schulordnung! — Darum hat die Geschichte an diesen Fürsten gethan wie die Bürger von Delsberg an den üppigen Domherren von Münster: das Schloss in Pruntrut, wo der fürstliche Hof ein luxuriöses Leben führte, ist jetzt der Sitz einer Armen-erziehungsanstalt und eines Greisenasyls, das grandiose bischöfliche Lustschloss in Delsberg beherbergt jetzt ein Progymnasium. —

Zuvor aber sollte der Jura noch die Herrlichkeiten der französischen Herrschaft erfahren. In Beziehung auf das

Volksschulwesen waren dieselben folgende. Zuerst beschloss die philosophirende republikanische Nationalversammlung obligatorische Volksschulen auf Staatskosten — woraus natürlich nichts wurde. Unter dem Kaiserreich (Gesetz von 1802) wurde das Obligatorium und die Staatshilfe wieder fallen gelassen, die Gemeinden wurden nur verpflichtet, das Schullokal zu liefern, die Eltern sollten den Lehrer mittelst eines Schulgeldes bezahlen, jedoch mit der Einschränkung, dass von armen Kindern bis auf ein Fünftel der Gesamtzahl kein Schulgeld verlangt wurde. — Es kostete natürlich keine Mühe, einem solchen Gesetze auch im Jura einen allzu nachhaltigen Erfolg zu verschaffen. —

Als nach der Schlacht bei Leipzig die Allirten gegen Frankreich und die Schweiz vorrückten, begab sich auch ein Vertreter der bischöflichen Partei in deren Lager zu Lörrach, Baron v. Andlau, welchem es gelang, provisorisch zum Generalgouverneur des Bisthums bestellt zu werden. Er beeilte sich, seinen Schwager de Billieux-d'Andlau zu seinem Generalkommissär für Pruntrut und Delsberg und einen Ignace de Billieux, Domherr, zum *directeur des études* für alle jurassischen Unterrichtsanstalten zu ernennen. Jetzt wird nach Kräften restaurirt. Die Wünsche der Jurassier gingen zwar zu weit auseinander, um ein geistliches Regiment oder die Bildung eines eigenen Kantons zu erlangen; der grössere Theil des Bisthums wurde mit Bern vereinigt. Die Bedingungen dieser Vereinigung wurden durch eine besondere Urkunde von einer Konferenz festgestellt, bestehend einerseits aus Abgeordneten des Staates Bern und andererseits solchen des Jura, welche letzteren aber der Vorort Zürich unter merklichem Einflusse der bischöflichen Partei bezeichnet hatte.

Von 25 Artikeln der Vereinigungsurkunde waren die 13 ersten kirchlicher Natur. Wir heben aus denselben folgende, weil auch auf das Schulwesen bezüglich, wörtlich heraus:

3) « Die Anstalten für den Religionsunterricht sollen fortbestehen, unterhalten und verwaltet werden *auf die nämliche Weise, wie es bis dahin geschehen*, namentlich die Pfarrschulen und die Kollegien zu Pruntrut und Delsberg. Die ihnen zugehörigen, nicht verkauften Liegenschaften und die noch vorhandenen Kapitalien werden ihnen zurückgegeben werden. »

6) « *In den Gemeinden, welche die gedachten (katholischen) Kirchhöfen bilden, sollen sich die Lehrer und Professoren der öffentlichen Schulen zu der katholischen Religion bekennen.* » — —

12) « Die Regierung von Bern wird auf Mittel bedacht sein, die Studien der jungen Geistlichen des Bisthums Basel, die sich zur *reformirten* Religion bekennen, zu erleichtern, und Diejenigen, die ihre Studien in Bern machen, werden gleich den Geistlichen des Kantons an den durch die Regierung errichteten Alumnaten und andern akademischen Benefizien Theil haben. »

Wenn wir auch begreifen, dass Begehren, wie die in Art. 3 und 6 enthaltenen, von jurassischer Seite gestellt werden konnten, so ist doch schwer zu erklären, wie die bernischen Abgeordneten den unveränderten Fortbestand von etwas, das gar nicht in der angegebenen Weise existirte, garantiren und noch gar die ganze Bevölkerung der als katholisch bezeichneten Gemeinden auf immer katholischen Lehrern überantworten konnte.

Der Jura hat zwar seither wiederholt an der Aufstellung einer für den ganzen Kanton geltenden Konstitution mitgewirkt, durch welche alle lokalen Sonderstellungen, soweit sie nicht in jenen Konstitutionen erwähnt werden, und die Sonderstellung des Jura überhaupt annullirt sind; aber dennoch wird der Beseitigung jedes erst seit 1815 eingeführten Missbrauches immer die Vereinigungsurkunde entgegengestellt.

Betrachten wir nun den Gang des jurassischen Schulwesens während der Restaurationsperiode.

Vor Allem wird eine katholische Sektion des Kirchen- und Schulrathes aufgestellt, bestehend aus dem Präsidenten und zwei weltlichen Mitgliedern des reformirten Schulrathes und zwei römisch-katholischen Mitgliedern aus der Mitte des Kleinen oder des Grossen Rathes. Die Feststellung seiner Befugnisse wird bis zur Regelung der Diözesanverhältnisse verschoben.

Da auch diesmal die *höheren Schulen* zuerst unter Dach gebracht wurden, so beginnen wir mit der Geschichte dieser.

Auch hier war es wieder der Kanzler v. Mutach, welcher durch ein auf eigene Anschauung gegründetes, einlässliches Gutachten die Sache in Gang brachte. Auf seinen und des Kirchenrathes Antrag setzte der Kleine Rath unter'm 20. November 1816 fest, was zum Unterhalt der Kollegien in *Pruntrut* (das zu seinen sechs Lehrern noch zwei für die Theologie erhielt) und *Delsberg*, und des namentlich mit Rücksicht auf die Bildung von Geistlichen im reformirten Jura zu gründenden Kollegiums in *Biel* von den betreffenden Städten, Bezirken (vermittelt Zusatz-Centimes zur Grundsteuer), durch Schulgelder und Staatsbeiträge zu leisten sei, und übertrug die Leitung dieser Anstalten Administrationsrathen, bestehend aus je fünf Mitgliedern, nämlich dem Oberamtmann als Präsident und vier von der Stadtverwaltung zu bezeichnenden Männern, — Behörden, deren Kompetenzen durch eine Instruktion näher anzugeben seien.

Nachdem durch Dekret vom 29. Dezember 1819 die Grundsteuer des Jura neu festgestellt, die Zusatz-Centimes beseitigt und der daherige Betrag von der allgemeinen Kasse des Kantons übernommen worden, nachdem ferner durch Beschluss vom Jahr 1818 der Staatsbeitrag für Pruntrut und durch Beschluss vom Jahr 1822 derjenige für Delsberg (für Anstellung eines vierten Lehrers) um je Fr. 675 erhöht worden, betrugen diese Beiträge: für Biel Fr. 5025, für Delsberg Fr. 1350 und für Pruntrut Fr. 4725

(wovon Fr. 810 Besoldung des *directeur des études* und Fr. 1000 für Prämien zu Handen der Zöglinge von Pruntrut und Delsberg).

Die Gemeinden aber — und zwar, nachdem zufolge der Vereinigungsurkunde die Bürgergemeinden wieder hergestellt und diesen alles Gemeindevermögen überlassen worden war, die Bürgergemeinden — hatten nebst den Lokalien und deren Unterhalt zu leisten:

Biel Fr. 1600 a. W., welche dem neu zu gründenden *Collège* zugesichert waren;

Delsberg circa Fr. 3000 a. W. (Fr. 4400 n. W.) wie bisher;

Pruntrut sollte wie bisher Fr. 2025 a. W. (Fr. 3000 n. W.) zuschiessen; es liess aber durch die Distriktskasse (Einregistrirungsgebühren) Fr. 1200 an seiner Stelle bezahlen und schliesslich dieses Servitut gegen Erlegung von Fr. 24,000 loskaufen, während es selbst nur circa Fr. 800 und von 1840 an gar nichts mehr beitrug.

Und dennoch nahmen diese Gemeinden, und zwar die *Bürgergemeinden*, diese öffentlichen, durch immer zunehmende Staatsbeiträge erhaltenen Schulen als *ihre* Schulen in Anspruch! —

Gemäss § 3 des oben angeführten Rathschlusses vom 20. November 1816 erliess der Kirchenrath unter'm 15. Februar 1817 eine Verordnung, durch welche Lehrerwahlen, Unterrichtspläne und Rechnungen der Bestätigung des Kirchenrathes unterworfen waren. Aber wie ging es damit! Die Rechnungen wurden zwar eingesandt, auch die Vorschläge für Lehrerwahlen, wenn auch oft erst lange nach dem Eintritt der betreffenden Lehrer; mit der inneren Leitung aber verhielt es sich folgendermassen:

In *Pruntrut* machte die Administration rein, was ihr beliebte; im Jahr 1821 wird sogar ein Priesterseminar eingerichtet und ein vom Staate bezahlter Pfarrer (Rottet von Mervelier) als Lehrer an dasselbe berufen, ohne den Regierungsbehörden nur davon Mittheilung zu machen! Die Regierung erklärte zwar dem Oberamt Pruntrut und dem in Ofenburg residirenden Bischof, dass sie dem Seminar, obschon vor Regelung der Bisthumsangelegenheiten errichtet, provisorisch seinen Fortgang lassen wolle, aber sich über dessen Existenz freie Verfügung vorbehalte; ebenso nahm sie die Wahl des Hrn. Pfarrer Rottet hin.

In *Delsberg* griff der Kirchenrath nur einmal in den Gang des Unterrichtes ein, — als er aus politischen Gründen die Beseitigung von «Tschokke's» Schweizergeschichte, welche zum Uebersetzen benutzt wurde, verlangte (1826—1828).

In *Biel* dagegen wurde im Jahr 1829 eine einlässliche Inspektion gemacht und im darauf folgenden Jahre trotz der Opposition des Administrationsrathes zweckmässige Aenderungen eingeführt (besonders: Vermehrung der Stunden in den alten Sprachen, um die Zöglinge zum Eintritt in die oberste Gymnasialklasse in Bern zu be-

fähigen; Einführung eines strengeren Promotionsmodus statt der bisherigen Nachsicht gegenüber Burgerskindern; Vorbereitungs-klasse für die Schüler französischer Zunge welche man vom Fachunterricht ausschloss, bis sie einem deutsch gegebenen Unterricht folgen konnten).

Wir fügen noch bei, dass im Jahr 1827 auch in *Laufen* ein Lehrer für die alten Sprachen angestellt wurde, was der Kirchenrath um so eher gestatten konnte, als die Kosten aus eigenen Mitteln der Stadt und aus dem Ertrag des sogenannten Katharinenfonds bestritten werden sollten.

Untersuchen wir nun auch den Gang des *Volksschulwesens* im Leberberg während der Restaurationsperiode, worüber der amtliche Verwaltungsbericht pro 1814—30 ein so bedeutungsvolles Stillschweigen beobachtet.

Auch hier wurde gemäss der Schulordnung vom 17. Juni 1807 von dem für das Landschulwesen ausgesetzten Kredit Gebrauch gemacht, aber so zu sagen nur für Schulhausbau-Beiträge und Gratifikationen, im reformirten Jura auch noch für Verabreichung religiöser Lehrmittel an die Schulen. Im Jahr 1826 wurde ein Anlauf gemacht, die Staatsbeiträge an die Bedingung zu knüpfen, dass in den betreffenden Landschulen, gleichwie in den Städten, der Unterricht in der deutschen Sprache gesichert sei, «da in einem deutschen Staate die Unterthanen doch die Sprache der Obrigkeit verstehen sollten», und es wurde von diesem Beschluss den Oberamt Männern und dem Studiendirektor im Jura Mittheilung gemacht. Der Letztere zeigt sogar an, er habe hiezu die nöthigen Anstalten getroffen (!), der Kirchenrath machte indessen auch nicht den geringsten Versuch, diesen Beschluss auszuführen. Wohl aber erhielten im Jura nur die deutschen Schulen, deren der Kirchenrath zehn in's Leben rief, regelmässige jährliche Zuschüsse, und zwar von je 20 Kronen; auch werden die Eltern ihrer Zöglinge von den Abgaben für die öffentlichen französischen Schulen enthoben. Die Gründung von deutschen Schulen wurde vom Kirchenrath mit grossem Eifer und in der Hoffnung auf weittragende Resultate betrieben. — Dagegen wird die Lehrerbildung, woran ja doch Alles gelegen war, im Jura gänzlich vernachlässigt. Ein einziges Mal, es war im Jahr 1825, anerbote ein reformirter Pfarrer aus dem französischen Jura die Abhaltung eines Normalkurses; man liess den Mann zwei Jahre warten, um ihm schliesslich zu antworten, es könne der Kurs nicht bewilligt werden, um der projektirten Schulordnung nicht durch Einführung neuer Einrichtungen vorzugreifen. Im katholischen Theil des französisch sprechenden Jura wurde ebenfalls nie ein Kurs gehalten, wohl aber einmal ein ganz kurzer in *Laufen* (1823), für welchen der Kirchenrath ohne Untersuchung eine kleine Gratifikation ertheilte, gleichwie früher (1821) für einen im Kanton Solothurn abgehaltenen, aber auch von Bernern besuchten Kurs. Dafür aber gestattete man, dass in Pruntrut 1819 die weibliche Jugend wieder den Ursulinerinnen

(welchen noch ein sehr reichlicher Staatsbeitrag an ihre Bauten verabfolgt ward), überliefert werde, und liess es geschehen, dass in St. Ursanne und Delsberg die barmherzigen Schwestern und auf dem Lande Angehörige anderer fremder Orden, welche ihre Instruktionen von ausländischen Ordensobern erhalten, sich des Jugendunterrichtes bemächtigten. — Aber wo war denn die amtliche Schulaufsicht und das Bestätigungsrecht des Kirchenrathes?

Damit verhielt es sich eben in den katholischen Bezirken nicht ganz gleich wie in den protestantischen, welche ihre Schulkommissäre hatten. Zufolge Beschluss der katholischen Sektion des Kirchenrathes vom 4. Dezember 1817 war zwar auch im katholischen Landestheil der Pfarrer der nächste Aufseher der Schule, und über ihm, analog den Schulkommissären im alten Kanton, aber über sämtliche katholische Amtsbezirke, welche im Jahr 1816 über 36,000 Seelen zählten, Hr. *Studiendirektor v. Billieux*. Nach der demselben unter'm 25. April 1818 erteilten Instruktion soll derselbe einerseits in den beiden Kollegien Pruntrut und Delsberg (welches letztere die Schüler bis zur Schulstufe «Rhetorik» führt) die Einheit des Unterrichtes sichern, andererseits die kleineren Schulen (Landschulen) besuchen, «wann es ihm beliebt». Er urtheilt über Ordnung, Methode und Disziplin in denselben und ist bestrebt, sie auf demselben Fuss zu halten. Er prüft bei Schulerledigungen mit dem Pfarrer die Bewerber und erteilt ihnen Examenzeugnisse. Er legt Streitigkeiten zwischen Gemeinden und Lehrern bei; auch wacht er über den Privatunterricht.

Ein von ihm dem Kirchenrath eingereichtes und von letzterem unter'm 25. Oktober 1820 genehmigtes «*Schulreglement für den katholischen Leberberg*» enthielt u. A. folgende Vorschriften:

Der Studiendirektor — und nicht der Kirchenrath — erteilt auf den Examenbericht des betreffenden Kantonalpfarrers das Fähigkeitsdiplom. Dasselbe gilt von den Lehrerinnen, wenn sie *nicht* — einem Lehrorden angehören (dann ist's überflüssig!). — Der von der Gemeinde erwählte Lehrer bedarf noch der Bestätigung durch die geistlichen und weltlichen Obern (welche? — konnten wir nicht ausfindig machen, namentlich die weltlichen nicht). — Die Kinder treten mit dem sechsten oder siebenten Altersjahr in die Schule und bei ihrer ersten Kommunion oder ein Jahr nachher wieder aus. — Die Absenzen werden dem Pfarrer monatlich mitgeteilt (und dann?). — Die Lehrer erster Klasse (Jahresschulen) erhalten ausser Wohnung, Garten und Holz «wo möglich» — Zusatz des Kirchenrathes — 12—15 Louisd'or, den Küsterdienst inbegriffen, die Lehrerinnen «wo möglich» 8 bis 10 Louisd'or. An Schulen zweiter Klasse (Winterschulen) kann die Besoldung auf 5—6 Louisd'or angesetzt werden (!). — Kehrweise Verpflegung des Schulmeisters wird untersagt. — Schulfächer sind: Lesen, Schreiben, Orthographie, Rechnen in den vier Spezies, in stärkeren Schulen

auch Grammatik und heilige Geschichte; Geographie, Geschichte und ein weiter gehendes Rechnen wird «fakultativ» erklärt. Gerne sähe man auch die Pflege des Zeichnens; den Lehrern, welche es verstehen, wird der Unterricht im Deutschen empfohlen und dafür besondere Gratifikationen versprochen (Zusätze des Kirchenrathes). — Die Eltern werden ermahnt, die Kinder zu regelmässigem Schulbesuch anzuhalten.

Der Kirchenrath hat also die Oberaufsicht über den Schulunterricht im katholischen Kantonstheil vollständig dem Klerus überlassen. Es scheint, er hielt sich selbst hiezu nicht kompetent; wenigstens fragte derselbe noch im Jahr 1826 beim Geheimen Rath (politisches Departement) an, welches in dieser Beziehung seine Kompetenzen seien. Man holte Gutachten ein von den beiden im Jura wohnenden katholischen Mitgliedern des Kirchenrathes. Diese Gutachten bestritten das Oberaufsichtsrecht der Regierung durchaus nicht; denn der erste meint, die Regierung solle dem Studiendirektor periodische Inspektionen zur Pflicht machen; der letztere verlangt geradezu, dass die Lehrbestätigungen den Oberamt Männern übertragen werden und dass die letzteren darüber zu wachen haben, dass ausser in der Religion auch im Lesen, Schreiben, Grammatik und Arithmetik unterrichtet werde, auch solle ihnen jede Gemeinde halbjährlich über Ausführung des Schulreglements, Anstellungsweise des Lehrers etc. Bericht erstatten.

Der Kirchenrath, noch nicht beruhigt, fragt nun auch noch die Oberamt Männer der katholischen Bezirke an. Wir wissen nicht, was dieselben geantwortet, dagegen steht im Amtsbericht des Oberamtmanns von Pruntrut von 1828 die Bemerkung: «Der Studiendirektor ist ein blosser Figurant, der auf dem Papier steht, im Uebrigen aber das ganze Jahr durch keine Schule besucht, höchstens an die Preisaustheilung der Stadtschulen von Delsberg sich verfügt.»

Nun wissen wir, warum in der dem Verwaltungsbericht von 1814—1830 beigegebenen Schulstatistik die katholischen Amtsbezirke weggelassen sind! Die Regierung konnte eben nicht einmal die Zahl der Schulen und Schulkinder angeben; sie hatte somit auch nicht die oberflächlichste Kenntniss von dem der Geistlichkeit und den ausländischen Orden (Lehrschwestern) überlassenen Unterrichtswesen im katholischen Jura!

Welch' eine Erbschaft für die folgenden Regierungen, deren Reformversuchen gegenüber man sich auf den hergebrachten Thatbestand berief und diesen Thatbestand als einen durch die Vereinigungsurkunde von 1815 garantirten (obschon er erst nachher sich bildete) darzustellen suchte. Ein langer und konsequent geführter Kampf war nöthig, um die abhanden gekommenen Rechte des Staates in Schulsachen wieder zu erobern.

Zweiter Zeitraum.

(1831 — 1872.)

Die bisherige Schule war Kirchenschule gewesen. Aus der Reformation (und Gegenreformation) war sie hervorgegangen; die höheren Schulen dienten zur Heranbildung von Geistlichen, im Geiste der Regenten, die niederen im Anschlusse an den Gottesdienst zum Unterricht des heranwachsenden Geschlechtes in der herrschenden Konfession. Es war ganz im Sinne der Tradition gehandelt, wenn aus dem Reformationsfeste von 1828 ein allgemeines Schulfest für höhere und niedere Schulen gemacht wurde; nur wurde dabei vergessen, dass die Schule auch für die Katholiken, überhaupt für alle Einwohner da sei.

Schon diese eine Thatsache konnte der Regierung eines nunmehr paritätischen Kantons die Frage aufdrängen, ob die Hauptaufgabe ihrer Schulen die sein könne, die heranwachsende Jugend verschiedenen Heerlagern zuzuführen? Doch, was hätte eine solche theoretische und negative Einsicht gefruchtet? Nicht die Theorie, sondern die Bedürfnisse des Lebens hatten die Kirchenschule in's Leben gerufen; auf demselben Wege kam der Schule die neue Hauptaufgabe.

War die alte Schule zur Erhaltung der Reformation (und zur Gegenreformation) nöthig gewesen, so wurde, als die Aristokratie gebrochen, die Schule nöthig, um die junge politische Freiheit zu schützen und das Volk zu einer heilsamen Selbstregierung zu befähigen; sie war überhaupt nicht mehr der Kirche, sondern — in allen seinen Interessen — des Bürgers wegen da.

Dies ward nie lebhafter gefühlt, als beim Uebergang von der einen Staatsform zur andern. Die erste Periode der bernischen Demokratie musste daher die eigentliche Sturm- und Drangperiode auf dem Gebiete des Schulwesens werden.

A. Die Dreissiger Periode (1831 — 1846).

Die abtretende Regierung hatte, bevor sie sich zur Einberufung eines Verfassungsrathes entschloss, eine Kommission zur Entgegennahme der Volkswünsche aufgestellt, welche in der Folge dem Verfassungsrathe als Material dienten. Unter den Volkswünschen stehen, nach der Zahl der unterzeichneten Gemeinden und Bürger zu urtheilen, obenan diejenigen, welche grössere politische Freiheiten verlangen; dann folgen Begehren aller Art betreffend materielle Erleichterungen, Erleichterung oder Centralisation des Strassenwesens, Herabsetzung der Beamtenbesoldungen, Handels- und Gewerbefreiheit, grössere Jagd- und Fischereifreiheit. Nur etliche zwanzig Gemeinden nebst einigen wenigen Bürgern geistlichen und weltlichen Standes, verlangten «Verbesserung der Schul- und Erziehungsanstalten».

Die einsichtigen Männer aber, welche im Verfassungsrathe und später in den Behörden sassen, glaubten, diese

Aufgabe etwas mehr voranstellen zu sollen; und wenn auch, wie wir später sehen werden, das Volk ihren Ideen nicht immer zu folgen vermochte, so wird es doch kaum der repräsentativen Demokratie zum Vorwurf gereichen, wenn sie in dieser Richtung die erhaltene Vollmacht nach Kräften benützte.

Die neue *Verfassung* enthielt über das Unterrichtswesen folgende Vorschriften:

«Die Befugniss zu lehren ist unter den gesetzlichen Beschränkungen freigestellt.»

«Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht lassen, der für die unteren Schulen vorgeschrieben ist.»

«Die Sorge für Erziehung und Unterricht der Jugend ist Pflicht des Volkes und seiner Vetreter.»

«Der Staat soll die öffentlichen Schulanstalten und Bildungsanstalten unterstützen und befördern.» (P. 12.)

Noch entschiedener spricht sich aber das der Verfassung angehängte und mit ihr vom Volk genehmigte *Uebergangsgesetz* aus. Nachdem der Verfassungsrath in demselben festgesetzt, auf welche Weise nach Annahme der Verfassung die neuen Behörden sich zu konstituieren haben, glaubt er sich noch verpflichtet, seine Mitbürger mit seinen Ansichten über seine Stellung zum Lande, über seine Pflichten, über seine Befugnisse und die Grenzen derselben, sowie auch besonders über die wichtigen Verhältnisse, von denen das Heil der bürgerlichen Gesellschaft abhängt, genau bekannt zu machen. Und nun folgen, vor Erwähnung aller andern Verwaltungsangelegenheiten folgende Worte:

«Das Wohl und Wehe eines jeden Staates beruht auf dem sittlichen Werthe seiner Bürger; ohne Bildung des Herzens und des Geistes ist keine Freiheit denkbar und die Liebe zum Vaterlande ist ohne sie ein leerer Schall.»

«Auf unsere sittliche Veredlung, auf die grösstmögliche Ausbildung der Anlagen, die wir dem Schöpfer und Erhalter unseres Daseins verdanken, müssen wir hinwirken, wenn wir des Glückes uns theilhaftig machen wollen, das eine freisinnige Verfassung uns gewähren kann.»

«Die eifrige Beförderung dieses Zweckes wird vom Verfassungsrathe dem künftigen Gesetzgeber vor Allem und ganz besonders empfohlen.»

Am 20. Oktober 1831 trat die neue Regierung ihr Amt an. In's Erziehungsdepartement wurden vom Grossen Rathe gewählt die HH. Neuhaus, v. Tillier, Professor J. Schnell, Pfarrer Lutz, Phil. Eml. v. Fellenberg, Joh. Schneider, Fetscherin. Auf dessen Antrag wurden nun nach § 8 und 38 des Gesetzes über die Organisation der Departemente des Regierungsrathes gewählt eine Kommission zur Vorberathung der Reform der Literarschule und eine gleiche für die oberen Schulen und schliesslich für die Bearbeitung der von der letztern eingelangten Vorlagen eine besondere Spezialkommission (Lutz, Bern-

hard Studer, Usteri). Für die Vorberathung der allgemeinen, das Schulwesen betreffenden Angelegenheiten wählte der Grosse Rath die sogenannte Landschulkommission von 48 Mitgliedern (Präsident Lutz), und aus dieser der Regierungsrath die sogenannte engere Schulkommission (Pfarrer Lutz, Pfarrer Stierlin, Helfer Rickli, Klasshelfer Walthard, Privatlehrer Wenger, Pfarrer Zürcher, Pfarrer Tschan). Letztere hatte zunächst die das Volksschulwesen betreffenden Vorlagen vorzubereiten.

So waren die Reformarbeiten für das höhere und niedere Schulwesen vertheilt, und es währte nun lange, allzulange, bis die betreffenden Gesetze erlassen und in Kraft treten konnten. Namentlich für's Volksschulwesen, das erst studirt sein musste. Zwar hatte schon am 12. Dezember 1831 der Regierungsrath ein Kreisschreiben des Erziehungsdepartements an alle Schulfreunde, vorab an alle Geistlichen des Kantons, genehmigt, durch welches dieselben eingeladen wurden, Bericht über den Stand des Schulwesens, dessen Ursachen und die Mittel zur Verbesserung einzureichen; aber nach 1½ Jahren war noch von keinem einzigen Geistlichen des katholischen Jura eine Antwort eingelangt; dieselben mussten sich erst noch darüber verständigen, ob sie der weltlichen Behörde den vom Bischof selbst redigirten Amtseid leisten wollten oder nicht.

Unterdessen blieb aber das Erziehungsdepartement nicht müßig. Was ohne besondere neue Gesetze in Verordnungen geschehen konnte, wurde sofort an die Hand genommen: es unterstützte in bisheriger Weise Lehrerbibliotheken, Gesangsvereine, Schulhausbauten, verdiente im Amte stehende oder ausgediente Lehrer; bewilligte höhere Unterstützungen an die deutschen Schulen im Jura, die katholischen Privatschulen in Bern, die Privatsekundarschulen im Emmenthal; bereitete die Uebernahme der Knaben-Taubstummenanstalt durch den Staat (Uebersiedlung nach Friesenberg 1834) vor, berief neue tüchtige Kräfte (Kortüm, Lutz) an die Hochschule; schrieb Preise aus für die Abfassung tüchtiger pädagogischer Schriften (ein Volkslesebuch, ein Primarschullesebuch, eine Schrift über die häusliche und eine über die physische Erziehung), namentlich aber wurden durch Anerbieten von Staatsbeiträgen Land auf und Land ab Sommerschulen, Mädchenarbeitsschulen und Kleinkinderschulen in's Leben gerufen. — Aber man wollte mehr als diese willkürliche Thätigkeit nach altem Styl, man verlangte ein allgemeines Vorgehen nach gesetzlichen und reglementarischen Normen. Und da die umfassenderen Schulgesetze auf sich warten liessen, so wurden vorläufige Spezialdekrete und Verordnungen erlassen. Indem wir, Kleineres übergehend, diese Spezialdekrete reproduzieren, müssen wir leider die Bemerkung vorausschicken, dass man in der ersten Ungeduld sich in Manchem übereilt und sogar Missverhältnisse in's Leben gerufen hat, welche dem Schulwesen manchen Nachtheil brachten.

1. Ein von Fellenberg redigirtes «Dekret über die Errichtung von Normalanstalten» wurde schon am 17. Februar 1832 angenommen. Nach § 1 dieses Dekrets sollen allmählig die nöthigen Anstalten für Bildung von Schullehrern getroffen werden, nach § 2 aber soll für das Jahr 1832 sofort eine Normalanstalt im deutschen Kantonstheil, mit acht Plätzen für französisch sprechende Schüler, errichtet und nach § 3, sobald einige Erfahrungen vorliegen, auch im französischen Kantonstheil eine Normalanstalt kreirt werden. Mit der Normalschule ist (§ 6) eine Primar-Musterschule in Verbindung zu setzen, in welcher *arme Kinder aus allen Theilen des Kantons* zur Aufnahme in die Normalanstalt herangebildet werden sollen. Der Lehrkurs im Seminar dauert zwei Jahre, die Zöglinge müssen später zwei Jahre lang vom Erziehungsdepartement angewiesene Schulstellen übernehmen. Es wird das nöthige Land für die Landwirthschaft zur Verfügung gestellt.

Die neue Anstalt sollte, zum Theil mit Rücksicht auf die Nähe der Hofwyleranstalten im Schlosse zu Münchenbuchsee untergebracht werden. Obschon hier bedeutende bauliche Einrichtungen nöthig waren, so hatte man doch mit der Ausschreibung und Wahl der Lehrer Eile, was den neugewählten Direktor in manche Verlegenheiten bringen sollte. Fellenberg rechnete, wenn auch nicht auf das Direktorat, so doch auf eine bedeutsame Stellung bei der Leitung des neuen Seminars. Um ihn hierin zu sekundiren, arbeiteten seine Parteigenossen in der Presse dahin, es solle kein «Priester» gewählt werden. Die Regierung, welche sich offenbar zu solcher Freisinnigkeit nicht zu erheben vermochte, wählte im Mai 1832 auf den Antrag des Erziehungsdepartements Hrn. Pfarrer Langhans, welcher nicht nur seinen beiden Mitbewerbern, sondern noch vielen Andern gegenüber auf eine solche Stelle Anspruch machen durfte. Allerdings war Hr. Fellenberg bei der Bildung des Wahlvorschlages nicht anwesend gewesen, allein, wenn derselbe, nachdem er schon vor der Wahl mehrere Wochen lang von den Sitzungen des Erziehungsdepartements ausgeblieben, in seinem nunmehrigen leidenschaftlichen Kampf gegen Hrn. Langhans und sogar gegen das Erziehungsdepartement auf diesen, von ihm selbst verschuldeten Umstand sich stützen wollte, so sprach das wenig für seine Sache. Langhans sollte nun, wenn auch noch nicht den gesetzlichen Seminar-kurs, doch wenigstens einen dreimonatlichen Normalkurs eröffnen, aber wo? Gerne nahm das Erziehungsdepartement das Anerbieten Fellenberg's an, welcher in Hofwyl nicht nur die nöthigen Lokalitäten, sondern auch noch einige Lehrkräfte unentgeltlich zur Verfügung stellte. Aber schon in den ersten Tagen begann das Zerwürfniß zwischen ihm und Langhans, da der letztere sich in das gewohnte autokratische Walten Fellenberg's nicht fügen konnte, ein Zerwürfniß, welches nach dem Schlusse des Kurses in helle Flammen ausbrach. Zuerst erfolgten

anonyme Angriffe in der Presse, hernach verlangte Fellenberg von der Regierung eine Untersuchung durch eine vom Erziehungsdepartement unabhängige Kommission; die Vorwürfe, welche er Langhans machte, bestanden darin, sein Religionsunterricht führe zum Unglauben, es fehle ihm an pädagogischem Takt und Befähigung zu seiner Stelle und endlich, Langhans habe sich wiederholt gehässig über ihn, Fellenberg, ausgesprochen. Nachdem er die Behörden Monate lang auf die Begründung seiner Anklagen hatte warten lassen, theilte er sie endlich (Februar 1833) in einer eigenen Broschüre dem ganzen Volke mit, dessen Schulfreunde dadurch in zwei Lager getheilt wurden. Bevor dieser Streit ausgetragen war, ordnete Fellenberg, ohne der Erziehungsbehörde, in welcher er sass, etwas davon mitzutheilen, für das Jahr 1833 einen selbstständigen Normalkurs in Hofwyl an, für welchen die Behörde nicht nur die Genehmigung erteilen, sondern Ehren halber auch noch die Kosten erstatten musste, wie es auch Fellenberg erwartet hatte. Langhans sass indessen immer auf der Anklagebank, und in Münchenbuchsee konnte wegen des langsamen Vorrückens der Bauten nicht einmal die Musterschule eröffnet werden. Noch am 5. Juli 1833 wurde im Grossen Rathe ein Antrag Fellenbergs auf Untersuchung über den vorjährigen Normalkurs erheblich erklärt. Das Erziehungsdepartement hatte übrigens diese Angelegenheit durch seine beiden Mitglieder Lutz und Fetscherin gründlich prüfen lassen; das unbefangene Gutachten derselben ging dahin, Langhans habe sich im Religionsunterricht in Gebiete verstiegen, auf welche ihm seine Zuhörer wegen mangelnder Vorbildung nicht folgen konnten (ist auch schon da gewesen), im Sprachunterricht dagegen habe er Befriedigendes geleistet, womit sich der Regierungsrath unterm 14. Juni 1833 beruhigt erklärte, welchem Beschluss am 12. Mai 1834 auch der Grosse Rath beitrug. Fellenberg aber bekam erst Ruhe, als Langhans im Jahr 1835 von der Direktion des am 4. September 1833 endlich eröffneten Seminars zurücktrat und in Hrn. Helfer Rickli einen Nachfolger erhielt, welcher nicht nur seinen, sondern auch der ganzen Lehrerschaft ungetheilten Beifall sich zu erwerben wusste *). — Nach dem Reglement vom

*) Es fällt uns nicht im Geringsten ein, an dem grossen Ruhme, welchen Fellenberg durch seine Hofwyleranstalten sich mit Recht erworben hat, etwas abmarkten zu wollen. Ebenso fest aber haben wir uns überzeugt, dass er durch das diktatorische Wesen, wodurch ihm auf seinem Grund und Boden so Vieles gelang, in den öffentlichen Stellungen, welche ihm die Republik anvertraute, sich unmöglich machte. Wir müssen daher den Biographen entgegenreten, welche ihn auch noch zum Märtyrer machen wollen. Worin bestand dieses Märtyrertum denn?! Das Erziehungsdepartement erlaubte sich, neben den von Fellenberg bis in's Jahr 1835 fortgesetzten Normalkursen im Laufe der Sommermonate auch eigene Kurse zu errichten, wozu in erster Linie die Behörde und nicht er befugt und verpflichtet war. — Es erlaubte sich trotz dieser seiner und der Fellenberg'schen Kurse, an welchen ja doch nur ein kleiner Theil der Lehrer Theil nahm, auch fernerhin noch durch Staatsbeiträge zur freiwilligen Kreirung von Sommerschulen aufzumuntern, was die Biographen Fellenberg's einen « ver-

19. August 1833 sollte die Musterschule aus 40, das Seminar selbst aus 60 Zöglingen bestehen. Unterrichtsfächer des letzteren waren ausser den Primarschulfächern im weitesten Sinne nur noch Methodik, Schulkunde und praktische Uebungen.

Erzählen wir, dem chronologischen Gang etwas vorgehend, gleich hier, wie es der Regierung mit der Errichtung des am 18. Dezember 1834 vom Grossen Rathe beschlossenen paritätischen Seminars im französischen Kantonstheil ging. Die Geistlichkeit des katholischen Kantonstheils, welche keine paritätische Schule in Pruntrut zulässig erklärte und sich daran skandalisirte, dass ein *Laie* zum Direktor gewählt wurde (da P. Girard nicht zu haben war, wurde der Naturforscher Thurmann gewählt) wusste es dahin zu bringen, dass die Bürgerschaft von Pruntrut, die angeblich ihr gehörenden Seminargebäulichkeiten lange verweigerte, so dass die Anstalt erst im Jahre 1837 eröffnet werden konnte. — Kehren wir jetzt zum Jahr 1833 zurück, um die übrigen vorläufigen Dekrete und Verordnungen aufzuzählen.

2. Sollte im Volksschulwesen etwas geschehen, so musste erst das *Gemeindewesen* besser organisirt werden (§ 94 der Verfassung). Die nach der Reformation eingeführten Sittengerichte für die reformirten Kirchspiele, die ersten öffentlichen Gemeinde-Verwaltungsbehörden, hatten, wie wir früher gesehen, auch die Aufsicht über das Schulwesen. Durch die Bettelordnungen am Ende des siebenzehnten Jahrhunderts waren auf dem Lande die erblichen Bürgergemeinden entstanden, an welche, als an eine geschlossenere Vereinigung, die Verwaltung der meisten Gemeinds-Angelegenheiten überging. Aber die Bürgergemeinde, bestehend aus den Descendenten Derjenigen, welche am Ende des siebenzehnten Jahrhunderts die Wohnbevölkerung der Gemeinde ausgemacht hatten,

schärften Sommerschulzwang» nennen. — Ferner, als Fellenberg im Dezember 1833 zum Landammann des folgenden Jahres ernannt wurde, verlor er dadurch seinen Sitz im Erziehungsdepartement und in der grossen Landschulkommission, indem man nicht die oberste Stelle der Republik bekleiden und in einer ihrer Kontrolle unterworfenen untergeordneten Behörde sitzen kann. — Das Erziehungsdepartement erlaubte sich ferner, ein Mal von seinem Inspektionsrecht in Hofwyl Gebrauch zu machen! — Das Hauptverbrechen aber soll das sein, dass die Regierung oder vielmehr der Grosse Rath das anerkennbare Geschenk seiner sämtlichen Gebäulichkeiten in Hofwyl mit dem Zweck, dass darin alle möglichen Lehranstalten, Primarschulen, Sekundarschulen, literarische und gewerbliche Gymnasien, Seminarien, untergebracht werden, nicht habe annehmen wollen! — Wer aber die betreffenden Verhandlungen des Grossen Rathes vom 27. Februar 1838 nachliest, wird finden, dass Fellenberg zunächst nur die unentgeltliche Benutzung dieser mit dem Eingehen seiner Anstalten werthlos werdenden Gebäulichkeiten nebst einer kleinen Summe von Fr. 10,000 an die ersten Einrichtungskosten anerkennen hatte und sich bei der Leitung der in denselben unterzubringenden Anstalten noch eine bedeutende Stellung vorbehielt. Die unentgeltliche Abtretung seiner Gebäulichkeiten, verbunden mit dem Verkauf seiner Ländereien an den Staat, war vom weiteren Gang der Ereignisse abhängig gemacht. Und bei so ungewissen Aussichten sollte der Staat seine bereits anderwärts bestehenden Anstalten den betreffenden Bevölkerungen entreissen und in das einsame Hofwyl verpflanzen? Hans Schnell sagte dazu ganz lakonisch: «*Timeo Danaos et dona ferentes!*»

fiel mit letzterer jetzt nicht mehr zusammen. Auswärts Wohnende hatten das Stimmrecht, während die in der Gemeinde wohnenden Nichtbürger, wenn sie auch Steuern bezahlten, kein Stimmrecht besaßen. — Da das neue Gemeindegesetz noch auf sich warten liess, so erliess der Grosse Rath am 4. Mai 1832 ein *Dekret über die Erneuerung der Gemeindsbehörden*, durch welches provisorisch Einwohnergemeinden in's Leben gerufen wurden, an welchen alle ansässigen Kantonsbürger von mindestens 23 Jahren, welche in keinen Dienstverhältnissen stehen und einen Grundbesitz von wenigstens Fr. 500 versteuern, und in gleicher Weise alle seit zwei Jahren ansässigen Schweizerbürger das Stimmrecht hatten. Der von dieser Einwohnergemeinde zu wählende Gemeinderath sollte unter Beiziehung des Pfarrers auch das Schulwesen besorgen.

3. Gestützt auf dieses Dekret erliess die Regierung unterm 12. Dezember 1832 eine *provisorische Schulordnung*, nach welcher vom Gemeinderathe gewählte Schulkommissionen, in welcher der Ortspfarrer von Amts wegen sitzt, den Schulbesuch überwachen und die Fehlbaren citiren sollen und bei Lehrerwahlen das Recht haben, den an den Regierungsstatthalter zu richtenden Doppelvorschlag des Schulkommissärs durch einen eigenen Vorschlag zu vermehren. — Für die Schulkommissäre selbst wird unter'm 28. Februar 1833 eine neue *Instruktion* erlassen, durch welche ihre Zahl von 24 auf 40 vermehrt und ihnen förmlich zur Pflicht gemacht wird, den Unterricht und den Schulbesuch zu beaufsichtigen und Neubauten und Wahlvorschläge zu begutachten. Im katholischen Jura, wo bisher noch keine Schulkommissäre waren, werden Bezirkskommissionen aufgestellt, bestehend aus drei Mitgliedern: dem Regierungsstatthalter, einem Delegirten des Erziehungsdepartements und einem vom Bischof zu bezeichnenden Dekan.

4. Ein Spezialfall (Ertheilung von Katechumenunterricht durch einen Primarlehrer in einer Armenanstalt), welcher leicht durch die Predigerordnung hätte entschieden werden können, gab dem Erziehungsdepartement Veranlassung, ein *Gesetz über den Privatunterricht* ausarbeiten zu lassen. Das betreffende Gesetz, erlassen den 24. Dezember 1832, gibt dem Erziehungsdepartement möglichst ausgedehnte Kompetenzen gegenüber Solchen, welche Privatunterricht ertheilen wollen. Gleichwohl hat der Gesetzgeber, gewiss ohne die Konsequenzen zu erwägen, die Staatsautorität im höchsten Grade kompromittirt durch die Bestimmung, dass die Gemeinden selbst Privatunterrichtsanstalten errichten dürfen. Im Augenblicke, wo man sich anschickt, für alle öffentlichen Gemeindeschulen bindende Primarschul- und Sekundarschulgesetze aufzustellen, erlässt man zum Voraus ein Ausnahmsgesetz für diejenigen Gemeinden, welche aus öffentlichen Mitteln Schulen unterhalten wollen, die nicht unter dem allgemeinen Gesetze stehen! — Diese Bestimmung wird um so nachtheiliger im Zusammenhang mit der Stellung, welche

dem Schulwesen durch das neue Gemeindegesetz gegeben wird.

5. Das *Gemeindegesetz vom 20. Dezember 1833* hatte offenbar den Zweck, für diejenigen Angelegenheiten, welche die ganze Bevölkerung einer Gemeinde betreffen, und zu diesen Angelegenheiten gehört doch ganz gewiss das Schulwesen, auch dem Willen dieser Bevölkerung zu unterstellen. Die Schule, sofern sie aus öffentlichen Mitteln bestritten wird, soll Sache der Einwohnergemeinde, nicht der Burgerrodelgemeinde sein, und die betreffenden Fonds sollen alsdann auch von der Einwohnergemeinde verwaltet werden. Was thut aber dieses Gesetz? Es gibt der Einwohnergemeinde (in § 23) das Recht zur Stiftung von Schulanstalten, lässt aber (§ 50) das gleiche Recht auch den Burgergemeinden. Noch mehr. Es erklärt (§ 56): «Der Ertrag der Gemeindegüter soll von der *kompetenten Behörde*, seiner ursprünglichen Bestimmung gemäss, insoweit zu öffentlichen Zwecken verwendet werden, als es bisher geschehen. Keine Gemeinde soll zu der Ausschreibung von Tellen schreiten, so lange dieser Ertrag zu der Bestreitung des Aufwandes ausreicht. Die Streitigkeiten, welche zwischen der Einwohner- und der Burgergemeinde über die Bestimmung des Betrages eines Kapitals und über die Art der Verwendung desselben, oder über andere Anstände entstehen, sind von der Administrativbehörde zu beurtheilen.» Statt der Einwohnergemeinde die ihr für die Erfüllung ihrer Aufgaben nöthigen und dazu bestimmten öffentlichen Fonds zu übergeben, lässt man diese in der Hand der Burgergemeinden, mit welchen sich nun die Einwohnergemeinden ewig, und mit welchem Erfolg! herumstreiten sollen! In dieser halben Reform, in diesem Uebertragen der Pflichten der Burgergemeinden auf die Einwohnergemeinden, während die Hilfsmittel in den nutzungslustigen Händen der Bürger bleiben, haben wir einen Hauptgrund des Zurückbleibens unserer Primarschule zu suchen. — Besonders schlimm sollte sich dieses Uebel in den Städten gestalten, wo die burgerlichen Fonds ebenfalls zur Gründung von Schulen verwendet wurden, aber von Burgerschulen, in welchen die Einwohner nur gegen hohes Schulgeld und, soweit der Platz ausreicht, Aufnahme fänden. Diese höheren Burgerschulen, welche sich Sekundarschulen, Realschulen, Progymnasien, höhere Töchterschulen nannten, nahmen nur Bürger und habliche Einsassenkinder vom fünften, ja vom vierten Altersjahr an — als Privatschulen kennen sie keine Norm — auf, so dass die Tonangebenden in den Gemeinden nie in die Versuchung kamen, von der Primarschule Gebrauch zu machen. Was sollten sie sich also um dieselbe kümmern? Es ist traurig, aber doch wahr — Jahrzehnte hindurch sahen die Primarschulen einiger reichen Städte bedeutend schlechter aus als in einer grossen Zahl von Landgemeinden!

6. Durch ein Dekret vom 22. Februar 1833 wurde der Regierung ein jährlicher Kredit von Fr. 3000 zur

Verfügung gestellt, wovon Fr. 2000 für Leibgedinge, Fr. 1000 für ausserordentliche Unterstützungen, beide im Betrage von je höchstens Fr. 100, an arme verdiente Lehrer verwendet werden sollten. (Durch Dekret vom 5. Dezember 1837 wurden diese Summen verdoppelt.)

Während durch solche Vorarbeiten mit mehr oder weniger Erfolg für die Einführung einer grossartigen Schulorganisation der Boden gebahnt wurde, waren auch die betreffenden Schulgesetze spruchreif geworden: ein Gesetz über des höhere Gymnasium und die Hochschule, ein Primarschulgesetz und ein Sekundarschulgesetz. Da auch diesmal wieder die Organisation der höheren Schulen, wenigstens der Hauptsache nach, derjenigen der unteren voranging, wie denn überhaupt, man mag dazu sagen, was man will, im Schulwesen von oben nach unten gebaut zu werden pflegt, so wolle man uns gestatten, den bisherigen Gang, wenn er auch mit dem chronologischen nicht ganz übereinstimmt, beizubehalten.

1. Hochschule und höheres Gymnasium.

Wir brauchen es nicht zu verhehlen, dass zunächst schon ganz allgemein politische Rücksichten dazu führten, diese Schöpfung zu beschleunigen. Bereits hatte Zürich mit Rücksicht auf eine durch eine neue Bundesverfassung zu kreirende eidgenössische Hochschule seine eigene errichtet, um durch dieses *fait accompli* einen Vorsprung bei der Bewerbung zu bekommen. Da konnte Bern nicht zurückbleiben. Auch die kantonalen Verhältnisse riefen einer Reform der Akademie auf weitester Basis, da eine Menge von Stadtbernern der jungen Republik ihre Dienste verweigerte und es ihr an tüchtigen Beamten fehlte. Aber auch die im amtlichen Rapport an den Grossen Rath ausinandergesetzten Gründe rein pädagogischer Natur rechtfertigten die Reform vollständig. Die bisherige Akademie war vorzugsweise eine theologische Anstalt gewesen; die Studien waren auf's Nothwendigste beschränkt; die Lehrern und Zöglingen angelegten Fesseln der Entfaltung der Wissenschaft nachtheilig. Die sogenannte philosophische Fakultät war weder das, was sie hiess, noch die Anstalt, deren Stelle sie vertrat, nämlich eine allgemeine Vorbereitungsanstalt auf die Hochschule, sondern ein Bestandtheil der theologischen Fakultät. Die Fächer der sogenannten unteren Theologie erhielten erst dann ihre rechte Stellung, wenn die philosophische Fakultät den drei andern koordinirt wurde. Dann aber musste eine Vorbereitungsanstalt auf die Hochschule, und zwar für die Schüler von Stadt und Land, geschaffen werden, indem auch die Schüler der Literarschule in Bern, welche im Alter von 16—17 Jahren auf die Akademie übergingen, die zu einem freien Hochschulstudium nöthige Reife noch nicht besitzen konnten — das obere Gymnasium.

Das Gesetz über das höhere Gymnasium und die Hochschule, vom 14. März 1834, gibt der Hochschule den doppelten Zweck, die Wissenschaft zu fördern, und im

Besondern die reifere Jugend zur Ausübung jedes wissenschaftlichen Berufes zu befähigen.

Akademische Lehr- und Lernfreiheit soll die wissenschaftlichen Kräfte anziehen und deren Konkurrenz das Studium beleben.

Der Kreis der Lehrfächer wird, um zu jedem wissenschaftlichen Beruf zu befähigen, möglichst weit gezogen. Unter den Unterrichtsfächern erscheint ausser den bisherigen auch Pädagogik, technische, Kameral- und Militärwissenschaften, Kunstlehre und schöne Wissenschaften. Das Reglement über die Organisation der Studien an der Hochschule vom 25. April 1834 gibt näher die Fächer an, welche entweder alljährlich oder wenigstens alle drei Jahre gelesen werden sollen; dieser Plan erstrebt ein möglichst wissenschaftliches Studium; unter den Staatswissenschaften figurirt u. A. allgemeine und schweizerische Statistik, unter der Medizin als zwölftes und letztes Fach die Thierheilkunde; in der philosophischen Fakultät sind alljährliche Vorlesungen nicht allein über griechische und römische, sondern auch über Klassiker von vier modernen Sprachen vorgeschrieben, sowie alle zwei Jahre wenigstens ein Mal neuere Kultur- und Literaturgeschichte, dann auch Bauwissenschaft, Forstwissenschaft, Militärwissenschaft.

Die Vorträge sollen nach dem Gesetze in deutscher und nach Bedürfniss in französischer Sprache, nur bei allgemeiner Zustimmung der Zuhörer in lateinischer Sprache gehalten werden. Französische Professuren, und in deren Ermangelung Stipendien für jurassische Studirende sind ebenfalls vorgesehen.

Die Vorträge sollen von dem wissenschaftlichen Standpunkte der Gymnasialstudien ausgehen; es wird daher von den Eintretenden ausser dem zurückgelegten 18. Altersjahr ein Gymnasialzeugniss der Reife gefordert oder aber Unterwerfung unter das aufzustellende Reglement, welches letztere aber (vom 18. Oktober 1834) wiederum nur entweder ein Gymnasialzeugniss der Reife oder — «sonst genossene Vorbildung» verlangt und zwar allein von Kantonsbürgern. Für die Immatrikulation wird eine kleine Gebühr von Fr. 10, ebenso bloss Fr. 10 für ein wenigstens vierstündiges, Fr. 16 für ein achtstündiges Kollegium verlangt.

In jeder Fakultät kann das Doktordiplom, vom Senat auf Antrag der Fakultät ertheilt, erworben werden, welches den Betreffenden berechtigt, als Dozent aufzutreten; nach dem offiziellen Bericht des Erziehungsdepartements soll es nicht von der Willkür der Behörde abhängen, ob einem jungen Manne die Befugniss, Vorlesungen anzukündigen, gestattet werde oder nicht, die Prüfung soll entscheiden. Wer zwei Semester mit Auszeichnung Vorlesungen gehalten, kann ein Honorar, welches Fr. 400 nicht übersteigt, erhalten, und damit soll der Weg zu einer ausserordentlichen Professur angebahnt sein. Die ausserordentlichen Professoren, deren Zahl nicht beschränkt ist, werden vom Regierungsrath auf den Antrag des Erziehungsdepartements gewählt; sie erhalten, wenn sie zu regelmässigen Vor-

lesungen sich verpflichten, eine fixe Besoldung bis auf Fr. 1600 (a. W.), die ordentlichen Professoren, zu zwölf wöchentlichen Stunden verpflichtet, eine solche bis auf Fr. 3000 (die vorberathenden Behörden hatten bloss Fr. 2400 vorgeschlagen). Die ordentlichen Professoren, welche nach 15 Dienstjahren durch Alter oder unverschuldete Ursachen ausser Stande sind, ihre Stellen gehörig zu versehen, können in Ruhestand versetzt werden, mit wenigstens einem Drittel ihres fixen Gehaltes. Die Lebenslänglichkeit der Anstellung, im Gesetze nirgends ausdrücklich ausgesprochen, wird bei dieser Einschränkung derselben vorausgesetzt *). Ordentliche Professoren sollten «vorläufig» gewählt werden: für die Theologie 3, für die Jurisprudenz 3, für die Medizin 4, für Philosophie 1, für Geschichte 1, für Mathematik und Naturwissenschaften 3. — Wie bei der Redaktion des ganzen Gesetzes scheint auch bei dieser Bestimmung an die Thierheilkunde nicht gedacht worden zu sein, was aber die Behörden nicht hinderte, die nöthige Anzahl von ausserordentlichen Professoren anzustellen. Weiter aber, als zur Aufstellung eines Studienplanes (1835) brachte man es mit der Organisation der Thierarzneischule nicht.

Vorberathende Behörden sind für allgemeine Hochschulanangelegenheiten der aus sämtlichen Professoren und besoldeten Dozenten bestehende Senat, welcher alljährlich den vom Regierungsrathe zu bestätigenden Rektor wählt, und für die Angelegenheiten der Fakultäten — die letzteren, bestehend aus deren Professoren unter Beiziehung der besoldeten Dozenten mit berathender Stimme. Disziplinar-mittel sind: Verweis durch den Rektor, Verweis vor dem Senat, Streichung durch das Erziehungsdepartement.

Die neue Anstalt wurde am 15. Oktober 1834 feierlich eröffnet. Ausgezeichnete Lehrkräfte aus aller Herren Länder waren berufen worden. Freigebig setzte der Grosse Rath im Budget pro 1835 Fr. 82,000 für die junge Lieblingsanstalt aus, welche bald gegen 40 Professoren zählte. Männer, wie die Theologen Lutz und Schneckenburger, die Juristen S. Schnell, W. Snell und Renaud, die Mediziner Vogt, Demme und Valentin, der Geschichtschreiber Kortüm, die Naturforscher Trächsel und Bernhard Studer, hatten weithin einen guten Klang. Die Subsidiaranstalten für die naturwissenschaftlichen Fächer erhielten grössere Unterstützung, wenn auch noch lange nicht nach dem Rang, den diese Fächer einnehmen sollten.

Es war wohl zu erwarten, dass eine solche Bildungsstätte eine grosse Zahl von Studirenden anziehen werde. Hatte es die alte Akademie nur einmal auf 197 Studirende gebracht (wobei noch die Stufe des obern Gymnasiums als philosophische Fakultät mitgerechnet), so stieg jetzt

die Zahl der Studenten bald über 200, ja im Jahre 1844 sogar auf 242.

Die Qualität stand leider der Quantität nicht gleich, weil man es noch immer nicht wagte, von Juristen und Medizinem eine bestimmte Vorbildung zu verlangen. Man suchte freilich durch verschärfte Examen die Leistungen zu steigern. Während nach dem Gesetz vom 14. Februar 1825 von den Advokaten ausser der allgemeinen Rechtslehre bloss Kenntnisse im vaterländischen, besonders im bernischen Rechte verlangt wurden, sowie der Nachweis eines zweijährigen Studiums an der Hochschule, so wird doch durch das Gesetz vom 10. Dezember 1840 bereits auch Kenntniss der Rechtsgeschichte und der germanischen Rechtsverhältnisse (aber noch nicht des römischen Rechtes) hinzugefügt, es muss ein dreijähriges Studium und speziell der Besuch von Vorlesungen über Logik, Psychologie und Geschichte (Studienfreiheit!) nachgewiesen sein; bezeichnend ist auch die Vorschrift, dass der Bewerber nicht allein auf einem bernischen Advokatenbüro ein Jahr lang gearbeitet haben, sondern auch im Besitze des bernischen Staatsbürgerrechtes sein muss.

Noch mehr wurden die medizinischen Prüfungen, durch das Reglement vom 28. Februar 1845, verschärft. Die Aufstellung eines propädeutischen Examens in Physik, Chemie, Zoologie, Botanik, Mineralogie, Anatomie, Physiologie des Menschen, vergleichender Anatomie und Physiologie, Psychologie, welches Examen schon im Laufe der Studienzzeit abgelegt werden konnte, verschaffte dem medizinischen Studium eine breitere wissenschaftliche Basis. Das genannte Reglement schrieb sogar vor, dass alle Diejenigen, welche vom Erlass desselben an ihre Studien antreten, sich über diejenigen Kenntnisse auszuweisen hätten, welche zum Eintritt in die zweite Gymnasialklasse erforderlich sind; von Angehörigen anderer Kantone und Ausländern werden vollständig beendigte Gymnasialstudien verlangt. — Wenn die den meisten Studirenden mangelnde Vorbildung nicht grössere Nachtheile brachte, so ist das namentlich der an der jugendlichen Anstalt herrschenden Arbeitslust, sowie solchen Lehrern zu verdanken, welche wie Wilhelm Snell die jungen Bauernsöhne für die Wissenschaft zu begeistern wussten. Dass ein solcher Mann im Jahr 1845 das Opfer der Politik werden musste, war ein starkes Krankheitssymptom der die Lehrfreiheit garantirenden Republik.

Nicht läugnen darf man indess, dass die politische Richtung der jeweiligen Lehrer von bedeutendem Einfluss auf die Schüler war. In den Studentenvereinen ging der von den Lehrern gestreute Samen zuerst auf. Als der «Zofingerverein», der Herd des Dreissiger Liberalismus, in den politischen Kämpfen der Dreissiger Jahre je nach der Zusammensetzung der Sektionen eine sehr ungleiche Haltung einnahm, traten Viele aus und gründeten die «Helvetia», welche, zuletzt nur noch in Bern fortlebend und fast ausschliesslich aus Juristen sich rekrutirend und

*) Bei Berathung des Dekrets über die Besetzung und Amtsdauer der bürgerlichen Beamten wies der Grosse Rath unter'm 8. Mai 1835 den Antrag, es seien die Hochschullehrer als bürgerliche Beamte anzusehen und einer alljährlichen Bestätigung zu unterwerfen, mit zwei Drittel der Stimmenden ab.

mit Juristenfragen sich beschäftigend, dennoch von grosser Bedeutung wurde, indem sie Männer heranzog, die unter dem Namen «junge Schule» die Träger der politischen Bewegung im Jahr 1846 waren, welche auf die übrige Schweiz von mächtiger Wirkung war. Andere, aus Gesinnungsverwandten der Helvetia zusammengesetzte Vereine hatten mehr die Pflege des studentischen geselligen Lebens zum Zweck. Erst am Ende der Periode wurde auch der Versuch gemacht, in einem «allgemeinen Studentenverein» der Besprechung der gemeinsamen Hochschul-Interessen ein Organ zu liefern.

Wenn wir schliesslich die Früchte der Hochschulthätigkeit während dieser Periode beurtheilen wollen, so müssen wir bekennen, dass sie zwar nicht in Allem genügt haben; gleichwohl sind die meisten seitherigen Fortschritte im Kanton den Impulsen dieser Anstalt zu verdanken.

Das *höhere Gymnasium*, aus drei Klassen bestehend, wurde am 3. November 1834 im zweiten Stockwerk des Gymnasialgebäudes eröffnet. (Die Theologie Studirenden, welche bisher ihr Konvikt hier gehabt hatten, erhielten von nun an ihr Mueshafienstipendium vollständig in Geld, Fr. 300 a. W. per Jahr.) Die unterste, dritte Klasse bestand aus dem bisherigen obersten Jahreskurs der Literarschule (welcher nur noch sechs Jahreskurse verblieben), die beiden oberen Klassen aus Zöglingen der bisherigen philosophischen Fakultät. Aufgabe des Gymnasiums ist nach dem Gesetz, der Jugend, welche die Sekundarschulstudien vollendet hat, diejenige Vorbildung zu ertheilen, die zu einem erfolgreichen Besuche der Hochschule erforderlich ist.

Als Unterrichtsfächer führte das Gesetz auf: Lateinische, griechische, hebräische, deutsche und französische Sprache und Literatur, Mathematik, mathematische Geographie, Naturgeschichte, Naturlehre, die Elemente der Philosophie (Logik und empirische Psychologie), Religion, Geschichte. Später wurde auch der Gesang eingeführt, auch hatten die Zöglinge das Recht, sich an dem in den Zwanziger Jahren gegründeten Studententurnverein und an dem 1832 (zum Schutze der neuen Regierung) gebildeten Studentenkorps zu betheiligen. War schon nach dem Gesetze selbst das Pensum des Gymnasiums kein geringes, so war vollends nach dem — übrigens ausgezeichneten — Unterrichtsplan vom 2. Januar 1835 das Ziel sehr hochgestellt. In den alten Sprachen war die Lektüre der bedeutendsten Klassiker in Aussicht genommen; die Zöglinge sollten vollständig mit den betreffenden Sprachen vertraut werden, im Lateinischen sogar korrekt sprechen und schreiben lernen. Wenn auch der Unterrichtsplan ausdrücklich verlangt, dass sich der Unterricht nicht in den Variantenwäldern verliere, und dass nicht allzusehr in die Geschichte der verschiedenen Ausgaben der Klassiker eingegangen werde, so sollte doch auch nach dieser Seite hin gearbeitet und die kritische Interpretation, neben der geschichtlichen und ästhetischen, gepflegt werden. Auch im Deutschen wurde

Bedeutendes verlangt, z. B. nicht nur theoretische Kurse über Rhetorik und Poetik, sondern auch praktische Uebungen; als die Frucht des deutschen Sprachunterrichtes wird ein in Form und Inhalt gediegener Aufsatz bezeichnet. In mehreren Fächern, wie Religion, Mathematik, Physik, Alterthumskunde, wird auf das Pensum nur ganz allgemein hingewiesen, jedoch dem Lehrer überlassen, ob und wie er dem gesteckten Ideal genügen möge. Dann sollte die Anstalt auch noch Solchen dienen, welche sich nicht einem wissenschaftlichen Berufe, sondern einem andern (z. B. Industrie, Handel, Ackerbau) widmen wollten.

Die Schüler bezahlten bei der Aufnahme Fr. 6 Eintrittsgeld und per Semester ein Schulgeld von Fr. 24. Freie Plätze bestanden nicht; diejenigen, welche sich der Theologie widmen zu wollen erklärten, konnten jedoch ein Mueshafienstipendium (Fr. 100 per Jahr) erlangen.

Vorberathende Behörde des Erziehungsdepartements in Angelegenheiten des Gymnasiums war das Lehrerkollegium, welches alljährlich den vom Erziehungsdepartement zu bestätigenden Direktor wählte.

Dass dieses Gymnasium an der durch das Gesetz gestellten Hauptaufgabe, Vorbildung auf die Hochschule, genug zu thun hatte, und den wiederholten Begehren noch mehrerer Berücksichtigung solcher Schüler, welche nur Realkenntnisse im Gymnasium suchten, nicht entsprechen konnte, ist leicht zu begreifen. Auch in ersterer Beziehung musste das Programm nach verschiedenen Seiten unerfüllt bleiben. Nicht für alle Fächer waren so ausgezeichnete Lehrer da, wie für die alten Sprachen und eine Zeit lang auch für Geschichte und Physik. Und dann, wenn auch in dieser Beziehung es an nichts gefehlt hätte, war überhaupt die Bewältigung eines solchen Pensums möglich? — Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn in der Folge einige im Unterrichtsplane genannte Disziplinen (z. B. griechische und römische Alterthümer) entweder gar nicht oder nicht besonders behandelt wurden, uns nicht wundern, wenn nach dem Jahresbericht pro 1840 mehrere Lehrer ermahnt werden mussten, ihre Jahreskurse am Gymnasium und nicht erst an der Hochschule zu beenden. War das Erziehungsdepartement auch vollständig in seinem Rechte, wenn es im Jahr 1839 eine Prüfungskommission und im Jahr 1844 gar eine ständige Aufsichtskommission einsetzte, so konnten doch auch diese das Unmögliche nicht möglich machen.

Noch zwei andere Umstände hemmten die Wirksamkeit des höheren Gymnasiums. Erstlich wurde bloss von den Theologen ein Maturitätsexamen verlangt, was zur Folge hatte, dass das Gymnasium zum grösseren Theil nur von diesen besucht wurde und die Schülerzahl in den drei Klassen zusammengenommen im ersten Jahrzehnt seines Bestandes nur durchschnittlich 34 betrug. Und dann — wie stand es mit den durch das Gesetz vorausgesetzten Vorbereitungsanstalten? Das werden wir sogleich sehen.

2. Die Progymnasien und Sekundarschulen.

In demselben Jahre, in welchem das Gesetz über das höhere Gymnasium und die Hochschule vom Grossen Rathe angenommen wurde, ward demselben auch ein *Gesetz über die Sekundarschulen* vorgelegt, durch welche für die Jugend von Stadt und Land der Uebergang von den Primarschulen zu den höheren Schulen möglich gemacht und der Schulorganismus in rationeller Weise abgeschlossen werden sollte. Das Gesetz entsprach aber seiner Aufgabe nicht und wenn es der Grosse Rath im Jahre 1836 zur Umarbeitung an die Regierung zurückschickte, so geschah dies nicht nur desswegen, weil dasselbe den Sekundarschulen nur einen Staatsbeitrag bis zu einem Drittel der Gesamtkosten in Aussicht stellte, während sie bisher ungefähr zwei Drittel bezogen, sondern weil es dem Gesetz wirklich an einem Prinzip fehlte und der Chef des Erziehungsdepartements, Schultheiss Neuhaus, selbst erklärte, es sei das Gesetz nicht nöthig. In der That wäre bei Annahme des Gesetzes die bisherige Systemlosigkeit auf diesem Gebiete nicht beseitigt, sondern einfach bestätigt worden. Die Sekundarschulen waren nach dem Entwurf Schulen, welche entweder den Uebergang von der Primarschule zum höheren Gymnasium und zur Industrieschule oder zu einer der beiden vermitteln oder aber einfach nur den in der Primarschule erteilten Unterricht weiter führen. Die Sekundarschulen werden gegründet vom Staat, von Gemeinden oder von Privatvereinen, ohne dass das Gesetz ihre Zahl irgendwie begrenzt hätte. Der Gesetzesentwurf gibt keine Eintrittsbedingungen an, sagt nicht, in welchem Alter die Schüler eintreten, bis in welches Alter sie in der Schule verbleiben können, und nennt auch keine Unterrichtsfächer. Kein Wunder, dass ein solcher Entwurf keinen Anklang fand.

Besser ging es im Jahr 1839 einem neuen Entwurf, welcher aber den Mangel hat, gerade diejenige Aufgabe, welche früher als die Hauptaufgabe angesehen wurde, die Vorbereitung auf die höheren Schulen, ganz fallen zu lassen. «Das Departement hat sich überzeugt», sagte Neuhaus im Eingangsrapport, «dass das Land nicht Progymnasien, nicht lateinische und griechische, nicht einmal höhere technische Studien für zukünftige Ingenieure u. s. w. verlangt, sondern *bloss etwas mehr, als die Primarschulen sind*. Für die Progymnasien ist auch kein Gesetz nöthig (warum nicht?), fünf bestehen bereits, und wenn etwa in Burgdorf ein solches gegründet wird, so wird das genügen.»

So haben denn nach dem Sekundarschulgesetz vom 12. März 1839 die Sekundarschulen allein den Zweck, «den Schülern nach erhaltenem genügenden Elementarunterricht eine gründlichere und umfassendere Bildung zu verschaffen, als sie in der Primarschule erhältlich ist, oder ihnen diejenigen Kenntnisse beizubringen, die zur Ausübung eines höheren technischen Berufes vorbereiten».

Als obligatorische Unterrichtsfächer zählt das Gesetz auf: Religion, deutsche und französische Sprache, Mathematik, Geographie, Geschichte und vaterländische Staatseinrichtung, Naturkunde (Naturgeschichte und Naturlehre), Technologie, Landwirthschaft, Buchhaltung, Schreiben, Zeichnen und Singen, vorbehalten das Recht des Erziehungsdepartements, für Mädchensekundarschulen Ausnahmen zu gestatten. Allerdings gibt das Gesetz zu, dass der Unterricht in den alten und in noch andern neuen Sprachen mit dem Sekundarschulunterricht in Verbindung gebracht werden könne; um aber ja die Meinung zu beseitigen, als ob damit die Sekundarschulen zu Vorbereitungsanstalten auf die höheren Schulen gemacht werden sollen, erklärte Schultheiss Neuhaus als Berichterstatter: «Die lateinische Sprache sei von verschiedenen Seiten gewünscht worden, damit die Schüler, welche etwa Notarien oder Schreiber werden wollen, sich ein wenig mit derselben vertraut machen.» Und weit entfernt, ein Mehreres zu verlangen, wurde vielmehr von maassgebenden Seiten die Befürchtung ausgesprochen, es sei schon das zu weit gegangen. Der Lehrkurs der Sekundarschule dauert wenigstens vier Jahre. Keine Sekundarschule darf eröffnet werden, wenn nicht wenigstens 30 Schüler zum Eintritt in dieselbe bereit sind. Die Sekundarschulen werden errichtet von Gemeinden oder, an deren Stelle, von Privatvereinen; in der Regel nicht mehr als eine in je einem Amtsbezirke, ausnahmsweise jedoch auch eine zweite; die betreffenden Gemeinden oder Privatvereine haben auf vier Jahre den Unterhalt der Schule zu garantiren, wobei der Staat die Hälfte der Lehrerbesoldungen übernimmt. Das Organisationsreglement und die Jahresrechnungen sind dem Erziehungsdepartement zur Genehmigung einzusenden. Um in die Schule aufgenommen zu werden, muss der Schüler das zehnte Altersjahr zurückgelegt haben und diejenigen Vorkenntnisse besitzen, welche durch das vom Erziehungsdepartement zu erlassende Reglement werden bestimmt werden. Das Schulgeld darf Fr. 40 nicht übersteigen; es kann (!) für auswärts wohnende vermindert, und armen Schülern ganz erlassen werden. Die Lehrer werden nach erfolgter Ausschreibung und Prüfung von der Schuldirektion ernannt, vom Erziehungsdepartement bestätigt. (Der Antrag, dass der Bewerber durch ein Patentexamen in den Sekundarlehrerstand müsse aufgenommen sein, wurde aus Furcht vor einem neuen Stande abgelehnt.) Die Sekundarschuldirektion wird von den Gemeinden oder Privatvereinen gewählt, das Erziehungsdepartement ernennt bloss den Präsidenten. Die Schulkommissarien haben die Sekundarschulen zu beaufsichtigen und alljährlich dem Erziehungsdepartement Bericht zu erstatten. Das Letztere ertheilt ihnen die nöthigen Weisungen und hat insbesondere auf die möglichst grösste Uebereinstimmung im Unterricht und in den Lehrbüchern in sämmtlichen Sekundarschulen hinzuwirken. Sekundarschulen, welche keinen Staatsbeitrag beziehen, fallen unter das Privatschulgesetz.

In diesem Gesetz bot der Staat den Sekundarschulen finanziell weniger, als dieselben vor Erlass des Gesetzes erhielten. Was das Gesetz sonst Neues enthielt, wurde nicht vollzogen; es wurde kein Reglement für die Schulaufnahmen erlassen, keine Organisationsreglemente ausgearbeitet; die Sekundarschulen erhielten keinen gemeinsamen Unterrichtsplan, keine Lehrmittel; für Sekundarlehrerbildung wurde nicht gesorgt; die Inspektion war eine möglichst oberflächliche und musste es sogar sein, da keine Normen bestanden, auf deren Erfüllung der Schulkommissär hätte dringen dürfen. Kein Wunder, dass das Sekundarschulgesetz ein todter Buchstabe blieb, und dass am Anfang des Jahres 1856 beim Erlass des neuen Sekundarschulgesetzes die Zahl der Sekundarschulen noch immer dieselbe war, wie im Jahr 1839, ja, dass auch Staatsbeitrag und Schülerzahl, besonders der erstere, in diesem langen Zeitraum nur ganz unbedeutend zugenommen hatten.

Wenn wir also beschreiben sollen, was Progymnasien und Sekundarschulen für die Vorbereitung auf höhere Schulen und sonst geleistet haben, so können wir das erst nachträglich, am 12. März 1839, erschienene und in Kraft getretene Sekundarschulgesetz vollständig ignoriren; denn wenn dieses auf die Entwicklung des Mittelschulwesens irgend einen Einfluss gehabt hat, so war es nur der: die Entstehung allzu vieler Sekundarschulen etwas zu verhindern. So sehen wir uns denn an, was vor und neben diesem Gesetze geschehen ist.

Wie wir im ersten Theil gesehen, hatten zur Zeit der alten Akademie allein die Literarschule in Bern und schliesslich auch noch das Kollegium in Biel einen regelrechten Anschluss an die oberen Schulen in Bern; den Kollegien in Pruntrut und Delsberg standen wenigstens die hiezu nothwendigen finanziellen Hilfsmittel zu Gebote.

Mit der Eröffnung der Hochschule und des oberen Gymnasiums in Bern, zum Theil noch vorher, wurden Literarschule und Elementarschule in Bern reorganisirt. Die Literarschule hatte nach der Gründung des höheren Gymnasiums noch sechs Jahreskurse (10. bis 16. Altersjahr), die Elementarschule vier, in deren unterste man nach zurückgelegtem vierten Altersjahr schon eintreten konnte. Die Elementarschule, in deren drei oberen Jahreskursen bisher das Latein, wir wissen nicht seit wann, ebenfalls Hauptfach gewesen war, wurde wieder zu dem gemacht, was sie sein sollte, zur Elementarschule, in mancher Beziehung zur Musterelementarschule; wenn auch der Gesang erst im Jahre 1844 «versuchsweise», und zwar nur wöchentlich eine Stunde in der obersten Klasse derselben eingeführt wurde, kamen doch im Uebrigen, nach Beseitigung des Lateinunterrichtes die Elementarfächer, und zwar in der für dieses Alter passenden Form, einmal zu ihrem Recht. Um so mehr überwucherte das Latein in der Literarschule, welche in den drei unteren Klassen je 11, in den drei oberen Klassen je 10 Stunden per Woche

für dieses Fach anwies (Unterrichtsplan von 1845). Hätte man nicht einen grossen Theil der kostbaren Zeit zum Diktiren der grammatischen Regeln und der Themata und zum Abhören des Wörterbuches verwendet, und hätte man nicht trotz Einführung des Fachunterrichtes gerade das Lateinische dem Klassenlehrer überlassen, so hätten die übrigen Progymnasien kaum mit diesem konkurriren können; so aber ging's; und das Lehrerkollegium, welches auch hier, wie im oberen Gymnasium, die vorberathende Behörde war (bis 1844), rüttelte hieran nicht.

Das ermuthigte auch die Direktion der im Jahr 1829 zur Förderung von Handel und Gewerbe gegründeten burgerlichen Realschule in Bern, an dieser Anstalt die alten Sprachen einzuführen und sogar in den unteren Klassen obligatorisch zu machen, so dass nun die Burschenschaften in der eigenen städtischen Anstalt zu höheren Studien vorbereitet werden konnten.

Umgekehrt wurde nun auch von den Staatsbehörden im Jahre 1835 neben dem sechsklassigen Progymnasium noch eine fünfklassige Sekundarschule, Industrieschule genannt, gegründet, welche mit ersterer nur den Gesangunterricht gemein hatte. Deren Resultate waren aber so ungenügend, dass im Jahre 1844 eine Reorganisation vorgenommen werden musste.

Erfreulicher war die Konkurrenz zwischen Staats- und Stadtbehörden in der Förderung der Mädchenbildung in der Stadt Bern: Die im Jahre 1834 für die Töchter von Burgern und «sittlich achtbaren» Einwohnern gegründete burgerliche Mädchen(ssekundar)schule hatte schon im folgenden Jahre nicht mehr Platz genug. Daher und weil ohnehin die Einwohner in dieser Schule das doppelte Schulgeld bezahlen mussten, gründete im Jahre 1835 ein Einwohnerverein die Einwohnermädchenschule, welche, gleich den auf dem Lande entstandenen Sekundarschulen, vom Staate einen Beitrag erhielt und sich bald eines schönen Aufschwungs erfreute, so dass ihr schon Anfangs der Vierziger Jahre eine eigene Vor- oder Elementarschule und eine Fortbildungsschule für Lehrerinnen angefügt werden konnten.

Doch wir müssen uns nach den andern Progymnasien umsehen.

Von den vorhandenen Lateinschulen des alten Kantons theils wurde nur diejenige von Thun, im Jahre 1838, mit Hülfe von Staatsbeiträgen, zu einem Progymnasium mit geregelter Anschluss an das höhere Gymnasium umgewandelt.

Schon vorher hatte die Reorganisation der *jurassischen Kollegien* begonnen, wenigstens insofern, als in den Jahren 1832 und 1833 durch Aufstellung neuer Verwaltungsreglemente den Staatsbehörden die Ernennung der Mehrheit in den Verwaltungsräthen zugesichert wurde (die übrigen Mitglieder wurden von den Behörden der betreffenden Städte gewählt; für Pruntrut und Delsberg wurde die Wahl eines Mitgliedes dem Bischof zuerkannt).

Mit der innern Organisation wollte man bis zum Erlass des Sekundarschulgesetzes warten; da aber dieses sich verzögerte, so wurde im Jahre 1836 das Kollegium in Biel und dasjenige in Pruntrut, 1837 auch dasjenige in Delsberg reorganisirt.

In *Biel* waren nicht allein Personalveränderungen vorzunehmen, sondern es musste neuerdings grössere Strenge bei Aufnahmen vorgeschrieben und zudem durch Gründung einer Vorbereitungsklasse für die Schüler französischer Zunge dem pädagogischen Unsinn des gleichzeitigen Unterrichtens in zwei Sprachen, wobei die Schüler französischer Zunge weder das Deutsche, noch das betreffende Fach recht lernten, endlich ein Ende gemacht werden, was freilich zur Folge hatte, dass eine Anzahl jurassischer Schüler zurückgezogen wurden. Noch tiefer schnitt die Reorganisation des Kollegiums in *Pruntrut* ein, dessen geistliche Lehrer eine gegen die Staatsbehörde feindselige Stellung eingenommen hatten. Das Kollegium wurde wie dasjenige in Biel als Sekundarschule erklärt (das neue Sekundarschulgesetz war noch nicht da), die Zahl der wöchentlichen Stunden in den alten Sprachen wurde von 85 auf 45 reduziert, die Realfächer etwas ergänzt und namentlich Laien als Lehrer angestellt. Darob grosse Aufregung in dem ohnehin damals sehr aufgeregten Jura; die Stadt Pruntrut bezahlte vom Jahr 1840 an ihren Beitrag von Fr. 800 nicht mehr; später behauptete sie sogar, ihre Angehörigen seien kein Schulgeld schuldig. Der Staat bewilligte immer höhere Beiträge; nach dem Stundenplan von 1843 betrugen die gesammten Unterrichtsstunden in den alten Sprachen wieder 60, und waren für alle Zöglinge wieder obligatorisch. Durch Dekret vom 4. Dezember 1844 wurde für die beiden Kollegien von Pruntrut und Delsberg ein Jahreskredit von Fr. 18,000 (a. W.) ausgesetzt und bestimmt, dass das Gymnasium in Pruntrut seine Schüler in der Literarabtheilung bis zur Hochschule, das Kollegium in Delsberg bis zur Rhetorik-Klasse (oberes Gymnasium) zu führen habe. Aber in Folge der politischen Wirren ging es noch zehn fernere Jahre, ehe eine definitive neue Organisation dieser Anstalten zu Stande kam.

Im Frühling 1846 erhielt der Jura zufolge Grossrathsbeschluss vom 21. Dezember 1845 noch ein Progymnasium, dasjenige von Neuenstadt; an die auf Fr. 6600 veranschlagten jährlichen Kosten versprach der Staat Fr. 4600; die Anstalt wurde mit 34 Schülern eröffnet.

Die Zahl der vom Staate unterstützten *Sekundarschulen mit bloss realistischer Richtung* war unterdessen, bis 1839, auf 17 gestiegen und dabei blieb es, wie wir schon oben berichtet haben. Sie hatten keine Stellung im gesammten Schulorganismus, waren blosse Nothbehelfe für Diejenigen, welchen die Primarschule zu wenig leistete, oder welche sonst etwas Appartes wollten.

Wie aber in der Stadt Bern eine Privatschule (die burgerliche Realschule) über die öffentliche Realschule (Industrieschule) sich erhob, so auf dem Lande die von

Fellenberg im Jahre 1830 gegründete Realschule über die öffentlichen Sekundarschulen.

3. Die Primarschule.

Bereits war in Bern die Hochschule errichtet, die höhere Schule überhaupt reorganisirt; bereits waren auch, dem Gesetze vorgreifend, die Sekundarschulen in's Leben getreten; aber noch wartete die Primarschule auf Erfüllung der namentlich ihr gegebenen feierlichen Verheissungen. Freilich, das konnte so schnell nicht gehen, das Gebiet war hier das ausgedehnteste, und zugleich das den Behörden unbekannteste; die grosse Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und die enormen Summen, welche zu einer radikalen Hülfe nöthig waren, verdoppelten die Schwierigkeiten. Zuerst musste die Mehrzahl der Ende 1831 verlangten Rapporte einlangen; dann (Mai 1832) erhielt die engere Landschulkommission den Auftrag, ein Gesetz auszuarbeiten, welches im September 1833 publizirt wurde; dann wurde die grosse Schulkommission einberufen, welche ein wesentlich umgearbeitetes Projekt eingab (November 1833), dann erst erschien, 1834, der Gesetzesentwurf des Erziehungsdepartements und des Regierungsrathes, welcher am 13. März 1835 angenommen wurde und auf 1. Oktober 1835 in Kraft trat.

Wohl konnte während dieser Zeit die Frage gründlich studirt werden, aber während dieses gründlichen Studiums änderte sich so Manches zu Ungunsten der Primarschule. Die neue Volksrepräsentation nahm von Anfang an die Staatsfinanzen möglichst in Anspruch, nicht nur für die höheren Unterrichtsanstalten, sondern noch mehr für Strassenwesen und andere Verwaltungszweige. Und die neu kreirten Einwohnergemeinden, welche die Schule erhalten sollten, waren durch das Gemeindegesetz schlecht ausgesteuert worden. Aber schlimmer als alles Das war die veränderte Stimmung im Volke und in den Behörden: das Erkalten der ersten Liebe. Ein wüster Schullärm hatte Diejenigen verbittert, welche für das Schulwesen noch Interesse zeigten, Jenen aber leichtes Spiel gemacht, welche von der Schule stets geringschätzig gedacht hatten: der von Fellenberg mit grösster Leidenschaftlichkeit heraufbeschworene und fortgesetzte Kampf gegen und für den neugewählten Seminardirektor Langhans, gegen und für das Erziehungsdepartement. Und der arme Primarlehrerstand, welcher sich mit so grossen Hoffnungen bei diesem Kampfe betheiligt hatte, musste vor Allen die unseligen Folgen desselben tragen.

Doch zur Sache. Wir haben vorerst, so gut dies noch möglich ist, darzustellen, in welchem Zustand die neue Regierung das Primarschulwesen angetroffen hatte.

Leider stand es damit schlimm genug, wie sich dies schon aus der Geschichte unseres ersten Zeitraumes entnehmen lässt. War auch durch die Normalkurse ein kleiner Anfang mit der Lehrerbildung gemacht und manche bildungsfreundliche Bestrebung von der Regierung mit Bei-

trägen unterstützt worden, so war doch bisher eigentlich gar nichts Durchgreifendes geschehen, und ist es sich daher nicht zu verwundern, wenn manche Gemeinden und Thalschaften im Jahr 1831 noch auf derselben Stufe standen wie im Jahr 1798.

Um mit dem Aeusserlichsten anzufangen, es waren eine schöne Anzahl neuer *Schulhäuser* in den bildungsfreundlichen Gemeinden gebaut worden, so dass etwa ein Drittel sämtlicher Schullokale befriedigend erfunden wurden; um so schlechter stand es mit den übrigen, welche der wachsenden Volkszahl je länger je weniger genügen konnten; noch jetzt waren eine Menge Schulen, besonders im Oberlande, in gemietheten Lokalien untergebracht, welche selbst während der Schulzeit noch anderweitig gebraucht werden mussten.

Selbstverständlich ist, wo es schon am Platze mangelt, auch der *Schulbesuch* nicht ein regelmässiger. Das ganze Jahr hindurch Schule zu halten, war eigentlich nur in den Städten gebräuchlich; auf dem Lande war die Schule in der Regel nur Winterschule, oder dann war die Sommerschule so schwach besucht, dass man, wo zwei Lehrer waren, den einen entlassen konnte, ohne dass der andere über zu grosse Schülerzahl zu klagen Gelegenheit bekam. Nur im Amtsbezirk Freibergen war, aus erklärlichen Gründen, die Sommerschule Regel; Winterschule wurde dort bloss in einigen konzentrirten Ortschaften gehalten. Selten begann die Winterschule schon Anfangs November, in der Regel erst mit Martini; da, wo viel zu dreschen war, kam erst von Neujahr an einige Regelmässigkeit in den Schulbesuch, welcher dann keine drei Monate mehr dauerte, indem mit Mariä Verkündigung die Winterschule aufhörte. Die Winterschule wurde Vormittags und Nachmittags gehalten; in einem Stücke von 10—2 Uhr wurde sie nur im Oberlande abgehalten, wo man auch statt der Sommerschule einige Katechismusrepetitionen mit dem Sonntagsgottesdienste in Verbindung brachte. In einem grossen Theile des Kantons betrachtete man die Kinder vom 6. bis 16. Altersjahr als schulpflichtig; im Jura indessen und im Emmenthal entliess man sie mit 13 oder 14 Jahren aus der Schule. Lokale Schwierigkeiten führten oft zu dem Auskunftsmittel von Wechselschulen; abwechselungsweiser Schulbesuch ferner war bei grosser Kinderzahl einer Schule ein eben so beliebtes als nützliches Auskunftsmittel. An eine strenge Handhabung des Schulbesuches war man eigentlich nie gewohnt; sie wurde aber noch unmöglicher, als die Gemeindsbehörden aller Strafkompetenzen entkleidet wurden, während den Gerichtsbehörden solche bezüglich des Schulunfleisses noch nicht zustanden. Uebrigens kamen weite Entfernung der Schulkinder, zum Theil in Folge unnatürlicher Begrenzung der Schulkreise, Pauperismus, Vagantenthum, schlechte Unterbringung der Verdingkinder als fernere Hindernisse hinzu.

Die *Ueberfüllung der Schulen*, an welche man sich von Alters her wie an ein nothwendiges Uebel gewohnt

hatte, war wirklich schrecklich. Im Amtsbezirk Trachselwald zählte eine Schule durchschnittlich 140 Kinder, Aarwangen 133, Schwarzenburg 128, Signau 124, Bern-Land 121 $\frac{1}{2}$, Seftigen 118 $\frac{1}{2}$, Wangen 117, Konolfingen 111; aber auch diejenigen Amtsbezirke waren nicht zu beneiden, welche wie Delsberg nur 28 oder wie Münster nur 33, oder wie Saanen und Frutigen nur 52 Kinder im Durchschnitt zählten; denn nicht pädagogische Gründe, sondern nur weite Entfernung (im Jura auch die Geschlechtertrennung) war Ursache dieser Kleinheit der Schulen; solche Gesamtschulen armer und wenig bevölkerter, aber ausgedehnter Schulkreise konnten über wenig Hilfsmittel verfügen und wenig leisten. Im ganzen Kanton betrug die Kinderzahl durchschnittlich 84 per Schule (897 Schulen, 75,725 Kinder).

Am deutlichsten reden immer die *Lehrerbesoldungen*. Die Regierung hat zwar, wahrscheinlich weil die eingelangten Antworten nicht vollständig waren, dieselben nie publizirt; da aber auch unvollständige statistische Angaben noch immer von Werth sind, so wollen wir nicht verschweigen, dass nach einem Tableau von 1832 die Besoldungen von 886 Gemeindeschulstellen (Lateinschulen inbegriffen) folgende waren:

0—20 Kronen . . .	160 Stellen,
20—30 » . . .	187 »
30—40 » . . .	181 »
40—50 » . . .	79 »
50—60 » . . .	59 »
über 60 » . . .	151 »
nicht angegeben . . .	69 »

Summa 886 Stellen.

Die Naturalleistungen waren, mit Ausnahme etwa der Wohnung, bei diesem Anschlag in der Regel meist schon in Betracht gezogen. Also etwa zwei Drittel sämtlicher Schulstellen unter 40 Kronen, sogar herunter bis auf 8, 6, 4 Kronen!!! Wie viel günstiger stand der gewöhnliche Bauernknecht, welcher neben einem Lohn von 20—30 Kronen noch freie Kost und wohl noch ein Paar Schuhe oder ein Hemd erhielt! Es musste also der Lehrer, um nicht unter jenem zu stehen, alle Zeit, welche ihm neben der Schule blieb, auf Landarbeit, Weberei oder irgend einen andern Beruf verwenden. Was sollte aber erst aus ihm werden, wenn durch Ausdehnung der Schule auf das ganze Jahr, Wiederholungskurse und sonstige Zumuthungen im Interesse der Fortbildung auch diese Zeit für den Schuldienst in Anspruch genommen werden wollte? — Welches der *Bildungsstand der Primarlehrer* gewesen, lässt sich schon aus obigen Zahlen schliessen, indem es wohl nur wenige gab, welche in einem so unwerth gehaltenen Beruf verharrten, wenn sie vermöge ihrer Bildung und Fähigkeiten im Stande waren, eine ehrenvollere oder einträglichere Stellung zu erlangen. Wo hätten aber auch die Primarlehrer ihre Bildung her haben sollen? Im französischen Kantonstheil wurde von Staats wegen für Lehrerbildung nichts gethan; im deutschen hatte man die Normal-

kurse, welche bei der kurz zugemessenen Zeit ihren Zöglingen nicht einmal die fehlenden Primarschulkenntnisse hätten beibringen können; und wer hielt diese Kurse? Oefters solche Lehrer, welche selbst keinen andern Ausweis hätten beibringen können als eine saubere Handschrift. Und wie Manche hatten nicht einmal einen solchen Kurs besucht!

Und welches konnten nun die *Leistungen der Schule* sein bei solchen Lehrern, solchen überfüllten Schulen, solchem unregelmässigen, jedem geordneten klassenweisen Fortschritte sich entgegenstellenden Schulbesuch! Mechanisch musste Alles eingepaukt werden. Mechanisch war die Buchstabirmethode, geistlos selbst das geläufige Lesen, und der Lehrer selbst zur Erklärung des Gelesenen wenig fähig, besonders bei den fast ausschliesslich religiösen Lehrmitteln. Mechanisch war selbst das Rechnen, ja so mechanisch, dass viele Lehrer nicht einmal vorrechnen konnten, sondern sich darauf beschränkten, fertige Rechnungen aus einer Sammlung an die Tafel zu schreiben und abschreiben zu lassen; das Kopfrechnen kam wenig vor. Im Gesang hatte erst der deutsche Kantonstheil einen nennenswerthen Anfang gemacht, aber auch dieser Unterricht war ganz mechanisch. Wenigstens ein Drittel der Zeit aber wurde auf das Auswendiglernen und Abhören von Katechismus, geistlichen Liedern und Kapiteln aus dem neuen Testament, in katholischen Schulen ausserdem noch von Gebetsformeln verwendet.

Die *Schulaufsicht* brauchten sich die Geistlichen nicht anzumassen: die Herren Chorrichter wussten nur allzu gut, warum sie die Sache dem Geistlichen überliessen. Wenn in einigen Gemeinden Schulkommissionen aufgestellt wurden, welche die Schulen besuchten und über deren Bedürfnisse Berathungen hielten, so war das in der Regel auf die Initiative des Pfarrers zurückzuführen, welcher für seine Bestrebungen der Stützen in der Gemeinde bedurfte. Aber wie wenig liess sich dem Pochen auf alte Gebräuche, dem Egoismus und dem Unverstand gegenüber ausrichten, wo man sich auf *keine gesetzliche Vorschrift* berufen, an *keine allgemeine Anleitung* auch nur sich anlehnen konnte. Und wie wohlfeil war von Seiten mancher Gemeindsbehörden der Protest gegen die Einführung jedes andern Schulbuches als des Heidelbergers, weil in diesem Alles enthalten sei, was in diesem Leben zu wissen und zu glauben nöthig sei! Wie wohlfeil von Seiten eines unwissenden Lehrers solches Festhalten am alten Glauben!

Das war klar: mit dem bisherigen System des blossen Unterstützens und Prämiens nützlicher Bestrebungen war nicht genug gethan. Das Nothwendige musste vorgeschrieben, zur Ausführung musste die Anleitung gegeben, für die Bestreitung der Kosten mussten Hilfsmittel angewiesen werden. Darum der Ruf nach sofortigen provisorischen Schulverordnungen, die Eröffnung von Seminarien, die Aufstellung von Gemeinds- und Bezirksbehörden für die Beaufsichtigung der Schule. Aber diese

Maassnahmen, welche auch sofort angeordnet wurden, sollten nur Vorläufer sein eines das ganze Volkserziehungssystem umfassenden Schulgesetzes. Und dieses Gesetz erschien endlich, es wurde angenommen und in Kraft gesetzt.

Wir können das aus 129 Paragraphen bestehende Gesetz nicht ganz reproduzieren, wir dürfen Manches weglassen, was eigentlich in ein Ausführungsreglement gehörte oder was sich bei Fachkundigen von selbst versteht. Nachdem im Eingang des Gesetzes erklärt worden, dass es für das ganze Vaterland nichts Wichtigeres geben könne als die Volksschule, in welcher das künftige Geschlecht nicht nur die unentbehrlichsten Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern auch die Bildung des Geistes und des Gemüthes erlangen soll, durch die allein ein freies Volk seiner Freiheit würdig und jeder Einzelne tüchtig gemacht wird, seine Bestimmung als Christ und als Bürger zu erfüllen, wird in § 1 die Vorschrift der Verfassung wiederholt: Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Primarschulen vorgeschrieben ist, und in §§ 2 und 3 die Ausführung dieser Vorschrift, auch für die blinden und taubstummen Kinder, der Regierung aufgelegt. — Die öffentlichen Primarschulen sind von Staats wegen angeordnete Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, welche den Zweck haben, die in jedem Kinde liegenden Anlagen und Kräfte zu entwickeln und auszubilden, damit es seine Bestimmung als Mensch, als Christ und als Bürger erreichen könne. Es soll im Kantone die nöthige Zahl öffentlicher Primarschulen vorhanden sein, damit es den Kindern nirgends unmöglich sei, wegen allzu grosser Entfernung die Schule zu besuchen oder wegen Ueberfüllung derselben den gehörigen Unterricht zu erhalten (§§ 4 und 5). Die für den öffentlichen Primarunterricht dienenden Schulgüter sollen ihrem Zweck nicht entfremdet werden. Vorhandene Kapitalien und Schenkungen sind als Hauptgut zu erhalten; sollte deren Verwendung nothwendig werden, so ist die Bewilligung der Regierung einzuholen (§ 12). — Der sowohl für Knaben als für Mädchen unerlässliche Primarunterricht umfasst folgende Fächer: 1) christliche Religion; 2) Kenntniss und Gebrauch der Muttersprache zum Lesen und Verstehen und zum mündlichen und schriftlichen Ausdruck der Gedanken; 3) Kopf- und Zifferrechnen; 4) Schönschreiben; 5) Gesang (§ 15). Die übrigen wesentlichen (!) Lehrfächer, welche in den öffentlichen Primarschulen einzuführen sind, sobald die Fähigkeit der Lehrer und die Vorbildung der Kinder es erlauben, sind folgende: 1) Linearzeichnung mit Unterscheidung, Darstellung und Ausmessung der äusseren Formen in ihren einfachsten Elementen; 2) Geschichte mit besonderer Rücksicht auf das Vaterland; 3) Erdbeschreibung mit besonderer Rücksicht auf das Vaterland; 4) die Hauptgegenstände der Naturgeschichte und allgemein fassliche Naturlehre; allgemeine Kenntniss der gesellschaftlichen Einrichtungen und die Hauptgrundsätze

unserer Staatsverfassung, der daraus hervorgehenden Verhältnisse der Menschen unter sich und zum Staate, und ihrer hauptsächlichsten bürgerlichen Rechte und Pflichten; 6) Anleitung zur einfachen Buchhaltung und zur Haus- und Landwirthschaft (§ 16). Die allmälige Einführung körperlicher Uebungen für Knaben soll vom Staate begünstigt werden (§ 17). In den Mädchenprimarschulen soll auch Unterricht in den weiblichen Arbeiten ertheilt werden, jedoch ohne Beeinträchtigung der übrigen Primarfächer (§ 18). Ein vom Erziehungsdepartement zu erlassendes Spezialreglement wird nähere Vorschriften über den im Allgemeinen zu befolgenden Unterrichtsgang ertheilen (§ 24). — Die Schulzeit dauert das ganze Jahr mit Ausnahme von acht (!) Wochen Ferien. Das Erziehungsdepartement kann jedoch auf Bericht der Ortsschulkommission die Ferienzeit verlängern (§ 31). Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden beträgt im Sommer wenigstens 18, im Winter wenigstens 24 Stunden. Wo bisher eine grössere Stundenzahl eingeführt war, darf dieselbe ohne Genehmigung des Erziehungsdepartements nicht vermindert werden (§ 32). — Die Kinder sollen nach zurückgelegtem sechsten Altersjahr die öffentliche Primarschule besuchen, und zwar die reformirten bis zu ihrer Admission zum heil. Abendmahl, die katholischen bis zwei Jahre nach ihrer ersten Kommunion (§ 33; letzterer Passus durch Gesetz von 1843 abgeändert in: «bis nach zurückgelegtem 15. Altersjahr»). Von dieser Verpflichtung sind ausgenommen, die Kinder, welche durch anderweitige anerkannte Schulen oder von ihren Eltern unterrichtet werden oder welche nicht bildungsfähig sind (§ 34). — Verbot des abtheilungsweisen Schulbesuches (§ 38). — Kinder, welche noch nicht schulpflichtig sind, können nach zurückgelegtem fünften Altersjahr die Schule besuchen (§ 41). — Wer die seiner Obhut anvertrauten schulpflichtigen Kinder ohne hinreichende Entschuldigung nicht fleissig (!) in die Schule schickt, soll nach fruchtloser Mahnung von Seiten der Ortsschulkommission durch dieselbe dem Polizeirichter überwiesen werden, welcher ihn sodann mit einer Busse von Fr. 1—5, die mit Gemeindewerk abverdient werden kann, oder mit einer Gefangenschaft von 6—48 Stunden bestraft. Bei Wiederholungsfällen innert Jahresfrist soll der Betreffende zu der doppelten Strafe verurtheilt werden. Der Ertrag der Bussen wird zu Gunsten der Schule des betreffenden Schulkreises verwendet (§§ 42—44). — Die Gemeinden haben für die nöthigen Schulklokale nebst anständigen Lehrerwohnungen, für die allgemeinen Lehrmittel und die Schulbücher der armen Kinder, sowie für die nöthigen Schulgeräthschaften zu sorgen. Keine Lehrmittel können ohne Genehmigung des Erziehungsdepartements eingeführt werden. Auch trifft letzteres Vorsorge für billige Lehrmittel; bei Schulhausbauten wird unter Vorbehalt aufzustellender Vorschriften welche von der Gemeinde zu befolgen sind, ein Staatsbeitrag in Aussicht gestellt (§§ 45—56). Ebenso Staats-

beiträge für Stiftung und Erhaltung von Mädchenprimarschulen, Mädchenarbeitsschulen und Kleinkinderschulen (§§ 57 und 58). — Für Bildung von Primarlehrern und Lehrerinnen, sowie für Fortbildung derselben sorgt der Staat durch Errichtung von Lehrerbildungsanstalten und Unterstützung von Lehrerbibliotheken (§§ 59—62, 104). — Wahlfähig für Schulstellen sind nur die in Folge einer Prüfung patentirten, sowie alle bei Erlass dieses Gesetzes definitiv angestellten Schullehrer. — Die Wahlen sind an bestimmte Formen gebunden: Ausschreibung im Amtsblatt, Bewerberprüfung, Doppelvorschlag der Ortsschulkommission, vermehrt durch einen allfälligen Vorschlag des Schulkommissärs, Wahl durch den Gemeinderath unter Vorbehalt der Bestätigung durch das Erziehungsdepartement*). Bei Mangel an tüchtigen Bewerbern oder sonstigen Hindernissen wird das Erziehungsdepartement unter Genehmigung des Regierungsrathes für den provisorischen Schuldienst das Nöthige verfügen (§§ 66—75). — Die Lehrerbesoldungen können ohne Genehmigung des Erziehungsdepartements nicht vermindert werden. Sobald im Interesse der Schule eine Erhöhung des Lehrergehaltes nöthig ist, soll dieselbe stattfinden; das Erziehungsdepartement kann den Schulkreis unter Vorbehalt des Rekurses an den Regierungsrath zu einer solchen anhalten, welche mit Berücksichtigung der Leistungen des Lehrers und der Verhältnisse der Gemeinde zu bestimmen ist. Wenn der Betrag, zu welchem der Schulkreis angehalten wird, dem Bedürfnisse nicht genügt oder derselbe ihn nicht aufzubringen vermag, so wird der Regierungsrath auf Antrag des Erziehungsdepartements einen Beitrag leisten, wofür ihm ein bestimmter Kredit (Anfangs Fr. 40,000) zu eröffnen ist. Bei Vermehrung des Lehrergehalts um wenigstens einen Drittel, wenn das Departement beistimmt, auch bei einer geringeren, kann die Stelle neu ausgeschrieben werden (§§ 76—81). Klagen gegen die Lehrer sind in erster Linie vor die Schulkommission zu bringen und von ihr zu erledigen, in zweiter und dritter Linie vor den Schulkommissär und das Erziehungsdepartement, welches die Lehrer einstellen und abberufen kann; der Regierungsrath kann einem unwürdigen Lehrer auch sein Patent entziehen. — Schulbehörden sind: Schulkommission, Einwohnergemeinderath, Schulkommissär und Erziehungsdepartement, deren zahlreiche Funktionen kaum aufzuzählen nöthig sein wird. Nur in Betreff des Schulkommissärs, dessen Besoldung bis auf Fr. 100 ansteigen kann, ist hervorzuheben, dass er ausser der allgemeinen Fürsorge für Ausführung der gesetzlichen Vorschriften den vom

*) Neu ist die Wahl durch die Gemeindsbehörde, eine Konzession an die im Jahr 1831 zum Durchbruch gekommenen Prinzipien. Manche Gemeinden hatten seither noch mehr versucht: Entlassung der Lehrer ohne Begrüssung oberer Behörden, was aber nicht geduldet wurde. Bei Berathung dieses Gesetzes sprach sich der Grosse Rath zuerst mit kleiner Mehrheit für periodische Wahlen aus, liess sich aber von dieser Idee wieder abbringen, als keine Minimumbesoldung aufgestellt wurde.

Lehrer jedes Halbjahr zu entwerfenden und der Schulkommission vorzulegenden Unterrichtsplan zu genehmigen oder abzuändern und dessen Befolgung zu überwachen, in dringenden Fällen den Lehrer provisorisch einzustellen hat.

Es ist nicht unsere Absicht, dieses Schulgesetz, welches das Resultat einer bedeutenden geistigen Arbeit ist, an den Ergebnissen der heutigen Pädagogik zu messen. Wenn wir aber, und zwar nur bezüglich einiger Hauptpunkte des Gesetzes, auf diejenigen Differenzen aufmerksam machen, welche schon zur Zeit seiner Entstehung laut wurden, so wird man uns wenigstens nicht sagen können, dass wir das Gesetz mit einem fremden Maassstabe messen und dem Gesetzgeber Ideen zumuthen, welche er damals noch nicht haben konnte. Auffallend ist vor Allem, wie die Forderungen an die Schule und die Lehrer von einer Instanz zur andern — und das Gesetz hatte viele Instanzen zu durchlaufen — immer mehr hinaufgeschraubt wurden. Die engere Schulkommission hatte nur sechs obligatorische Schulfächer aufgestellt, die grössere bereits sieben, und zwar weit umfangreichere; vom Erziehungsdepartement und vollends vom Grossen Rathe aber werden nun der Primarschule eine solche Masse von Pensen vorgeschrieben, wie von keinem der Unterrichtspläne, welche in neuerer Zeit von Schulbehörden erlassen worden sind: alles Abwehren war umsonst. Aehnlich ging's mit der Festsetzung der Schulzeit. Während die engere und die grosse Schulkommission 8–16 Wochen Ferien gestatten wollen, bewilligt das Gesetz *höchstens* 8 Wochen, welche nur in dringenden Fällen und nur durch das Erziehungsdepartement vermehrt werden können. Dagegen, wo es sich um Festsetzung einer anständigen Lehrerbesoldung handelte, gab es beinahe eine Steigerung in umgekehrter Richtung. Die engere Landschulkommission hatte vorgeschlagen ein Besoldungsminimum: 1) für Oberlehrer und Lehrer einer Gesamtschule: a) Wohnung oder Fr. 50 Entschädigung, b) 4 Klafter Holz oder 32½ Fr. Entschädigung, c) 1 Jucharte Pflanzland oder Fr. 20, d) Baarbesoldung von Fr. 175 *plus* so viel mal 2½ Batzen, als die Schule Kinder zählt; 2) für Unterlehrer Fr. 150 *plus* 2½ Batzen per Kind. Die grosse Landschulkommission beantragte neben denselben Naturalleistungen wie oben ein Minimum von Fr. 100 und eine Staatszulage von Fr. 200. — Und was kam nun schliesslich auf den Antrag des Erziehungsdepartements und des Regierungsrathes in's Gesetz? Gar kein Minimum*), sondern bloss eine — mit welchen Erfolgen benützte! — Kompetenz des Erziehungsdepartements, die Gemeinden zu einer Erhöhung anzuhalten und dabei mit einem Staatsbeitrag, wofür aber das Gesetz keine bestimmte

Summe garantirt, nachzuhelfen. Und mit welchen Gründen vertheidigt sich das Erziehungsdepartement? Mit der grossen Verschiedenheit der Verhältnisse und mit der in Besoldungsfragen oft gehörten, aber nichts desto weniger trivialen Behauptung, die gegenwärtigen Inhaber der Stellen verdienten die vorgeschlagenen höheren Besoldungen nicht, es müsse zuerst ein anderes Personal herangebildet werden. Mit Recht wurde bemerkt, Letzteres könne geschehen, und es könne gleichwohl Denjenigen, welche bei einer anzustellenden Prüfung gewissen festzusetzenden Forderungen entsprechen, schon jetzt eine bestimmte Besoldung garantirt werden. Auch betreffend die Schulaufsicht kam man trotz manchem leider zu schwachen Anlaufe nicht aus dem alten Geleise heraus: Die engere Landschulkommission, welche wohl am gründlichsten gearbeitet hat, verlangte zehn Schulinspektoren mit je Fr. 1600 Besoldung, freier Wohnung und einer Reiseentschädigung von Fr. 300–500. Die grosse Landschulkommission wollte Amtschulpflegen von sieben Mitgliedern, wovon zwei durch das Erziehungsdepartement gewählt. Das Letztere hinwieder hätte zwar gerne Inspektoren gehabt, wenn es nicht vor den Kosten sich gefürchtet; es beschränkte sich daher auf den bescheidenen Wunsch eines einzigen *Schulreferenten* für den ganzen Kanton, stand aber auch mit diesem Begehren ganz isolirt, sogar von der Regierung verlassen, da, und so blieb es bei der längst als ungenügend anerkannten alten Einrichtung.

Das ist das herrliche Volksschulgesetz von 1835. Von einem fast abgöttischen Glauben an die Volksschule be-seelt, erwartet es das Unmögliche von derselben und kann ihr nicht genug aufbürden. Aber wenn es sich darum handelt, dem Lehrer einen bestimmten Lohn anzuweisen, ja auch nur dem Schulgut etliche Einkünfte zu sichern, oder aber für eine ordentliche fachkundige Schulleitung Vorsorge zu treffen, da hat man gleich Angst, man könnte dafür mehr ausgeben, als die Sache eigentlich werth sei!

Wir brauchen, indem wir nun zur Darstellung der Ausführung des Schulgesetzes übergehen, wohl kaum mehr die Bitte auszusprechen, man möge sich nicht allzu grossen Erwartungen hingeben; ermahnte ja das Erziehungsdepartement selbst in einem Cirkular an die Schulkommissäre vom 11. August 1835, unmittelbar vor der Promulgation des Gesetzes, sie möchten in seiner Anwendung mit der grössten Umsicht und Klugheit vorgehen.

Sehen wir vor Allem, wie das Erziehungsdepartement die so schwierige *Besoldungsfrage*, deren Lösung das Gesetz den Exekutivbehörden aufgespart hatte, an die Hand nahm. Noch im August 1835 lasen die schon durch das Gesetz selbst bedeutend herabgestimmten Primarlehrer eine Publikation, welche sie mit neuer Bestürzung erfüllte: sie sollten sammt und sonders einer neuen Prüfung unterworfen werden. Und doch hatte das Gesetz (§ 66) alle patentirten und alle bei Erlassung des Gesetzes definitiv angestellten Lehrer als wahlfähig, d. h. doch wohl als

*) Im Kanton Waadt betrug, nach dem Gesetz von 1834, das Minimum Fr. 320 a. W., nebst Wohnung, Garten und Pflanzland; im Kanton Aargau, nach dem Gesetz von 1835, Fr. 250 a. W. und, für Lehrer an Gesamtschulen über 50 Kinder, Fr. 300.

genügend, erklärt. Wozu dann die neue Prüfung? Ein offiziöser Zeitungsartikel belehrte die Lehrervereine, welche sich deshalb versammelten, das Departement müsse eine möglichst genaue Kenntniss der Fähigkeiten und Leistungen jedes Primarlehrers erhalten, die zur Einführung der vorgeschriebenen neuen Fächer, zur allfälligen Erhöhung der Lehrerbesoldungen und zur Beurtheilung, inwiefern die Primarlehrer zu Fortbildungskursen angehalten werden sollen, unumgänglich nothwendig sei. Umsonst wiesen die Lehrer in ihren Petitionen an das Erziehungsdepartement nach, ein solches theoretisches Examen sei weder zweckmässig, noch nöthig, es sei unbillig und zudem ungesetzlich; das Erziehungsdepartement blieb den Lehrern gegenüber, welche ihm lange genug mit der Seminarfrage und mit dem Hofwyler-Kultus Verdruss gemacht hatten, fest. Der grössere Theil, wenn auch nicht alle Lehrer, stellte sich an den Prüfungen. Am 10. Februar 1836 fasste die Regierung, in Anwendung von § 79 und 80 des neuen Schulgesetzes, einen Beschluss, nach welchem ein Lehrer, welcher die Fächer von § 15 zu lehren fähig und bereit ist, eine Besoldung von Fr. 150, die Naturalnutzungen nach billigem Anschlag inbegriffen, erhalten sollte; ein Lehrer aber, welcher auch eines oder mehrere Fächer des § 16 lehren kann und will, einen vom Erziehungsdepartement zu bestimmenden Zuschlag, und, wenn er alle Fächer übernehmen kann und sich dazu verpflichtet, einen Zuschlag von Fr. 150 (mit Inbegriff der Naturalnutzungen) erhalten soll, und ebenso die Primarlehrerinnen.

Welche Enttäuschung! Eine erhebliche Zahl der sich durch das Gesetz gesichert wahnenden Lehrer war untüchtig erfunden und erhielt den Rath, sich gelegentlich mit einem Leibgeding zurückzuziehen, das Gros der Armee ward zwar eines Gesamteinkommens von Fr. 150 gewürdigt, nur einige Dutzend aber, welche meist schon ohnehin besser gestellt waren, konnten auch dem § 16 genügen. Hätte die Maassregel nur die Lehrer betroffen, es wäre noch gegangen; aber es scheint, die Unruhe sei auch in die Gemeinden gefahren, welche zunächst die Besoldungserhöhungen zu tragen hatten. Kurz, als der ewige Mahner Fellenberg am 4. Mai 1836 in einer sogenannten «Mahnung» im Grossen Rathe denselben aufforderte, sich über den Regierungsbeschluss vom 10. Februar auszusprechen und sich gegen die Gesetzlichkeit desselben erklärte, zugleich dessen Wohlthat für die Lehrer als illusorisch bezeichnete, da wurde die Mahnung ohne Widerstand vom Grossen Rathe erheblich erklärt!

Ein zweites Fiasko in derselben Besoldungsfrage folgte bald nach: die Gemeinden, welche bisher dadurch zur Einführung von Sommerschulen sich hatten bewegen lassen, dass das Erziehungsdepartement ihnen die Hälfte des dafür nöthig gewordenen Besoldungszuschlages abnahm, erklärten nunmehr, die Lehrer seien gesetzlich zur Sommerschule verpflichtet, und verweigerten die bisher freiwillig bezahlte Zulage: das Erziehungsdepartement musste, wenn

es die Sommerschule nicht wieder eingehen lassen wollte, für den Sommer 1836 die bisherige Zulage ganz auf sich nehmen! Dagegen hatte nun Niemand etwas. Der Staat war ja reich, und die Gemeinden so arm! Dass das Staatsvermögen auch der Gesamtheit gehöre, und dass, wenn die bisherigen Staatseinnahmen nicht hinreichten, wieder die Steuerpflichtigen an die Reihe kämen, diese Erkenntniss war damals noch nicht da.

Da fasste dann, am 28. Februar 1837, auf Antrag des Erziehungsdepartements und des Regierungsrathes der Grosse Rath den denkwürdigen Beschluss: «Der Grosse Rath der Republik Bern — in Betracht, dass, obschon der durch das Primarschulgesetz aufgestellte Grundsatz, dass die Schulkreise für das Primarschulwesen zu sorgen haben und dass der Staat hauptsächlich den ärmeren Schulkreisen zu Hülfe kommen soll, aufrecht erhalten werden muss, es dennoch im allgemeinen Interesse liegt, sämmtlichen Schulkreisen der Republik ohne Unterschied aus der Staatskasse eine angemessene Unterstützung für ihre Primarschulen zukommen zu lassen, um dadurch einerseits dem Primarschulwesen eine festere Grundlage zu geben und andererseits die Schulkreise für jeden Fortschritt im Schulwesen empfänglicher und zu jedem ferneren nothwendigen Opfer bereitwilliger zu machen und somit den Art. 12 der Verfassung vollständiger zu vollziehen;

«in Betracht ferner, dass im ganzen Gebiete der Republik die Primarschullehrer im Allgemeinen, auch die, welche am besten bedacht sind, doch nicht so besoldet werden, wie es zu wünschen wäre

«dass übrigens das Primarschulgesetz jedem Primarlehrer bedeutende Pflichten auferlegt etc.

«in näherer Entwicklung und Vervollständigung der Bestimmungen der §§ 76—81 des Primarschulgesetzes . . .

beschliesst:

«§ 1. Die Schulkreise fahren fort, den Primarlehrern den bisherigen Betrag des Lehrereinkommens zu entrichten und alle Bestimmungen des Primarschulgesetzes, welche auf die Lehrergehalte Bezug haben (§§ 76—81) bleiben in Kraft.

«Unter dem bisherigen Gehalte ist auch der höchste Betrag der Besoldung für die Sommerschulen begriffen, welchen die Schulkreise bis zum 1. Oktober 1835, als dem Tage der Einführung des Primarschulgesetzes, ihrerseits bezahlt haben.

«§ 2. Ueberdies entrichtet der Staat jedem definitiv angestellten oder künftig anzustellenden öffentlichen Primarschullehrer eine jährliche Gehaltszulage von Fr. 150.

«Die provisorisch angestellten Lehrer erhalten nur eine Zulage von Fr. 100.

«§ 7. Da, wo das bisherige Lehrereinkommen nebst der Staatszulage noch nicht hinreicht und wo mithin ein Bedürfniss der Erhöhung der Lehrergehalte eintritt, findet entweder der § 79 des Primarschulgesetzes, nach welchem

der Schulkreis vom Erziehungsdepartemente zu einer Vermehrung des Lehrereinkommens angehalten werden kann, oder aber der § 80, nach welchem der Regierungsrath für die ärmeren Gemeinden und je nach den Leistungen der Lehrer zu dem Gehalte derselben den nöthigen ausserordentlichen Beitrag leistet, seine Anwendung. Für den letzten Fall wird dem Erziehungsdepartement alljährlich ein besonderer Kredit von höchstens Fr. 10,000 eröffnet werden.

« § 9. Der Beschluss des Regierungsrathes vom 10. Februar 1835 fällt auf 1. Mai 1837 — an welchem Tage das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt — dahin. . . . »

Das war eine bittere Pille für die Staatsbehörden, dieser Rückzug, und verschiedene Herren Grossräthe klagten darüber, dass der Staat nun auch für die reichen, filzigen Gemeinden thun müsse, was deren höchste und eigene Pflicht wäre, die Mehrheit aber übertönte ihr Gewissen mit schönen Reden über das Ende der Lehrernoth — und die allerbitterste Noth war freilich für den Augenblick gehoben.

Aber waren nun wirklich die Schulkreise « für jeden Fortschritt im Schulwesen empfänglicher und zu jedem ferneren nothwendigen Opfer bereitwilliger? » Wurden die Widerstrebenden nach § 79 zu Besoldungserhöhungen angehalten und verwendete dabei auch das Erziehungsdepartement nach § 7 hiezu seinen besonderen Kredit von Fr. 10,000?

Um mit dem letzteren anzufangen, so müssen wir leider mit « Nein » antworten; das Erziehungsdepartement verwendete von den Fr. 10,000 höchstens Fr. 1000 bis Fr. 1500 zur Unterstützung der katholischen Schule in Bern und der deutschen Schulen im Jura — also eigentlich für Privatschulen, welchen man nichts schuldig war. Und wie es mit den Leistungen der Gemeinden ging, ergibt sich aus einem Vortrag des Erziehungsdepartements an den Grossen Rath vom 6. Februar 1843, welcher im Jahr zuvor dasselbe auf den Antrag der Staatswirthschaftskommission beauftragt hatte, zu untersuchen, ob das Gesetz vom 28. Februar 1837 seinen Zweck erreicht und ob verneinenden Falls es nicht zweckmässig wäre, einige Modifikationen an demselben eintreten zu lassen. Der kurze Sinn der langen Antwort ist der, dass die Ursachen des Gesetzes fortbestehen, also auch das Gesetz selbst ferner noch nothwendig und zweckmässig sei, was mit folgenden Besoldungsansätzen des Jahres 1841 motivirt wird:

Stellen mit weniger als Fr. 50	24
» » Fr. 50—100	157
» » » 100—150	256
» » » 150—200	260
» » » 200—250	165
» » » 250—300	105
» » » 300—350	60
» » » 350—400	20

Stellen mit Fr. 400—500	30
» » » 500—600	17
» über » 600	19

Diese Zahlen sprechen viel deutlicher als der in den Vewaltungsberichten geführte Nachweis, dass von 1834 bis 1844 die Durchschnittsbesoldung von Fr. 156²/₃ auf Fr. 192 gestiegen sei, wobei aber nicht gesagt ist, wie viele Gemeinden zu dieser Durchschnittserhöhung nichts beigetragen haben.

Es gewährt uns einen geringen Trost, hier anführen zu dürfen, dass die im Jahr 1818 gegründete *Lehrerkasse* es innert 20 Jahren zu einem Vermögen von über Fr. 30,000 und zu 400 Mitgliedern gebracht, so dass sie, die bisher eine blosser Kasse zur Unterstützung Hilfsbedürftiger gewesen war, sich durch die neuen Statuten von 1839 zu einer förmlichen Versicherungskasse für wegen Altersschwachheit zurückgetretene Lehrer und für Lehrerwitwen umwandeln konnte. Denn leider waren die Pensionen sehr gering. Zuerst etwas über Fr. 30 betragend, sanken sie von Jahr zu Jahr, da es der Kasse an einer gehörigen Reserveberechnung fehlte.

War das Erziehungsdepartement bei Entwerfung des Primarschulgesetzes der Ansicht gewesen, dass weniger durch Besoldungserhöhung, als durch *Heranbildung tüchtiger Lehrkräfte* der Schule könne geholfen werden, so müssen wir jetzt auch fragen, inwiefern auf diesem Wege Erfolge erzielt worden seien. Von der Gründung der Seminarien in Münchenbuchsee und Pruntrut haben wir bereits gesprochen. Indessen setzte das Erziehungsdepartement, auch nachdem dieselben bereits in Aktion getreten, in bisheriger Weise seine Wiederholungskurse in verschiedenen Gegenden des Kantons fort, es wurden auch Normalkurse während des Winters angeordnet. Durch Gesetz vom 9. Mai 1837 wurde mit Rücksicht auf das erhöhte Pensum der Primarschule der Lehrkurs in den beiden Seminarien auf drei Jahre ausgedehnt und die Zahl der Zöglinge vermehrt: Münchenbuchsee sollte 100 Seminaristen und 50—80 Musterschüler, Pruntrut 30 Seminaristen und 40 Musterschüler aufnehmen. In Münchenbuchsee konnte aber wegen Mangel an Platz die Zahl der Seminaristen erst im Jahre 1841 von 60 auf 100 erhöht werden, nachdem zuvor die Musterschule durch Grossrathsbeschluss aufgehoben und infolge Vertrages die Primarschule in Münchenbuchsee zugleich zur Uebungsschule für die Seminaristen geworden war. Diese beiden Seminarien leisteten in ihrem nur allzu umfassenden Pensum, was bei der immer noch sehr mangelhaften Bildung der Zöglinge nur möglich war. Gelegentlich sei hier bemerkt, dass im Jahr 1843 der verstorbene Direktor Rickli durch Hrn. Pfarrer Boll und in Pruntrut Hr. Thurmann durch Hrn. Daguet ersetzt wurde.

Im Jahre 1838 wurde auch ein *Lehrerinnenseminar* für den deutschen Kantonstheil in Oberbipp (seit 1839 in Hindelbank, Direktor Pfarrer Boll, dann Pfarrer Lemp)

gegründet und mit zwölf Zöglingen eröffnet. Kurs zweijährig. Im Jura beschränkte man sich darauf, den Lehramtskandidatinnen Stipendien zu ertheilen, wodurch dieselben in den Stand gesetzt wurden, im Kloster zu St. Ursanne einen Bildungskurs durchzumachen. Das Erziehungsdepartement musste aber die Erfahrung machen, dass nicht einmal in der ganz äusserlichen Frage der Anstellung die Lehrschwestern sich den gesetzlichen Bestimmungen fügen wollten, indem sie, auf ihre *lettres d'obédience* sich berufend, sich weigerten, Bewerberprüfungen zu bestehen und überhaupt sich nur durch ihre Ordenshäuser an Schulen anstellen und beliebig auch wieder weiter berufen liessen. Jahrelang duldete das Erziehungsdepartement diese durch den Generalvikar in Besançon aufrecht erhaltenen Widersetzlichkeiten mit unbegreiflicher demüthigender Langmuth, bis endlich im November 1845 der Grosse Rath die Gründung eines paritätischen französischen *Lehrerinnenseminars* in Delsberg beschloss, welches im Mai 1846 eröffnet wurde.

Unstreitig ist der Lehrerstand in den 15 Jahren von 1831—1846 wesentlich ein anderer geworden. Wie lange es aber, zumal bei schlechten Besoldungen mit der Hebung eines solchen Standes geht, ersieht man aus der einzigen Thatsache, dass noch im Jahre 1844 von 1159 Lehrern 150, also über ein Achtel unpatentirte waren. Und wie wohlfeil hatten so Viele der Uebrigen ihr Patent erhalten!

Bei der geringen Zahl in Seminarien theoretisch und praktisch vorgebildeter Lehrer und Lehrerinnen (im Jahr 1844 waren deren 399, 1847: 441) war es doppelt nöthig, namentlich gegenüber einem so gross angelegten Schulpensum, den Lehrern in einem *Unterrichtsplan* nach § 24 des Gesetzes Vorschriften über den zu befolgenden Unterrichtsgang zu geben. Dieser Plan erschien aber erst im Jahre 1844, nachdem vorher die Lehrer Jahre lang auf allen möglichen Abwegen und Irrwegen sich abgemüht hatten. Er wurde der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse wegen nicht gesetzlich vorgeschrieben, sondern sollte mehr als Leitfaden dienen, welcher den Lehrer auf das Wichtigste in jedem Fache und auf die Stufenfolge, in welcher dieses in dreitheiligen, zweitheiligen und in ungetheilten Schulen zu behandeln sei, aufmerksam machen und ihm Methode oder Handbücher angeben sollte. Auch ging der Unterrichtsplan keineswegs von der Voraussetzung aus, dass in jeder Schule Alles zu behandeln sei, machte vielmehr darauf aufmerksam, in welchen Fällen die Fächer des § 16 entweder gar nicht oder höchstens in Geschichte und Geographie zu berücksichtigen seien. — Auch der Mangel einheitlicher, ja überhaupt zweckmässiger *Lehrmittel* wurde sehr empfunden. Im Laufe der Periode wurde auf Veranlassen des Erziehungsdepartements für den deutschen Kanton ausgearbeitet die kleinere und die grössere Kinderbibel von Rickli, ein Elementarlesebuch, die Schweizerkarte von Bilharz, und vorbereitet: eine Liedersammlung von Weber und ein Lesebuch für Oberklassen;

die im Jahr 1838 für den französischen Kantonstheil eingesetzte Lehrmittelkommission scheint kein Lebenszeichen gegeben zu haben. Ausserdem theilt das Erziehungsdepartement neben Bibeln und Kirchengesangbüchern noch aus die zweistimmigen Lieder von Nägeli, Zschokke's Schweizergeschichte, Wegmüller's Schreibvorlagen, die Strassburgertabellen und die Rickli'schen Sprachbücher; auch wurden die Schulkommissäre durch Cirkulare auf besonders empfehlenswerthe Lehrmittel aufmerksam gemacht. Den Schulen des katholischen Jura gegenüber stand das Erziehungsdepartement rathlos da und schenkte ihnen statt Lehrmittel Geldbeiträge!

Wenn aber der Unterricht fruchten sollte, so musste ernstlich auf *Trennung der überfüllten Schulen und Erbauung neuer Schulhäuser*, an deren Kosten je der Staat 10 % beitrug, gedungen werden. Allerdings geschah etwas, indem der Staat jährlich an Fr. 6—15,000 solcher Staatsbeiträge zu ertheilen hatte; von 1834 bis 1844 stieg die Zahl der Schulen von 959 auf 1166, der Lehrer von 976 auf 1159, der Kinder von 81,767 auf 86,100; die durchschnittliche, auf einen Lehrer kommende Kinderzahl fiel also von 84 auf 74; aber auch hier ist bezeichnender als dieser Durchschnitt die Notiz, dass im Jahr 1844 noch 233 Schulen über 100, 72 Schulen sogar über 125 Kinder zählten. Wie viele Gemeinden wussten mit Vorschützen von Armuth und allerlei Nergeleien die ihnen zugemutheten Schultrennungen hinauszuschieben.

Die Einhaltung der vom Gesetze vorgeschriebenen *Schulzeit* hatte das Gesetz selbst durch allzu starkes Anspannen des Bogens unmöglich gemacht. Mit der Handhabung des *Schulbesuches* ging es, schon desshalb, weil das Gesetz zu allgemein abgefasst war, sehr ungleich; was in den einen Gemeinden ein unfleißiger Schulbesuch war, galt in der andern als ein ausgezeichneter, auch wurde sehr bald über laue oder ungleiche Bestrafung der Angezeigten geklagt. — Ferner musste gegen den störenden Schulbesuch solcher Kinder, welche hiezu noch viel zu jung waren, eingeschritten werden.

Die *Kleinkinderschulen*, deren Errichtung der Staat nach dem Gesetz befördern sollte, waren nur in kleiner Anzahl (10—12) vorhanden und erhielten vom Staate unter gewissen Bedingungen einen Beitrag von jährlich Fr. 25; Vorschriften über dieselben bestanden keine, mit Ausnahme eines ziemlich allgemein gehaltenen Cirkulars vom 18. März 1837.

Auch die *Mädchenarbeitschulen*, deren schon seit 1832 das Erziehungsdepartement eine Anzahl unterstützte, sollten nach dem Gesetze vom Staate befördert werden; weiter sagt das Gesetz nur, dass die Lehrerinnen an Mädchenprimarschulen (von gemischten Schulen wird nicht gesprochen) den Unterricht in weiblichen Handarbeiten zu ertheilen haben; eine bestimmte Verpflichtung der Gemeinden zu Geldopfern oder der Kinder zum Besuch dieses Unterrichtes kennt das Gesetz nicht. Daher müssen die

Schulkommissäre, namentlich da, wo nur gemischte Schulen von Lehrern gehalten werden, den Gemeinden förmlich wegen Gründung von solchen Schulen anhalten oder sich an Privatvereine wenden und dabei möglichst grosse Staatsbeiträge in Aussicht stellen. Allerdings, nachdem durch Kreisschreiben vom 12. Januar 1837 jeder Arbeitsschule ein Staatsbeitrag von Fr. 40, wovon Fr. 8 für Arbeitsstoff, versprochen wurde, wobei manche Gemeinde mehr einnahm, als eine Arbeitsschule kostete, da stieg die Zahl der Arbeitsschulen plötzlich auf 354 und der Staatsbeitrag auf mehr als Fr. 13,000. Als aber das Erziehungsdepartement merkte, wie wenig die Gemeinden leisten, und durch ein Reglement vom 3. Februar 1840 und die Kreisschreiben vom 28. Dezember 1840 und 25. Februar 1841 die Ertheilung der Staatsbeiträge einerseits an gewisse Garantien knüpfte, andererseits sie in der Weise beschränkte, dass für Arbeitsstoff nur ein Beitrag *bis* auf Fr. 8, für die Besoldung der Lehrerin ein Beitrag *bis* auf Fr. 24 zugesichert wurde, und Letzteres in der Weise, dass nach einer aufgestellten Skala der Staat nur ungefähr drei Fünftel dieser Besoldung auf sich nahm, da ging die Zahl der Arbeitsschulen sofort auf 290, der Staatsbeitrag auf Fr. 8000 herab und von da an ging es nur langsam vorwärts auf diesem Gebiete.

Aber welches waren denn nun in den verschiedenen Fächern die wirklichen *Leistungen der Primarschule*? Können wir auch, wie Archinard in seiner «*Histoire de l'instruction dans le canton de Vaud*» (Lausanne, 1870) sagen: im Jahr 1835 konnten so und so viele Kinder mit Verständniss lesen, so und so viele in den vier Spezies mit Ganzen und mit Brüchen rechnen, so und so viele waren in der Geographie der Schweiz bewandert u. s. w., im Jahr 1845 aber so und so viele? Im Gegentheil, das Erziehungsdepartement empfand es sehr, über die Leistungen und die Pflichterfüllungen der Lehrer eigentlich nur ausnahmsweise, wenn nämlich Klage geführt wurde, etwas Näheres zu vernehmen. Nachdem es schon im Jahr 1838 einen Schulkommissär aus dem protestantischen Jura in den katholischen Theil desselben geschickt und erfahren hatte, wie daselbst das Schulgesetz ignorirt werde, ja dass sogar der Gebrauch der Schiefertafel noch fast nirgends eingeführt sei, liess es in den Jahren 1842 und 1843 die Schulen des ganzen Kantons durch einige Fachmänner inspizieren, um einmal einen gründlichen und für den ganzen Kanton gleichmässigen Bericht über den Stand und die Leistungen der Primarschulen zu erhalten.

Das Ergebniss dieser Inspektion wurde in einem einlässlichen Cirkulare den Schulkommissären, den Bezirksbeamten und den Mitgliedern des Grossen Rathes mitgetheilt. Was vor Allem die Leistungen in den einzelnen *Schulfächern* betrifft, so wurde in der Religion der Unterricht in der biblischen Geschichte gelobt, dagegen sei die Erklärung des Heidelbergers ungenügend und gehöre auch gar nicht in die Primarschule. In der Sprache ward das

Lesen ordentlich erfunden, das Verständniss desselben werde aber zu wenig gefördert, ebenso der mündliche und schriftliche Gedankenausdruck und die Grammatik werden ganz vernachlässigt. Im Rechnen werde nur mit einer kleinen Anzahl Ordentliches geleistet, der Rest bleibe zurück. Bei diesen, wie bei andern Fächern werde nur ein Theil der Kinder beschäftigt; die Methode sei zu mechanisch; die Dezimalbrüche werden vernachlässigt. Im Schreiben hätte das Wegmüller'sche Lehrmittel gute Dienste geleistet, dagegen wird über die schlechte Körperhaltung der Kinder und Unsauberkeit der Hefte geklagt; im Gesang wird ein schöner Erfolg konstatiert, den Kirchengesang ausgenommen. Die Fächer des § 16 dagegen werden auch in vielen solchen Schulen ignorirt, in welchen sie behandelt werden könnten, selbst Geschichte und Geographie. Die *Klasseneintheilung* werde nicht sorgfältig genug durchgeführt; in vielen Schulen sei in Folge von Kargheit von Eltern und Gemeinden ein bedauerlicher Mangel an *Lehrmitteln*; die *Lehrerbesoldungen* werden dem Gesetze zum Trotz sehr unregelmässig ausbezahlt, der *Sommerschulbesuch* sei ungenügend, die *Winterschule* fange zu spät an. Bei Schulhausbauten werden die Bedürfnisse der Zukunft und die Heizeinrichtungen zu wenig berücksichtigt; viele *Schulkommissionen* seien nachlässig oder zu wenig energisch; die *Schulkommissäre* besuchten die Schulen zu wenig, die einen nur einmal des Jahres, andere «Jahre lang» gar nicht, oder sie liessen die ihnen wohlbekannten Uebelstände ungerügt. Sie unterliessen die Prüfung und die Einforderung der halbjährlichen Unterrichtspläne.

Die Schulkommissäre, welche allerdings bisher zu wenig Instruktion erhalten hatten, wurden nun aufgefordert, alljährlich tabellarisch und alle drei Jahre einlässlichen Bericht zu erstatten, in letzterem über die Resultate des Unterrichtes, dessen Fortschritte und Uebelstände, die Leistungen der Lehrer, die Anstrengungen der Gemeinden für Hebung des Schulwesens. — Wir werden sehen, mit welchem Erfolg.

4. Andere Bildungsbestrebungen.

Waren schon früher Lehrerbibliotheken und die ersten Anfänge im Volksgesang von der Regierung unterstützt worden, so jetzt noch viel mehr. Von den etwa 200 gegenwärtig vorhandenen *Lehrer-, Volks- und Jugendbibliotheken* sind etwa 40 in dieser Periode gegründet worden; manche andere in dieser Zeit gegründete sind aus Mangel an ordentlicher Leitung wieder eingegangen.

Die *Gesangvereine* vollends, getragen durch den von Lehrern gegründeten Gesangbildungsverein, verbreiteten sich über den ganzen alten Kanton und die von denselben abgehaltenen kleinen Gesangsfeste, eine ganz neue Seite unseres Volkslebens, trugen mächtig bei zur Veredlung des heranwachsenden Geschlechtes, namentlich zur Verdrängung der wüsten Prügeleien, durch welche früher die

jungen Männer verschiedener Gemeinden die Anhänglichkeit an ihren Geburtsort zu bewähren meinten.

Die *Handwerkerschulen* in Bern (gegründet 1826) und Biel (1828) wurden auch ferner unterstützt, ebenso diejenige in Thun (1838); auch das Unterstützen neuer Industriezweige entsprach nur den hergebrachten Traditionen.

Namentlich aber war es dieser Periode vorbehalten, die Idee zur allgemeinen Anerkennung zu bringen, es sei dem Pauperismus durch Erziehung der armen Kinder in christlichen Armenanstalten, welche gleich der christlichen Familie ihren Unterhalt durch Arbeit zu verdienen trachten, am wirksamsten zu begegnen. Pestalozzi war der Urheber und Märtyrer dieser Idee gewesen; als aber mit Fellenberg's eisernem Willen und seinen finanziellen Hilfsmitteln auch das praktische Geschick und die edle Hingebung eines Wehrli sich verband, da bewährte sie sich glänzend. Die von Privaten gegründete Armenanstalt auf der Grube (gegen 1825) war die erste bescheidene Nachahmung des gegebenen Beispiels in unserem Kanton; der aus der grossen Landschulkommission im Jahr 1833 hervorgegangene «christliche Volksbildungsverein» suchte mittelst einer Kreuzerkollekte das ganze Land zu betheiligen, und es gelang ihm, die Anstalten in Bätwyl (1835), Langnau-Berg und Rütte (1837) in's Leben zu rufen, eine Sektion desselben gründete die Armenanstalt in Trachselwald (1835), Privatvereine die Anstalten in Wangen (1839) und Biel-Berg (1844); auch einige Gemeinden, Köniz (1831), Langnau (1839), Sumiswald (1840), Neuenstadt (1841) und die Gemeinden des Amts Pruntrut (1841, im bischöflichen Schlosse) eröffneten solche Anstalten, in der Regel mit Beihilfe des Staates. Auch der Staat selbst rief solche Anstalten in's Leben, nicht bloss in den beiden Musterschulen von Münchenbuchsee und Pruntrut, welche bereits erwähnt worden; er stiftete auch Anstalten für arme verwahrloste Landsassenkinder, für Mädchen in Rüeggisberg (1836), für Knaben in Köniz (1837).

Selbst ein einzelner Landwirth, Hr. Loder in Affoltern, gründete und unterhielt (seit 1842) eine solche landwirthschaftliche Armenanstalt bis auf den heutigen Tag. Von einem Privatverein ward 1837 eine Blindenanstalt in Bern gegründet, von Hrn. Guggenbühl (1840) eine Kretinenanstalt auf dem Abendberg in Interlaken; von der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft die schweizerische Rettungsanstalt für jugendliche Verbrecher in der Bächtelen bei Bern (1840). —

Ist das nicht eine schöpferische Periode gewesen? Zwar konnten nicht alle ihre Institutionen sich halten im Sturm der Zeit; Manches, was sich erhielt, konnte in Folge von Parteisucht, Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit der Menschen nicht die gehoffte Entfaltung gewinnen. Gleichwohl muss man es anerkennen: ein neuer Geist der Volksbefreiung und Volksbeglückung hat in dieser Zeit

Wurzel geschlagen; und Diejenigen, welche, von demselben belebt, den schweren Kampf gegen Unwissenheit und Selbstsucht geführt, haben nicht umsonst gestritten; die meisten ihrer Schöpfungen haben die Probe bestanden und sind die Grundlage unserer gegenwärtigen Kultur.

B. Die Sechsendvierziger Periode.

(September 1846 — Mai 1850.)

Die Grundgedanken des politischen Umschwungs im Jahre 1846 waren in eidgenössischer Beziehung das Verlangen nach einer konsequenteren Behandlung der Jesuiten- und Sonderbundsangelegenheit, in kantonaler die Reform des Finanz- und Armensystems im Sinne einer Lastenausgleichung zwischen den verschiedenen Landestheilen, wobei zugleich Ersparnisse im Staatshaushalt in Aussicht gestellt und im Gegensatz zur Bürokratie grössere Freiheit versprochen wurde.

An die Stelle des aus 17 Mitgliedern bestehenden Kleinen Rathes trat ein Regierungsrath von nur 9 Mitgliedern; statt eines siebenköpfigen Erziehungsdepartements leitete ein Mitglied der Regierung als Erziehungsdirektor das gesammte Unterrichtswesen des Kantons; auch verlangte die Verfassung ausdrücklich, dass die Leitung des Kirchenwesens von der Direktion der Erziehung getrennt werde. Hiermit war allerdings das Erziehungsdepartement von fremdartigen und zeitraubenden Geschäften befreit, eine konsequentere, einheitlichere und sogar promptere Leitung der Geschäfte war ermöglicht, vorausgesetzt, dass der Erziehungsdirektor den Schwerpunkt auf seine Direktion legt, ohne jedoch den Schwerpunkt in der Regierung und in der allgemeinen Verwaltung zu verlieren, und vorausgesetzt ferner, dass man nicht diesem einzigen Manne nebst etwaigen Freiwilligen die ganze Schuladministration aufbürde, sondern die nöthigen Kredite für die Anstellung tüchtiger Fachmänner bewillige. Ueber das Unterrichtswesen selbst stellt die Verfassung folgende Bestimmungen auf:

«§ 81. Die Befugniss zu lehren ist, unter Vorbehalt gesetzlicher Bestimmungen, freigestellt.

«Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht lassen, der für die öffentlichen Primarschulen vorgeschrieben ist.

«Es ist Pflicht des Staates und der Gemeinden, die Volksschulen möglichst zu vervollkommen. Das Gesetz bestimmt das Beitragsverhältniss der Gemeinden.

«Der Staat sorgt auch für den höheren Unterricht.

«Einer Synode steht das Antrags- und Vorberathungsrecht im Schulwesen zu. Die Organisation dieser Synode, der Schulen und des Unterrichts überhaupt ist dem Gesetze vorbehalten.»

«§ 82. Keine dem Kanton fremde religiöse Korporation oder Orden, und keine mit denselben verbundene Gesellschaft kann sich auf dem Staatsgebiete niederlassen,

und kein, einer solchen Korporation, Orden oder Gesellschaft angehörendes Individuum darf im Staatsgebiete Unterricht ertheilen, als mit Bewilligung des Grossen Rathes.»

Vom Verbot lebenslänglicher Anstellungen (§ 15) wurden mit richtigem Takt die geistlichen und die Lehrerstellen ausgenommen. Indem man aber in § 9 des Uebergangsgesetzes erklärte: «Alle öffentlichen Stellen unterliegen in Folge der Einführung der neuen Verfassung der Wiederbesetzung», wurden sämtliche öffentliche Lehrerstellen provisorisch erklärt bis zu ihrer Neubesetzung nach Annahme der Verfassung. —

Wir sehen, man wollte zunächst die bisherige Aufgabe des Staates und der Gemeinden etwas näher präzisieren. Ganz neu ist nur die Aufstellung einer Schulsynode, durch welche gegenüber einer für die nothwendigsten Reformen taub gewordene Schul-Bürokratie ein wohlthätiger Impuls Seitens der Lehrerschaft gesichert werden sollte, und endlich war neu der Artikel gegen die religiösen Orden, welcher freilich allzu schüchtern ausfiel, indem bezüglich der einheimischen Orden gar nichts gesagt, bezüglich der landesfremden aber die Lehrthätigkeit erst noch in das Ermessen des Grossen Rathes gestellt wurde. —

Unter den Gesetzen, welche «unverzüglich» zu erlassen seien, führt § 98 der Verfassung an: «7) das Gesetz über die Organisation des Schulwesens» — es war also dies ein durch Verfassung selbst anerkanntes Bedürfniss.

Es lag ganz in der Natur der Sache, dass in dieser Periode die Schuladministration zurücktreten musste hinter die *Organisationsfrage*. Bevor aber die in der Verfassung verlangte Organisation des Schulwesens erledigt werden konnte, war die Schulsynode, welche hiebei ein Wort mitzusprechen hatte, in's Leben zu rufen. Da jedoch ein erster, den gerechten Erwartungen der Lehrerschaft nicht entsprechender Entwurf des neuen Erziehungsdirektors Schneider schon vom Regierungsrathe, ein zweiter vom Grossen Rathe selbst zurückgewiesen wurde, so trat erst am 2. November 1848 unter seinem Nachfolger Imobersteg das «Gesetz über die Schulsynode des Kantons Bern» in's Leben. Der Hauptinhalt dieses Gesetzes, sowie der auf dasselbe basirten Ausführungsreglemente ist folgender: Die Schulsynode besteht aus von den sämtlichen Lehrern der öffentlichen Schulen des Kantons, mit Ausnahme der Lehrer der Hochschule, gewählten Abgeordneten; die stimmfähigen Lehrer treten für diese Wahlen amtsbezirksweise in sogenannten Kreisversammlungen alljährlich zusammen und wählen auf je zehn Mitglieder (oder Schulstellen) einen Abgeordneten auf ein Jahr in die Schulsynode. Die Schulsynode versammelt sich ordentlicher Weise jährlich einmal, ausserordentlicherweise auf den Ruf der Erziehungsdirektion oder auf eigenen Beschluss, auf das Verlangen der Vorsteherchaft oder auf das

motivirte Begehren von fünf Kreisversammlungen. Der Erziehungsdirektor oder ein von diesem zu ernennender Stellvertreter wohnt derselben mit berathender Stimme bei. Die Schulsynode behandelt diejenigen Gegenstände, welche ihr von der Erziehungsdirektion zugewiesen werden und kann von sich aus Schulsachen beschlagende Wünsche und Anträge an die Staatsbehörden gelangen lassen. *Ueber alle Gesetze und allgemeine Verordnungen, welche den Unterricht und die innere Einrichtung aller öffentlichen Schulen, mit Ausnahme der Hochschule, beschlagen, muss, bevor sie erlassen werden, das Gutachten der Schulsynode oder der Vorsteherchaft eingeholt werden.* In letzterem Fall hat die Vorsteherchaft den Kreisversammlungen von dem zu begutachtenden Gegenstand Kenntniss zu geben, damit diese eine Berathung des Gegenstandes veranstalten können. Die Kreissynoden versammeln sich ordentlicher Weise zweimal des Jahres, ausserordentlicher Weise, so oft es die Geschäfte erfordern; sie haben ausser der Wahl der Abgeordneten an die Kantonssynode noch die Befugniss, Anträge und Wünsche an die Schulsynode und die Staatsbehörden zu berathen, die von der Vorsteherchaft ihnen zugewiesenen Gegenstände zu behandeln und überdies arbeiten sie, gleich wie die Schulsynode, durch Behandlung frei gewählter pädagogischer Fragen an der wissenschaftlichen Fortbildung der Lehrer. — Wir dürfen wohl, nach einer 25jähriger Erfahrung, die Ansicht aussprechen, dass diese Institution und zwar auf den Grundlagen, auf welche der Gesetzgeber sie gestellt hat, sich bewährt habe. Man hat wohlgethan, sowohl Denjenigen entgegenzutreten, welche die Synode zum Gesetzgeber machen wollten und den Erziehungsdirektor zum verantwortlichen Minister, als auch Denjenigen, welche — wahrscheinlich von demselben Irrthum ausgehend — die Schulsynode dadurch zu fälschen versuchten, dass sie deren Abgeordnete nicht durch die Lehrerschaft, sondern durch die Gemeinden oder Gemeindebehörden zu ernennen vorschlugen. Nein, die Schulsynode ist kein Grosser Rath, sowie die Schule kein Staat im Staate; die Schulsynode ist nur eine Expertenbehörde und sie ist dieses, indem sie von der Lehrerschaft ernannt wird. Die Staatsbehörden sind durch diese Expertenbehörde nicht gesetzlich gebunden, so wenig als durch andere von ihnen einberufene Experten, und sie sollen es auch nicht sein; denn auch Experten können sich von Sonderinteressen leiten lassen; aber es ist gut, dass die Staatsbehörden, welchen oft die Pädagogik und die pädagogischen Interessen sehr ferne liegen, Diejenigen, welche daraus einen Lebensberuf machen, wenigstens anhören und ihre Gründe erwägen müssen, bevor sie über ein so wichtiges Lebensgebiet absprechen; es ist gut, dass die letzteren auch in gesetzlicher Weise und ohne den Vorwurf der Unbescheidenheit zu riskiren, die Staatsbehörden an Dasjenige, was sich ihnen als dringendes Bedürfniss herausgestellt hat, erinnern dürfen.

Bevor zur eigentlichen Schulorganisation geschritten werden konnte, waren auch noch einige *Spezialanstalten*, welche bisher entweder noch nicht definitiv oder nicht genügend organisirt waren, auf einen solideren Fuss zu stellen. Die *Taubstummenanstalt* in Friesenberg, seit 1834 Staatsanstalt, hatte noch immer keine andere Norm als das vom Erziehungsdepartement unter'm 19. Januar 1835 erlassene Regulativ; ein vom Grossen Rath unter'm 12. November 1846 erlassenes Organisationsdekret setzt nunmehr die Zahl der Zöglinge (60), das Kostgeld, die Zahl der Lehrer (5), Besoldung und Amtsdauer derselben fest.

Durch die Dekrete vom 12. November 1846 und 22. Juli 1847 werden auch die *Seminarien in Münchenbuchsee und Pruntrut* etwas anders organisirt. Die Lehrkräfte werden verstärkt und die Besoldung erhöht; den neben dem Direktor vorhandenen Hauptlehrern wird statt der freien Station die ganze Besoldung in Baar ertheilt und nur die Hilfslehrer im Konvikt behalten; für alle definitiv gewählten Lehrer eine Amtsdauer von sechs Jahren aufgestellt, jährliche Wiederholungskurse von drei Monaten vorgeschrieben u. A. m.

Namentlich aber wird das durch das Dekret vom 9. Mai 1837 aufgestellte System von drei Successivklassen fallen gelassen und überdies für Münchenbuchsee die Zahl der Normalschüler auf 60—80 herabgesetzt und die Seminarzeit von drei auf zwei Jahre reduziert; zum Ersatz dafür sollte eine Summe in's Budget aufgenommen werden, um unvermögliche fähige Jünglinge in besonderen Vorbereitungskursen ausserhalb des Seminars zum Eintritt in dasselbe vorzubereiten. — Nun liess man in Münchenbuchsee eine Serie nach der andern austreten, bis nur noch zwei Parallelklassen da waren, deren Schüler von nun an stets alle mit einander austraten und eintraten — das beste Mittel, um etwa einreissende schlechte Gewohnheiten von Zeit zu Zeit gründlich auszurotten. Fügen wir hinzu, dass das vermehrte Lehrpersonal im März 1847 in *Grunholzer* einen in jeder Beziehung tüchtigen Direktor erhielt und dass durch Reduktion des zur Bearbeitung angewiesenen Landes von 70 auf 7 Jucharten die Anstalt auch mehr ihrer Hauptaufgabe zu leben in den Stand gesetzt wurde. In der That befriedigten auch seither die Ergebnisse, namentlich der Anstalt in Münchenbuchsee, sowie der zahlreichen in derselben abgehaltenen Wiederholungskurse, in jeder Beziehung.

Die beiden *Lehrerinnenseminarien in Hindelbank und Delsberg*, für welche bisher noch keine gesetzlichen Normen bestanden, wurden endlich definitiv organisirt durch das *Gesetz vom 4. September 1848*. Die Organisation ist eine ähnliche wie oben; nur wird hier für die kleine Schülerzahl (wenigstens zwölf) dem Direktor einfach ein bestimmtes Kostgeld per Kopf fest zugesichert, wovon wenigstens Fr. 80 jährlich von den betreffenden Zöglingen, der fixe Rest vom Staate entrichtet wird. Seminarkurs wenigstens zwei Jahre. Amtsdauer der Lehrer

sechs Jahre. — Beide Anstalten lieferten wie übrigens schon bisher so auch ferner sehr befriedigende Resultate.

Wir gehen nun zu den grösseren organisatorischen Arbeiten über. Unter diese musste der Erziehungsdirektor auf den Beschluss des Regierungsrathes auch die *Revision des Hochschulgesetzes* aufnehmen. Das neue Hochschulgesetz wurde schon im Juli 1847 dem Regierungsrathe vorgelegt und bald auch dem Grossen Rathe. Neu war an der Vorlage die Aufstellung einer fünften Fakultät, der polytechnischen, die Forderung einer bestimmten Reife von allen Studirenden, die Aufstellung einer ausserhalb der Hochschule stehenden Studienkommission als Aufsichtsbehörde; neu war vollends die im Grossen Rathe bei der ersten Berathung erheblich erklärte periodische Wahl der Hochschullehrer *). Glücklicherweise blieb nun das Hochschulgesetz liegen, ohne zu Ende berathen zu werden, indem in Folge der neuen Bundesverfassung die neuen eidgenössischen Behörden die Frage einer eidgenössischen Hochschule, an welcher auch Bern trieb, zu studiren begannen. Aber eben so ungünstig, wie die Revision des Hochschulgesetzes wirkte die Frage einer eidgenössischen Hochschule auf unsere bernische Anstalt: sie fühlte sich von 1846 an fast ein Jahrzehnt lang in einem drückenden Provisorium. Hiezu kam noch die politische Ketzerriecherei gegen die Hochschullehrer, welche nicht nur von einzelnen Tonangebern, sondern sogar von den Behörden geübt wurde. Die Folge dieser Umstände war der Verlust vieler schätzbaren Kräfte. Wirklich, nachdem Stettler abgesetzt, Schneckenburger gestorben, Trechsel und Wydler ihre Demission eingereicht, nachdem Dr. Müller, Rheinwald und Renaud, ja selbst Zeller (wegen dessen Berufung die neue Regierung beinahe eine neue Straussengeschichte erlebt hätte) weggezogen, stand es mit der Berner Hochschule misslich genug, besonders da die Regierung grundsätzlich nur die allernothwendigsten Stellen neu besetzte. Sie beförderte zwar einige bereits an der Hochschule wirkende Lehrer, setzte die unter der früheren Regierung beseitigten HH. W. Snell und Dr. Herzog wieder in Amt und Ehren ein und berief, von den Studirenden selbst an die Besetzung der vakanten Lehrstühle gemahnt, in Leuenberger und Immer zwei tüchtige einheimische Kräfte. Damit waren aber die Lücken durchaus noch nicht ausgefüllt. Ein Wunder

*) Wir sind nicht so befangen, zu glauben, dass für wissenschaftliche Berufe eine lebenslängliche Anstellung stets zu fordern sei, während auf allen andern Gebieten der Konsument dem Produzenten gegenüber sich nur auf kürzere Zeit oder gar nicht bindet. Aber Denjenigen gegenüber, welche meinen, eine lebenslängliche Anstellung widerstreite republikanischen Grundsätzen, möchten wir bemerken, dass man alsdann wissenschaftliche Leistungen von Professoren wenigstens eben so gut bezahlen sollte als andere Arbeit, nämlich so, dass ein Nothpfennig für die alten Tage erspart werden kann. Aber die mit Rücksicht auf die Lebenslänglichkeit normirten Besoldungen gleich belassen und die Lebenslänglichkeit streichen, nur die nothdürftigste Besoldung bezahlen und für die Zukunft Nichts bieten, das heisst die höheren Lehranstalten der Konkurrenzfähigkeit berauben, oder sie ruiniren.

war's, dass bei so mager bestelltem Lektionskatalog die Studirenden nicht ab-, sondern stets noch zunahmen und im Winter 1849/50 sogar über die Zahl 250 hinausgingen. Auch der Fleiss der Studirenden dieser Periode, namentlich die zahlreiche Frequentirung der philosophischen und linguistischen Kollegien, wird in den offiziellen Berichten gerühmt, ebenso ihre theatralischen und musikalischen Aufführungen zu Gunsten der in Folge der Theuerung Nothleidenden, sowie ihre vielfache Betheiligung beim Sonderbundsfeldzug. Freilich ist es wahr, dass der politische Hass zwischen den Angehörigen des Zofingervereins und des im Jahr 1847 aus demselben hervorgegangen Neuzofingervereins (in der Folge Helvetia genannt und mit dem letzten Rest der älteren Helvetia fusionirt) im Winter 1848/49 fast ein Dutzend Studentenduelle zur Folge hatte; freilich ist es wahr, dass, als dann den Studirenden plötzlich das Duelliren auf Jahre hinaus erleidete, ihr jugendlicher Uebermuth gelegentlich die löbliche Polizei plagte; aber man bedenke doch, dass dies in jenen vielbewegten Jahren geschah, wo die Studenten in Paris, Wien, Berlin die Fahne der Revolution erhoben und die ganze europäische Ordnung in's Wanken gerathen war, und dass gerade in Bern, wo die Flüchtlinge aus aller Herren Länder sich sammelten und von der Regierung selbst mehr gefeiert wurden, als den neuen Bundesbehörden lieb war, die Theilnahme an den Weltereignissen und die Stimmung überhaupt eine besonders aufgeregte sein musste. Und als dann, je näher die kantonalen Wahlen im Mai 1850 heranrückten, auch die politische Leidenschaft höher und höher stieg, hatten die grauen Häupter, welche dieselbe heraufbeschworen, ein Recht dazu, dieselbe dem leicht empfänglichen jugendlichen Blute als Verbrechen anzurechnen? Oder hatte die Klage über die politisirende Schuljugend ihren Grund nicht vielmehr darin, dass die Jugend meist in einem andern Sinne politisirte, als ihre zum Theil noch aus einem früheren Jahrhundert stammenden Richter? Doch, wie man auch hierüber denken mag, soviel ist gewiss, dass es die provisorische Stellung der Hochschule war, durch welche ihr in dieser Periode der empfindlichste Schaden erwuchs; und es war dies um so bedauerlicher, als gerade die Hochschule am wenigsten einer Reorganisation bedurfte.

In Beziehung auf die übrigen Schulanstalten aber war ein Gesetz über die *Organisation des Schulwesens* höchst nothwendig. Das höhere Gymnasium, welches zwar Denjenigen, welche hineingelangen konnten und dasselbe wirklich durchmachen mussten, die richtige Vorbildung zum Hochschulstudium gab, hatte keine realistische Sektion; zudem hing es in der Luft, indem einzig das Progymnasium in Bern, nicht aber die übrigen Progymnasien und Sekundarschulen sich an dasselbe anschlossen. Alle diese letzteren Schulen, die Industrieschule in Bern inbegriffen, ermangelten jeglicher Einheit; jede dieser Anstalten hatte ihren besonderen Lehrgang (oder

auch gar keinen), ihre besonderen Lehrmittel; die Leistungen der Sekundarschulen wurden, die bereits erwähnte Inspektion von 1843 und eine ausserordentliche Inspektion im Jahre 1848 abgerechnet, von Staats wegen nicht einmal kontrolirt; sie hatten auch meist keinen andern Zweck, als den hablicheren Familien des Landes als Surrogat für den hinter seinem Pensum weit zurückbleibenden Primarunterricht zu dienen; selbst dies war für manche Sekundarschulen schwer genug, indem das hohe Schulgeld die Schulbehörden zwang, schlecht vorbereitete und allzu junge Schüler aufzunehmen, um nur die gesetzliche Zahl von 30 Schülern, sei's auch der verschiedenartigsten Bildungsstufen, zusammen zu bekommen. — Am schlimmsten aber stand es mit den Primarschulen, deren noch immer 80—100 mit unpatentirten Lehrern und daher provisorisch besetzt werden mussten; hiezu kamen die schlechten, den Lehrer zu bedeutenden Nebenbeschäftigungen zwingenden Besoldungen (Durchschnitt der Gemeindebesoldung stets unter Fr. 200; dazu die Staatszulage von Fr. 150), die überfüllten Schulen, der Mangel an zweckmässigen Lehrmitteln, der unfleißige Schulbesuch u. s. w.

Im Juli 1847 erschien, gleichzeitig mit dem Hochschulgesetz, der Organisationsentwurf des Erziehungsdirektors Schneider. Dieser stellte dem höheren Gymnasium in Bern und der philosophischen Schule in Pruntrut eine polytechnische Schule (Realgymnasium) in Bern zur Seite und schob zwischen diese Anstalten und die zweite Schulstufe der Primarschule statt der bisherigen Progymnasien und Sekundarschulen 16 Bezirksschulen (acht von literarischer und realistischer, acht von bloss realistischer Richtung), an welche dann noch Progymnasium und Industrieschule in Bern und höhere Mädchenschulen ange-reiht wurden. Dieser Plan entsprach im Ganzen den Erwartungen; nur konnte ein solcher Entwurf kein Organisationsgesetz genannt werden, indem derselbe zu diesem Zwecke einerseits zu wenig, andererseits aber zu viel, z. B. Detailbestimmungen über die Besoldungen der Primarlehrer, überhaupt Dinge enthielt, die in Spezialgesetze gehörten, welche aber noch nicht vorlagen. Die schwächste Seite aber war gewiss die finanzielle. Der Entwurf will die Besoldungsfrage dadurch lösen, dass dem Staate die Besoldung sämmtlicher Lehrer öffentlicher Schulen aufgebürdet wird, wogegen derselbe von den Gemeinden ihre bisherigen geringen Beiträge an die Primarlehrerbesoldungen einkassirt; die Schulgelder an den Gemeindeschulen werden beseitigt; diejenigen an den höheren Schulen möglichst reduziert. Hiedurch wäre dem Staate, obschon eine Menge von Ansätzen unbestreitbar viel zu niedrig gehalten sind, eine Mehrausgabe von ungefähr einer halben Million Franken (a. W.) erwachsen. — Der Entwurf befriedigte nach keiner Seite; die Regierung verschob dessen Berathung von einem Monat auf den andern; endlich nahm *Schneider*, missmuthig über das

Fehlschlagen seiner Plane, den Austritt aus der Regierung und wurde ersetzt durch *Imobersteg*.

Letzterer publizierte im April 1849 einen neuen wohl- ausgearbeiteten Entwurf; die Vorlage des Regierungsrathes datirt vom 17. September 1849. Dieser Entwurf stellt einen ähnlichen Schulorganismus auf: zwölf Bezirksschulen, theils mit, theils ohne Unterricht in den alten Sprachen, nehmen ihre Schüler nach Absolvierung der zweiten Primarschulstufe und des zwölften Altersjahres auf und führen sie in vier Jahreskursen (es wird angenommen, es liege Das in der Absicht der Mehrheit der Schüler) zur Kantonsschule in Bern oder Pruntrut; diese Kantonschulen zerfallen in zwei Sektionen, Gymnasium und Gewerbeschule mit je drei Jahreskursen; beide Sektionen haben jedoch gewisse Stunden gemeinschaftlich. Die Besoldung der Bezirkslehrer wird vom Staate bestritten, welcher auf freiwillige Beiträge der Gemeinden und bedeutend reduzierte Schulgelder angewiesen wird; der Schulort trägt nur die Kosten für das Schullokal, sämtliches Material und die Verwaltung. Der Entwurf stellt überhaupt nicht bloss eine allgemeine Organisation auf, sondern erstreckt sich auf die ganze Einrichtung des öffentlichen Schulwesens mit Ausnahme der Hochschule; namentlich in Betreff der Primarschulen werden sehr wesentliche Ergänzungen und Verbesserungen vorgeschlagen: Aufstellung eines Maximums der Schülerzahl, praktischere Festsetzung der gesetzlichen Schulzeit und der Strafanwendung; obligatorischer Lehrplan und Lehrmittel; Aufsicht durch zwölf Schulinspektoren; Besoldungsminimum unter Vorbehalt neuer Patentprüfungen und ohne Mehrbelastung der Staatskasse (aber andere Vertheilung der bisherigen Zulagen unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der Gemeinden); periodische Wahl der Lehrer (letztere erst vom Regierungsrath in den Entwurf gebracht und zwar mit verschiedenen Klauseln).

Während so die ganze Sechsendvierziger Periode hindurch an der Schulorganisation laborirt wurde, befand sich, wie früher schon bemerkt, die Administration in einem beständigen Provisorium. Die neuen Lehrer an den Progymnasien und Sekundarschulen wurden provisorisch angestellt; allen Reorganisationsgesuchen gegenüber hiess es, man solle das neue Gesetz abwarten (nur in Delsberg wird ausnahmsweise das Collège reorganisirt, aber die alten Uebelstände beibehalten); ebenso liess man bei den Gemeindeschulen noch mehr, als sonst der Fall gewesen wäre, fünf gerade sein. Es erschienen in dieser Periode keine neuen Lehrmittel für die deutschen Primarschulen, als die bereits in der vorigen Periode vorbereiteten: Weber's Gesangbuch, das erste und das zweite Lesebüchlein; der französische Kantonstheil erhielt ein von Imler verfasstes Gesangbuch und eine französische Uebersetzung von Christoph Schmid's Kinderbibel. Man braucht bloss die aus lauter statistischen Notizen bestehenden Verwaltungsberichte nachzulesen, um sich zu

überzeugen, in welcher schablonenmässigen Weise die Schuladministration betrieben wurde. Leider müssen wir diesen Zahlen entnehmen, dass Ende 1849 von 1221 Lehrern und Lehrerinnen noch immer 84 ohne Patent sind, dass deren durchschnittliche Gemeindebesoldung nur Fr. 195 beträgt, dass eine Primarschule durchschnittlich noch immer 73 Kinder zählt — — Alles ungefähr wie bisher.

Immerhin hatte sich — Dank den nicht provisorischen und daher eifrig wirkenden Seminarien — die Physiognomie des Lehrerstandes bedeutend verändert; 814, also gerade zwei Drittel, der Lehrer und Lehrerinnen waren seit 1810 geboren, somit nicht über 40 Jahre alt; 504 waren in Seminarien gebildet. Diesem jüngeren Lehrstande war es namentlich zu verdanken, dass der Kanton Bern im Jahre 1848 140 Männergesangsvereine mit 2600 Sängern zählte; ebenso dass im Jahre 1848 in Münchenbuchsee ein erstes Kantonaltturnfest durch den neu gegründeten kantonalen Turnverein abgehalten werden konnte, während nicht lange vorher noch einzig die Stadt Bern Turnvereine besass.

Aber mit der Lehrerbildung allein, auf welche bisher das meiste Gewicht gelegt wurde, ist es noch nicht gethan. Endlich einmal musste die Besoldungsfrage erledigt und allen Schulstufen eine feste Organisation gegeben werden.

Aber ach, das treffliche Schulgesetz von 1849 kam zu spät. Der Grosse Rath wies es zwar an eine Kommission (Präsident alt-Regierungsrath Schneider), welche sich mit dem Plane im Ganzen genommen einverstanden erklärte; aber der Grosse Rath, welcher bereits den Boden unter sich wankend fühlte, wagte es nicht mehr, einen so tief in alle Verhältnisse eingreifenden Gesetzesentwurf zu behandeln.

Die Sechsendvierziger Periode hatte ihre Zeit und ihre Kraft in der Lösung der eidgenössischen Fragen (Auflösung des Sonderbundes, Bundesverfassung), sowie der kantonalen Finanz- und Armenfrage verbraucht und sie war namentlich in den letzteren beiden Fragen nicht so glücklich gewesen, wie in den eidgenössischen. Sie hatte bereits von der vorigen Regierung, welche den Defiziten zum Trotz stets Steuern herabsetzte und neue Strassen dekretirte, einen unhaltbaren Finanzzustand erbt, so dass ihr kaum etwas Anderes übrig geblieben wäre, als mit den bereits zur Hälfte verminderten Feudaleinkünften ganz aufzuräumen. Dies that sie und glaubte in einer gleichmässigen Steuer auf Grundbesitz, Kapitalien und Einkommen einen vollständigen Ersatz zu erhalten. Aber die Kapitalsteuer fiel mittelmässig, die Einkommensteuer so gering aus, dass schliesslich doch die Hauptlast wieder auf die sich losgekauft wahnenden Grundbesitzer fiel. Die, zum grösseren Theil schon von der früheren Regierung beschlossenen ausserordentlichen Bauausgaben, die ausserordentlichen Militärausgaben in Folge des Sonderbundskrieges und der vielen in den Revolutionsjahren nöthig gewordenen Grenzbesetzungen und die Lebensmitteltheuerung hatten trotz der Erhöhung der Steuern einen

Rückgang des Staatsvermögens von mehr als drei Millionen bewirkt. Auch die Armenreform war als misslungen zu betrachten, nicht bloss in Folge der fatalen Zeitumstände, sondern weil die geforderte freiwillige territoriale Armenpflege neben der obligatorischen heimatlichen nicht aufkommen und der Staat mit seinen Armenanstalten viel zu wenig leisten konnte *).

Fürwahr, es waren für die politisch-religiöse Reaktion, welche eben damals in den umliegenden Staaten ihre Siege feierte, auch bei uns der Anknüpfungspunkte bereits genug vorhanden; nun kam gar noch, unmittelbar vor den Wahlen, ein neues Schulgesetz, durch welches, um von allen andern Beschwerdepunkten zu schweigen, unsere Gemeinden zu einem Besoldungsminimum, welches selbst ein Schultheiss Neuhaus nicht durchsetzen gekonnt, gezwungen werden sollten. Und dieses Schulgesetz war so verwegen, gleich in § 2 zu sagen: «Die Gemeindeschulen haben die Bestimmung, der gesammten Jugend des Kantons eine *rein menschliche, sittlich-religiöse und republikanische* Ausbildung — — zu sichern.» Es half Nichts, dass in § 64 die christliche Religions- und Sittenlehre als erstes Unterrichtsfach der Gemeindeschulen aufgezählt wurde: die Religion ward in Gefahr erklärt; auch das Seminar in Münchenbuchsee, dessen Direktor Grunholzer einen so hervorragenden Antheil an der Entwerfung des Gesetzes genommen, wurde mit in Anklagezustand versetzt, und jetzt um so mehr, da derselbe ein Laie und ein Nicht-Berner war; hatte doch schon früher, als strenggläubige Geistliche das Seminar leiteten, dasselbe schon so viele Anklagen hören müssen wegen Einführung rein weltlicher Lehrfächer in die Volksschule! Im Jura aber, der so oft schon bei politischen Kämpfen den Ausschlag gegeben, hatte der Widerstand gegen die neuen Schuleinrichtungen eine ganz besondere Schärfe erhalten durch den neuerdings aufgenommenen Versuch, die geistlichen Orden endlich einmal zur Anerkennung einer staatlichen Ordnung zu zwingen.

Die Regierung hatte sich im März 1848 durch einen Spezialfall veranlasst gesehen, von den Schulkommissären auf den 1. April die Ausschreibung aller provisorisch versehenen Schulsstellen zu verlangen. Die unpatentirten, ungesetzlich angestellten Lehrschwestern* konnten dann durch die im Mai zum ersten Mal aus dem neuen Seminar in Delsberg austretenden Seminaristinnen ersetzt werden. Aber verschiedene Gemeinden widersetzten sich, ihre geistlichen Lehrerinnen gegen weltliche zu vertauschen; in Delsberg, Courrendlin und Saignelégier gab es grossartige Weiberaufläufe, an letzterem Orte sogar wiederholt; beim

zweiten derselben wurden zwei patentirte Bewerberinnen gewaltsam vom Schulhause weggeschleppt, und sowohl diese als der Schulkommissär insultirt. Die Regierung musste endlich einschreiten; durch Beschluss vom 6. Dezember 1848 wurden die fremden, nicht mit Ausweisschriften versehenen Lehrschwestern ausgewiesen, mit Ausnahme derjenigen an der Primarschule in St. Ursanne; in Betreff der letzteren beschloss der Regierungsrath, beim Grossen Rathe zu beantragen, es sei ihnen eine Frist von einem Jahr zu bestimmen; in Betreff der Ursulinerinnen in Pruntrut beantragte der Regierungsrath beim Grossen Rathe Aufhebung des Ordens mit Frist von einem Jahr für Liquidation ihrer Finanzverhältnisse. Die Ausweisungsbeschlüsse wurden vollzogen, die genannten Anträge vom Grossen Rathe am 9. Februar 1849 angenommen, obschon inzwischen neue Unruhen im Amt Freibergen die Regierung zum Absenden von Truppen genöthigt hatten. Aber die Beschlüsse des Grossen Rathes konnten, obschon derselbe allen Petitionen gegenüber festhielt, nicht mehr vollzogen werden; die Einmischung des französischen Gesandten zu Gunsten der barmherzigen Schwestern in St. Ursanne und die Dröhlereien des Regierungsstatthalters in Pruntrut gegenüber den dortigen Ursulinerinnen verhinderten die Ausführung bis zu den Wahlen im Mai 1850 — und jetzt unterlag das radikale Regiment den vereinten Anstrengungen der Unzufriedenen im alten Kanton und im Jura.

C. Die Fünfziger Periode.

(1850 — 1854.)

Wenn wir uns die Männer vergegenwärtigen, welchen während dieser Periode das Regiment, und speziell die Erziehungsdirektion anvertraut war, so müssen wir ihnen Das lassen, dass es denselben nicht an den nöthigen Eigenschaften fehlte, um das bernische Erziehungswesen mit Segen zu leiten; und wer die Verhältnisse nicht genau kannte, war versucht, die versöhnliche Proklamation der neuen Regierung vom 12. Juni 1850 mit Befriedigung aufzunehmen, namentlich die Worte: «Höher aber noch, wir sagen es mit Stolz, höher als die materiellen Vortheile der staatlichen Ordnung stehen dem Bernervolke seine geistigen Güter: die christliche Kirche und die christliche Schule, der heimische Sinn und die heimische Sitte. Wie könnte eine bernische Regierung dessen je nicht eingedenk sein!»

Man lese nun aber die von dieser Regierung bei ihrem Abtreten herausgegebene «Uebersicht der Hauptergebnisse der Staatsverwaltung des Kantons Bern von 1850 — 1854»! Nur vier von den 129 Seitchen dieses Berichtes sind dem Erziehungswesen gewidmet, und das Hauptergebniss gipfelt in dem Resultat, dass von 1847 bis 1850 das Erziehungswesen den Staat durchschnittlich gekostet Fr. 643,616, im Jahr 1853 aber nur Fr. 579,969 45.

*) Neue Erziehungsanstalt wurde nur eine gegründet, eine Rettungsanstalt, welche aber erst 1851 aus der Bächtelen nach Landorf überging, um von nun an als selbstständige Anstalt zu bestehen. Die beiden Landsassenanstalten in Rüeggisberg und Köniz wurden 1848 in allgemeine Armenerziehungsanstalten umgewandelt. Und doch hatte man, freilich ohne zu rechnen, gerade in dieser Beziehung vom Staate Wunder erwartet!

Die Ersparniss wurde hauptsächlich gemacht an den Seminarien, mit welchen sich der Bericht fast ausschliesslich beschäftigt, und an der Hochschule. Wie stimmt ein solches Ergebniss mit jener Proklamation, welche die geistigen Güter des Volkes über die materiellen stellen will?

Gewiss hatten Diejenigen, welche an der Spitze standen, ein solches Resultat nicht beabsichtigt; sie wollten zwar der Schule eine etwas andere Richtung geben, jedoch sie gedachten sie zu heben; aber die negative Bewegung, welche sie hatten heraufbeschwören helfen, wuchs ihnen über den Kopf, trieb sie in ein falsches Fahrwasser, so dass sie schliesslich, um sich zu retten und die verderbliche «Zumuthungspartei» loszuwerden, zu des Volkes eigener Verwunderung den Führern der politischen Gegenpartei die Hand der Versöhnung bieten mussten.

«Christliche Schule» war das verführerische Lösungswort gewesen; aber die alte Kirchenschule war gemeint. «Hochschule fort!» rief das tonangebende Journal der regierenden Partei (Oberländer Anzeiger) und sehnte sich nach der alten, viel wohlfeileren Akademie mit den obligatorischen Kursen. Und ungefähr mit denselben Gefühlen wie auf die alte Akademie, blickte man auf die Volksschule und die Lehrerbildungsanstalten vor 1831 zurück.

«Zweck und Aufgabe der Volksschule — sagte dasselbe Journal — sind leicht zu bezeichnen. Jedes Kind, das in unserer Republik aufwächst, sei es nun reich oder arm, in der Stadt oder auf dem Lande, soll lernen 1) geläufig *lesen*, 2) *schreiben*, dass es im Stande ist, einen Brief u. dgl. selbst ordentlich abzufassen, 3) *rechnen*, wenigstens so weit, dass es mit den Brüchen umgehen kann und in den Interessenrechnungen des täglichen Lebens bewandert sei; 4) die *Religion*; 5) *Gesang*. — Da bis zum achtzehnten Jahr das Gedächtniss vorherrschende Geisteskraft ist, so sollen die Kinder viel auswendig lernen: Lieder, Stellen der heiligen Schrift, Sachen, die das Herz stärken und ein Schatz sind bis in's Alter, bis auf's Kranken- und Sterbebett. — Alle andern so zahlreichen Unterrichtsfächer, welche man in die Volksschule hineinzwängen will, nennen wir eben radikale Ueberladung.» — «Nun ist es aber Pflicht des Staates, die *Lehrer für ihren wirklichen Beruf zu bilden*, nicht für einen eingebildeten, der sich nie verwirklichen lässt. Die Normalschulen sollen gehalten sein, ihren Zöglingen eine genaue Kenntniss der oben erwähnten Fächer zu geben und sollen sie anleiten, dieselben nach der einfachsten, besten Methode zu lehren; sie sollen besonders auch denselben jenen Geist der Sanftmuth, Bescheidenheit und Beharrlichkeit einpflanzen, ohne den man in der Schule gar nichts taugt. Unsere Normalschulen, besonders aber das Seminar von Münchenbuchsee, haben zeither gerade das Gegentheil gethan. Man kann sagen, dass kein deutlicheres Ergebniss ihrer Wirksamkeit vorliege, als das: den jungen Lehrern

ihren Beruf gründlich zu erleiden. Man öffte in diesen Centralanstalten die Universitäten nach, erfüllte die Zöglinge mit stolzen Ansprüchen, vermäss sich, aus ihnen gelehrte Alleswisser zu machen, die in unseren bescheidenen Dorfschulen nicht mehr wissen, was mit ihrer Würde und vermeinten Gelehrsamkeit anfangen und sich vollkommen am unrechten Orte, in einer ihnen nicht würdigen Stellung finden. Daher ihre Verstimmung, die Unzufriedenheit mit ihrem Schicksal, die bitteren Enttäuschungen, welche selten durch Gottesfurcht gemildert werden. Daher der revolutionäre Geist dieser verfehlten Leute. Daher endlich die Erscheinung, dass diese Herren, welche auf Staatskosten gebildet wurden, nach einem oder zwei Jahren den Schuldienst aufgeben, schlechte Studenten der Juristerei, Notarien, Wirthe, Wähler werden etc.»

So sprach der ultramontane und der konservativere Theil des protestantischen Klerus; so sprachen die trotz der Prophezeiung von Hans Schnell noch nicht ausgestorbenen Aristokraten und er mit ihnen; viele Landmatadoren, für deren Kinder jetzt durch Progymnasien und Sekundarschulen gesorgt war, hatten ebenfalls nichts dagegen, und einem grossen Theil des Landvolkes, das mehr noch als durch die Staatssteuern durch die Armennoth und die wachsenden Gemeindelasten sich gedrückt fühlte, war damit aus der Seele geredet, und es hätte solchen Ansichten beigestimmt, auch wenn dieselben in weniger christlichen Phrasen vorgetragen worden wären. Wenn man aber gleichzeitig Geld sparen und seine Seele retten konnte, um so besser! Die Stimmung der Volksmehrheit war wirklich, in Beziehung auf kantonale Fragen wenigstens, eine andere geworden und zwar namentlich der Schule gegenüber. Weil sie, von unten bis oben, nie gehörig war organisirt oder mit den nöthigen Mitteln war ausgerüstet worden, hatte sie nicht geleistet, was man von ihr erwartete; dafür glaubte man jetzt, zumal in so schlimmen Zeiten, ein um so grösseres Recht zu haben, ihr zu verweigern, was man ihr schon früher nicht gewähren mochte. Die Bewegung war nicht eine christliche, eher eine klerikal-aristokratische, noch richtiger aber nennen wir sie eine negative.

Und die Männer, welche an der Spitze standen und durch einen erbitterten Wahlkampf sich jeder Mitwirkung Derjenigen, welche im andern Lager etwas Positives anstrebten, begeben hatten, waren wider ihr besseres Wollen unter der Herrschaft dieser negativen Richtung. Und nun werden wir uns erklären, warum sie in gewissen Zweigen der Schulverwaltung gar Nichts, in andern nur Halbes, in gewissen aber etwas so einzig in seiner Art Ganzes geleistet haben. Wir behalten in unserer Erzählung die bisherige Ordnung des Stoffes bei.

1. Die Hochschule und das höhere Gymnasium.

Noch immer befand sich die Hochschule in jener provisorischen Lage, in welche sie durch die vorige Regie-

rung unnöthiger Weise versetzt worden war, und es war im Grunde auch gar nicht möglich, sie von diesem Damoklesschwert zu befreien, so lange die Bundesversammlung sich nicht über die Frage einer eidgenössischen Hochschule ausgesprochen hatte, was erst im Aufange des Jahres 1854, und zwar für einstweilen in ablehnendem Sinne, geschehen ist. Bei solcher Sachlage wäre es aber der Regierung unter allen Umständen schwer gewesen, die Hochschule zu heben vermittelst grösserer Geldopfer, selbst wenn dies — wir sagen nicht mit der Finanzlage, sondern — mit den gemachten Versprechungen eines wohlfeilen Regiments vereinbar gewesen wäre. Aber auch dem fanatischen Rufe nach Aufhebung der Hochschule mochten die verständigen Führer der herrschenden Partei nicht gerne nachgeben; in Erwägung, dass die von den Radikalen angestrebte eidgenössische Hochschule den Kanton Bern direkt oder indirekt ebenso viel kosten würde, während dieselbe, namentlich, wenn nach Zürich verlegt, in einem von der bernischen Regierung noch viel unabhängigeren Geiste sich entwickeln würde, zwang sie sogar, an der kantonalen Anstalt festzuhalten. Dagegen strebten sie, aus ähnlichen Gründen wie die frühere Regierung, eine Reorganisation an. Schon im Jahr 1850 wählte die Regierung eine Kommission zur Revision des Gesetzes über das höhere Gymnasium und die Hochschule; ein neues Projekt wurde jedoch erst im September 1852 von der Erziehungsdirektion dem Regierungsrathe vorgelegt. Dasselbe enthielt ausser dem Antrag einer Neubesetzung aller Stellen mit «möglichster» Berücksichtigung der bisherigen Inhaber, wesentlich nur folgende neue Gedanken: Verpflichtung der Professoren zu einer grösseren wöchentlichen Stundenzahl, während auf der andern Seite das bisherige Besoldungsmaximum von Fr. 3000 a. W. auf 3000 Schweizerfranken herabgesetzt wird; Lostrennung der Thierarzneischule von der Hochschule; Forderung einer Maturitätsprüfung von allen Eintretenden; fakultative jährliche Prüfungen auf Rechnung des Staatsexamens für diejenigen Zöglinge, welche einem in allen Fakultäten auf drei Jahreskurse zu berechnenden Unterrichtsplane sich unterziehen. Offenbar war bei diesem Projekte neben dem Sparsystem die Idee der Berufsschule überwiegend über die frühere einer freien Pflege und Fortbildung der Wissenschaft. Der Entwurf kam, da auch diesmal mitten in der vierjährigen Periode ein Personenwechsel in der Erziehungsdirektion stattfand, selbst im Regierungsrathe nie zur Berathung. — Unterdessen nahm das Lehrpersonal wiederum mehr ab als zu, und zwar jetzt in der vom Provisorium noch weniger berührten medizinischen Fakultät. Konnte schon dies der Hochschulefrequenz nicht förderlich sein, so wurde dieselbe noch mehr geschädigt durch die Art, wie gegen die Studirenden Disziplin geübt wurde. Hätte man liederliche und unfleißige Studenten relegirt, so würde dies der Hochschule nur zuträglich gewesen sein; aber indem man unschuldige politische Demonstra-

tionen verfolgte, sogar das Studentenkorps bei Anlass radikaler Offiziersvorschläge, welche dasselbe dem Regierungsrath zu machen wagte, aufhob, musste natürlich die Anziehungskraft einer ohnehin so sparsam verwalteten Universität stets schwächer werden. So fiel denn die Zahl der Studirenden, welche noch im Jahr 1849/50 251 und seit 1839 (den Sonderbundskriegs-Winter abgerechnet) stets über 200 betragen hatte, im Jahre 1851 auf 184, 1852 sogar auf 144.

Auch das höhere Gymnasium, obgleich im Uebrigen von der Politik am wenigsten geschädigt, welches in den ersten zehn Jahren seines Bestehens durchschnittlich 34,2 Zöglinge zählte, brachte es in dieser Periode nicht über 33.

2. Die Mittelschulen (Progymnasien und Sekundarschulen).

Es waren stets dieselben wie in der früheren Periode und stets in demselben Zustande. Von den 15 Sekundarschulen gaben die Verwaltungsberichte nur statistische Notizen, da es an einer Inspektion derselben fehlte; von den Landprogymnasien und jurassischen Kollegien wird wenig Befriedigendes berichtet; einzig das Progymnasium in Bern erfreut sich einer anhaltend günstigen Beurtheilung. Und doch sank seine Schülerzahl, welche früher gegen 100 betragen hatte, von Jahr zu Jahr, sogar unter 60!!

Dass den Mittelschulen Einheit unter sich, Anschluss an die höheren und unteren Schulen fehle, das sagt, fast mit denselben Worten, ein Verwaltungsbericht um den andern; aber dem Uebel abzuhelpen, wird auch nicht Ein Schritt gethan; man nimmt sogar, die stets verheissene allgemeine Organisation als weniger dringlich bezeichnend, eine partielle Reorganisation der Kollegien in Pruntrut und Delsberg vor, welche wesentlich darin bestand, dass man vermittelst Aufstellung von Verwaltungsreglementen, eine Wiederausschreibung der bereits auf Lebenszeit besetzten Stellen einleitete und auch die Neuwahlen wieder auf Lebenszeit traf, sowie darin, dass die Staatsbehörden nicht mehr wie bisher (seit 1833) die Mehrheit, sondern nur noch eine Minderheit der Mitglieder des Verwaltungsrathes zu wählen sich herabliessen, obschon der Staat an die Anstalt in Pruntrut jährlich Fr. 17,000, an diejenige in Delsberg Fr. 9000 beitrug.

3. Das Primarschulwesen.

Schon im Frühling 1851 legte die Regierung dem Grossen Rathe ein von einer Eilferkommission ausgearbeitetes neues Primarschulgesetz vor. Gerne konstatiren wir, dass dasselbe einige ganz zweckmässige Bestimmungen enthielt, z. B. im § 1 die Erklärung, dass die Primarschulen den Zweck haben, «die guten Anlagen und Seelenkräfte, welche jedem Kinde inwohnen, zu entwickeln und zu pflegen und ihm zugleich diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten beizubringen, deren es bedarf, um seine Bestimmung als Christ, Mensch und Bürger würdig verfolgen zu können». Die

Normirung der Schulpflicht: vom zurückgelegten 7. bis zum zurückgelegten 16. Altersjahr, oder bei den Reformirten bis zur Admission, sowie die Zulassung von 8—18 Wochen Ferien per Jahr waren ebenfalls als Verbesserungen zu betrachten. Auch wurde den Gemeinden ein wenn auch bescheidenes Besoldungsminimum von Fr. 250 n. W. (unter Zusicherung von Staatsbeiträgen an arme Gemeinden) zugemuthet, wogegen die Staatszulage von Fr. 150 mit zunehmenden Dienstjahren bis auf Fr. 300 im 22. Dienstjahr stieg; ferner sollten ein allgemeiner Lehrplan und allgemeine Lehrmittel vorgeschrieben werden. Dagegen war den Gemeinden in Bezug auf die in der Schule zu behandelnden fakultativen Fächer ein zu grosser Spielraum gegeben, ebenso in Betreff der Handhabung des Schulbesuches und der Anstellung der Lehrer. Nicht nur war periodische Wiederwahl nach vier Jahren vorgeschlagen, sondern auch Ausschreibung einer Stelle nach Erhöhung ihrer Besoldung um 25 % zulässig erklärt. Vollends aber in Betreff der Schulaufsicht wird an den alten Ideen festgehalten; während Primarlehrer und Mitglieder von Schulkommissionen nicht Schulkommissäre werden können, sind die Geistlichen verpflichtet, eine solche Stelle anzunehmen und zwar ohne Besoldung, gegen blossen Kostenvergütung; ja auch dem Ortspfarrer kommt noch ein spezielles Recht der Schulaufsicht neben der Schulkommission zu, und dies ist besonders bedenklich in Verbindung mit der Bestimmung: die Lehrer können je nach dem örtlichen Herkommen zur Mithülfe beim Gottesdienste angehalten werden.

Der Grosse Rath wies das Gesetz einerseits an eine Kommission, andererseits an die Schulsynode, welcher es noch nicht vorgelegt worden war. Die Schulsynode sprach nach einer einlässlichen Kritik den Wunsch aus, es möchte das Gesetz vom Grossen Rathe nicht in Behandlung genommen, dagegen das gesamte Unterrichtswesen auf Grund der Verfassung und der Bedürfnisse der Zeit einer Reform unterworfen werden.

Dieser Entwurf zog der Regierung so viele Kritiken, sogar von Seiten der eigenen Partei (Besoldungsminimum!) zu, dass sie ihn im Jahr 1852 wieder zurückzog. Die Erziehungsdirektion aber liess durch einen Rechtskundigen die Frage untersuchen, ob das Gesetz über die Schulsynode verfassungsgemäss sei. Das Resultat der Untersuchung ist uns nicht bekannt. Was man aber anstrebte, mag daraus hervorgehen, dass die Erziehungsdirektion im Jahr 1853 Lehrerkonferenzen anstellte, welche vom Schulkommissär präsidirt und zu welchen auch Schulfreunde beigezogen wurden, was aber die Schulsynode nicht hinderte, fortzubestehen.

Von weiterer Thätigkeit im Primarschulwesen ist wenig zu berichten. Es wurden weder obligatorische Lehrmittel, noch andere Neuerungen eingeführt, sondern den Gemeinden möglichst freie Hand gelassen, so namentlich bezüglich des Schulbesuches, der Trennung überfüllter

Schulen u. s. w. Wie schlimm es in dieser Beziehung aussah, geht daraus hervor, dass selbst in der Hauptstadt und Bundesstadt der Schulbesuch nicht nach gesetzlicher Vorschrift gehandhabt werden konnte, weil sonst die Schulzimmer nicht den nöthigen Raum für die schulpflichtigen Kinder geboten hätten.

Die Zahl der Primarschulen nahm von 1849 bis 1853 bloss um 28 zu (ungefähr soviel als jetzt per Jahr), von 1853 auf 1854 sogar um vier Schulen ab, wohl weniger wegen Mangel an Schülern als wegen Mangel an Lehrern; mussten ja doch in den Jahren 1852 und 1853 je 124 Stellen provisorisch besetzt werden!

Einer ganz besonderen Nachsicht in der Handhabung des Schulgesetzes erfreute sich der Jura. In den industriellen Ortschaften des Jura wurden die Kinder in grosser Zahl schon nach zurückgelegtem 13. Altersjahr vom ferneren Schulbesuch dispensirt, eine noch grössere Zahl dispensirte sich selbst; während im alten Kanton in der Regel 20 % der Bevölkerung die öffentlichen Primarschulen besuchten, kamen im Jahr 1853 im Amtsbezirk

	Einwohner	Primarschüler	
Delsberg auf	12,320	1623	= 13 %
Freibergen »	8,974	1530	= 17 %
Pruntrut »	20,565	3539	= 17 %

Empörend war der Ausgang der Lehrschwwesternangelegenheit nach dem Umschwung von 1850: die Beschlüsse des Grossen Rathes vom 9. Februar 1849, zu deren Ausführung ein Jahr Zeit gegeben worden war, wurden von der neuen Regierung einfach ignorirt: das Kloster der Ursulinerinnen in Pruntrut bestand fort, seine Angehörigen standen den öffentlichen Mädchenprimarschulen vor; ebenso die barmherzigen Schwestern in St. Ursanne, welche dazu eine Lehrbewilligung des Grossen Rathes nach § 82 der Verfassung bedurft hätten. Erst nachdem der Versuch der Radikalen, den Grossen Rath und die Regierung nach §§ 6 und 22 der Verfassung auf dem Wege einer Volksabstimmung abzuberufen, gescheitert und die radikale Opposition für eine Zeit lang zu Boden geworfen war, liess die Regierung den Beschluss vom 9. Februar 1849, betreffend die barmherzigen Schwestern in St. Ursanne, durch den Grossen Rath aufheben (21. Mai 1852), womit im Grunde gar Nichts in Bezug auf die Ausübung des Lehramts gesagt war, und erst am 22. Dezember 1853 beschloss der Grosse Rath auf den Antrag der Regierung, dass allen Mitgliedern dieser Kongregation, die sich einer Prüfung über die diesfalls erforderliche Befähigung ausweisen, das Primarlehrerinnenpatent ertheilt und ihnen gestattet werden möchte, den Beruf als Primarlehrerinnen in St. Ursitz auszuüben.

Während man aber nach dieser Seite solche Nachsicht übte, wurde dem *Lehrerseminar in Münchenbuchsee* und den *Seminarien im Jura* der Krieg gemacht.

Wir kommen endlich auf die Hauptthätigkeit der Fünfziger Periode auf dem Gebiete des Schulwesens zu

sprechen. Bereits haben wir gesagt, wie man über die damalige Lehrerbildung dachte. Das Seminar in Münchenbuchsee war übrigens weit weniger wegen übertriebener wissenschaftlicher Tendenz als deshalb verhasst, weil man in ihm eine Pflanzschule radikaler Lehrer sah. Daher wurde es auf's Korn genommen, lange bevor dessen Lehrer sich beim Abberufungsversuch betheiligt hatten. Schon im Februar 1851 beschloss die Regierung, es seien die Stellen der im Dezember 1846 auf sechs Jahre gewählten Lehrer desselben in Anwendung des Gesetzes vom 22. Februar 1851 über die Amtsdauer der bürgerlichen Beamten, welches die Amtsdauer aller Letzteren auf vier Jahre festsetzte, auszuschreiben, liess aber den Beschluss unausgeführt, als die Seminarlehrer gegen die Anwendung dieses Gesetzes auf sie protestirten. Bei der Berathung des Budgets pro 1852 wurde trotz der Lebensmitteltheuerung der bisherige Kredit des Seminars um mehr als 23 % des Gesamtbetrages willkürlich herabgesetzt. Nach dem Scheitern der Abberufungsbewegung aber gab es für den Parteigeist keine Grenzen mehr. Am 21. Mai 1852 beschloss der Grosse Rath ganz einfach:

«Das Schullehrerseminar zu Münchenbuchsee in seiner gegenwärtigen Organisation ist aufgehoben. Der Regierungsrath wird dafür sorgen, dass die gegenwärtigen Zöglinge der Anstalt ihren Kurs auf angemessene Weise vollenden können. Der Regierungsrath hat dem Grossen Rathe im Laufe der gegenwärtigen Session den Entwurf eines Gesetzes über die Reorganisation des fraglichen Seminars vorzulegen.»

In Vollziehung dieses Beschlusses theilte die Erziehungsdirektion dem Seminardirektor Grunholzer und dem Turnlehrer Niggeler unter'm 5. Juni mit, dass sie vom 6. Juni an entlassen seien. Die übrigen Lehrer sollten unter dem provisorischen Direktor Küpfer den Kurs vollenden. Da diese ebenfalls ihre Entlassung verlangten, weil in solcher Weise ein befriedigendes Resultat nicht mehr möglich sei, wurden Mitte Juli 1852 die Zöglinge geprüft und entlassen, die einen mit einem Patent, die andern mit der Aussicht auf Ertheilung eines solchen nach 1 bis 1½ Jahren unter Vorbehalt günstiger Zeugnisse.

Da das neue *Organisationsgesetz* an eine Grossrathskommission und an die Schulsynode gewiesen worden, konnte es erst am 18. März 1853 angenommen werden. Nach demselben wird die Zahl der Lehrer auf drei, die Zahl der Zöglinge auf höchstens dreissig nebst fünf Externen, die Seminarzeit auf ein Jahr, nachdem derselben ein ausserhalb frei zu geniessender Vorbereitungskurs vorhergegangen, reduziert. «*Der Unterricht aber soll wenigstens das Maass des bisherigen erreichen.*»

Ohne die Annahme dieses Gesetzes durch den Grossen Rath abzuwarten, berief die Regierung im Herbst 1852 den neuen Seminardirektor Morf, eröffnete im Seminar selbst, da es doch ausserhalb desselben zu geistlichen Vorkursen nicht zu bringen war, mit 30 Zöglingen einen

Präparandenkurs, womit auch die Seminarzeit selbst wieder eine zweijährige wurde. — Also im Widerspruch mit Allem, was man gegen das bisherige Seminar vorgebracht, wieder eine Konviktanstalt, wieder ein zweijähriger Kurs, wieder dasselbe Pensum, und wieder ein Zürcher als Direktor!

Diese Missachtung bestehender und Anticipation noch nicht angenommener neuer Gesetze, steht übrigens nicht isolirt da. Seit 1851 wurden auch die in den verschiedenen Seminargesetzen vorgeschriebenen *Wiederholungskurse* nicht mehr abgehalten, weil sie kein Bedürfniss seien! Im Seminar zu *Pruntrut* wird im Herbst 1851 für die austretende Promotion keine neue aufgenommen und die abgehenden Musterschüler nicht ersetzt, wieder aus Mangel an Bedürfniss, und als gar im Sommer 1853 die letzte Seminaristenpromotion und der letzte Musterschüler die Anstalt verliessen, hatte dieselbe bis weit in das Jahr 1854 hinein keinen Zögling mehr, wohl aber drei Lehrer — allerdings eine eigenthümliche Ersparniss! Aehnlich machte man es mit dem Seminar in *Delsberg*. Mittelt Nicht-Ersetzung der austretenden Promotion ward die Anstalt im September 1852 schülerlos. Mit den Lehrern wurde man in anderer Weise fertig.

Erst, nachdem diese Thatfachen vollzogen waren, wurde durch Gesetz vom 18. März 1853 das Lehrerinnenseminar in Delsberg aufgehoben, und durch Gesetz vom 23. März 1854 das bisherige paritätische Lehrerseminar in Pruntrut zu einem katholischen Lehrerseminar mit höchstens zwölf Zöglingen, zwei Lehrern und zwei Jahreskursen umgewandelt. Die amtlichen Berichte über die Leistungen dieser beiden Seminarien waren fortwährend eben so günstig gewesen, wie diejenigen über Münchenbuchsee; die Seminarien hätten von allen öffentlichen Unterrichtsanstalten am wenigsten einer Reform bedurft: aber als paritätische Seminare (*écoles mixtes*!) waren sie der ultramontanen Priesterschaft ein Dorn im Auge; denn sie pflanzten Toleranz, was der Erziehungsdirektor im Grossen Rathe mit den Worten ausdrückte: sie befördern den Indifferentismus. Ausser dieser Anklage wusste er diese Maassregeln mit nichts Anderem zu begründen als mit der Behauptung, mit den bisherigen Seminarien bilde man viel mehr Lehrer, als man nöthig habe! Gleichwohl suchte man auf Staatskosten einen Ersatz zu bieten. Bei der Aufhebung des Lehrerinnenseminars in Delsberg wird für Lehramtskandidatinnen, bei der Beschränkung des Lehrerseminars auf katholische Zöglinge wird für die reformirten und die deutschredenden Lehramtskandidaten des Jura und andere mit der Lehrerbildung verbundenen Kosten eine jährliche Summe ausgeworfen und deren Vertheilung durch ein Stipendienreglement geordnet. Die Lehrerinnenbildung im katholischen Jura war also wieder ausschliesslich in die Hände der durch den vorigen Grossen Rath wegdekretirten Klöster gegeben.

Unter den öffentlichen Lehrerbildungsanstalten waren einzig diejenige in Hindelbank und die Einwohnermädchen-

schule in Bern verschont geblieben. Zwar hatte man auch in letzterer den Versuch gemacht, den Religionsunterricht einem aus der Landeskirche ausgetretenen pietistischen Geistlichen zu überantworten. Aber es gelang der Hausvätergemeinde, den Versuch zu vereiteln, und die Minorität begnügte sich mit der Gründung der pietistischen «neuen Mädchenschule» (1852), welche bald auch zur Lehrerinnenbildungsanstalt ausgebaut wurde.

D. Von der Fusion bis heute.

(1854—1872.)

Mit der grössten Spannung erwartete nicht nur der Kanton Bern, sondern die ganze Eidgenossenschaft das Ergebniss der Gesamtterneuerungswahlen für den Grossen Rath im Mai 1854. Keine Partei trug den Sieg davon; je nach dem Entscheid des in zwei gleiche Hälften getheilten Grossen Rathes über die streitigen Wahlen zweier Wahlkreise fiel einer der beiden Parteien eine kleine, nie sichere Mehrheit zu. Ein neues Parteiregiment, sei's radikal oder konservativ, war also zur faktischen Unmöglichkeit geworden. Die Führer beider Parteien hatten übrigens dessen genug: beständig den giftigsten persönlichen Angriffen ausgesetzt zu sein, ohne doch Dasjenige durchzuführen zu können, wofür man solche Opfer übernahm, das war auch abgehärteten Naturen, wie Stämpfli und Blösch, zuwider. Namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens hatte es sich gezeigt, dass keine Partei ohne die loyale Mitwirkung der besseren Elemente der andern andere Thaten als solche der Zerstörung auszuführen im Stande sei.

Man musste also, wenn man nicht das Vaterland dem Parteigeiste opfern wollte, den Parteigeist dem Vaterlande zum Opfer bringen: die Spitzen beider Parteien liessen sich zusammen in die Regierung wählen und reichten sich die Hand zur gemeinsamen Förderung des allgemeinen Wohles.

Es war, vom Standpunkt der Schule aus angesehen, hohe Zeit zu einem solchen Schritte. Man vergleicht die Schule so gerne einem Garten: im Kanton Bern glich sie mehr einem Schlachtfelde. Die Hochschule, auf welche man sich früher mit Recht etwas zu gut gethan, ging dem Zerfall entgegen; die Sekundarschulen und Progymnasien, welche immer gekränkt hatten, entbehrten jeglicher Leitung; in der Primarschule vollends war die Anarchie und Planlosigkeit Regel geworden; zur Noth der Lehrer kam nun auch noch die Lehrernoth, d. h. der Mangel an Lehrern, in Folge der in's Werk gesetzten Seminarzertrümmerung.

Die Männer beider Parteien, welche Sinn hatten für die Schule und Einsicht in die Bildungsbedürfnisse der Gegenwart, begriffen, dass sie zusammenwirken müssen in der Regierung, im Grossen Rathe, in den untergeordneten Schulbehörden, in den Vereinen. Keine Regierung war

seither ausschliesslich von Männern Einer politischen Partei zusammengesetzt; auch zu einem so jähen Personenwechsel, wie er seit acht Jahren im Regierungsrath und namentlich in der Erziehungsdirektion zur Uebung geworden, fiel die Hauptveranlassung hinweg. Während der Kanton Bern in den letzten acht Jahren vier verschiedene Erziehungsdirektoren gehabt, sehen wir in den folgenden 18 Jahren den einen acht, den andern, das Werk des Vorgängers in der Hauptsache in gleichem Geiste fortsetzend, über zehn Jahre lang in Wirksamkeit.

Wohl kehrten auch seither politische Kämpfe wieder; aber ihr Hauptobjekt war nicht die Schule. Einzig in den Defizitjahren 1865—67 wagte die alte «Zumuthungspartei», wieder einen aggressiven Feldzug im Sinne der Fünfziger Periode zu unternehmen; sie drang aber so unvorsichtig vor, dass sie von den übrigen Konservativen abgeschnitten wurde und das Gewehr strecken musste. Während der ganzen übrigen Zeit hatte sich das Schulwesen eines, wenn auch nie kampflosen, doch ruhigen Fortschrittes und der Mitwirkung der konservativen Partei zu erfreuen.

Hiezu trug nicht wenig der Umstand bei, dass im Jahr 1854 die Erziehungsdirektion einem zwar fortschrittsfreundlichen, aber maasshaltenden, toleranten, allen Excentritäten abgeneigten Mann, Hrn. Dr. Lehmann, anvertraut wurde, welcher es sich zur Pflicht machte, ohne Rücksicht auf politische Parteistellung alle tüchtigen Kräfte zur Mitwirkung beizuziehen. Es ist von höchstem Interesse, sich zu vergegenwärtigen, wie er es angefangen, um das enorme Pensum, das ihm gestellt war, zu be-
meistern.

1. Die Hochschule.

Welche umfassenden Gesetzesreformen auf dem Gebiete des Schulwesens auch nothwendig waren, auf diesem Felde bestand das Heilmittel gerade im Gegentheil darin, einmal auf ein neues Gesetz zu verzichten, durch welches man die Hochschule allzu lange bedroht hatte.

Nachdem die Bundesversammlung den Antrag, eine eidgenössische Hochschule zu errichten, abgelehnt, dagegen aber am 7. Februar 1854 die Kreirung eines eidgenössischen Polytechnikums beschlossen hatte, war die Situation eine bedeutend klarere geworden. Bern konnte seine Hochschule weder aufheben, noch an langsamer Abzehrung sterben lassen: es musste sie also heben. Und dies kann, sagte der Erziehungsdirektor in einem Vortrag an den Regierungsrath, auf der Basis des bestehenden Gesetzes geschehen. «Dies wäre wohl nicht bezweifelt worden, wenn nicht alle bisherigen Reorganisationsprojekte eine Nebenabsicht verfolgt hätten, welche bei den meisten Reorganisationsdrängern wohl die Hauptabsicht war, nämlich (um gerade herauszusagen, was doch kein Geheimniss ist) die Entfernung missbeliebiger Professoren. Diese Absicht kann nicht diejenige einer Regierung sein, welche

aus Vertretern beider politischen Parteien besteht; und auf dem Standpunkt der Erziehungsdirektion insbesondere ist nur derjenige Professor missbeliebig, welcher in Beziehung auf wissenschaftliche oder Lehrfähigkeit nicht befriedigt. Diese Klasse missbeliebiger Professoren aber, wenn sie an unserer Hochschule vertreten ist, lässt sich ohne Gesetzesreorganisation und ohne Umweg entfernen: durch Abberufung oder (je nach dem besonderen Fall) durch Pensionirung.»

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, werden dem Regierungsrathe folgende Maassregeln vorgeschlagen und von diesem unter'm 26. Oktober 1854 genehmigt:

- 1) Hebung der Hochschule auf der Grundlage des bisherigen Gesetzes;
- 2) Wiederbesetzung der erledigten Lehrstühle durch tüchtige Kräfte;
- 3) mehr Aufmunterung junger Männer, welche sich der akademischen Laufbahn widmen wollen;
- 4) Hebung der philosophischen Fakultät, besonders in Hinsicht auf die Naturwissenschaften und die neueren Sprachen, sowie in Bezug auf Heranbildung eines höheren Lehrstandes;
- 5) Einführung oder Vermehrung von praktischen Uebungen, Repetitionen, Konversationen, Disputationen, Publika;
- 6) strengere Forderungen in Bezug auf die zur Aufnahme in die Hochschule nöthige Vorbildung;
- 7) Prüfung in den propädeutischen Fächern vor dem Zulass zu den praktischen (theologischen, juristischen und medizinischen) Studien;
- 8) strengere Forderungen für die Staatsprüfungen (Gymnasial- und philosophische Studien), wie sie bisher nur an die Mediziner und Theologen gestellt wurden.

Diesem Programm ist seither konsequent nachgelebt worden. Eine Menge von *Fächern*, welche damals entweder gar nicht mehr gelehrt wurden oder, zum Schaden der Wissenschaft, mit andern zeitraubenden Fächern in einer Person vereinigt waren, erhielten im Laufe der Zeit wieder ihre besondern Vertreter: Kirchengeschichte, allgemeines Staatsrecht, Nationalökonomie, französisches Recht (in deutscher und französischer Sprache), Anatomie, pathologische Anatomie, gerichtliche Medizin, Botanik, romanische und orientalische Sprachen, Schweizergeschichte, Pädagogik u. s. w. Vergleichen wir die Zahl der *Lehrkräfte* nach den Staatskalendern von 1853 und 1872, so finden wir in ersterem nur 31, nämlich 5 Professoren der Theologie, 3 der juridischen Fakultät, 9 der medizinischen (die vier für Thierheilkunde inbegriffen), 10 Professoren, 1 Honorarprofessor und 3, sage drei Dozenten der philosophischen Fakultät. Im Jahre 1872 dagegen 68 Lehrkräfte, nämlich 6 Professoren und 2 Dozenten in der theologischen Fakultät, 6 Professoren und 1 Dozent in der juridischen, 8 Professoren, 1 Honorarprofessor und

12 Dozenten in der medizinischen Fakultät (Thierheilkunde nicht inbegriffen), 18 Professoren, 2 Honorarprofessoren und 14 Dozenten in der philosophischen. Die neuen Lehrstühle wurden aber nicht sofort kreirt und nachher nach den nöthigen Männern gesucht; letzteres geschah zwar da, wo wichtige nothwendige Lehrfächer noch nicht einen eigenen Vertreter hatten; aber man ging auch weiter, indem man junge tüchtige Kräfte, auch wo sie der Hochschule noch nicht gerade nothwendig waren, aufmunterte, sich der akademischen Carrière zu widmen; zuerst als Privatdozenten, dann, wenn die Erfolge günstig waren, als ausserordentliche und ordentliche Professoren. Das Heranziehen heimischer Lehrkräfte an unserer Hochschule und durch dieselbe hatte sofort die weitere Folge, dass sich auch das bernische Publikum mehr um die Hochschule interessirte und letztere hinwiederum sich befliss, ihre Wirksamkeit auf dasselbe auszudehnen durch die *öffentlichen Wintervorträge*, welche, im Winter 1855/56 eingeführt, seither mit einziger Ausnahme zweier Winter, ihren ununterbrochenen Fortgang hatten und andern wissenschaftlichen Vereinigungen zu Stadt und Land zu ähnlichem Thun das ermunternde Beispiel gaben.

Auch die Studirenden suchte man anzuziehen durch Revision des *Mueshafenreglements* vom Jahr 1806, welches die Stipendien ausschliesslich den Theologen zugewandt hatte, wobei nicht selten Solche derselben theilhaftig wurden, welche dieselben weder nöthig hatten, noch verdienten. Durch ein neues Reglement vom 7. Juni 1855 wurden den Theologiestudirenden zwar 16 grössere Stipendien von Fr. 400 und den Kandidaten der Theologie 20 Stipendien von Fr. 300 reservirt, die übrigen Stipendien aber, je Fr. 150 per Jahr betragend, sowie die Reisestipendien wurden auf alle wissenschaftlichen Berufe, welche der Staat zu unterstützen ein Interesse hat, ausgedehnt. Noch weiter ging der Regierungsbeschluss vom 18. Oktober 1856, durch welchen nicht allein zu den 30 kleineren Hochschulstipendien à Fr. 150 noch 20 kleinere für die drei obersten Literar- und die zwei obersten Realklassen der Kantonsschule in Bern geschaffen, sondern auch für die unteren (seit 1806 ausgeschlossenen) Klassen 24 Stipendien zu Fr. 60 (d. h. eben so viele ganze und halbe Freiplätze) kreirt wurden. — Auch zwei Professoren der Hochschule gründeten Stiftungen zu Gunsten ihrer Zöglinge. Hr. Professor *Lazarus* übergab im Jahr 1866 der Erziehungsdirektion ein Kapital von Fr. 1500, aus dessen Zinsen Preise für philosophische Arbeiten geliefert werden, Hr. Professor *Lücke* im Jahr 1869 ein solches von Fr. 3750 behufs Ertheilung eines Stipendiums für arme Studirende der Medizin.

Für diejenigen Studirenden, welche sich einem *höheren Lehramt* widmen wollen, wurden besondere Stipendien und Preise geschaffen durch das Reglement über das *philologisch-pädagogische Seminar* von 1859 und das Reglement über das *historische Seminar* von 1870.

Für die *Sekundarschullehramtskandidaten* werden seit 1863 besondere Vorlesungen in den bei der Patentprüfung vorkommenden Fächern angekündigt und gelesen; auch diesen sind die kleinern Mueshafenstipendien zugänglich.

Sollte aber die Hochschule an ihren Zuhörern ihr Pensum erfüllen, so mussten dieselben auch die zu einem erfolgreichen Studium nöthigen *vorbereitenden Studien* bei ihrem Eintritt hinter sich haben. Wir werden in einem späteren Abschnitte sehen, was durch Reorganisation der unteren Schulen in dieser Richtung geschah, hier haben wir nur zu entwickeln, welche Forderungen an die Studirenden der verschiedenen Fakultäten gestellt wurden und in welcher Form.

Vorerst wurde im Mai 1858 ein neues *Reglement über die Prüfung der Aerzte, Apotheker und Thierärzte* aufgestellt, nach welchem den Access zu den ärztlichen Prüfungen nur solche Kandidaten erhalten können, welche u. A. nachweisen, dass sie denjenigen Grad allgemeiner Schulbildung besitzen, den die Kantonsschule in Bern oder Pruntrut auf der obersten Stufe der Literarabtheilung bezweckt (diese Bestimmung trat in Kraft den 1. Januar 1861), den Access zu den pharmazeutischen nur solche, welche die zum Eintritt in die zweite Klasse der Kantonsschule in Bern nöthigen Kenntnisse besitzen; zu den thierärztlichen Examen aber nur solche, welche die Kenntnisse besitzen, welche in einer guten Sekundarschule erworben werden können. Dieselben Erfordernisse wurden auch durch das *Konkordat über die Freizügigkeit des schweizerischen Medizinalpersonals* vom 2. August 1867, welchem der Kanton Bern beigetreten ist, in der Hauptsache beibehalten (für die Apotheker allein wird etwas Neues aufgestellt: Ausweis über den Besitz der zum Eintritte in die chemisch-technische Schule des eidgenössischen Polytechnikums erforderlichen Kenntnisse). Dass durch jenes bernische, sowie durch das an dessen Stelle getretene Konkordatsprüfungsreglement auch erhöhte Forderungen bei der theoretischen und praktischen Prüfung selbst gestellt wurden, sei hier nur gelegentlich erwähnt.

In ähnlichem Sinne wurden die *juridischen Prüfungen* verschärft. Da hiebei Bestimmungen abgeändert werden mussten, welche — merkwürdiger Weise — durch ein Gesetz (über die Advokaten, vom 10. Dezember 1840), also durch den Grossen Rath, aufgestellt worden waren, während doch nach dem Hochschulgesetz (§§ 30 und 53) der Regierungsrath kompetent war, die Bedingungen des Eintritts in die Hochschule festzustellen, liess sich der letztere unter'm 10. April 1858 vom Grossen Rathe ermächtigen, ein Reglement über die Prüfung und Patentirung der Fürsprecher zu erlassen und der Grosse Rath erklärte zugleich, dass die Bestimmungen des Advokatengesetzes vom 10. Dez. 1840, welche mit diesem Reglement in Widerspruch treten, auf den Zeitpunkt, in welchem dasselbe erlassen sein wird, dahinfallen. Das nunmehr vom Regierungsrath unter'm 3. November 1858 erlassene *Reglement über die Patent-*

prüfungen der Fürsprecher und Notarien gestattet den Access zu den theoretischen Prüfungen der Fürsprecher nur demjenigen Kandidaten, welcher u. A. sich ausweist über den Grad allgemeiner Schulbildung, welchen die Kantonsschule in Bern oder Pruntrut auf der obersten Stufe der Literarabtheilung bezweckt, zu der Prüfung der Notarien nur demjenigen, welcher sich über eine gute Sekundarschulbildung ausweist. Gleichzeitig wurden auch die Prüfungen selbst verschärft und diejenigen der Fürsprecher namentlich ausgedehnt auf das römische Recht, Kirchenrecht und die Nationalökonomie. Die Bestimmung betreffend die Maturität sollte in Kraft treten auf den 1. Januar 1862; das bernische Obergericht aber, welches den Access zu ertheilen hat, fuhr fort, denselben ohne Berücksichtigung jener Bestimmungen zu ertheilen, ignorierte auch im Uebrigen das neue Prüfungsreglement, behauptend, der Grosse Rath sei nicht berechtigt gewesen, den Regierungsrath zum Erlass eines in seine eigene Kompetenz fallenden Reglementes zu ermächtigen. Der Grosse Rath, bei welchem die Angelegenheit hängig gemacht wurde, verschleppte seinen — bestätigenden — Entscheid bis zum Jahr 1866; dann musste wieder ein neuer Termin (bis 1870) gegeben werden, auf welchen endlich das Reglement in Kraft treten durfte. Wenn indessen auch dieses Reglement erst 1870, einzelne Bestimmungen desselben erst 1871, in Kraft treten konnte, so begann doch seine Wirksamkeit schon im Jahr 1862; die Zahl der Studirenden in der juristischen Fakultät war von 1862—70 durchschnittlich um 25 bis 30 geringer als vorher und nachher, weil Diejenigen, welchen die geforderte Maturität mangelte, nicht nur durch das Prüfungsreglement bedroht, sondern auch durch das Stipendienreglement (Art. 23) von Unterstützungen ausgeschlossen waren.

Das *Reglement über die Prüfung und Aufnahme der Predigtamtskandidaten*, vom Regierungsrathe auf den Antrag der Kirchensynode und der Direktion des Kirchenwesens (Blösch) erlassen unter'm 9. November 1854 — ist leider nicht unter die Werke des Fortschrittes einzutragen: es ist ein Elaborat der Fünziger Periode, bei dessen Genehmigung der Regierungsrath nicht nur ein, sondern beide Augen zugedrückt zu haben scheint. Nicht nur wird der Eid auf das helvetische Glaubensbekenntniss beibehalten: es findet in der Prüfungskommission auch noch eine besondere entscheidende Umfrage über den christlichen Glauben und den inneren Beruf des Kandidaten statt. Von grösserer Tragweite waren aber folgende Neuerungen: erstlich die Trennung der Prüfung in eine theoretische und praktische, von welchen die eine der andern um ein volles Jahr vorausgehen musste, und zweitens die Uebergabe des ganzen Prüfungs- und Aufnahmsgeschäftes an rein kirchliche, aus den Wahlen der Kirchensynode hervorgehende Behörden, neben deren Kompetenzen die Aufnahme in's Ministerium zur reinen Formalität herabsank. In Folge der ersten Neuerung wurde

das wissenschaftliche Studium um ein Jahr verkürzt, während das letzte werthvollste Studienjahr der Verbummelung anheimfiel; wie die Abstimmung kirchlicher Behörden bei Aufnahmen wirken kann, zeigte im Jahr 1871 die Abweisung des freisinnigen Pfarrers Chavannes. Indessen sind alle diese Uebelstände jetzt wieder beseitigt; auf den Antrag der Kirchensynode wurde der frühere Prüfungsmodus im Jahr 1867 wieder hergestellt und der Eid auf die helvetische Konfession im Jahre 1870 durch ein Gelübde auf das Evangelium Jesu Christi ersetzt; die übrigen Bestimmungen des Reglementes von 1854 wurden im Jahre 1871 bei Gelegenheit des Chavannes-Handels vom Regierungsrathe aufgehoben.

Nachdem in allen Fakultäten durch neue Prüfungsreglemente die bei den Staatsprüfungen zu stellenden Forderungen von Neuem festgestellt waren, bedurfte auch das Studienreglement vom 3. Mai 1834 einer Revision. Aber der neue *Studienplan* von 1866 beschränkte sich nicht darauf, anzugeben, welche Vorlesungen alle zwei oder drei Jahre gehalten werden sollen; er sagt zugleich den Studirenden, in welcher Reihenfolge sie am zweckmässigsten gehört werden; er macht sie auf diejenigen Vorlesungen der philosophischen Fakultät aufmerksam, welche neben den Fachwissenschaften unerlässlich erscheinen; endlich werden den Studirenden noch besondere Repetitionen und praktische Uebungen unter Leitung der Hochschullehrer anboten.

Eine eigene Schwierigkeit bot die Organisation der Studien an der *Thierarzneischule*. Während die Schüler derselben in der Regel am allerschwächsten vorgebildet waren und somit ganz besonders einer planmässigen Leitung bedurften, fehlte diese gerade hier am meisten, indem die Lehrer nicht wie an den übrigen Fakultäten ein eigenes vorberathendes Kollegium bildeten. Es war im Gegentheil an der Thierarzneischule von jeher Uebung gewesen, dass jeder Lehrer that, was ihm beliebte, und dass alle Versuche einer Reglementirung der Studien an der auf die Spitze getriebenen Lehrfreiheit scheiterten. Als im Jahre 1864 der bei Gelegenheit der Berufung eines tüchtigen Lehrers erneute Versuch, ein Studienreglement einzuführen, welches Lehrern und Schülern ihre bestimmten Pflichten anweist und einem Lehrer die Aufsicht und Direktion überträgt, an dem Widerstand der alten Lehrer scheiterte, sah die Erziehungsdirektion keinen andern Ausweg mehr als den, die dem gänzlichen Zerfall entgegengehende Schule durch gesetzliche Reorganisation nach dem Vorbilde der zürcherischen und der meisten ausländischen Schulen (Leitung durch Lehrerkollegium, Direktor und Aufsichtskommission, dreijähriger Kurs, Aufnahmeprüfung und jährliche Promotionsprüfungen) wieder auf eine gedeihliche Bahn zu bringen. Lehrer und Schüler der bisherigen Schule petitionirten gegen die projektierte Trennung von der Hochschule, und das Projekt wurde, wohl am meisten aus Furcht vor den vermehrten Kosten,

im Jahr 1865 (Anfang der Defizitjahre) vom Grossen Rathe verworfen. Im Jahr 1868 aber (die Steuererhöhung in jenem Jahre hat den Defiziten ein Ende gemacht) nahm der Grosse Rath dasselbe Projekt nachträglich doch an, nachdem dasselbe durch die Vorschrift einer Inanspruchnahme der nothwendigen Lehrer und Hilfsanstalten der Hochschule eine gewisse Verbindung der Thierarzneischule mit der Hochschule beibehalten hatte. Seit dem Frühling 1869 entfaltet die als eigene Anstalt organisierte Schule mit drei Professoren, wovon einer Direktor ist, einem Prosektor und zwei klinischen Assistenten eine stets zunehmende Wirksamkeit. Ein Reglement setzt die Kompetenzen des Lehrerkollegiums, des Direktors, der Aufsichtskommission und der Erziehungsdirektion fest; ein Studienplan vertheilt den obligatorischen Lehrstoff so, dass z. B. nicht wie früher die Zöglinge schon im ersten Semester zur Klinik angehalten werden können, vielmehr wenigstens zwei Semester auf die propädeutischen Fächer verwendet werden müssen.

Bei dieser Einrichtung wird es nun wohl so lange sein Bewenden haben, als die Verhältnisse nicht gestatten, von den eintretenden Zöglingen eine grössere Vorbildung als die in Sekundarschulen erhältliche zu verlangen.

Wir brauchen nicht auf frühere Zeiten zurückzugreifen, um nachzuweisen, dass mit der akademischen Lehr- und Lernfreiheit solchergestalt vorgebildete Zöglinge weniger Fortschritte machen als an einer streng organisierten Schule; unsere Hochschule zeigt noch alljährlich an dem letzten Rest von Studirenden dieser Bildungsstufe, den Notariatskandidaten, was solche Leute von akademischen Vorträgen und von der Studienfreiheit für einen Nutzen haben: von 205 in den Jahren 1860 bis 1871 geprüften Bewerbern fielen nicht weniger als 56 durch das Examen, derjenigen nicht zu gedenken, welche sich vor beendigter Prüfung zurückzogen. Ja selbst die Patentirten müssen, nach den Berichten der Prüfungskommission, noch gar oft sehr schwach gewesen sein!

Noch haben wir nicht von den *Subsidiaranstalten* der Hochschule, namentlich denjenigen für die Naturwissenschaften gesprochen, welchen nach dem Programm von 1854 eine besondere Fürsorge zugedacht war.

Vor Allem ist zu erwähnen die Errichtung des *botanischen Gartens*. Zwar hatte ein solcher schon bisher bestanden, von 1804 an zwischen Stadtbibliothek und Hochschulgebäude gelegen, unterhalten von der städtischen Museumskommission und vom Staate seit 1836 mit einem jährlichen Beitrag unterstützt, zuerst von Fr. 714, später von Fr. 1269. Da derselbe aber durchaus nicht mehr genügte, so wurde im November 1859 die Erstellung eines neuen auf Staatskosten beschlossen und bis Ende 1862 ausgeführt. Ein acht Jucharten haltendes Stück Erdreich im Rappenthal wurde dafür ausgewählt; von zwei einstöckigen, durch einen langen Mittelbau (Kühlhaus)

verbundenen Gebäuden wurde das eine (westliche) für Lehrzimmer und Sammlungen (Bibliothek, Herbarien, Sammlung von Hölzern und Samen), das östliche für den Obergärtner und Gehülfen bestimmt, vor denselben, und von ihnen aus geheizt, stehen vier Gewächshäuser, westlich ein Vermehrungshaus, östlich die Obstbaumschule. Die Staatsbehörden votirten einen jährlichen Beitrag von Fr. 4000 (seither erhöht), die Burgergemeinde einen solchen von Fr. 1000, der Rest der Kosten wird aus dem Gewinn des Pflanzen- und Obstbaumhandels bestritten.

Wesentliche Opfer wurden ferner gebracht für die *Anatomie* und das chemische *Laboratorium*, in welchen beiden die Praktikanten sich so mehren, dass der Raum nicht mehr genügt.

Das *physikalische Institut* wurde bedeutend erweitert und mit so vielen und werthvollen Instrumenten versehen, dass auch hier eine fernere Vermehrung des Raumes nothwendig wird.

Auch für die *Sternwarte* wurden Anschaffungen gemacht; überdies erhielt dieselbe 1861 einen Anbau für die unter der Direktion des Innern stehende *meteorologische Centralstation* (mit selbstregistrirenden Instrumenten).

In den drei bisher für Wohnungen benutzten Stockwerken der Staatsapotheke wurde eine *Augenklinik* eingerichtet, ferner ein *pathologisch-anatomisches Institut* und, mit diesem verbunden, ein *medizinisch-chemisches Institut* gegründet, aus welchen letzteren werthvolle Arbeiten, von Lehrern und Schülern, hervorgegangen sind. Auch diese Räume genügen nicht mehr.

Der Beitrag an die *Stadtbibliothek* wurde von Fr. 1000 a. W. succesiv bis auf Fr. 2500 erhöht und überdies auch andere Bibliotheken, *Studentenbibliothek*, *medizinische Bibliothek*, mit jährlichen Beiträgen unterstützt.

Entbindungsanstalt, *gynäkologische Anstalt* und *Hebammenschule*, bisher in zwei Gebäuden in der Stadt untergebracht, sollen in Folge Grossrathsbeschlusses von 1872 einen Neubau auf der grossen Schanze erhalten.

Die *Kunstsammlungen* des Staates und des Kunstvereins, jahrelang in dem Publikum fast unzugänglichen Sälen der Hochschule und der französischen Kirche verborgen, fanden für eine bestimmte Anzahl von Jahren ein Unterkommen im Bundesrathhaus (aus dem frei werdenden Raume der Hochschule wurde eine geräumige Aula hergerichtet); bereits hat aber der Staat einen Bauplatz im Werth von Fr. 150,000 bestimmt und sind wenigstens zum Theil die Kapitalien gesammelt, um für diese Sammlungen und für die neue Kunstschule ein *Kunstmuseum* zu erstellen.

Aber gerade, indem in der genannten Weise für die Hebung der Subsidiaranstalten gesorgt wurde, schuf man wieder neue Bedürfnisse, indem in Folge vermehrter Vor-

räthe und grösserer Schülerzahl die Räumlichkeiten nicht mehr genügen.

Denn nicht bloss das Hochschulbudget ist in dieser Zeit auf das Doppelte gestiegen, auch die *Zahl der Studirenden*. War in den ersten Fünfziger Jahren in Folge der sparsamen Ausstattung der Hochschule die Zahl der Studirenden bis unter 150 gesunken, so hob sich dieselbe trotz Einführung der Maturitätsprüfungen auch wieder, freilich langsamer, als sie gefallen war. Nachdem im Sommer 1859 ausnahmsweise einmal die Zahl der Studirenden über 200 gestiegen, nachher aber sofort wieder gefallen war, ging dieselbe im Winter 1865/66 entschieden über 200, im Winter 1869/70 sogar über 300 hinaus und hat sich auch seither so gehalten.

Aber noch in einer andern Richtung muss den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden: wir meinen die *Besoldung der Professoren*. Das Maximum von Fr. 3000 a. W. von 1834, damals eine schöne Summe, ist seither nicht nur nicht erhöht, sondern bei der Einführung des neuen Geldes auf Fr. 4240 (statt 4347) herunter arrondirt worden. Im Jahr 1861 machte die Regierung den Versuch, um 20 % höher zu gehen; da der Finanzdirektor den Regierungsantrag bekämpfte, verwarf ihn der Grosse Rath; seither erfolgten zwar von Zeit zu Zeit Besoldungserhöhungen innerhalb der gezogenen Schranke, im Jahr 1867 bewilligte der Grosse Rath auch (nachdem im Jahr 1865 ein ähnlicher Versuch missglückt war) einen kleinen Extra-Kredit von Fr. 10,000, damit die Regierung wenigstens in ausnahmsweisen Fällen nicht an das gesetzliche Maximum gebunden sei; aber jetzt, wo das Hinausgehen über dieses im Jahr 1834 aufgestellte Maximum immer allgemeiner zur Nothwendigkeit wird, genügt jener Kredit nicht mehr. Wenn nicht geholfen wird, so muss die Hochschule leiden. Die Professoren werden gezwungen, Nebenverdienste in andern Anstalten, in Privatpraxis und Schriftstellerei zu suchen, der Staat wird gezwungen, bürgerlichen Beamten durch Stellen an der Hochschule ihr Auskommen zu verbessern — wird damit nicht die Leistungsfähigkeit der Hochschule ernstlich gefährdet?

Es ist auf diesen Punkt mit um so grösserem Ernst zu dringen, da nicht bestritten werden kann, dass auf den heutigen Tag die *Leistungen der Hochschule* höher stehen als in irgend einer früheren Zeit. Nicht allein die Quantität der Studirenden ist bedeutend gewachsen, auch die Qualität ist eine andere, indem jetzt die Vorbildung eine bessere ist; auch von den Damen, welchen seit zwei Jahren an der medizinischen Fakultät zu studiren gestattet wird, verlangen die Prüfungsbehörden bei den Patentprüfungen einen Ausweis in Betreff der Gymnasialbildung.

So war denn auch die Hochschule in den letzten Jahrzehnten befähigt, sich in allen Fakultäten einige tüchtige heimische Lehrkräfte heranzubilden, und sie wird dies

wenn sie nicht durch Sparsamkeit in ihrer Wirksamkeit gehemmt wird, immer mehr zu thun im Stande sein, Wir sagen dies, ohne dabei zugeben zu wollen, dass ein schweizerisches Bürgerrecht ein nothwendiges Requisit oder auch nur eine speziell in's Gewicht fallende Empfehlung bei der Wahl von Professoren sei. Vielmehr hat unsere Hochschule ihre dermalige Blüthe gerade dem Umstande zu verdanken, dass namentlich seit der Fusion von 1854 weder Herkunft, noch politisches, noch konfessionelles Bekenntniss, sondern allein die wissenschaftliche Befähigung bei Professorenwahlen als das Entscheidende anerkannt und auf den Ruf: «es muss Einer der Unsrigen bedacht werden» nicht gehört wurde, selbst dann nicht, wenn die Rufenden sich auf die Behauptung stützten, ihre Lehre sei die allein selig machende, oder die allein gesund machende u. s. w.

Was die Studirenden anbetrifft, so müssen wir, wenn auch Einzelne sich zu tüchtigen Hochschullehrern herangebildet, doch die Bemerkung machen, dass nicht Allen die Wissenschaft die hohe himmlische Göttin ist, sondern Manchem nur die tüchtige Kuh, die ihn mit Butter versorgt. Die Berichte der Prüfungskommissionen und der Fakultäten enthalten die stehende Klage, dass viele Studirende sich nur um diejenigen Kenntnisse bekümmern, welche bei den Prüfungen als unerlässlich verlangt werden, während dagegen die philosophischen Vorlesungen, namentlich die philosophischen im engeren Sinne, ganz auffallend vernachlässigt würden. Uebrigens treffen diese, wie so manche andere Klagen nicht bloss die Studirenden, sondern unsere ganze Zeit überhaupt, von welcher man, auch wenn man nicht in die stereotypen Klagen über Materialismus und Genusssucht einzustimmen geneigt ist, doch behaupten darf, dass ihr der ideale, philosophische Schwung der Dreissiger und Vierziger Jahre fremd geworden. — Als Kinder ihrer Zeit haben im Jahre 1855 der Zofingerverein und die Helvetia sich zum Neuzofingerverein fusionirt, eine Fusion, welche freilich, sobald die Wogen der politischen Kämpfe wieder höher stiegen, in die Brüche ging. Man wird sich darüber um so weniger verwundern, wenn man erwägt, dass erfahrungsgemäss in einer stets anwachsenden Studentenschaft selbst zwei Vereine den verschiedenartigen geselligen Bedürfnissen und Richtungen nicht zu genügen vermögen. Immerhin darf konstatiert werden, dass, wie im politischen Leben überhaupt, so auch hier der schroffe Gegensatz früherer Zeiten verschwunden ist, und dass, wenn die Studien zuweilen leiden, die Ursachen nicht dieser Seite des Vereinslebens zuzuschreiben sind. Und es muss überhaupt zugestanden werden, dass unsere Studentenvereine, wenn sie auch etwas zu viele Opfer an Zeit und Geld erheischen, doch immer noch in den Studirenden das Gefühl ihrer Bestimmung lebendig erhalten und gesellige Künste kultiviren, an welchen gelegentlich auch Aeitere sich gerne ergötzen.

2. Organisation und Geschichte der Mittelschulen (Kantonschulen, Progymnasien und Sekundarschulen).

Wenn man auf der einen Seite verlangen wollte, dass die in die Hochschule Eintretenden die nöthige literarische Vorbildung besitzen, so musste auf der andern Seite auch für Ertheilung dieser Vorbildung das Möglichste gethan werden, und in dieser Beziehung war man allgemein einverstanden, dass es nicht genüge, in Bern selbst am oberen Gymnasium und dessen Unterbau, dem Progymnasium, eine solche Vorbildungsanstalt zu haben, hatte doch schon Neuhaus erklärt, dass möglichst viele Kollegien des Landes hierin mitwirken müssen. Hiezu kam mit der Eröffnung des eidgenössischen Polytechnikums im Herbst 1855, an welches damals keine einzige bernische Anstalt ihre Schüler direkt zu führen im Stande war, die neue nicht länger verschiebbare Aufgabe, auch nach dieser Richtung für die nöthigen Vorbildungsanstalten zu sorgen.

Unsere Leser werden sich noch erinnern, in welchem Stadium die im Jahr 1850 abtretende Regierung diese Frage gelassen hatte: zwei dreiklassige Kantonsschulen mit Literar- und Realabtheilung, die eine in Bern, die andere in Pruntrut (letztere mit einer Bezirksschule eng verbunden) sollten als Unterbau erhalten zwölf Bezirksschulen, die einen mit bloss realistischer, die andern auch mit literarischer Richtung, erstere mit wenigstens drei, letztere mit wenigstens vier Hauptlehrern und den erforderlichen Hilfslehrern; sämtliche Lehrer sollten vom Staate besoldet werden, alle übrigen Lasten fielen den betreffenden Ortschaften auf. Dieses System hatte zwei Fehler: erstlich war dem Staate eine zu grosse finanzielle Betheiligung zugemuthet, was zu grosser Begehrlichkeit und bedeutenden Schwierigkeiten bei Bezeichnung der Bezirksschulorte hätte führen müssen; zweitens war bei diesem System ganz einseitig Alles nur darauf abgesehen, möglichst viele Schüler in die Kantonsschulen zu führen, und das andere Pensum der bisherigen Progymnasien und Sekundarschulen: die Vorbereitung auf das gewerbliche Leben, ganz übersehen; bereits bestanden aber neben den Progymnasien im Jahr 1849 15, im Jahr 1855 17 Sekundarschulen im Kanton, und nach dem Sekundarschulgesetz von 1839 konnte deren Zahl bis auf 60 erhöht werden; was sollte, zumal bei dem schlechten Stand der Primarschulen, im Kanton Bern aus der Entwicklung der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels werden, wenn man diese Sekundarschulen preis gab, um dafür höchstens sechs realistische Vorbereitungsanstalten auf höhere Schulen zu erhalten? Es ist wahr; für Letzteres musste auch gesorgt werden, aber doch nicht auf Kosten der höheren Volksbildung?

Diese Verhältnisse waren gebührend berücksichtigt in den beiden im August 1855 von der Erziehungsdirektion publizirten Gesetzesentwürfen: 1) über die Organisation der öffentlichen Bildungsanstalten, und 2) über die Mittelschulen.

Nach diesen Entwürfen gelten als Mittelschulen (zwischen Primarschule und Hochschule) einerseits die Bezirksschulen, andererseits die Kantonsschulen in Bern und Pruntrut. Die Bezirksschulen zerfallen: a) in Sekundarschulen, in welchen *nur* die realistischen, für das *bürgerliche Leben* und *zu unmittelbarer Erlernung von Gewerben* nothwendigen Unterrichtsfächer, und b) in Progymnasien, in welchen neben den realistischen auch die sogenannten humanistischen oder literarischen Unterrichtsfächer gelehrt werden. In der Aufgabe der Progymnasien liegt auch diejenige der Sekundarschulen, nur für gesteigerte Anforderungen berechnet; *«besonders aber sollen dieselben zum Eintritt in die Kantonsschulen vorbereiten»*. Sekundarschulen können nach diesem Gesetzesentwurf überall gegründet werden, wo nach der Ansicht des Regierungsrathes ein Bedürfniss vorhanden ist, selbst solche mit nur Einem Lehrer; neue Progymnasien neben den bereits bestehenden in Bern, Biel, Burgdorf, Delsberg, Neuenstadt, Pruntrut und Thun müssen dagegen vom Grossen Rathe beschlossen werden. Bei den Sekundarschulen haben die betreffenden Gemeinden und Privaten ausser den Lokalitäten und dem gesammten Schulmaterial die Hälfte der Lehrerbesoldungen zu bestreiten, bei den Progymnasien wenigstens einen Drittel derselben. — Dieser Entwurf entsprach so ziemlich den Bedürfnissen des Landes und fand in demselben keinen Widerspruch. Aber die Art, wie derselbe die Finanzfrage in Abweichung vom Entwurf von 1849 behandelte, brachte ihn in Widerspruch mit sich selbst. Die Gemeinden sollten also für die Progymnasien ausser den Lokalitäten und dem Schulmaterial auch wenigstens einen Drittel der Besoldungen auf sich nehmen; werden die Gemeinden Bern und Pruntrut Dieses thun? Der Entwurf fühlt, dass darauf nicht gerechnet werden kann, darum will er, nachdem er zuvor erklärt, dass die Aufnahme in die Kantonsschulen erst nach zurückgelegtem 16. Altersjahr geschehen könne, schliesslich doch der Kantonsschule in Bern auch das dortige Progymnasium nebst Elementarschule, derjenigen in Pruntrut die sämtlichen unteren Klassen, wie es scheint, auf Staatskosten einverleiben. Wird der Grosse Rath eine solche Inkonzsequenz zugeben? Und wenn nein, wenn vielmehr der Grosse Rath verlangt, dass wie die andern Progymnasien, so auch diejenigen von Bern und Pruntrut zur einten Hälfte von den betreffenden Gemeinden bezahlt werden, und diese sich weigern, hängen dann die projektirten höheren Gymnasien, nach Entziehung ihres bedeutendsten Unterbaues, nicht noch mehr als bisher in der Luft??!

Diese Frage wäre sehr einfach zu lösen gewesen. Bekanntlich ist keine Gemeinde verpflichtet, für den Unterricht in den alten Sprachen zu sorgen, Ausgaben für untere Klassen der Gymnasien zu machen; wie könnte also der Staat sich auf die Erstellung höherer Gymnasien beschränken auf die Gefahr hin, dass nicht mit der nöthigen Vorbildung ausgerüstete Zöglinge oder nicht in hinlänglicher Anzahl

sich anmelden? Nein! die Verfassung sagt ganz klar! Der Staat sorgt auch (neben der ihm und den Gemeinden auffallenden Fürsorge für die Volksschulen) *für den höheren Unterricht* (§ 81). Der Staat hat also für *ganze Gymnasien* zu sorgen. Wollen einzelne Gemeinden, um solche zu erhalten, Opfer bringen, um so besser; aber von dieser freiwilligen Leistung darf jedenfalls Das, was sein *muss*, nicht abhängig gemacht werden. Oder wollen einzelne Gemeinden, bequemlichkeitshalber, neben den Staats-Gymnasien noch Progymnasien haben, so mag sie der Staat darin gewähren lassen, sogar sie unterstützen, das entbindet ihn aber nicht von seiner Pflicht, den Eltern auf dem Lande für diejenigen Kinder, welche studiren sollen, die Schulen anzuweisen, welche nöthig sind, um die von ihm verlangte Vorbildung zu erlangen.

Statt auf diese einfache, in der Natur der Sache liegende Nothwendigkeit hinzuweisen, erfand nun die Schulkommission der Kantonsschule in Bern, welche sich nunmehr in begreiflicher Aengstlichkeit der Sache bemächtigte, eine Theorie, einen Gesetzesorganismus, gegen deren Konsequenzen von allen Seiten protestirt wurde: die Centralisation des höheren Unterrichtes in zwei Kantonsschulen in *Bern* und *Pruntrut* vom zehnten, ja für den deutschen Kantonstheil vom sechsten Altersjahre an. Das also war die Lösung der schon so lange schwebenden Frage der richtigen Stellung der Mittelschulen zwischen der Primarschule und der Hochschule! Die Kantonal-schulkommission in Bern, welche nunmehr für die Erziehungsdirektion das Wort führt, sucht in ihrem *«Allgemeinen Bericht über den Gesetzesentwurf für die Organisation des Schulwesens im Kanton Bern»* diese Centralisation zu begründen: Die Progymnasien können deshalb nicht Vorbildungsanstalten auf die höheren Klassen der Kantonsschulen sein, weil sie den literarischen mit dem realistischen Unterricht verbinden, wobei weder der eine, noch der andere zu seinem Rechte komme. Jede der beiden Richtungen müsse an einer besonderen Anstalt gelehrt werden, um gedeihen zu können; überdies sei derjenige Realunterricht, den die künftigen Ingenieure, Mechaniker etc. erhalten müssten, von Anfang an qualitativ ein anderer als derjenige für den künftigen Handwerker; es sei also eine Centralisation des realistischen, wie des literarischen Vorbildungsunterrichtes nothwendig. Ja, damit eine Kantonsschule in Bern ganz sicher ihr Pensum erfülle und vorgebildete Zöglinge erhalte, müsse sie auch von Staats wegen eine eigene Vorbildungsanstalt für Schüler vom sechsten bis zehnten Altersjahre haben (für die Kantonsschule in Pruntrut dagegen wird weder die gänzliche Trennung beider Sektionen, noch eine besondere Elementarschule vorgeschlagen). Eine *«blosse Rücksicht auf bestehende Lokalverhältnisse und Bedürfnisse»* sei es, wenn der Entwurf vom Grundsatz strenger Centralisation des wissenschaftlichen Unterrichtes insoweit abgehe, dass er den Unterricht im Lateinischen und Griechischen, *«der*

grundsätzlich vom Staate nur in der Kantonsschule unterhalten wird», ausnahmsweise auch noch in einigen städtischen Schulen, wo er bereits besteht, beibehält. — Von diesen Anschauungen ausgehend, theilte der Ende 1855 vom Regierungsrathe genehmigte «Gesetzesentwurf über die Organisation des Schulwesens» im Kanton Bern die öffentlichen Bildungsanstalten ein in

- 1) die Volksschulen
 - a. erster Stufe, oder die Primarschulen,
 - b. zweiter Stufe, oder die Sekundarschulen;
- 2) die wissenschaftlichen Schulen,
 - a. vorbereitender Stufe oder die Kantonschulen mit literarischen und realistischen Abtheilungen,
 - b. abschliessender Stufe, oder die Hochschule (und das eidgenössische Polytechnikum).

Im Ferneren sagt der Entwurf (§ 8): «Die Sekundar- oder gewerblichen Volksschulen sollen durch weitere Fortentwicklung des Lehrstoffes der ersten Stufe und durch Vermehrung desselben der Jugend theils überhaupt eine höhere und reichhaltigere Ausbildung als die Primarschulen, theils die nöthige Vorkenntniss und Vorbildung zu gründlicher Erlernung und einstiger sachgemässer und erfolgreicher Betreibung eines gewerblichen Berufes, theils endlich die unentbehrliche Vorbildung zum Eintritt in höhere Klassen der *realistischen* Klassen der Kantonsschulen darbieten. In billiger Berücksichtigung bestehender Verhältnisse und Bedürfnisse derjenigen Ortschaften, in welchen bereits weiter ausgebildete Sekundarschulen (sogenannte (!) Progymnasien und Kollegien) bestehen, kann jedoch zu angemessener Vorbereitung auf den Eintritt in höhere Klassen der literarischen Abtheilung der Kantonsschule auch Unterricht in den Elementen der lateinischen und griechischen Sprache ertheilt werden.»

In Uebereinstimmung hiemit wird in dem gleichzeitig ausgetheilten «Gesetzesentwurf über die Sekundarschulen des Kantons Bern» bei Aufzählung der Unterrichtsfächer der Sekundarschulen (Progymnasien inbegriffen) das Lateinische und Griechische zu den bloss zulässigen Fächern geworfen, und endlich der «Gesetzesentwurf über die Kantonsschulen» mit der Motivirung versehen: «dass die bestehenden Progymnasien und Kollegien die unentbehrliche (strengwissenschaftliche) Vorbildung nicht leisten, — dass die zu solcher Bildung Befähigten im ganzen Lande zerstreut und ihrer in den einzelnen Bezirken zu wenig sind, als dass entweder den letzteren zugemuthet werden dürfte, die Kosten solcher wissenschaftlichen Vorbildungsanstalten zu tragen, oder der Staat für zweckmässig erachten könnte, mehrere solcher Bildungsanstalten zu gründen, — dass daher äussere Verhältnisse gebieten, aber auch innere Gründe dafür sprechen, dass wenigstens an einer Anstalt in jedem der beiden Kantonstheile für die sichere Erlangung jener unentbehrlichen Vorbildung zu wissenschaftlichen Studien gesorgt sei.»

Diese Gesetzesentwürfe und namentlich der sie begleitende Kommentar der Kantonsschulkommission erweckten einen wahren Sturm; es bildete sich eine Antischulgesetz-Liga zur Bekämpfung der drei Entwürfe, wobei es an harten Anklagen von beiden Seiten nicht fehlte. Wenn die Regierung darauf aufmerksam machte, dass man ja, wenn auch im Widerspruch mit dem System, alle bestehenden Verhältnisse anerkenne und nicht in Frage stellen wolle, so wurde dagegen bemerkt, dass mit einem blossen «kann» und «zulässig» nichts Festes garantirt sei; es wurde an Regierungen wie die unmittelbar vorhergehende, und daran erinnert, dass die Kollegien Biel, Neuenstadt und das erst vor Kurzem (November 1854) durch Grossrathsbeschluss übernommene Progymnasium Burgdorf (von der dortigen Bürgergemeinde mit Fr. 100,000 und den nöthigen Lokalitäten dotirt) ein förmliches Recht haben, als Progymnasien anerkannt zu werden. Die Regierung sah sich veranlasst, «Modifikationen in den Schulgesetzentwürfen» vorzuschlagen: Die Sekundarschulen wurden in denselben als Volksschulen theils abschliessender, *theils vorbereitender Stufe* bezeichnet und deren Aufgabe, die Vorbildung zum Eintritt in höhere Klassen der Kantonsschule darzubieten, ausdrücklich anerkannt, die alten Sprachen wurden im Sekundarschulgesetz als für Progymnasien verbindliche, nur für Realschulen als zulässige Fächer bezeichnet. Im Grossen Rathe vollends wurde noch folgender Paragraph in das Organisationsgesetz eingeschoben: § 10. «Der Unterrichtsplan der Sekundarschulen, mit Ausnahme derjenigen mit einem Lehrer, ist so einzurichten, dass sie ohne Beeinträchtigung ihrer Hauptaufgabe den ihnen durch § 8 gestellten Zweck, als Vorbereitungsanstalten auf die Kantonsschulen, zum Eintritt in die entsprechenden Altersklassen der höheren Abtheilungen derselben erfüllen können.»

Mit diesen Zugeständnissen erklärten sich die Führer der Antischulgesetz-Liga im Grossen Rathe zufrieden; sie hatten die Gründung ausgebauter Gymnasien überhaupt nicht bekämpft, sondern nur die Infragestellung der Parallelanstalten auf dem Lande in ihrer Eigenschaft als wissenschaftliche Vorbereitungsschulen. So war dann endlich, und zwar ohne wesentliche Veränderung der bisherigen Verhältnisse, die Stellung der einzelnen Schulanstalten zu einander bestimmt. Alles kam jetzt darauf an, wie nun diese Anstalten eingerichtet und geleitet wurden. —

Das Gesetz über die Kantonsschulen vom 26. Juni 1856 ordnet die Errichtung der beiden Kantonsschulen in Bern und Pruntrut durch den Staat an, sichert denselben ihre bisherigen Einkünfte zu und beauftragt den Regierungsrath zum Abschluss von Verträgen mit den Gemeinden Bern und Pruntrut in Betreff der denselben nach Billigkeit anzumuthenden weiteren Leistungen an diese Anstalten. Unterrichtsfächer dieser Anstalten sind, an der Literarabtheilung: Religion, lateinische, griechische, he-

bräiische Sprache, deutsche Sprache und Literatur, französische Sprache, Geschichte und Geographie, Arithmetik, Buchhaltung, Geometrie, ebene und räumliche, Algebra, Trigonometrie, ebene und sphärische, analytische Geometrie, Naturgeschichte, Physik, Schönschreiben, Zeichnen, Gesang, Turnen und militärische Uebungen. An der Realabtheilung: Religion, deutsche, französische, englische und italienische Sprache und Literatur, Geschichte und Geographie, Mathematik (nach den verschiedenen Richtungen), Physik, Chemie, Naturgeschichte, Schönschreiben, Zeichnen, Turnen und militärische Uebungen. Eintritt der Schüler nach zurückgelegtem zehnten Altersjahr und Nachweis der geforderten Vorbildung. Monatliches Schulgeld Fr. 5—10 je nach der Schulstufe. Die Lehrer werden auf zehn Jahre angestellt; sind nach 20 Dienstjahren, wenn dienstunfähig, pensionsberechtigt. Kein Besoldungsmaximum, sondern nur auf die Stundenzahl basirtes Minimum.

Der Kantonsschule in Bern wird ihre bisherige vierklassige Elementarschule zugesichert; derjenigen in Pruntrut werden den Verhältnissen entsprechende Modifikationen obiger Vorschriften zugestanden.

Die Kantonsschule in Bern wurde am 3. November 1856 feierlich eröffnet, nachdem ihr bereits im Frühling nach der ersten Berathung des Gesetzes provisorisch das fehlende Stück, die obere Realabtheilung, angesetzt worden war. An ihrer Spitze stand ein Rektor, welchem zugleich die spezielle Oberleitung der Literarabtheilung oblag, während die unter ihm stehenden Vorsteher der Realabtheilung und der Elementarschule die spezielle Leitung dieser Theile übernahmen. Die Aufsicht übte im Namen der Erziehungsdirektion die von letzterer gewählte (uns bereits bekannte) Kantonsschulkommission, aus neun Mitgliedern bestehend, welcher der Rektor mit beratender Stimme beizuwohnen hatte. Lehrerversammlungen, nach Abtheilungen und Fächern gruppiert, kam die Vorberathung zu. Ein provisorisch erlassenes Reglement wies jedem Theil seine Kompetenzen an. Im Januar 1857 erschien auch der gedruckte «Unterrichtsplan für die Sekundarschulen des deutschen Kantonstheils und die Kantonsschule in Bern», im Jahr 1861 noch ein Unterrichtsplan für die zweitheiligen und eintheiligen Sekundarschulen nebst einem methodologischen Anhang.

Die *Realabtheilung* der Kantonsschule, acht Klassen umfassend, fand sich sogleich in die ihr angewiesene Stellung. Die sechs unteren Klassen, gleich wie die Sekundarschulen realistischer Richtung, gaben den zu Gewerben übergehenden Schülern eine gewisse abschliessende Bildung, während sie gleichzeitig auch zum Eintritt in die obere Realabtheilung vorbereiteten; in letzterer schloss sich die eine Sektion, die technische, streng an das Polytechnikum an, während die andere Sektion, die Handelsabtheilung (in welcher jedoch nur die eigentlichen Handelsfächer appart gegeben wurden) alljährlich durchschnitt-

lich zehn Schüler als Lehrlinge in Handelshäuser abgab. (Vom Jahre 1858 an wurden die Handelsfächer nicht mehr in Klasse II und I, sondern in Klasse III und II gelehrt, seit 1863 in Klasse IV—II.) Die Waarensammlung und die naturwissenschaftlichen Sammlungen der Realabtheilungen wuchsen schon in den ersten Jahren schön an, Dank der Gunst von Behörden und der Freigebigkeit von Kaufleuten, Gelehrten und dankbaren Zöglingen der Anstalt. Exkursionen wurden zum Besuch technischer Etablissements benutzt; mit der Zeit wurden diese Exkursionen zu Reisen und schliesslich wurden durch Beschluss des Regierungsrathes vom Juni 1861 förmliche Schülerreisen von je 1—14 Tagen für die verschiedenen Klassen der Literar- und Realabtheilung regelmässig angeordnet, deren Kosten in erster Linie durch das Eingehenlassen der jährlichen Pfennigaustheilung bestritten wurden. Es wurde, abgesehen von der reichen Belehrung und der körperlichen Stärkung, welche die Reisen boten, noch ein anderer pädagogischer Gewinn erzielt: während die Pfennige allen Schülern ohne Unterschied ertheilt wurden, können an den Reisen nur diejenigen Schüler Theil nehmen, mit deren Fleiss und Betragen man zufrieden ist.

Während aber, wie bereits erwähnt, der Anschluss der Realabtheilung der Kantonsschule an die Sekundarschulen sich sofort herstellte, war zwischen der neunklassigen *Literarabtheilung* derselben und den Progymnasien eher das Umgekehrte der Fall, und es schien auf dem Lande, es wolle die Kantonsschulkommission die Centralisation des höheren wissenschaftlichen Unterrichtes, welche bei der Berathung des Gesetzes verworfen worden war, in der Praxis gleichwohl durchsetzen. Hatten die sämtlichen Progymnasien in den Jahren 1846—56 alljährlich nur durchschnittlich $2\frac{3}{5}$ Schüler in's obere Gymnasium geliefert (was als Grund für die Centralisation angeführt wurde), so betrug in den Jahren 1856—62 diese Zahl nur **einen** Schüler per Jahr! Natürlich nahm unter solchen Umständen auch die Schülerzahl am oberen Gymnasium nicht zu: sie betrug in den Jahren 1857—62 nur durchschnittlich $3\frac{2}{3}$, also ungefähr gleich viel wie in den früheren Jahrzehnten; die Zahl der mit dem Zeugnis der Maturität auf die Hochschule Uebergehenden betrug während desselben Zeitraumes durchschnittlich acht per Jahr, gerade genug für die theologische Fakultät. Aber jetzt sollten ja auch von Medizinem und Juristen diese Zeugnisse verlangt werden, wie war Das durchzuführen bei solchen Verhältnissen! Hier musste geholfen werden, und es wurde geholfen. Der Personenwechsel, welcher im Jahre 1862 bei der Besetzung der Erziehungsdirektion stattfand, hatte sofort einen prinzipiellen Wechsel in der Zusammensetzung der Kantonsschulkommission und eine Menge daran sich knüpfende Reformen zur Folge und das Resultat war, dass von 1863—1872 die Zahl der Schüler am oberen Gymnasium

durchschnittlich 62, die Zahl der alljährlich mit dem Zeugnis der Reife aus demselben an die Hochschule Uebergehenden durchschnittlich 16 betrug!

Wie ist Das zugegangen? Einerseits wurde dieses Resultat erreicht durch Hebung des Sekundarschulwesens (wovon wir später sprechen werden), andererseits durch Reformen an der Kantonsschule, welche wir sofort besprechen wollen.

Bei Berathung des Organisationsgesetzes war auf den Antrag des Oppositionsführers Imobersteg eine Bestimmung aufgenommen worden, nach welcher der Unterrichtsplan der Sekundarschulen so einzurichten sei, dass sie ohne Beeinträchtigung ihrer Hauptaufgabe ihren Zweck, als *Vorbereitungsanstalten* auf die Kantonsschulen, zum Eintritt in die entsprechenden Altersklassen der höheren Abtheilungen derselben erfüllen können. Das wurde aber den Progymnasien durch den Unterrichtsplan der Kantonsschule vom Jahr 1857 geradezu unmöglich gemacht, d. h. die Progymnasien waren, wenn sie diesen Unterrichtsplan im Interesse ihrer Literarschüler (welche die kleine Minderheit bildeten) befolgen wollten, gezwungen, ihre sämtlichen übrigen Schüler, die Mehrheit, zu vernachlässigen. Man denke: die sechs unteren Klassen der Literarabtheilung in Bern hatten: 55 Stunden Latein, 14 Stunden Griechisch, 11 Stunden Religion, dagegen Zeichnen nur 9, Naturkunde vollends 0 Stunden! Hier fragte sich die Erziehungsdirektion: ob es der unteren Literarabtheilung in Bern nicht gut thäte, etwas mehr Realunterricht zu treiben, wie die Landprogymnasien zu thun gezwungen sind, und andererseits die Stunden in den alten Sprachen etwas zu vermindern? In der That, der philologische Unterricht an der Kantonsschule war völlig in's Kraut geschossen: je mehr Stunden gegeben wurden, desto weniger Klassiker wurden gelesen; Themaschreiben, Grammatik, Auswendiglernen des Wörterbuches nahmen alle Zeit, alle Kraft und schliesslich alle Freudigkeit weg, und die Hauptautoren der Alten, welche die Schüler im Gymnasium nicht kennen lernten, wurden ihnen auch später nicht bekannt. Wie sehr auch die an's Hergebrachte sich anklammernden Lehrer der alten Sprachen sich dagegen sträubten: hier musste eingeschritten werden: ein neuer im Frühling 1863 eingeführter Stundenplan reduzierte die Zahl der Progymnasialklassen in Bern von sechs auf fünf, die Zahl der Lateinstunden von 55 auf 32, vermehrte dagegen um etwas Weniges den Unterricht in den Realfächern. Hiemit wurden noch einige andere Reformen verbunden durch ein neues Kantonsschulreglement: der Schulkommission wurde einige Mitwirkung bei den Promotionsprüfungen eingeräumt; bei den Eintrittsprüfungen in das obere Gymnasium und bei den Maturitätsprüfungen wurde der Grundsatz durchgeführt, dass sowohl die bisherigen als auch die neuen Lehrer mitzuwirken haben, also bei Aufnahmen von Schülern aus den Landprogymnasien ein Lehrer der letzteren, bei Maturitätsprüfungen Lehrer der Hochschule.

Um dem oberen Gymnasium eine etwas freiere Stellung zu den Progymnasien des Landes zu geben, wurde das erstere etwas vom unteren Progymnasium abgetrennt, dessen Zöglinge vom Kadettenkorps und den obligatorischen Turnstunden befreit und durch alljährliche Preisfragen das freie Studium begünstigt; unbedeutenderer Aenderungen nicht zu gedenken.

In Folge dieser Veränderungen an der Kantonsschule und der gleichzeitigen Hebung der Progymnasien und Sekundarschulen verschwand das bisherige Missverhältniss. Schon im Jahr 1865 hatten an dem mittlerweile fast auf die doppelte Schülerzahl angewachsenen oberen Gymnasium in Bern die Schüler vom Lande die Mehrheit; über mangelnden Anschluss wurde nicht mehr geklagt, weil kein Schüler vom Lande mehr abgewiesen wurde; die beim Grossen Rathe hängige Beschwerde gegen die Forderung von Maturitätsprüfungen gegenüber den Juristen wurde daher auch im Jahr 1866 vom Grossen Rathe ohne Diskussion abgewiesen. Hatte seiner Zeit im Jahre 1861 das kantonale Kadettenfest unter der zwischen Kantonsschulen und Sekundarschulen herrschenden Spannung etwas gelitten, so gab hingegen das im Juni 1867 auf dem Wyler in Bern abgehaltene kantonale Knabenturnfest, an welchem ausser den Kantonsschulen und Sekundarschulen noch eine Anzahl Primarschulen sich betheiligten, durch seinen ganzen Verlauf den Beweis, dass der frühere Antagonismus zwischen den verschiedenen Schulstufen dahin gefallen sei. Und doch schien es wenige Monate nachher, als ob derselbe noch einmal aufleben wolle. Als nämlich die Regierung, vom Grossen Rath wiederholt an den Kantonsschulhausbau gemahnt, im Jahr 1867 letzterem den Antrag stellte, mit einem Kostenaufwande von Fr. 1,420,000 die nöthigen Räumlichkeiten für Kantonsschule und Hochschule auf der grossen Schanze in Bern neu zu erstellen unter der Bedingung, dass die Stadt Bern sich beim Bau mit Fr. 200,000 und an den laufenden Kosten der Kantonsschule mit einem Beitrag von jährlich Fr. 17,500 betheilige, erschien nicht nur die Gesamtsumme dem noch an Defiziten laborirenden Grossen Rathe etwas hoch, sondern es fand namentlich die Stadt Bern, sie könnte mit nicht grösseren Opfern dem Staate das kantonale Progymnasium abnehmen, wodurch dem Kanton ein Neubau erspart würde. Letztere wusste durch ihre Schachzüge es dahin zu bringen, dass die zur Begutachtung der Baufrage niedergesetzte Grossrathskommission mit fünf gegen zwei Stimmen (welche das Regierungsprojekt unterstützten) den Antrag brachte: «es sei die Baufrage einstweilen zu verschieben und der Regierungsrath beauftragt, eine Revision des Kantonsschulgesetzes und der damit in Verbindung stehenden Schulgesetze vorzulegen in dem Sinne, dass die unteren Klassen der Kantonsschulen von ihnen abgetrennt und in die Klasse der Sekundarschulen, resp. Progymnasien eingereiht werden.» Als aber die Erziehungsdirektion diesen Antrag in dem

Sinne amendirte, «es sollen sämtliche aus öffentlichen Mitteln unterstützte Schulanstalten der Primar-, Sekundar- und Progymnasialstufe den Gesetzen über die öffentlichen Primarschulen und Sekundarschulen unterstellt werden» — da traten die Vorkämpfer der stadtbernischen und kleinstädtischen Lokalinteressen*) wieder den Rückzug an; die Grossrathskommission liess ihren Antrag fallen und es wurde nun auf ihren Antrag einfach beschlossen: «Der Regierungsrath ist beauftragt, nach Anhörung der kompetenten, vorberathenden Behörden über die eingelangten und allfällig noch einlangenden Wünsche in Betreff unserer Schulgesetzgebung eine genaue Untersuchung zu veranstalten und dem Grossen Rathe mit möglichster Beförderung Bericht und Antrag vorzulegen. *Der Entscheid in der Baufrage wird bis dahin verschoben.*» Das war des Pudels Kern: dem Staate und noch mehr der Stadt Bern die Kosten eines Kantonsschulbaues zu ersparen; für Revision des Kantonsschulgesetzes rührte sich Niemand mehr; nicht allein die Kantonschulbehörden sind dagegen, selbst die Behörden von Sekundarschulen petitionirten dagegen und die Schulsynode sprach sich dagegen aus. Die Staatsbehörde schaffte daher dem oberen Gymnasium in einem Staatsgebäude an der Herrengasse den nöthigen Platz und damit blieb die Frage auf sich beruhen.

In der Organisation der Kantonsschule zu Bern wurden in den Jahren 1870 und 1871 noch folgende Veränderungen getroffen, welche theilweise ebenfalls den Anschluss der Landschulen erleichtern: Die Unterrichtsstande in den Naturwissenschaften wurden am unteren und oberen Gymnasium nochmals auf Kosten der alten Sprachen vermehrt (Einführung der Chemie), und der Anfang des Griechischen um ein Jahr hinausgeschoben; ferner wurden im oberen Gymnasium Turnen und militärische Uebungen (letztere mit Hinzufügung von theoretischem Unterricht und Abschaffung der bleibenden militärischen Grade und deren Abzeichen) gleichzeitig mit

*) Die Stadt Bern gedenkt so wenig ihre höheren Schulen unter die allgemeinen Schulgesetze zu stellen, dass sie lieber auf alle Staatsbeiträge verzichtet und für diese Schulen mehr ausgibt als alle andern Städte des Kantons zusammen genommen. Ausser der vom Staate unterstützten Einwohnermädchenschule bestehen in der Stadt Bern folgende vom Staate nicht unterstützten, dagegen ganz oder theilweise von der Einwohner- und Bürgergemeinde bezahlte höhere Schulen: 1) die sogenannte burgerliche Realschule, mit 2) der sogenannten burgerlichen Mädchenschule im Jahr 1852 in die Verwaltung der Einwohnergemeinde übergegangen; 3) die sogenannte Lerberschule (ein pietistisch gefärbtes Gymnasium); 4) die sogenannte neue Mädchenschule (auch pietistisch) — alle vier Schulen mit besonderen höheren Elementarklassen; 5) die im Jahr 1867 gegründete sogenannte Gewerbeschule, eine Sekundarschule für den Handwerkerstand. — Der Vorwurf der Bevormundung der Stadt Bern in Bezug auf das Schulwesen, welcher im Jahr 1867 gegen die Regierung gemacht wurde, war daher eben so ungegründet als der andere, dass der Staat das Mittelschulwesen in der Stadt Bern ganz selbst bezahlen müsse. —

In den andern Städten des Kantons bestanden im Jahr 1872 noch folgende Burgerschulen: in Burgdorf eine Elementarschule und eine Mädchensekundarschule; in Biel eine Knabenelementarschule und eine Mädchensekundarschule; in Pruntrut drei von Lehrschwestern geleitete Mädchenprimarschulen.

Anschaffung der Vetterligewehre wieder eingeführt. — Gewiss sind auch Chemie, Turnen und militärische Uebungen sehr nützliche Fächer und gehören zur allgemeinen Bildung, aber nachdem man im Jahr 1846 die Philosophie, im Jahr 1856 die Literaturgeschichte (soweit sie sich nicht mit der Lektüre verbinden lässt) vom oberen Gymnasium ausgeschlossen hat, wird man sich in Acht nehmen müssen, das Programm desselben nicht unvermerkt neuerdings zu überladen: die Leistungen desselben sind nach offiziellen Berichten seit einigen Jahren weniger genügend als in den früheren, und zwar namentlich in den alten Sprachen; es ist eben der Jugend nicht möglich, so Vieles gleichzeitig und mit gleichem Interesse zu betreiben. Und noch ein anderer Uebelstand schleicht sich unvermerkt ein — das gleichzeitige Wirken zu vieler Lehrkräfte (bis zwölf) an einer Klasse, was bei grösserer Berücksichtigung der Gutachten der Schulkommission durch die oberen Behörden zu vermeiden gewesen wäre.

Einfacher gestalteten sich von Anfang an die Verhältnisse an der *Kantonsschule in Pruntrut*, welche im Jahr 1858 nach ebenfalls fruchtlosen Verhandlungen mit der Gemeinde über einen zu leistenden Beitrag, meist mit den bisherigen Lehrern, provisorisch eröffnet wurde; die Anstellung von Protestanten bei den definitiven Wahlen des Jahres 1860 hatte den Rücktritt einiger Kleriker und vorübergehend eine Verminderung der Zöglinge, aber eine entschiedene Hebung der Schule zur Folge. Der Unterrichtsplan vom Jahr 1863 ist auch für die Progymnasien und Sekundarschulen des französischen Kantonstheils maassgebend; ein Tableau des livres d'enseignements adopté par la direction de l'éducation vom Jahr 1859 erstrebt auch eine gewisse Gemeinsamkeit der Lehrmittel für diese Schulanstalten. Die Schülerzahl bewegt sich jeweilen zwischen 70 und 100, wovon gegen die Hälfte Literarschüler sind. Literar- und Realschüler erhalten die meisten Unterrichtsstunden gemeinschaftlich; während die Literarschüler den alten Sprachen obliegen, werden die Realschüler in Mathematik, Zeichnen und Naturwissenschaften etwas weiter geführt, die Literarabtheilung hat 233, die Realabtheilung 234 wöchentliche Stunden, auf sieben Jahreskurse vertheilt.

Die Maturitätsprüfungen, an welchen öfter auch die Aspiranten der polytechnischen Schule sich betheiligen, werden durch eine besondere Kommission, welcher Delegirte der Erziehungsdirektion (in der Regel Lehrer der Hochschule) beiwohnen, abgenommen. Aus den Prüfungen ergibt sich, dass neuere Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften von den Zöglingen beider Abtheilungen mit sehr schönen Erfolgen betrieben werden; weniger genügen die Leistungen in den alten Sprachen, bei deren Unterricht (namentlich im Griechischen) auf Grammatik und schriftliche Arbeiten zu wenig Gewicht gelegt wird.

Das Zeugnis genügendender Leistungen gebührt somit in Pruntrut, wie in Bern in erster Linie der Realabthei-

lung. Auch die Delegirten des eidgenössischen Schulrathes stimmen diesem günstigen Urtheil bei, welche seit 1871 den Austrittsprüfungen an der Realabtheilung, welche zugleich als Eintrittsprüfungen für das eidgenössische Polytechnikum gelten, nach Vertrag beiwohnen.

Mögen die beiden Kantonsschulen auch ferner kräftig fortwirken! Und möge man nie vergessen, dass dies nur möglich ist, wenn thätige und von der Regierung fest sekundirte Schulkommissionen und Direktoren denselben eine konsequente und nie ausgesetzte Aufmerksamkeit schenken! — —

Gehen wir über zur Organisation und Geschichte der *Sekundarschulen* (Progymnasien und Realschulen). Wir wissen bereits, dass das Organisationsgesetz, wie es aus den Berathungen des Grossen Rathes hervorging, denselben eine doppelte Aufgabe zuwies, einerseits diejenige einer höheren abschliessenden Bildung, andererseits die der Vorbereitung auf höhere Klassen der Kantonsschule. Dasselbe Gesetz führt für die Beaufsichtigung der Sekundarschulen an der Stelle der Schulkommissäre die Schulinspektoren ein und sorgt für Aufstellung eines dem Unterrichtsplan der Kantonsschulen sich anschliessenden gemeinsamen Unterrichtsplanes und gemeinsamer Lehrmittel durch die Erziehungsdirektion (siehe oben).

Durch das *Gesetz über die Sekundarschulen* vom 26. Juni 1856 und das in Vollziehung desselben erlassene Reglement (definitive Redaktion vom 2. Mai 1862) wurden folgende Neuerungen eingeführt:

Die bisherige Beschränkung der Zahl der Sekundarschulen fällt weg; es können deren überall gegründet werden, wo nach der Ansicht des Regierungsrathes hiezu ein Bedürfniss vorhanden ist.

Es können ausnahmsweise auch Sekundarschulen mit einem Lehrer gegründet werden; andererseits fallen aber auch die bisherigen Progymnasien unter das Sekundarschulgesetz, welches jedoch denselben die ausdrückliche Zusicherung ertheilt, dass bei der Feststellung der Lehrerzahl der Regierungsrath den bisherigen Verhältnissen möglichst Rechnung tragen werde. An den übrigen Sekundarschulen kommen:

1	Lehrer auf	15— 30	Schüler,
2	»	»	30— 60
3	»	»	60—100
4	»	»	100
			u. s. w.

Die Leistungen von Privaten und Gemeinden, welche Sekundarschulen errichten, sind dieselben wie nach dem Gesetz von 1839; dieselben müssen aber auf wenigstens sechs (statt vier) Jahre garantirt werden.

Der Staat trägt in der Regel die Hälfte der Lehrerbesoldungen; Mädchensekundarschulen erhalten jedoch diesen Beitrag nur, wenn eine Fortbildungsklasse zur Bildung von Primarschul- und Arbeitsschullehrerinnen mit ihnen verbunden ist. (Diese letztere Bedingung, welche im Gesetz von 1839 und im Entwurf der Erziehungsdirek-

tion vom August 1855 noch nicht enthalten war, wurde durch eine partielle Gesetzesabänderung vom 2. September 1867 wieder gestrichen und überdies auch für Sekundarschulhausbauten in gleicher Weise wie bei Primarschulhausbauten ein Staatsbeitrag bis auf die Summe von Fr. 5000 zugesichert.)

Der Staat behält sich das Verfügungsrecht vor über zwei Freiplätze und schreibt auch der Schulgenossenschaft die Gestattung von wenigstens zwei ferneren Freiplätzen vor.

Das Maximum des Schulgeldes wird auf Fr. 60 erhöht; die nicht mit Freiplätzen bedachten Schüler sind überdies verpflichtet, zu Handen eines zu stiftenden Schulfonds eine Aufnahmegebühr von Fr. 5 und eine Promotionsgebühr von Fr. 2 zu bezahlen.

Schulunfleiss wird — ebenfalls zu Handen des Schulfonds — durch Bussen bestraft, welche bis auf fünf Centimes per Stunde ansteigen.

Die Schulfächer sind die nämlichen wie bisher, mit der einzigen Abänderung, dass von den bisherigen obligatorischen Fächern (die nirgends gelehrt) Technologie und Landwirthschaft fallen gelassen, dagegen das Turnen eingeführt und den fakultativen Fächern Latein und Griechisch auch noch Italienisch, Englisch und Waffenübungen beigelegt werden. Der Unterrichtsplan vertheilt den Lehrstoff auf sechs Jahreskurse. — Bei der Zusammensetzung der Schulkommissionen wird der Erziehungsdirektion die Wahl der Hälfte der Mitglieder und des Präsidenten vorbehalten.

Die Lehrer werden auf den Antrag der Kommission durch den Regierungsrath gewählt; nur patentirte Lehrer können definitiv gewählt werden — Einführung der Sekundarlehrerpatente —; notorisch tüchtige Männer indessen können ohne Patent durch den Regierungsrath gewählt werden.

Für die Besoldung wird ein auf die Stundenzahl basirtes Minimum aufgestellt, welches, weil bald überschritten, jede Bedeutung verlor.

Die Sekundarlehrer sind gegen ein Schulgeld (von Fr. 1 per Stunde) zur Leitung von Handwerkerschulen verpflichtet. (Dieses reglementarische Minimum wurde durch Verordnung vom 12. Juli 1866 beseitigt, welche überhaupt den Handwerkerschulen, die als Appendix der Sekundarschulen nicht gedeihen wollten, eine selbstständigere Stellung gibt.)

Die wöchentliche Schulzeit beträgt 33 Stunden, kann jedoch mit Bewilligung des Regierungsrathes im Sommersemester auf 24 Stunden reduzirt werden; die jährlichen Ferien betragen acht bis zehn Wochen. — —

Wie wenig auch das neue Gesetz sich von demjenigen von 1839 zu unterscheiden scheint, so hat es doch, allerdings gestützt durch die wachsenden Bildungsbedürfnisse und den zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung, wesentlich günstigere Resultate gehabt. Während in den 16 Jahren von 1839 bis Ende 1855 die Zahl der Se-

kundarschulen (17) sich gar nicht vermehrte, im Gegentheil vorübergehend auf 14 herabfiel und auch die Schüler bloss etwa um 100 zunahmen, und so ähnlich bei den Progymnasien, ergeben sich bei einer Vergleichung der Jahre 1855 und 1872 folgende Zahlen:

Im Jahr 1855 zählten die fünf *Progymnasien* Thun, Burgdorf, Biel, Neuenstadt und Delsberg 310 Schüler, worin 100 Lateinschüler; im Jahr 1872: 443, worunter 88 Lateinschüler; im Jahr 1855 trug der Staat an dieselben bei Fr. 33,036. 77; im Jahr 1872 Fr. 50,466. 55. Im Jahr 1855 zählten die damaligen 17 vom Staate unterstützten Realschulen, welche alle im deutschen Kantonstheil, mit Ausschluss des Oberlandes, sich befanden, 730 Schüler (wovon 255 Mädchen, Lateinschüler keine); im Jahre 1872 44 Realschulen: 2959 Schüler (wovon 1514 Mädchen), mit ungefähr 40 Lateinschülern; der Staat trug an diese Schulen bei im Jahr 1855 Fr. 28,052. 72, im Jahr 1872 (Inspektionskosten nicht gerechnet) Fr. 120,704. 65.

Schon diese statistischen Notizen bezeugen einen bedeutenden Fortschritt; einzig der Rückgang der Lateinschüler bei den Progymnasien mag auffallen; indessen zusammengehalten mit der Zunahme der Lateinschüler im Ganzen (bei Hinzurechnung der Realschulen), beweist diese Abnahme nur, dass die grösste Gefahr für die Progymnasien in der *Decentralisation* des höheren wissenschaftlichen Unterrichtes und jedenfalls nicht mehr in den Kantonsschulen liegt.

Mehr Gewicht als auf die in obigen Zahlen zu Tage tretende quantitative Hebung der Sekundarschulen legen wir auf die qualitative; dieselbe äussert sich zunächst in der grossen Zahl Derjenigen, welche von diesen Schulen aus in die oberen Abtheilungen unserer Kantonsschulen einzutreten im Stande waren, wovon wir früher gesprochen, sodann überhaupt in der von den Sekundarschulen aus in das Volk übergegangenen Bildung, wovon eine Menge Gewerbsleute, Gemeinde- und Staatsbeamte Zeugnis ablegen.

Diese Hebung ist nun zu allernächst den durch die neue Schulgesetzgebung in's Leben gerufenen *Inspektoraten* zu verdanken. Nur zweimal vor 1856, in den Jahren 1843 und 1848 waren die sämtlichen Sekundarschulen von einer und derselben Persönlichkeit inspiziert worden; wie soll aber eine Einheit des Unterrichtes zwischen diesen Schulen unter sich und zugleich mit den Kantonsschulen möglich sein, wenn die leitenden Persönlichkeiten isoliert dastehen und nicht wissen, was anderwärts vorgeht? In der That, das merkte man den Sekundarschulen bei der Einführung des Inspektorates an. Schon die Lehrer stammten nicht bloss aus verschiedenen Kantonen, sondern aus aller Herren Länder; darum hatte auch fast jede Schule ein eigenes Lesebuch, eine besondere französische Grammatik, besondere Methoden. Aber auch der Stoff selbst, welcher behandelt wurde, war je nach den in der Schulkommission leitenden Männern oder nach der

Richtung und Bildung der Lehrer ein sehr verschiedener. Da wurde z. B. ägyptische Geschichte und indische Mythologie getrieben mit Kindern, welche von der biblischen Geschichte ebensowenig wussten als von der Geschichte der Schweiz. Man trieb jahrelang Algebra und konnte beim Austritt aus der Schule eine einfache Kopfrechnung nicht machen u. a. m. Wie viel gute Kräfte und guter Wille waren in dieser Weise bereits planlos vergeudet worden! Das wurde anders, als einmal die Sekundarlehrer unter die Autorität gewiegter Fachmänner (die Inspektoren der Sekundarschulen waren in der Regel Lehrer an den höheren Klassen der Kantonsschulen) gestellt wurden. Von jetzt an wurde streng auf Erfüllung des Unterrichtsplanes gehalten, unzweckmässige Lehrbücher und Methoden verpönt, bessere angerathen. Mit der Erstellung eigener Lehrmittel ging es indessen nicht schnell vorwärts; Miéville's Handbücher, Egger's geometrische Lehrmittel, Hutter's Zeichnungskurs sind ausser den von der Primarschule her eingeführten Lehrmitteln die einzigen obligatorischen; im französischen Kantonstheil war man wegen des noch kleineren Absatzgebietes fast völlig auf fremde Lehrmittel verwiesen. — Namentlich musste man auf die Anschaffung von Veranschaulichungsmitteln und Apparate für den naturkundlichen Unterricht dringen, wenn derselbe nicht zum geisttödtenden Gedächtnisswerk werden sollte. Wie lange ging es, bis dies die Schulkommissionen begriffen und beherzigten! Im Turnen vollends fehlte es meistentheils an jeglichem Plan, und mancherorts selbst für das Sommerturnen an einem Turnplatz; hier musste ein eigener Turninspektor *) Ordnung schaffen; welcher aber — es rührt das theilweise von den vielen neugegründeten Sekundarschulen her — noch im Bericht pro 1872 klagt, dass drei Viertel der Schulen nur im Sommer turnen können und auch hiezu nicht durchweg die nöthigen Geräthe und den nöthigen Platz haben. — Natürlich zeigte sich bald die Nothwendigkeit besonderer Lehrerkurse für das Turnen, das Französische, das technische Zeichnen und für die naturkundlichen Fächer; für das erstere wurde im Jahr 1864 ein Kurs abgehalten; für die andern genannten Fächer einer im Jahr 1866 und ein fernerer auf 1873 vorbereitet. Von der Lehramtschule an der Hochschule wurde bereits gesprochen. —

Eine besondere Aufmerksamkeit wurde denjenigen Anstalten zugewendet, von welchen sich erwarten liess, dass sie bei einiger Pflege Zöglinge in die obere Abtheilung der Kantonsschulen liefern könnten; vorab den Progymnasien und den günstiger gelegenen Sekundarschulen. Dass nicht alle Sekundarschulen auf diese Höhe gehoben werden konnten, war von vornherein klar; die betreffenden Gemeinden erwarteten es auch gar nicht; manche Schulbehörden erklärten dies ausdrücklich. In denjenigen Ortschaften aber, wo dieses Bedürfniss gefühlt wurde und

*) Eine von demselben redigirte «Anleitung zur Errichtung von Turnlokalitäten» wurde amtlich verbreitet. 1865.

wo man zu diesem Zwecke einige Opfer zu bringen geneigt war, da stand der Staat aufmunternd, helfend und rathend zur Seite und anerbote von vornherein mehr als die Hälfte der entstehenden Mehrkosten für neue und tüchtigere Lehrkräfte. Mit Recht. Während es ganz natürlich ist, dass der Staat für Schulen, welche bloss höhere Volksschulen sind, und sein wollen, sich mit den Gemeinden in die Kosten gleichmässig theilt, soll er, weil nach der Verfassung einzig zur Fürsorge für den höheren Unterricht verpflichtet (§ 81), da, wo zu Ertheilung desselben ein gut vorbereiteter Boden sich findet, mit einem Mehreren eintreten. Dass er die Kosten solcher Anstalten sofort ganz zu übernehmen habe, ist durchaus nicht die Konsequenz dieses Grundsatzes. Gibt ja doch auch das Gesetz, welches die Kosten für Errichtung von Landstrassen, im Gegensatz zu blossen Dorfwegen, dem Staate überbindet, zu, dass Gemeinden, welche die Anlegung einer solchen Strasse befördern wollen, daran eine Beisteuer anbieten (§ 12 des Gesetzes vom 21. März 1834). Aus diesem Gesichtspunkte sind die sämtlichen Progymnasien, sowie die erweiterten Sekundarschulen in Interlaken, Langenthal, St. Immer, Herzogenbuchsee, Langnau, Kirchberg behandelt worden, welche jetzt alle theils in realistischer, theils in beiden Richtungen als ihrer Aufgabe gewachsene Vorbereitungsanstalten auf die Kantonschulen gelten können; in realistischer Richtung stehen auch mehrere zweitheilige Sekundarschulen auf dieser Stufe. In gleicher Weise wie die alten Sprachen haben auch die modernen, Englisch und Italienisch, an Ausdehnung gewonnen; das Englische wird gegenwärtig von mehr Schülern der Progymnasien und Sekundarschulen gelernt, als das Lateinische, und auch das Italienische wird in Burgdorf, Delsberg, Herzogenbuchsee gepflegt. —

Noch bleibt indessen Manches zu wünschen übrig, selbst bei den obligatorischen Fächern. Noch fehlt es in einigen Anstalten am rechten methodischen Fortschritt im Deutschen und Französischen; mehrere Berichte erwähnen, dass in der Geschichte noch nicht alle Schulen die kantonale und die Bundesverfassung erreichen; in der Mathematik finden nicht überall Kopfrechnen und Messübungen die erforderliche Pflege; in den französischen Schulen werden die Realien hie und da noch zu gedächtnismässig betrieben; mit dem Turnen sind noch manche Anstalten im Rückstande *). Wir geben zu, dass durch endliche Erstellung zum Theil längst bestellter Lehrmittel (deutsches Lesebuch, Schweizergeschichte), durch grössere Leistungen des Staates für Sekundarlehrerbildung, durch Verwendung grösserer Finanzmittel auf die Inspektion der stets zunehmenden Zahl von Sekundarschulen vom Staate ein Mehreres geschehen könnte. Aber wie wenig leisten

noch mancherorts die Landgemeinden! Manche geben ihr bloss das Lokal, andere nicht einmal soviel, so dass die Schule etwa in einer Käserei ein Unterkommen suchen muss. Ja selbst über straflose Vernachlässigung der Sommerschule (die man ja auf 24 Stunden per Woche zusammenziehen könnte) wird geklagt; solche Dinge, sowie auch die gesetzwidrige Aufnahme von neunjährigen, nicht gehörig vorgebildeten Kindern, sollten nicht vorkommen!

Es freut uns sehr, unsere Sekundarschulgeschichte mit einer Erscheinung ganz andern Charakters abschliessen zu können. Einwohner- und Bürgergemeinde von Burgdorf haben im Dezember 1872 einhellig beschlossen, ihr fünfklassiges Progymnasium zu einem achtklassigen Gymnasium auszubauen. Die Kosten für die zwei obersten Klassen will Burgdorf ganz von sich aus bestreiten und gleichwohl die Wahl der Lehrer dem Staate, die Leitung der ganzen Schule einer in ihrer Mehrheit von der Erziehungsdirektion gewählten Kommission überlassen. Dieser Beschluss gibt der Mittelschulfrage eine ganz neue Wendung. Warum auch in Burgdorf ein ausgebautes Gymnasium! Könnten doch die Burgdorferzöglinge mit denselben Kosten auch anderwärts ein höheres Gymnasium besuchen! Einmal müssen die Jünglinge, wenn ihr Charakter sich entwickeln soll, doch «gewagt sein». Und wozu auch diejenigen Klassen, an welche der Staat Nichts beiträgt, gleichwohl ganz der Staatsleitung überlassen? Man hat eben in Burgdorf eingesehen, dass eine Vertheilung der Gymnasialbildung auf zwei von verschiedenen Behörden geleitete Anstalten immer einen grossen Zeitverlust mit sich führt, indem die Schüler das Opfer sind der verschiedenen Methoden, der verschiedenen Vertheilung des Pensums u. s. w., während, wo das obere Gymnasium in allen Beziehungen unmittelbar fortsetzt, was im unteren angefangen worden, die Zöglinge gerade in der schwankendsten Entwicklungszeit von ihren Studien am festesten gehalten werden. Ist Das nicht der schlagendste Beweis von der Nothwendigkeit ganzer Gymnasien! Eine Nothwendigkeit, wie sie nicht nur in ganz Deutschland eingesehen wird, sondern auch, und zwar nach unangenehmen Erfahrungen, vom Nachbarkanton Aargau anerkannt werden musste.

Wahrscheinlich wird aber dieser Vorgang auch den ferneren Beweis leisten, dass ein zweites Gymnasium von Staats wegen für den über 400,000 Seelen zählenden deutschen Kantonstheil nicht zuviel ist, und die Staatsbehörden veranlassen, darüber nachzudenken, ob nicht in mehr als zwei Kantonsschulen der höhere wissenschaftliche Unterricht — nicht centralisirt, sondern — von der Primarschule an bis zum Eintritt in die Hochschule oder das Polytechnikum fortlaufend durchgeführt werden sollte, und ob solche ausgebaute Gymnasien nicht unbedingt vorzuziehen seien für alle diejenigen Schüler, welche nicht schon vom elterlichen Hause aus einen Theil des höheren Unterrichtes geniessen können.

*) Kadettenkorps, deren Nutzen unter den Pädagogen übrigens sehr verschieden beurtheilt wird, bestehen nur an den zwei Kantonsschulen, neun Progymnasien und Sekundarschulen und einigen wenigen Primarschulen.

3. Die Primarschule.

Schlimmer als mit den übrigen Schulen stand es im Kanton Bern von jeher mit den Primarschulen, weil Diejenigen, welchen naturgemäss zunächst die Sorge für dieselben obliegt, die Gemeinden, meistentheils die Bedeutung und Wichtigkeit derselben verkannnten, Diejenigen aber, welche die richtige Einsicht besaßen, nicht die Kraft und den festen Willen hatten, um die Gemeinden zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten. Die Primarschulen hatten vor Allem aus die unseligen Folgen des jahrelangen politischen Haders zu tragen; mit dem Friedensschluss im Jahr 1854 ging endlich für sie ein Stern der Hoffnung auf. Und es war hohe Zeit, dass die Politiker einmal die Waffen bei Seite legten und ihre Aufmerksamkeit den Werken des Friedens zuwandten.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Uebelstände im Primarschulwesen, welchen entweder durch neue oder durch praktischere, präzisere Gesetzesvorschriften abzu- helfen war.

Da finden wir noch immer, um mit dem am meisten in die Augen springenden Uebelstande anzufangen die *Ueberfüllung der Schulen*, ungeachtet der damaligen Bevölkerungsabnahme*). Wenn auch, nach Bericht von 1854, durchschnittlich auf eine Schule nicht mehr als 70 Schüler kamen, so gestalteten sich im Einzelnen doch die Verhältnisse ganz

*) Die Bevölkerung des Kantons Bern fiel vom März 1850 bis zum November 1856 von 458 301 auf 449 129 Seelen — eine Abnahme von 2 %! Diese abnorme Erscheinung wird nur theilweise erklärt durch die während der Fünfziger Periode von Staat und Gemeinden systematisch betriebene Auswanderung nach Amerika (sie betrug vom 1. Juli 1851 bis 1. Juli 1853 via Havre 4869 Köpfe). Damit ist aber nicht erklärt, wie die Primarschulbevölkerung, welche Ende 1852 noch 91 104 Schulkinder betrug, bis 1861 trotz indessen verlängerter Schulzeit und verschärftem Schulzwang auf 85 263 fallen, somit um 6,4 % abnehmen, dann aber wieder eben so allmählig steigen und 1869 bei 91 596 anlangen konnte.

Es fragt sich, ob die Verminderung des Schuleintritts von 1852—1861 etwa einer Geburtenverminderung in den Jahren 1846 bis 1855 zuzuschreiben sei und ob die von 1845—1855 anhaltende Kartoffelkrankheit nebst andern Missernten hiezu beigetragen? Hierauf antworten folgende interessante statistische Angaben über die Bevölkerungsbewegung, von welchen wir die Todesfälle nicht trennen wollen:

	Verehelichungen.	Geburten.	Todesfälle.
1844 . .	3409	14,305	10,221
1845 . .	3247	15,700	9,651
1846 . .	2904	14,921	10,213
1847 . .	2634	13,146	10,285
1848 . .	3008	13,907	9,729
1849 . .	3259	15,115	8,907
1850 . .	3218	14,967	10,658
1851 . .	2818	14,690	10,192
1852 . .	2833	14,051	10,560
1853 . .	2663	13,643	10,725
1854 . .	2854	13,424	10,886
1855 . .	2594	12,411	12,442
1856 . .	3297	14,252	9,723
1857 . .	3806	14,338	10,111
1858 . .	3968	15,178	9,760
1859 . .	3899	16,148	10,270
1860 . .	3905	15,770	9,906
1861 . .	3600	15,570	10,890
1862 . .	3982	15,880	9,314
1863 . .	4142	16,744	9,897

anders. Nach einem Berichte der Erziehungsdirektion aus dem Jahr 1855 gab es damals 250 Schulen mit 80—100, 119 Schulen mit 100—120, 43 Schulen mit 120—140, 8 Schulen mit 140—150 und 5 Schulen mit mehr als 150 Schülern. Selbst wenn alles Andere in der Ordnung wäre, was lässt sich bei einer solchen Masse ausrichten?

Hiezu kommen die ungenügenden *Schulhäuser*. Noch hatten 40 Schulkreise gar keine eigenen Schulhäuser; zu diesen gehörte u. A. der ganze Amtsbezirk Saanen; neben dem Oberlande ist wegen ungenügenden Schullokalien das Emmenthal zu erwähnen; auch in einigen Amtsbezirken des Jura waren dieselben dürftig genug (Hr. Schulinspektor Péquignot taxirte die Schulhäuser der Aemter Courtelary und Neuenstadt durchschnittlich zu Fr. 34,000, diejenigen der Aemter Freibergen und Laufen zu Fr. 13,000, Pruntrut, Delsberg und Münster durchschnittlich zu Fr. 6000); die Schulhäuser fassten mancherorts die schulpflichtigen Kinder nicht und ein geregelter Unterricht war daher mit geregelter Schulbesuch unvereinbar.

Der *Schulbesuch* war aber noch aus andern Gründen überaus schlecht. Weil das Gesetz von 1835 in dieser Beziehung vom Landvolk das Unmögliche verlangte, konnte auf dessen Durchführung gar nicht im Ernste gedrungen werden; und es machte jede Gemeinde, was ihr gutdünkte; und weil das Gesetz nicht genau festsetzte, wann Schulunfleiss zu bestrafen sei und daher die einen Gemeinden selbst Solche anzeigten, welche nur über einen Achtel der Schulzeit gefehlt hatten, andere kaum alle Diejenigen, welche ganze Monate ohne Entschuldigung weg blieben, so hatten auch gleichgültige Richter Ausreden genug, wenn sie die Angezeigten nicht verurtheilen wollten. So kam es, dass, während das Gesetz bloss acht Wochen Ferien jährlich gestattete, durchschnittlich wenigstens vier Monate lang gar nicht Schule gehalten und von Ende März an bis weit in den November hinein, auch wenn die Schule gehalten ward, dieselbe höchst unregelmässig, heute von diesen, morgen von jenen Kindern und von manchen gar nicht besucht wurde. Bei dieser Unordnung war es in einzelnen Gemeinden möglich, dass über 25 % der Kinder aus der Schule traten, ohne nur lesen gelernt zu haben!

Solche Gemeinden thaten dann natürlich auch möglichst wenig für die *innere Ausstattung der Schule*. Da der Heidelberger Katechismus Alles enthielt, was dem Christen zu wissen «nöthig» ist, so wurde er in gewissen Schulen vom Kleinsten bis zum Grössten als einziges Schulbuch benützt, und wenn die Schulkommission behufs einiger Abwechslung noch etwa ein Dutzend Kinderbibeln für eine ganze Schule anschaffte, so glaubte sie genug geleistet zu haben. So war's in den schlechten Gemeinden. Freilich gab es auch sehr schulfreundliche Gemeinden, welche ihre Schulen mit allem Nothwendigen versahen und Leistungen erzielten, welche hinter bescheidenen Sekundarschulen wenig zurückblieben. Diese Gemeinden handelten aber auf eigene Faust; denn, wie wir

früher gesehen, die Erziehungsbehörden hatten weder obligatorische Lehrmittel vorgeschrieben, noch, in den meisten Fächern wenigstens, für deren Erstellung etwas gethan.

Es fehlte der Schule an *genauer Präzisierung ihrer Aufgabe*. Das Gesetz hatte auch in dieser Beziehung so viel verlangt, dass es illusorisch wurde und die alte Meinung, dass Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen und Singen genügen, sich mit einigem Grund dem Gesetze gegenüber zu behaupten vermochte. Während in den fortgeschritteneren Gegenden, namentlich des Obergeraargau's, in der Geschichte und Geographie der Schweiz schon recht schöne Resultate erreicht wurden, gab es andere, in welchen man Lehrer, welche diese Fächer einzuführen suchten, als gefährliche Neuerer ansah.

Das grösste aller Uebel aber bestand in der *schlechten Besoldung der Primarlehrer*. Die durchschnittliche Besoldung betrug im Jahr 1854 (Naturalnutzungen inbegriffen) Fr. 289 n. W. oder unter Einrechnung der Staatszulage von Fr. 218: Fr. 507. — Es gab aber 228 Schulen mit einer Gemeindebesoldung von bloss Fr. 50 bis 150, oder, die Staatszulage eines definitiven Lehrers inbegriffen, von Fr. 268 bis 368 (73—100 Centimes per Tag!)*). Da musste der Lehrer entweder auf Unkosten der Schule die bitterste Noth leiden oder mit Nebenbeschäftigungen sein Brod verdienen, oder dann den Schuldienst aufgeben. Ueber 10 % sämtlicher Schulen waren schon mit Unpatentirten besetzt, und wie musste es erst kommen, wenn zur Theilung der überfüllten Schulen geschritten werden sollte! Es war durchaus nothwendig, dass einmal der Gesetzgeber von dem verfassungsmässigen Rechte (§ 81) Gebrauch machte und das Beitragsverhältniss der Gemeinden an die Primarschule festsetzte, wenn diese nicht dem Egoismus und dem Unverstande zum Opfer fallen sollte.

Wenn nun aber in allen diesen Beziehungen wirksam geholfen werden wollte, so war noch etwas vor Allem aus nothwendig. Es ist rein unmöglich, dass ein einzelner Mann, Erziehungsdirektor genannt, der noch überdies wenigstens die Hälfte seiner Zeit durch andere Regierungsgeschäfte in Anspruch genommen ist, das ganze Erziehungswesen des grossen Kantons Bern dirigire ohne Unterstützung durch Fachmänner, welche ihre ganze Zeit der Schuladministration widmen können. Zugegeben, dass im blossen Inspizieren von Schulen auch gut gewählte Schulkommissäre, welche einen andern Hauptberuf haben, Nützliches leisten können, so sind sie doch dies erst im Stande, wenn eine gute Organisation des Schulwesens,

die aber noch gänzlich fehlte, ihnen ganz genau ihre Stellung anweist. Um aber diese Organisation zu schaffen, dieselbe jeweilen den Zeitbedürfnissen entsprechend zu erneuern, die Schule auf der Höhe ihrer Aufgabe zu erhalten, dazu bedarf es Männer, welche ganz dieser Aufgabe leben und leben können, Spezialisten wie in andern Verwaltungszweigen (Bauwesen, Finanzwesen), welche dem Chef der Verwaltung zur Verfügung stehen. Man kann sie *Inspektoren* nennen, mit dem Vorbehalt, dass bei Festsetzung ihrer Anzahl und ihres Gehaltes nicht vergessen werde, dass ihnen noch Schwierigeres und Wichtigeres obliegt, als nur die Schulen zu besuchen.

Von diesen von ihm sehr deutlich und präzis ausgesprochenen Anschauungen geleitet, begann der aus der Fusion hervorgegangene Erziehungsdirektor sein schweres Reformwerk. Um aber nicht wieder, wie es zwanzig Jahre früher geschah, ohne Rücksicht auf das Ganze, sich an einem Theil dieses Werkes zu überbauen, noch auch, wie in der Sechsendvierziger Periode geschah, durch gleichzeitige Inangriffnahme sämtlicher Aufgaben mit allen stecken zu bleiben, entwarf derselbe vorerst einen Gesamtplan, führte ihn aber stückweise aus. Er schickte ein Organisationsgesetz voraus, welches jeder Schulstufe ihre Stelle anwies, schaffte sich dann durch vorläufige Organisation der höheren Schulen freie Hand, um nachher, gleich wie auch die mitwirkenden Behörden, mit konzentrierter Kraft der Ordnung des Primarschulwesens obzuliegen. Wenn, zur Erleichterung der späteren Arbeit, schon im Organisationsgesetze verschiedene Bestimmungen aufgenommen wurden, welche mit mehr Recht in Spezialgesetze gehörten, so mag das vielleicht ein logischer Fehler sein, war aber der Sache selbst zuträglich.

Das *Organisationsgesetz* vom 24. Juni 1856 enthielt ausser dem schon früher Erwähnten über das Primarschulwesen folgende spezielle Bestimmungen.

In den Primarschulen sollen die bildungsfähigen Kinder aller Volksklassen in den allgemeinen Grundbestandtheilen aller Bildung, nämlich in der biblischen Geschichte und den Grundwahrheiten der christlichen Religion, in der Muttersprache bis zum richtigen und fertigen Gebrauch derselben in Rede und Schrift, in der Arithmetik bis zur fertigen und richtigen Anwendung der gemeinen Rechenkunst, im Schönschreiben, in den Anfangsgründen der freien und linearen Zeichnung, und im Gesang unterrichtet, nebst dem zu einer allgemeinen Kenntniss des Landes und der Geschichte des engeren und weiteren Vaterlandes, der gewöhnlichen Gegenstände und Erscheinungen der Natur mit Hervorhebung ihrer Bedeutung für die Haus- und Landwirthschaft gebracht werden (§ 3).

Sie nehmen Schüler vom sechsten Altersjahr hinweg auf. Jeder Schüler ist schulpflichtig vom Beginn der Sommerschulzeit des Jahres an, innerhalb dessen er das sechste Altersjahr zurücklegt, die reformirten bis zu ihrer Admission zum heiligen Abendmahl, die katholischen bis

*) Im Herbst 1856 betrug die Gemeindebesoldung noch:

an 188 Schulen	Fr. 50—150
» 186 »	» 150—200
» 250 »	» 200—250
» 204 »	» 250—300
» 112 »	» 300—350
» 112 »	» 350—400
» 101 »	» 400—500
» 56 »	» 500—600
» 67 »	über » 600

zum zurückgelegten fünfzehnten Jahre. In besonderen Umständen kann die Erziehungsdirektion Ausnahmen gestatten (§ 4).

Die Schule zerfällt in drei Stufen, von drei, drei und endlich vier Schuljahren.

Eine Schule, welche alle drei Stufen fasst, darf nicht über 80 Schüler zählen, wenn zwei, nicht über 90, wenn eine, nicht über 100 (§§ 5 und 6).

Behufs der Leitung aller Schulanstalten, Hochschule und Kantonsschulen ausgenommen, werden vier bis sechs Schulinspektoren bestellt. In den einzelnen Gemeinden steht den Schulen eine vom Einwohnergemeinderath gewählte Schulkommission vor (§§ 15 und 16).

Es sind ein gemeinsamer Unterrichtsplan und gemeinsame Lehrmittel einzuführen, unter Mitwirkung der Schulsynode; bei Einführung neuer Religionsbücher ist auch das Gutachten der betreffenden kirchlichen Behörde einzuholen. (§§ 20 und 21).

Eltern und Stellvertreter derselben sind verpflichtet, ihren Kindern den in einer Primarschule zu erlangenden Unterricht ertheilen zu lassen, entweder in dieser oder in einer andern mit Bewilligung versehenen Anstalt (§§ 22 und 24). Der Schulbesuch ist für die Armen unentgeltlich (§ 28). Lehrer an öffentlichen Primar- und Sekundarschulen müssen in Folge einer besonderen Prüfung patentirt sein (§ 29). Jeder an einer Primar- oder Sekundarschule des Kantons angestellte Lehrer ist gehalten, sich bei der bestehenden Schullehrerkasse zu betheiligen, soweit es die Statuten derselben zugeben. Der Staat wird der Lehrerkasse die durch das Gesetz vom 5. Dezember 1837 ausgesetzte Summe, zu Fr. 9000 arrondirt, zukommen lassen, wenn dieselbe die statutengemässe Ausrichtung derselben an die pensionsberechtigten und unterstützungsbedürftigen Lehrer übernimmt. Lehrer, welche der Kasse fremd bleiben, ohne durch ihr Alter am Beitritt verhindert zu sein, verlieren alle Ansprüche auf Pensionen nach dem Gesetz vom 5. Dezember 1837 (§ 31).

Mit diesen Gesetzesbestimmungen, verbunden mit den noch in Kraft bestehenden älteren Gesetzesvorschriften, liess sich schon Manches schaffen, wenn auch die Lehrbesoldungen und der Schulbesuch gesetzlich noch nicht genügend reglirt waren.

Vor Allem war nun auf Trennung der *überfüllten Schulen* hinzuwirken, deren es, am Gesetze gemessen, noch ungefähr 200 gab: die Schülerzahl, welche im Jahr 1854 noch 70 per Schule betrug, fiel in Folge Gründung neuer Schulen im Jahr 1868 auf den Durchschnitt von 58 und im Jahr 1872 auf 54.

Hiermit hing zusammen das Dringen der Oberbehörden auf neue *Schulhäuser* und Erweiterung und Verbesserung der bestehenden. Da bei einem Staatsbeitrag von höchstens 10 % des Devises in den Jahren 1856 bis 1872 vom Staate im Ganzen Fr. 452,779. 24 an Schul-

hausbauten gesteuert wurde, so mussten letztere sich im Ganzen auf mehr als 4½ Millionen belaufen; der jährliche Durchschnitt des Staatsbeitrages betrug in dieser Periode Fr. 26,634, während er von 1832—1844 betrug Fr. 12,715 (n. W.).

Ferner wurde, nachdem das neue Gesetz das *Pensum der Primarschule* bestimmter und enger gefasst, dasselbe auf die zehn Schuljahre vertheilt durch einen neuen *Unterrichtsplan* (provisorisch eingeführt 1857, definitiv 1859; revidirt, namentlich mit Rücksicht auf den Unterricht im Deutschen, 1863, für den Jura deutsch und französisch herausgegeben 1860). Der Unterrichtsplan muss sich aber an bestimmte *Lehrmittel* anschliessen, welche in den meisten Fächern ebenfalls fehlten. In den Jahren 1859—1869 wurden für den deutschen Kantons-theil beinahe alle nöthigen Lehrmittel erstellt, und, mit Ausnahme derjenigen für Geschichte und Geographie der Schweiz, obligatorisch eingeführt; nur für die Naturkunde wurde keines erstellt, weil sich die Erziehungsdirektion nicht mit den Ideen der vorberathenden Behörden befreunden konnte, nach welchen ein naturkundliches Lehrmittel einen Theil eines zu erstellenden realistischen *Lesebuches* bilden sollte; nachdem ihr in amtlichen Berichten, und zwar nicht bloss aus dem französischen Jura, wiederholt war mitgetheilt worden, dass einzelne Lehrer in Geschichte und Geographie unterrichten ohne Karte, konnte sie nicht ein aus ähnlichen Gründen rein gedächtnissmässiges Lernen in der Naturkunde begünstigen helfen; diejenigen Lehrer, welche überhaupt in der Naturkunde zu unterrichten im Stande sind, werden dies, vom Unterrichtsplan geführt, ohne Buch eben so gut zu thun im Stande sein *). Von der jurassischen Lehrmittelkommission wurde während der ganzen Periode kein neues Lehrmittel produziert. Die Erziehungsdirektion schlug daher für den französischen Kantonstheil einen andern Weg ein, welcher freilich schon im Jahr 1854 ohne Erfolg betreten worden war: sie schloss (27. Mai 1865) mit den Kantonen der französischen Schweiz eine Konvention behufs Erstellung gemeinschaftlicher Lehrmittel ab und sie hatte in den Jahren 1870 und 1871 wenigstens den Erfolg, auf diesem Wege zwei Lesebücher, eines für die Mittelschule und eines für die Oberschule zu erhalten. Auf den Wunsch des schweizerischen Lehrervereins unternahm die bernische Erziehungsdirektion, ebenfalls unter Mitwirkung von andern Kantonen, die Erstellung eines Lehrmittels für den Anschauungsunterricht in der Elementarschule, welches zum Theil bereits erschienen ist. Gerade bei diesen Arbeiten nun standen dem Erziehungsdirektor, nicht bloss, wie früher, bereits mit Arbeit überladene Seminardirektoren und Geistliche, sondern ständige, eigene Fachmänner, die Inspektoren, zu Gebote.

*) Natürlich noch besser, wenn zweckmässige Sammlungen und Abbildungen das im grossen Buche der Natur weit auseinander Liegende dem Kinde nahe bringen.

Um einen fleissigeren Schulbesuch herzustellen, veranstalteten im Jahr 1858 die Schulinspektoren amtsbezirksweise Besprechungen mit den Schulbehörden, durch welche es ihnen gelang, ein gewisses einheitliches Verfahren in der Ahndung der Absenzen herzustellen, wobei manch' eine Gemeinde, welche bisher Alles hatte gehen lassen, wieder zu einem ordentlichen Schulbesuch gelangte.

Ein *Reglement über die Obliegenheiten der Volksschulbehörden*, zuerst provisorisch erlassen im Jahr 1857, wies überhaupt allen beim Schulwesen beteiligten Behörden ganz genau ihre Pflichten an und regelte den Geschäftsgang.

Auch die so dringende *Besoldungsfrage* blieb nicht ganz liegen. Es geht das aus dem Unstande hervor, dass, namentlich in Folge der vielen Schulausschreibungen und auf das Drängen der Schulinspektoren, vom Juni 1854 bis Oktober 1858 durch die Beschlüsse der Gemeinden die Besoldungen um die Gesamtsumme von Fr. 47,215 erhöht wurden. Auch der Staat erinnerte sich endlich, dass ihm durch Dekret vom 28. Februar 1837 ein Kredit von Fr. 10,000 (circa Fr. 14,500 n. W.) zur Verbesserung der Lehrerbessoldungen zur Verfügung stehe; es wurden zuerst von 1855 an Fr. 5000, von 1858 an Fr. 10,000 (also noch immer nicht die volle Summe!) zu diesem Zwecke auf's Budget genommen und verausgabt. Auch suchte die Erziehungsdirektion die Lehrer in recht grosser Zahl der Wohlthaten der *Lehrerkasse* theilhaftig zu machen, indem sie, um denselben den gesetzlich vorgeschriebenen Eintritt zu erleichtern, an ihrer Stelle die Nachzahlungen bestritt in der Form von der Verwaltung der Lehrerkasse verabfolgten Gutsprachen auf Rechnung der den Lehrern vierteljährlich auszubezahlenden Staatszulagen; auf diese Weise stieg die Zahl der Mitglieder der Lehrerkasse in den Jahren 1855–1858 von 488 auf 820. Nur schade, dass der Staat, welcher auch den Volkslehrern gegenüber den Obervormund zu machen sich verleiten liess, indem er dieselben durch gesetzliche Vorschrift und finanzielle Nachhülfe zur Versicherung zwang, nicht einsah, dass er damit auch die Pflicht übernahm, für eine zweckmässige Organisation der Lehrerkasse zu sorgen *).

*) Kaum hatte der Grosse Rath in erster Berathung des Organisationsgesetzes die Verpflichtung sämtlicher Volkslehrer zum Eintritt in die Lehrerkasse ausgesprochen, so glaubte die kleine Zahl von 400, welche derselben bereits angehörte, sofort die Statuten ändern zu sollen und zwar in dem Sinne, dass von nun an in 30 Jahresbeiträgen (von Fr. 25 in den ersten, Fr. 15 in den folgenden und Fr. 5 in den letzten zehn Jahren) die Summe von Fr. 450 einzubezahlen sei, während die jetzigen Mitglieder nach den Statuten von 1818 und 1840 nur zu einer Gesamtsumme von Fr. 87–187 und in regelmässigen Jahresbeiträgen von höchstens 48 Batzen verpflichtet gewesen waren! Und von den jährlichen Einzahlungen sollten nur 5 % kapitalisirt, 95 % aber unter die Pensionsberechtigten vertheilt werden! Kein Wunder, dass die jährliche Pension von Fr. 80 mit der Zunahme der älteren Klassen nach und nach auf Fr. 50 herabsank und dass die neueintretende Generation bei diesem System verlor. Es wurde damals gegen die Inkraftsetzung der noch nicht einmal sanktionirten Statuten rekla-

Die Hauptsache aber war, dass einmal auch das Beitragsverhältniss der Gemeinden und der Eltern gesetzlich normirt wurde. Dies geschah endlich nach reiflicher Prüfung der Angelegenheit durch das *Gesetz über die ökonomischen Verhältnisse der öffentlichen Primarschulen*, erlassen den 7. Juni 1859 und in Kraft getreten den 1. Januar 1860.

Dieses Gesetz sagt in Betreff aller Schulbedürfnisse, wer für dieselben zu sorgen habe.

Schulbücher, Schreibmaterialien etc. sind durch die betreffenden Eltern anzuschaffen, im Unterlassungsfalle auf deren Kosten durch die Schulbehörden, ausgenommen bei unterstützten Familien, für welche die Gemeinde die Kosten trägt. Für die allgemeinen Lehrmittel aber, gleich wie für die übrigen Anschaffungen und die Lokalitäten (diese mit einem Staatsbeitrage von 10 % des Devises oder eventuell der Brandversicherungssumme), sowie für deren Beheizung und Reinigung sorgt die Gemeinde.

Die von der Gemeinde dem Lehrer zu bezahlende *Besoldung* beträgt wenigstens Fr. 280, nebst einer anständigen freien Wohnung, wo möglich mit Garten und Bescheuerung, drei Klafter Tannenholz oder ein diesem Quantum entsprechendes Maass eines andern Brennmaterials und endlich (jedoch bezieht sich diese letzte Bestimmung nicht auf Lehrerinnen) eine halbe Jucharte Pflanzland. Die fehlenden gesetzlichen Nutzungen sind nach den Ortspreisen zu vergüten, die auf Rechnung der Baarbesoldung geleisteten Naturallieferungen nach billiger Schätzung zu veranschlagen.

Diesem Minimum fügt der Staat bei: an definitiv angestellte Lehrer Fr. 220 (also Gesamtminimum Fr. 500), an provisorisch angestellte, d. h. unpatentirte Lehrer, Fr. 100. Ueberdies wurde eine Summe von Fr. 40,000 ausgesetzt, um ärmeren Gemeinden die Leistung des obigen gesetzlichen Minimums zu ermöglichen. (Der ursprüngliche Vorschlag, die Schulen in verschiedene Klassen einzutheilen und dann verschiedene Minima aufzustellen, wurde, weil nicht Anklang findend, aufgegeben.)

Ueberdies leistet der Staat nach zehn Jahren Dienst ohne Unterbruch an derselben Schule Fr. 30, und nach 20 Dienstjahren überhaupt Fr. 50 an jährlicher Zulage, wenn die Zeugnisse für den Lehrer befriedigend lauten. Die Besoldung ist in vierteljährlichen Terminen auszahlend und die säumigen Gemeinden sind durch den Regierungsstatthalter zu mahnen.

mirt, aber bei der Regierung nur Das erreicht, dass sie in ihrer Sanktion vom 30. März 1857 den fast bedeutungslosen Vorbehalt machte, dass bis zum 1. Juli 1857 noch nach früherem Fusse einbezahlt werde. Bei der Totalrevision der Statuten im Jahr 1859, zu welcher die Regierung wiederum und zwar bedingungslos Ja und Amen sagte, blieb der Hauptfehler fortbestehen. — Seither freilich sind die jüngeren Lehrer zu der Einsicht gekommen, dass sie mit denselben Einlagen bei einer Versicherungsgesellschaft besser ständen als bei einem «gemeinnützigen Institut», welches über Fr. 300,000 an Vermächtnissen und Geschenken erhalten hat.

* Die Lehrerinnen, für welche dieses Gesetz auch gilt, haben ausser dem gewöhnlichen Primarunterricht noch wenigstens jährlich 200 Stunden Unterricht in den weiblichen Handarbeiten zu erteilen. — Jede Erhöhung der gesetzlichen Lehrerbeseoldung um wenigstens Fr. 100 berechtigt die Gemeinde, eine neue Ausschreibung der Lehrerstelle zu verlangen.

Die Gemeinden können behufs Deckung der Schulbedürfnisse ausser den Gemeindesteuern unter gewissen im Gesetz näher bestimmten Bedingungen auch ein Schulgeld von Fr. 1 per Kind oder Fr. 2 per Familie, unter gewissen Umständen noch mehr, mit Bewilligung des Regierungsrathes, erheben.

Das Gesetz sorgt nicht bloss für Erhaltung, sondern auch für Mehrung der Schulgüter durch Anweisung bestimmter Einkünfte, unter welchen wir nur hervorheben ein Eintrittsgeld von Fr. 1 per Kind, welches beim ersten Schuleintritt erhoben wird. Die Schulrechnungen sind alle zwei Jahre zu prüfen und zu genehmigen. —

Dieses Gesetz trug seine schönen Früchte. Die Schulkinder waren bald allgemein mit den eingeführten Lehrmitteln und den sonstigen Schulmaterialien versehen; die Gemeinden sorgten mehr und mehr besser für Schullokale und deren Ausstattung, da sie dazu angehalten werden konnten (freilich gab es auch jetzt noch Gemeinden, mit welchen sich die Staatsbehörden ein volles Jahrzehnt herumschlagen mussten, bevor der auf gesetzlichem Wege verlangte Schulhausbau wirklich zu Stande kam). Das gesetzliche Besoldungsminimum, wenn es gleich hinter demjenigen mehrerer Kantone noch zurückblieb, schien der Noth der Lehrer ein bleibendes Ende machen zu wollen, wenn auch nicht dem Mangel an Lehrern, indem auch in den nächsten Jahren je etliche 60 Schulen nur provisorisch, d. h. mit Unpatentirten, besetzt werden konnten. Aber der Umstand, dass bei den Eintrittsprüfungen der Seminarien, zumal im deutschen Kantonstheil, sich zwei- bis viermal so viele Aspiranten meldeten, als Stellen zu besetzen waren, gab Grund zu Hoffnungen und die Möglichkeit zu guter Auswahl. Doch gab es der Gemeinden nicht wenige, welche dieses Besoldungsgesetzes wegen die Steuern verdoppeln mussten, und die Staatsbehörden bekamen die Missstimmung des Volkes über Opfer zu tragen, welche schon vor Jahrzehnten hätten verlangt werden dürfen. Mit den Schulgütern ging es wenig besser als vorher, wozu auch das Missverständniss beitrug, als ob der Bezug der Eintrittsgelder gleich wie derjenige der Schulgelder fakultativ sei; noch schlimmer aber wirkte die Abhängigkeit, in welche den Gemeinden gegenüber die zur Prüfung der Gemeindefinanzen verpflichteten Regierungsstatthalter durch die Verfassung von 1846 gestellt sind. Es wurde in dieser Beziehung etwas besser, als die Direktion des Innern mit einem Rechnungsformular für Schulrechnungen und mit einer «Verordnung über die Verwaltung von Gemeinde-

angelegenheiten» (vom Regierungsrathe erlassen den 15. Juni 1869) nachhalf.

Eine neue Regelung der Schulzeit und der Handhabung des Schulbesuches brachte endlich das *Gesetz über die öffentlichen Primarschulen des Kantons Bern*, vom 1. Dezember 1860. Nach diesem dauert die Sommerschule wenigstens 15 Wochen zu 18 Stunden, die Winterschule vom ersten Montag im November bis zum letzten Samstag im März zu wenigstens 30 Stunden für Knaben, 27 für Mädchen, nicht inbegriffen den Unterricht in den weiblichen Handarbeiten; bei der obersten Schulstufe kann (des Dreschens wegen) die Winterschule zwei Wochen später beginnen; die Erziehungsdirektion kann übrigens in allen diesen Beziehungen noch weitere Ausnahmen gestatten. Es kann auch die bisherige Schulzeit eben so wenig als die bisherige Besoldung irgendwo vermindert werden ohne Einwilligung der Erziehungsdirektion. Im Sommer hat die Schulkommission alle vier Wochen, im Winter alle Monate Censur zu halten; wer ohne eine nach den näheren Bestimmungen des Gesetzes hinreichende Entschuldigung über einen Sechstel der Schulzeit gefehlt hat, dessen Eltern sind das erste Mal schriftlich zu mahnen, im Wiederholungsfalle dem Richter zur Bestrafung zu verzeihen; letzteres geschieht sofort, wenn die unentschuldigten Absenzen über einen Drittel der Schulzeit betragen; diese Anzeigen haben volle Beweiskraft, und die auszusprechende Strafe beträgt Fr. 1—2, im Wiederholungsfalle Fr. 3—6, Fr. 4—8 u. s. f.; die Bussen dürfen, wo sie nicht geleistet werden, in Gefangenschaft umgewandelt werden. Der Regierungsrath soll ferner den Besuch der kirchlichen Unterweisungen und der Primarschulen so ordnen, wie es für die Erreichung der Zwecke beider Institute erforderlich ist. Die Kinder sind nicht verpflichtet zum Besuche des in einer andern Konfession erteilten Religionsunterrichtes in der Schule. — Ausser diesen Bestimmungen enthält das Gesetz auch genauere Vorschriften über die Pflichten und Rechte*) der Gemeinden betreffend Errichtung neuer Schulen, die Pflichten der Lehrer (letztere, sowie die Pflichten der Schüler sind bis in's kleinlichste Detail ausgeführt in einer Schulordnung vom 2. Mai 1862), die Wahl und Abberufung der Lehrer. Das Verfahren bei Lehrerwahlen ist dasselbe wie bisher; nur sind die Bewerberprüfungen den Gemeindefinzen freigestellt; unpatentirte Bewerber dürfen nur auf die zweite Ausschreibung hin, und wenn keine fähige patentirte Bewerber sich gemeldet, höchstens provisorisch auf ein Jahr angestellt werden. Die Abberufung kann nach § 18 der Verfassung und nach dem Gesetz vom 20. Februar 1851 nur durch die Gerichte und nur auf den Antrag der obersten Administrativbehörde ausgesprochen

*) Unter Anderm die Zusage: wenn mehrere Schulkreise eine «gemeinsame Oberschule» errichten, so erhält deren Lehrer vom Staate noch eine besondere jährliche Zulage von Fr. 200.

werden. — Das Primarschulgesetz von 1835 fällt nunmehr, weil in allen Punkten ersetzt, dahin. —

Auch die Forderungen dieses Gesetzes gingen, so bescheiden sie lauteten, weit über Das hinaus, was die meisten Gemeinden bisher zu halten gewohnt waren, und verursachten daher wiederum grosse Missstimmung gegen die Schulbehörden, welche im Frühjahr 1862 in einer Nichtwiederwahl des Erziehungsdirektors (später wieder gut gemacht) gipfelte. Schon nach einigen Jahren konnten aber die Schulinspektoren berichten, dass die Sommerschulen besser besucht werden als früher die Winterschulen; bei ersteren betrugen die Anwesenheiten durchschnittlich 80 %, bei letzteren 85—90 %. Immerhin aber enthielten die in den Verwaltungsberichten enthaltenen Angaben der unentschuldigten Absenzen noch erschreckende Zahlen; am meisten glänzten aber stets die Schulbehörden im Jura durch Nachlässigkeit, nur sehr wenige Gemeinden ausgenommen. Aber auch im alten Kantonstheile erfüllten viele Gemeindebehörden die Forderungen des Gesetzes nur halb oder gar nicht und nicht alle Regierungsstatthalter mahnten dieselben vorschriftsgemäss an ihre Pflichten. Die Gerichtspräsidenten aber bestrafte fast in der Regel die fehlbaren Väter nur mit der gesetzlichen Minimalbusse von Fr. 1, wobei Diejenigen, welche ihre Kinder zur Arbeit ausbeuten, sich nur lustig machen.

Sehr grossen Abbruch thaten dem Schulbesuch einerseits die kirchlichen Unterweisungen, andererseits die Mädchenarbeitsschulen. Die Unterweisungsstunden, welche, oft ohne Rücksicht auf die Schule, von den Geistlichen allein festgesetzt wurden, raubten in ausgedehnten Gemeinden nicht allein den Betreffenden einen grossen Theil des vormittäglichen Schulunterrichtes, sondern störten auch die Klassen; das Gleiche geschah an den meisten Nachmittagen der Woche durch den Handarbeitsunterricht, welchem in manchen Gemeinden, des Lokals wegen, der Primarschulunterricht geradezu geopfert wurde. Ersterem Uebelstande half die von der reformirten Kirchensynode erlassene und von der Regierung im September 1863 genehmigte «Ordnung des kirchlichen Religionsunterrichtes» im protestantischen Kantonstheile etwas ab; in letzterer Beziehung wurde noch entschiedener geholfen durch das «Gesetz über die Mädchenarbeitsschulen» vom 23. Juni 1864.

Die beständigen Störungen des Primarunterrichtes durch denjenigen in den Handarbeiten waren übrigens nicht die einzige Veranlassung zum Erlass dieses Gesetzes, noch eine Menge anderer Uebelstände trugen dazu bei. So viel die Mädchenarbeitsschule die Primarschule hinderte, so gering waren ihre Leistungen. Freilich zählte der Kanton im Jahre 1862 666 Arbeitsschulen mit 23,657 Schülerinnen; aber das war doch wenig über die Hälfte sämmtlicher schulpflichtigen Mädchen, und die Fehlenden waren gerade die armen, welche dieses Unterrichtes am

meisten bedurften; 107 Schulkreise des alten Kantons theils hatten gar keine Arbeitsschulen; verschiedene grosse Gemeinden nur eine, welche natürlich sehr überfüllt war. Auch war der Schulbesuch höchst unregelmässig, und da überdies die mitgebrachten Arbeiten sich nach dem jeweiligen Bedürfniss des Hauses richteten, so war von einem schulmässigen gleichzeitigen Unterricht von Klassen keine Rede. Es bestand weder eine gesetzliche Pflicht der Mädchen, diesen Unterricht zu besuchen, noch eine solche der Gemeinden, etwas für diese Schulen zu thun; einzig die Primarlehrerinnen (wo solche waren) hatten die Verpflichtung zur Ertheilung einer Anzahl von Stunden, neben welchen die Primarschule leiden musste.

Nach dem neuen Gesetze dagegen ist der Unterricht in den nothwendigsten weiblichen Handarbeiten ein obligatorisches Schulfach und alle Schülerinnen, Dispensation der hinlänglich unterrichteten vorbehalten, zum Besuche dieses Unterrichtes verpflichtet; die Mädchen derselben Schule bilden auch für diesen Unterricht eine besondere Klasse und das Pensum wird wie in andern Fächern so auf die Schulstufen vertheilt, dass vom Einfacheren und Leichterem zum Schwereren fortgeschritten wird; der Unterricht wird ganzen Klassen oder Abtheilungen gemeinsam (sogar im Takt wie der Schreibunterricht) ertheilt. Die Schulzeit beträgt drei bis sechs Stunden per Schulwoche; das gesetzliche Minimum der Primarschulstunden darf dadurch weder vermindert, noch die Gesamtzahl der wöchentlichen Schulstunden über 33 erhöht werden. Die Absenzen werden wie andere Schulabsenzen bestraft, wenn sie ein Drittel der Schulzeit übersteigen. Die Gemeinden bestreiten die Kosten. Die Besoldung der Lehrerin (wenn sie nicht zugleich Primarlehrerin ist) beträgt wenigstens Fr. 1 jährlich per Kind und kann durch Schulgelder gedeckt werden; der Staat ertheilt der Lehrerin halbjährlich einen Beitrag von Fr. 20 *), wenn das Gesetz erfüllt wird; im entgegengesetzten Fall hat ihn die schuldige Gemeinde zu ersetzen. Die Lehrerin wird durch den Gemeinderath auf wenigstens ein Jahr gewählt. Zur Beaufsichtigung des Unterrichtes können die Schulkommissionen Frauenkomite's einsetzen. Das Gesetz tritt am 1. April 1865 in Kraft. Ein Reglement vom Januar 1865, den Gemeinden nebst einem Kreisschreiben zugesandt, gab diesen, eine eigene methodische «Anleitung» den Lehrerinnen die nöthige Anweisung. Durch besondere Kurse wurden in den Jahren 1866 und 1867 die Lehrerinnen in dem Unterrichtsgang unterwiesen, einerseits in Centralkursen zu Bern, zu welchem besonders tüchtige Lehrerinnen einberufen wurden, sodann durch Kurse in den Amtsbezirken, letztere von diesen Lehrerinnen, gegen Entschädigung durch den Staat, geleitet.

*) Der Vorschlag der Regierung, wie bei der Primarschule den patentirten Lehrerinnen einen noch einmal so grossen Staatsbeitrag zu ertheilen als den unpatentirten, wurde vom Grossen Rathe verworfen, weil die letzteren eben so tüchtig seien als die ersteren.

So liess das Gesetz jedem Primarschulmädchen *) diesen Unterricht zukommen und hob auch den letzteren, insoweit tüchtige Lehrerinnen vorhanden waren. Leider aber sind noch immer zwei Drittel der Arbeitsschulen zum Unterrichten unfähigen Nätherinnen anvertraut, ein Uebelstand, welchem wegen des beständigen Wechsels der Arbeitslehrerinnen auch durch Kurse nur vorübergehend abgeholfen wird. Es haben daher im Jahre 1872 gegen 30 Frauenkomite's aus den verschiedenen Landestheilen der Erziehungsdirektion eine Eingabe gemacht, dahin lautend, es möchten zu diesem Unterrichte nur patentirte Lehrerinnen zugelassen und für denselben besondere Patente ertheilt werden. —

Mit dem Erlass des genannten Gesetzes wäre unsere Primarschulgesetzgebung abgeschlossen gewesen, wenn überhaupt auf diesem Gebiete je ein Abschluss möglich wäre. Den Anstoss zu fernerer Neuerungen gab zunächst der Grosse Rath selbst. Im November 1864 sprach er sich für die Einführung des Turnens in den Primarschulen aus, worauf die Regierung sofort (Februar 1865) eine «Verordnung über die Einführung des Turnens in den Primarschulen» erliess, welche die finanzielle Mitwirkung des Staates bei Abhaltung besonderer Turnkurse und Unterstützungen an die Gemeinden, welche diesen Unterricht einführen, und die für denselben in Anspruch zu nehmende Zeit betrafen. Im März 1865 vertheilte die Erziehungsdirektion eine gedruckte «Anleitung zur Betreibung des Turnunterrichtes in den bernischen Primarschulen» und ordnete bald hernach in den verschiedenen Amtsbezirken Turnkurse für die Lehrer an; eine Anzahl Gemeinden in jedem Landestheile führte sofort das Turnen ein und machte durch Anordnung von Turnfesten für die Sache Propaganda.

Ferners rüttelte der Grosse Rath an der obligatorischen Schulpflicht, indem er im April 1865 eine neue gesetzliche Regelung des Schuleintritts im Sinne späteren Eintritts verlangte. Die industrielle Bevölkerung hinwieder, geführt durch eine von der Direktion des Innern veröffentlichte Broschüre («Gutachten und Vorschläge betreffend die Förderung von Handel und Gewerben im Kanton Bern», 1865), befürwortete die frühere Entlassung der Kinder aus der Schule.

Im März 1868 wurde im Grossen Rathe eine Vermehrung der Schulinspektorate erheblich erklärt.

An das dringendste Bedürfniss aber wagte der mit Finanznöthen kämpfende Grosse Rath gar nicht zu denken: eine nochmalige Besoldungsaufbesserung. Waren doch schon im Jahr 1867 von 1542 Schulen 133 provisorisch, 13 gar nicht besetzt, obschon in den letzten Jahren je gegen 60 Lehrer und gegen 50 Lehrerinnen patentirt wurden. Es wurde aber statistisch nachgewiesen, dass

*) Im Jahre 1871 wurden in 1436 Arbeitsschulen 41,612 Mädchen unterrichtet.

jährlich ungefähr 20 Lehrer und 7 Lehrerinnen durch Annahme einer andern Beschäftigung im Kanton oder durch Auswanderung, also in der Regel aus ökonomischen Gründen, dem Lehrerstande verloren gingen; das gesetzliche Minimum reichte offenbar nicht mehr aus!

Schon die Rücksicht auf die oben genannten Beschlüsse des Grossen Rathes, dann aber auch die Voraussicht, dass eine Erhöhung der Besoldung nicht ohne anderweitige vom Publikum verlangte Zugeständnisse durchgehen werde, veranlassten die Erziehungsdirektion (1868), eine Revision der ganzen Primarschulgesetzgebung an die Hand zu nehmen, selbst auf die Gefahr hin, damit manchen mit schwerer Noth errungenen Fortschritt wieder in Frage zu stellen.

In der That, es mussten noch viel mehr Konzessionen gemacht werden, als die Erziehungsdirektion, und dieser in der Hauptsache beistimmend, die Regierung und die vom Grossen Rathe zur Begutachtung des neuen Gesetzes aufgestellte Kommission, vorgesehen hatten.

Am 4. Juli 1869 hatte nämlich das Volk auf den Antrag des Grossen Rathes, mit 32,075 gegen 22,089 Stimmen ein Gesetz bestätigt, welches verlangte, dass alle Gesetze und überdies alle Beschlüsse, welche eine einmalige Staatsausgabe von mehr als Fr. 500,000 zur Folge haben, in Zukunft dem Volksentscheid unterworfen werden sollen.

Dies hatte zur Folge, dass nachträglich in der Grossrathskommission und alsdann auch im Grossen Rathe Abänderungen am Entwurfe gemacht wurden, welche nach der Ansicht des Referenten nur das Gute hatten, dass sie die Annahme des für den Bestand des Primarschulwesens nothwendigen Gesetzes durch das Volk ermöglichten. Es wurde dasselbe am 1. Mai 1870 mit 34,728 gegen 23,042 Stimmen angenommen und auf 1. April 1871 in Kraft gesetzt.

Die hauptsächlichsten neuen Bestimmungen dieses Gesetzes bestehen in Folgendem:

Die Unterrichtsgegenstände der Primarschule sind: christliche Religionslehre und zwar die evangelisch-reformirte in den reformirten, die römisch-katholische in den katholischen Schulen; Muttersprache bis zum richtigen und fertigen Gebrauch derselben in Rede und Schrift, Arithmetik und Raumberechnung, Schönschreiben, die Anfänge der Buchhaltung, die Elemente im freien und linearen Zeichnen, Gesang, Geographie und Geschichte, insbesondere der Schweiz, mit Berücksichtigung unserer Verfassungsentwicklung, das Wissenswertheste aus der Naturkunde, und, für Knaben: körperliche Uebungen, für Mädchen: weibliche Handarbeiten. Fakultative Fächer der Oberschulen sind Französisch (Deutsch) und Geometrie.

Jedes Kind wird schulpflichtig vom Beginn der Sommerschule des Jahres an, in welchem es bis und mit dem 31. März das sechste Altersjahr zurückgelegt hat. Die Schulpflicht dauert neun Jahre, jedoch können Kinder,

von welchen durch amtliche Prüfung constatirt ist, dass sie ihr Primarschulpensum erfüllt haben, schon vorher aus der Schule entlassen werden.

Die Sommerschule dauert 12 bis 20 Wochen, die Winterschule wenigstens 20 Wochen; letztere beginnt spätestens den ersten Montag im November. Die Zahl der täglichen Schulstunden beträgt auf der ersten Schulstufe im Sommer drei bis vier, im Winter vier bis fünf, auf der zweiten und dritten Schulstufe im Sommer wenigstens drei, im Winter fünf bis sechs Stunden. Im Winter dürfen von den obligatorischen Stunden, wo sie wenigstens dreissig betragen, drei für den Unterricht in den weiblichen Handarbeiten verwendet werden, den Katechumenen sind nöthigenfalls zwei Halbtage für den kirchlichen Religionsunterricht frei zu geben.

In industriellen Ortschaften kann für die zwei letzten Schuljahre mit Bewilligung der Erziehungsdirektion, bei abtheilungsweisem Schulbesuch, die Schulzeit für jede einzelne Abtheilung auf 12—15 Stunden per Woche reduziert werden, unter der Bedingung, dass die Gesamtzahl der jährlichen Schulwochen wenigstens 44 betrage.

Die Handhabung des Schulfleisses ist im Ganzen gleichgefasst wie im Gesetz vom 1. Dezember 1860.

Die Kinder sind nicht gehalten, dem Religionsunterricht einer andern Kirche beizuwohnen.

Neue Schulgemeinden können nur gebildet werden auf das Verlangen der Eltern von wenigstens 80 schulpflichtigen Kindern, welche von der nächsten öffentlichen Primarschule zu weit entfernt sind. Keine Schulklasse kann, wenn ungetheilt, über 70, wenn getheilt, über 80 Kinder zählen.

Die Einwohnergemeinden können die Erhebung von Schulgeldern beschliessen. Dieselben dürfen, unter Einrechnung der Mädchenarbeitsschule (für welche das Gesetz vom 23. Juni 1864 in Kraft verbleibt) halbjährlich bis Fr. 1 für ein Kind, bis Fr. 2 für mehrere Kinder derselben Familie, sofern sie nicht unterstützt ist, betragen; in Gemeinden, welche für jede Schulstelle eine Besoldung von wenigstens Fr. 800 bezahlen, das Doppelte.

Die Gemeinden haben jeder Lehrerstelle anzuweisen: 1) Eine anständige freie Wohnung, auf dem Lande mit Garten; 2) drei Klafter Tannenholz oder ein entsprechendes Maass eines andern Brennmaterials, frei zum Hause geliefert; 3) eine Baarbesoldung von je Fr. 450 jährlich. Je eine Schulstelle eines jeden Schulkreises soll überdies eine halbe Juchart Pflanzland oder eine Entschädigung von Fr. 50 erhalten. Der Staatsbeitrag an arme Gemeinden wird auf die Summe von Fr. 20,000 herabgesetzt.

Uebrigens verabreicht der Staat den Lehrern und Lehrerinnen folgende Zulagen:

Patentirte Lehrer und Lehrerinnen erhalten vom
1.—5. Dienstjahr Lehrer Fr. 150, Lehrerinnen Fr. 100
6.—10. „ „ „ 250, „ „ 100

11.—16. Dienstjahr Lehrer Fr. 350, Lehrerinnen Fr. 150
16. „ an „ „ 450, „ „ 200
Unpatentirte „ „ 100, „ „ 50

Lehrer gemeinsamer Oberschulen erhalten überdies noch eine Staatszulage von Fr. 200, unter der Bedingung, dass die Gemeindebesoldung wenigstens Fr. 750 betrage.

Betreffend die Erstellung von Schullokalitäten wird nur eine wesentliche Aenderung gemacht: der Staatsbeitrag wird auf 5 % der Devissumme herabgesetzt.

Auch bezüglich der Verwaltung der Schulgüter bleiben im Ganzen die Bestimmungen des früheren Gesetzes, nur müssen die Rechnungen alljährlich abgelegt werden.

Die Stellung der Lehrer wird wesentlich verändert: nach dem neuen Gesetze werden die patentirten Lehrer von der Einwohnergemeinde auf sechs Jahre gewählt; wer sich an eine Schule hat wählen lassen, ist verpflichtet, dieselbe wenigstens ein Jahr lang zu leiten.

Der Regierungsrath kann solche patentirte Lehrer, welche in Folge der Abnahme ihrer Kräfte nicht mehr genügen, nach dreissigjährigem Schuldienst, Lehrerinnen nach fünfundzwanzigjährigem Dienst, in Nothfällen schon vorher, mit einer Pension, welche je nach den Dienstjahren Fr. 240—360 beträgt, in den Ruhestand versetzen. Zu diesem Zwecke wird der Kredit für Leibgedinge auf Fr. 24,000 erhöht.

Die Zahl der Primarschulinspektoren wird auf zwölf erhöht; für deren Besoldung und für Reiseentschädigungen wird ein Kredit von (nur) Fr. 24,000 ausgesetzt.

Die in diesem Gesetze in Aussicht gestellten Staatsbeiträge können den Gemeinden, welche das Gesetz nicht halten, entzogen werden. Beim Inkrafttreten des Gesetzes können die Lehrer einer Neuwahl unterworfen werden.

Die Annahme dieses Gesetzes zog eine Menge neuer Verordnungen nach sich: einen neuen Unterrichtsplan, ein neues Reglement über Primarlehrerpatentprüfungen, ein neues Regulativ über den Austritt aus der Schule vor Ablauf der gesetzlichen Schulzeit, ein neues Reglement über die Obliegenheiten der Volksschulbehörden, eine Verordnung über Ertheilung der Leibgedinge etc.; auch eine neue Organisation der Lehrerkasse, welcher beizutreten mit diesem Gesetz die gesetzliche Pflicht wieder wegfällt, wird nothwendig werden.

Das Primarschulgesetz von 1870, von der Lehrerschaft mit Freuden begrüsst und vom Volk mit einer immerhin bemerkenswerthen Mehrheit angenommen, schien allen Interessen zu genügen; das Volk glaubte dabei leben zu können und die Lehrer auch. Sind wir am Ziele angelangt, dem die Schulgeschichte eines republikanischen Volkes zusteuern muss?

Ein näheres Eingehen auf die thatsächlichen Verhältnisse dürfte beweisen, dass einerseits das Gesetz selbst und zwar theilweise in Folge der ihm aufgedrungenen Konzessionen, hinter seiner Aufgabe, und dass vollends

die Wirklichkeit hinter den Forderungen des Gesetzes noch weit zurückbleibt. Fragen wir zunächst nach der Hauptsache: wie erfüllt die Primarschule ihr Pensum?

Es ist gar kein Zweifel, dass unsere Primarschule seit den Fünfziger Jahren sich ganz umgestaltet hat; in der Gefahr schwebend, auf die Stufe der alten auswendig-lernenden Kirchenschule zurückzufallen, ist sie in Folge der Fusion wieder zur demokratischen Volksschule geworden, welche nicht allein Christen, sondern auch gute Bürger und nützliche verständige Menschen erzieht. Ohne dass ihr Pensum überladen wäre, umfasst dasselbe doch Alles, was zur Erreichung dieses Zieles nöthig ist. Aber, sagt der letzte Verwaltungsbericht der Erziehungsdirektion, das Ziel des Unterrichtsplanes wird, einige wenige Elementarklassen ausgenommen, noch von keiner Volksschule vollständig erreicht, wohl aber in einigen Fächern.

Im Religionsunterricht wird im Ganzen Befriedigendes geleistet, besonders in der biblischen Geschichte; dagegen ist es eine stehende Klage, dass der in inniger Beziehung zu dieser Geschichte stehende Memorirstoff in manchen Schulen noch von demselben abgelöst und mechanisch eingeprägt wird; in den katholischen Schulen wird vollends die biblische Geschichte dem Memoriren des Katechismus geopfert. Im Lesen ist nach langem Kampfe die Lautfirmethode durchgedrungen und durch die Schreiblese-methode in eine organische Verbindung mit dem Schreiben gekommen; auch der Anschauungsunterricht bricht sich Bahn; der mündliche und schriftliche Gedankenausdruck bessert sich; nur ganz langsam auch das grammatische Verständniss.

Am besten wird das Rechnen betrieben, wenn auch noch immer über zu schnelles Fortschreiten und Vernachlässigung des Kopfrechnens geklagt wird.

Geschichte und Geographie, wenn auch mancherorts, namentlich im Jura, noch zu sehr von der Karte abgelöst und mechanisch, werden im Ganzen gut betrieben. Der Unterricht in der Naturkunde dagegen ist noch sehr zurück, es fehlt theils am Lehrer, theils an Veranschaulichungsmitteln, ohne welche dieser Unterricht nicht möglich ist.

Der Gesang wird im alten Kanton gut gepflegt, im Jura aber, namentlich im katholischen, ist er sehr zurück.

Das Schreiben wird ordentlich gepflegt, weniger das Zeichnen, welches meist nur in mechanischem Kopiren der Vorlagen besteht.

Ueber die weiblichen Handarbeiten haben wir uns schon ausgesprochen.

Das Turnen, vor Erlass des Gesetzes in jedem Landestheil nur von etlichen Schulen betrieben, bricht sich zwar Bahn; noch in vielen Schulen aber kann in diesem Fach wegen mangelnder Lokalitäten oder Alter des Lehrers Nichts geschehen.

(Es wurden in den Jahren 1871 und 1872 mit den Lehrern unter 50 Jahren im ganzen Kanton Spezialkurse

abgehalten, um wenigstens die noch jüngeren Lehrer zu diesem Unterricht anzuleiten.)

Das Französische, ein fakultatives Fach, wird nur in wenigen deutschen Schulen betrieben; natürlich kann dieser Unterricht nur die Anfangsgründe behandeln.

So steht es mit dem in den Primarschulen gegebenen Unterricht, wie er sich den Augen des Schulinspektors darstellt. Wenn derselbe aber auch ein noch vortrefflicherer, ein tadelloser wäre, was er noch lange nicht ist, so würde damit gleichwohl nicht ausgeschlossen sein die Möglichkeit, dass ein erheblicher Theil der heranwachsenden Jugend selbst der elementarsten Bildung ermangelt.

Und Letzteres scheint denn auch noch immer der Fall zu sein. Da vernehmen wir z. B. — um von nicht offiziellen Kundgebungen zu schweigen — aus dem offiziellen bernischen Bericht über die Infanterierekrutenprüfungen des Jahres 1872, dass von 1675 Geprüften 19 Mann oder 1,13 % nicht lesen, 31 Mann oder 1,85 % nicht schreiben, 64 Mann oder 3,82 % (!) gar nicht rechnen konnten*). Der eidgenössische Verwaltungsbericht pro 1872 führt an, dass bei einzelnen Abtheilungen der Scharfschützenrekruten sich eine mangelhafte Schulbildung bemerkbar gemacht habe bei Angehörigen der Kantone Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Freiburg, Wallis.

Wie reimt sich Das zusammen? Werden durch solche Erscheinungen nicht die Anklagen Derjenigen bestätigt, welche unser ganzes Schulsystem und namentlich die lange Schulzeit anklagen und geradezu die Behauptung aufstellen, dass bei kürzerer Schulzeit mehr herauskäme? Auf solche Gewaltkuren nach der Methode des Doktor Eisenbart wird man aber hoffentlich so lange nicht eingehen, als nicht nachgewiesen wird, dass die Bildungslosen in Folge der langen Schulzeit zurückgeblieben. Die schon früher von uns gemachte Erfahrung, dass gerade in solchen Gemeinden, welche die Schulabsenzen dem Richter nicht anzeigen, über 25 % der aus der Schule Tretenden nicht lesen können, bestätigt sich auch hier; die Unwissenheit rührt eben vom Nichtbesuch oder schwachen Besuch der Schule her.

Wie es mit der Handhabung der langen *Schulzeit* aussieht, lehrt uns die Statistik. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1870 waren im Schuljahr 1871/1872 bei einer Bevölkerung von 506,465 Einwohnern schulpflichtig 101,076 Kinder**). Die öffentlichen Primar-

*) Am schwächsten bestanden die Rekruten aus den Amtsbezirken Freibergen, Frutigen, Oberhasle, Laufen, Seftigen, Delsberg, Schwarzenburg, Signau, Münster, Pruntrut, Trachselwald, am besten die — Nichtberner.

**) Im Schuljahr 1871/72 waren schulpflichtig protestantischerseits alle vom 1. Januar 1856 bis 1. April 1865 Gebornen; katholischerseits alle vom 1. April 1856 bis 1. April 1865 Gebornen, bei den Einen also der Jahrgang 1856 ganz, bei den Andern drei Viertel desselben (man vergleiche Tabelle IV).

Diese wurden den Volkszählungsarbeiten vom 1. Dezember 1870 entnommen; von dem daherigen Resultat wurden die im Jahr 1871 im Alter von 5 bis und mit 14 Jahren Gestorbenen abgezogen.

schulen waren besucht von 88,703, die Sekundarschulen von 2981, die höheren Schulen, die Spezial- und Armenanstalten und die Privatschulen von 3790 Kindern des schulpflichtigen Alters, zusammen 95,474. Es bleiben somit 5602, welche die Schule — nicht gar nicht besucht, aber — zu früh verlassen haben. Ein Blick auf Tabelle III und IV beweist, dass gerade in denjenigen Amtsbezirken, welche bei den Rekrutenprüfungen schwach bestanden, die Kinder nach dem 14. Altersjahr die Schule nicht mehr besuchen, wodurch jenes Manko grösstentheils entstanden ist *).

Noch bedenklicher gestaltet sich aber die Sache, wenn wir erwägen, wie schlecht der *Schulbesuch* der übrigen der Schule verbliebenen Kinder durchschnittlich ist. Unsere statistische Tabelle III gibt uns einmal die Zahl der in einem Jahr von den Primarschülern *unentschuldigt* versäumten Schulhalbtage; sie beträgt über $1\frac{1}{2}$ Millionen! Und Dieses, nachdem man unmittelbar vorher das Gesetz nach den Wünschen des Volkes revidirt (Verminderung der Schuljahre, der Schulwochen im Sommer, sogar der Schulstunden) und hernach das Gesetz vom Volke selbst hat bestätigen lassen. Das Gesetz sagt, was in solchem Falle zu thun sei: die Schulkommissionen haben die Fehlbaren dem Richter anzuzeigen, säumige Schulkommissionen, deren es nach den Amtsberichten der Regierungstatthalter eine Unmasse gibt, sind von letzteren an ihre Pflicht zu erinnern. Aus unseren Durchschnittstabellen geht nun zwar nicht hervor, wie viele Schüler über einen Drittel, und im Wiederholungsfalle über einen Sechstel unentschuldigte Abwesenheiten haben; soviel aber ist von vorneherein gewiss, dass in Amtsbezirken mit 50—100,000 und mehr unentschuldigten Abwesenheiten etwas faul ist; und wenn nun gerade diese Amtsbezirke am wenigsten Anzeigen gemacht (z. B. Delsberg 9 bei 48,233 unentschuldigten Abwesenheiten, Freibergen 51 bei 73,691, Wangen 91 bei 51,691, Signau 192 bei 104,895, Seftigen 87 bei 64,169, Nidersimmenthal 32 bei 20,053 u. s. w.), so haben wohl gegen die Hälfte der Schulkommissionen in der Regel die Anzeigen unterlassen. Noch erklärlicher werden uns die vielen unentschuldigten Absenzen, wenn wir in die früheren Jahre zurückblicken und sehen, wie wenige Bestrafungen in einigen notorisch zurückstehenden Amtsbezirken wegen Schulunfleiss vorgekommen (z. B. im Amtsbezirk Pruntrut 1869: 10, 1870: 6 Bestrafungen, Freibergen 1869: 13; 1870: 4; Büren 1869: 17; 1870: 51; Laupen 1869: 27; 1870 wieder 27; Saanen 1869: 4; 1870: 99 u. s. w.). Gegenüber solcher flagranten Missachtung des Gesetzes bleibt der Regierung Nichts übrig,

*) In der Stadt Bern stehen nur 15 % der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter; 14,6 % besuchen die Schule. Ersteres hat Bern mit andern wachsenden Städten gemein; Letzteres erklärt sich dadurch, dass in Bern von Alters her manche Kinder durch Hauslehrer oder in kleineren Privatschulen unterrichtet werden, ohne Kenntniss und Kontrolle der Staatsbehörden.

als unter Anwendung desselben den nachlässigen Gemeinden die Staatsbeiträge zu entziehen.

Vielleicht wird man auch für diesen Uebelstand die Schulinspektoren verantwortlich machen wollen. Hierauf ist nur zu bemerken, dass der über die Schulinspektion verstimmte Souverän bei Erlass des neuen Gesetzes den Inspektoren die zur Erfüllung ihrer Pflicht nothwendigen Mittel verweigert und nachträglich auch ein dieselben mitbetreffendes Besoldungsgesetz verworfen hat. Wir haben die Schulinspektoren dem Namen nach beibehalten, aber die Sache gefährdet; denn mit einer durchschnittlichen Besoldung von Fr. 2000, Reiseentschädigungen inbegriffen, können die Inspektoren nicht mehr ausschliesslich ihrem Amte leben, wie es nöthig wäre. Was das aber für Folgen hat, wenn der Erziehungsdirektion nicht die zur Erfüllung ihrer Aufgabe nöthigen Fachmänner zur Verfügung stehen, das hat der Kanton Bern lange genug erfahren müssen.

Auch in Betreff der *Lehrerbesoldungen* muss es noch besser kommen, wenn unsere Schule ihre Pensum erfüllen soll. Das neue Gesetz hat zwar für die Verhältnisse des Jahres, in welchem es den Behörden vorgelegt wurde (1868), namhafte Verbesserungen gebracht; es enthält mit seinem Minimum von Fr. 450 gegenüber dem früheren von Fr. 280, auf welchem Ende 1867 noch 664 Lehrer standen, sowie mit der nach 20 Dienstjahren eintretenden Staatszulage von Fr. 450, welche über 500 Lehrern zu Theil wurde, einen namhaften Fortschritt. Dass aber bei den seither gewaltig gesteigerten Preisverhältnissen genanntes Minimum nicht mehr genügt, geht schon daraus hervor, dass schon im Jahr 1871 93 Schulen entweder nur provisorisch oder gar nicht besetzt werden konnten, Ende 1872 aber vollends 117 provisorisch und 19 unbesetzt waren. Was aber die ferneren Folgen ungenügender Lehrerbesoldung sind, ist zu bekannt, als dass hierüber Weiteres nöthig wäre. Bereits sind auch andere Kantone mit gutem Beispiel vorangegangen. Im Kanton Zürich beträgt das Minimum der Primarlehrerbesoldung Fr. 1200, nebst Wohnung, Holz und Pflanzland, mit Alterszulagen von Fr. 100—400; im Kanton Glarus Fr. 1000 nebst Wohnung oder Fr. 200 Entschädigung; im Kanton Solothurn Fr. 900 nebst Wohnung und Holz; im Kanton Neuenburg für Primarlehrer Fr. 1200, für Lehrerinnen Fr. 800; im Kanton Waadt für Primarlehrer Fr. 800 nebst Alterszulagen bis Fr. 200; für Primarlehrerinnen Fr. 500, nebst Alterszulagen bis Fr. 150, wozu noch für Lehrer und Lehrerinnen ein Schulgeld von Fr. 3 per Kind kommt; im Kanton Thurgau Fr. 1000 nebst freier Wohnung und einer halben Juchart Pflanzland.

Will der Kanton Bern seine Schulen in der Hand tüchtiger Lehrer und nicht in derjenigen von unpatentirten Stundengebern sehen, will er diesen Lehrern die Möglichkeit verschaffen, ihrem Amte mit ganzem Herzen und voller Freude zu leben, so muss er ihnen eine Besoldung sichern, bei welcher sie bestehen können.

Endlich sind noch einmal die *überfüllten Schulen* zu erwähnen. Nach dem Verwaltungsbericht pro 1871 zählen 82, nach demjenigen pro 1872 95 Schulen mehr Kinder als das gesetzliche Maximum. Was kann aber in Schulen von 90, 100 oder mehr Kindern geleistet werden?!

Es ist wahrhaftig nichts Angenehmes, solche Schäden an's Tageslicht zu ziehen. Da aber die Gegner der Volksschule mit Lust immer auf die mangelhaften Resultate derselben hinweisen, so muss doch auch gesagt werden, was die Ursache davon ist, damit man der ohnehin Darbenden nicht etwa wieder mit Hungerkuren zu Hülfe komme.

Noch haben wir der *Kleinkinderschulen*, welche ebenfalls vom Staate eine Unterstützung (Fr. 36 per Jahr) erhalten, wieder einmal zu gedenken. Es wurden deren im Jahr 1872 35 unterstützt, von welchen die meisten in den Städten und im industriellen Jura sich befinden. Dieselben sind mehr Gaumschulen als Unterrichtsanstalten, für Eltern berechnet, welchen es zum Hüten der Kinder an Zeit fehlt. Soll der Staat noch ferner für diese Schulen etwas thun, so dürfte er einige Bedingungen stellen, durch welche wenigstens ein unzweckmässiges Eingreifen in den Primarunterricht verhindert und eine dem Alter der Kinder angemessene Beschäftigung derselben gesichert würde.

Da die *Armenanstalten* in Bezug auf den Unterricht eigentlich auch zu den Primarschulen gehören, so möge hier auch beigelegt werden, was in dieser Periode auf diesem Gebiete geschehen.

Von dem Wahne, es sei möglich, die unterstützungsbedürftigen Kinder überhaupt in öffentlichen Anstalten zu erziehen, war man nach Anhandnahme der Armenfrage bald zurückgekommen; die nächste Folge war eine Verminderung dieser Anstalten; es gingen schon Ende der Vierziger Jahre ein die Gemeindearmenanstalten in Sumiswald, Langnau und Landorf; ferner 1848 die vom christlichen Volksbildungsverein gegründete auf Langnau-Berg, und 1854 diejenige in Bätwyl. Der Staat selbst wandelte durch Gesetz vom 2. September 1867 seine zwei Armenenerziehungsanstalten zu Aarwangen (früher Könitz) und Rüeggisberg in Rettungsanstalten um, um die vom neuen Strafgesetz von 1866 verlangten abgesonderten Strafanstalten für verurtheilte Kinder zur Verfügung zu haben.

Nichts desto weniger entstanden auch in dieser Periode neue Armenenerziehungsanstalten, vor Allem durch das grossartige Legat des Hrn. Johann Rudolf Schnell in Paris (Fr. 675,000) die Mädchenerziehungsanstalt Viktoria bei Bern 1861, sodann 1862 die Bezirksarmenenerziehungsanstalt bei Engistein, 1863 eine solche zu Courtelary und 1865 eine ähnliche in Saignelégier, letztere von französischen Lehrschwestern geleitet.

4. Spezielle Bildungsanstalten.

Das Organisationsgesetz vom 24. Juni 1856 zählt als solche auf: die Schulseminarien, die Taubstummenanstalten,

die Mädchenarbeitschulen (nunmehr zu den Primarschulen zu rechnen), die landwirthschaftlichen Schulen und die Handwerkerschulen.

a. Die Seminarien.

In welchem Zustande die Fünffziger Regierung dieselben zurückliess, wird unseren Lesern noch erinnerlich sein. Dass die zur Hälfte noch aus Mitgliedern jener Regierung bestehende Fusionsregierung unmöglich sogleich das von ersterer auf diesem Gebiete Angeordnete über den Haufen stossen konnte, ist begreiflich; sie suchte mit den bestehenden Vorschriften auszukommen, indem sie die Lehrerstellen an diesen Anstalten möglichst gut besetzte und die Seminaristen und Stipendiaten gehörig prüfte (siehe das Aufnahmsreglement vom 13. März 1857). Auch leisteten diese Seminarien in Normalkursen und Wiederholungskursen durchaus Das, was bei der reduzierten Zahl der Lehrkräfte und der kurzen Seminarzeit möglich war. —

So konnte aber die Sache nicht bleiben; ein Mehreres war dringend nöthig auf dem Gebiete der Lehrerbildung.

Das *Gesetz über die Lehrerbildungsanstalten vom 28. März 1860* verlangt ein Lehrer- und ein Lehrerinnenseminar für den deutschen und ebenso für den französischen Kantonstheil (also auch im letzteren wieder zwei paritätische Seminarien). Der Kurs soll an den Lehrerseminarien drei, an den Lehrerinnenseminarien wenigstens zwei Jahre dauern. Lehrkräfte und Fächer werden vermehrt, für die Lehrerseminarien werden ausdrücklich genannt: christliche Religionslehre, Erziehungs- und Unterrichtslehre, deutsche Sprache, die Elemente der französischen Sprache, Mathematik, Naturkunde, mit Berücksichtigung der Haus- und Landwirthschaft, Geschichte, Geographie, Schönschreiben in Verbindung mit Buchhaltung, Zeichnen, Gesang, Klavier-, Orgel- und Violinspiel, körperliche Uebungen, Anleitung zu landwirthschaftlichen Arbeiten; bei den Lehrerinnenseminarien werden Musik, Turnen und landwirthschaftliche Arbeiten nicht ausdrücklich vorgeschrieben, sondern Abweichungen in dieser und andern Beziehungen gestattet. (An die Stelle der genannten Fächer treten die weiblichen Handarbeiten.)

Die Lehrerseminarien werden vom Staate ganz in Regie geführt, an den Lehrerinnenseminarien liefert der Staat nur Lokal und Mobiliar und sichert dann dem Direktor ein festes Kostgeld per Zögling zu. Die Zöglinge zahlen an die Verköstigung wenigstens Fr. 100 per Jahr, Vermögliche nach Verhältniss mehr; nach Erlangung des Patents haben sie wenigstens drei Jahre eine Stelle an einer öffentlichen Schule im Kanton zu versehen. Die Lehrer werden vom Regierungsrathe auf sechs Jahre gewählt; die Besoldungen sind etwas knapp angesetzt. Die Zahl der Zöglinge beträgt am deutschen Lehrerseminar höchstens 120, am französischen höchstens 30, an den Lehrerinnenseminarien höchstens 15. In Verbindung mit

dem Lehrerseminar in Pruntrut wird eine Musterschule von 40 Zöglingen, welche ein Kostgeld von wenigstens Fr. 80 bezahlen, beibehalten, während den andern Seminarien die Schulen des Orts für die praktischen Uebungen dienen. Es sollen alljährlich an den Seminarien Fortbildungskurse für diejenigen patentirten Lehrer stattfinden, welchen die Erziehungsdirektion die Theilnahme an denselben gestattet, oder welche sie dazu berufen wird; die Theilnehmer erhalten vom Staate Unterricht und Kost frei. —

Bei Durchführung dieses Gesetzes wurde das Seminar in Münchenbuchsee gänzlich reorganisirt (September 1860). Auch der sonst tüchtige Seminardirektor Morf (dessen Amtsdauer indessen längst abgelaufen war) wurde ungeachtet der Empfehlung durch die vorberathenden Behörden beseitigt, da man ihn mit dem Fünfziger System, das ihn berufen hatte, identifizierte.

In Delsberg wurde das paritätische Lehrerseminar erst am 15. November 1861 wieder eröffnet.

Die sämmtlichen vier Seminarien haben seither stets Tüchtiges geleistet; eine Unterbrechung erlitt einzig dasjenige von Hindelbank, dessen Direktor im Jahr 1865 die Leitung des Seminars aufgab, aber erst 1868 auch die Pfarrei verliess, was den Staat, welchem gerade keine andere passende Lokalität zu Gebote stand, zwang, während dieser drei Jahre kein deutsches Lehrerinnenseminar zu halten.

In jedem der vier Seminarien wurde ungefähr alle zwei Jahre ein Wiederholungskurs abgehalten, welcher sich in der Regel auf die gesammte Schulpädagogik erstreckte; nur in Münchenbuchsee wurden zwei Male (1864 und 1868) bloss Gesangdirektorenkurse und zwei Male (1867 und 1869) Kurse über den Realunterricht gehalten. Der thatkräftige Direktor des letzteren Seminars leitete überdies im Jahr 1869 einen Wiederholungskurs in Laufen, nachdem eine in diesem Amtsbezirke angeordnete Spezialinspektion allerlei Mängel an's Tageslicht gebracht hatte.

Mitten während dieser segensvollen Wirksamkeit standen die Seminarien eine Zeit lang in der Gefahr, von Neuem in die politischen Kämpfe hineingezogen zu werden. Die in einem freieren Geiste geleiteten Staatsanstalten hatten im alten Kanton und im Jura von Privaten gegründete Konkurrenzanstalten, in ersterem die schon früher genannte «Neue Mädchenschule in Bern» und das ebenfalls unter pietistischer Leitung stehende Lehrerseminar auf dem Muristalden (erbaut 1863), im Jura die beiden Frauenklöster, dasjenige der Ursulinerinnen in Pruntrut (welches nach Grossrathsbeschluss vom 9. Februar 1849 aufgelöst sein sollte) und dasjenige der barmherzigen Schwestern in St. Ursitz (welche im Dezember 1853 vom Grossen Rathe nur die Bewilligung erhalten hatten, an der «Primarschule in St. Ursitz» Unterricht zu erteilen). Die Protektoren dieser Konkurrenzanstalten waren natürlich die Gegner der Staatsseminarien.

Als nun die Staatsverwaltung in Folge ihrer Eisenbahnpolitik von 1865 an mehrere Jahre hindurch erhebliche Defizite machte, wuchs die Kraft der mehr und mehr der Regierung sich gegenüberstellenden konservativen Partei. Im Jura hetzte die Geistlichkeit gegen die Seminarien; einige Lehrschwestern, welche von der Erziehungsdirektion zu einem Wiederholungskurs im Seminar zu Delsberg einberufen waren, liessen sich durch dieselbe verleiten, ihre Theilnahme zu verweigern, während sie nach einem Schreiben des Dekan Vautrey an die Erziehungsdirektion (August 1865) sich bereit erklärten, einen solchen Kurs im Kloster zu St. Ursitz zu machen; im Seminar zu Pruntrut gab es in Folge einiger unbesonnenen Reden über kirchliche Dinge eine durch die Geistlichkeit geschürte vorübergehende Störung; in der Novembersitzung des Grossen Rathes (1865) wurde der im Seminar in Münchenbuchsee eingeführte Leitfaden für den Religionsunterricht («Die heilige Schrift», — — von Ed. Langhans, Seminarlehrer, Bern, 1865), ein treffliches, im Geiste der spekulativ-kritischen Tübingerschule geschriebenes Büchlein, Gegenstand einer Interpellation. Als im Mai 1866 die Grossrathswahlen der Opposition fast die Hälfte der Stimmen verschafften, brach der Sturm los, sowohl gegen den für die Seminarien einstehenden Erziehungsdirektor Kummer, dessen Wiederwahl eine Zeit lang mit Erfolg bestritten wurde, als auch gegen die Seminarien. Im Jura befahlen einige Gemeinden ihren Behörden, dem damaligen Gesetze zuwider, nur Lehrschwestern anzustellen und als die Erziehungsdirektion in einem Spezialfall die Bestätigung verweigerte, wurde die Angelegenheit auf dem Wege der Beschwerde vor den Grossen Rath gebracht. Noch direkter wurde das Seminar in Münchenbuchsee angegriffen. Nachdem schon im Juni 1866 die reformirte Kirchensynode sich mit dem dortigen Religionsunterricht befasst und schliesslich öffentlich erklärt hatte, «sie bekenne sich frei und unumwunden zu dem göttlichen Ansehen der heiligen Schrift, als der Urkunde der göttlichen Heilsoffenbarung, und es sei die Verneinung desselben unverträglich mit dem Bestande der evangelisch-reformirten Kirche; sie müsse deshalb im Interesse des einheitlichen Zusammenwirkens von Schule und Kirche wünschen, dass im Religionsunterrichte «des» Seminars dieses oberste Prinzip der reformirten Kirche jeder Zeit zur Geltung gebracht werde», beschloss am 29. November der Grosse Rath auf den Antrag des Hrn. O. v. Büren, «der Regierungsrath sei eingeladen, Vorsorge zu treffen, dass der Religionsunterricht im Seminar zu Münchenbuchsee nicht im Widerspruch mit der Autorität der heiligen Schrift und der Lehre der Landeskirche erteilt werde». Ein ähnlicher gegen die jurassischen Seminarien gerichteter Antrag des Hrn. Grossrath Folletète blieb in Minderheit.

Die Erziehungsdirektion übergab nun vorerst dem Regierungsrath einen amtlichen Bericht über die Orden

und Ordensschwestern im Jura, welcher mit dem Antrag schloss, durch ein Gesetz die Angehörigen von Orden von der Bekleidung öffentlicher Schulstellen auszuschliessen. Vergebens versuchte der Bischof von Basel in offenen Zuschriften an die Regierung, die Erziehungsdirektion und den Grossen Rath mit Berufung auf die ihm zustehende geistliche Jurisdiktion über die Schulschwestern deren Stellung zu sichern und das Auftreten der Erziehungsdirektion als einen Eingriff in seine Rechte darzustellen; der amtliche Bericht über die bedauerliche Rolle, welche seit Jahrzehnten die Staatsbehörden in dieser Frage gespielt, bewog die Majorität des Grossen Rathes am 5. März 1868 zur Annahme eines Gesetzes, welches die fernere Anstellung von Ordensangehörigen an Primarschulen verbot, gegen welches alle Drohungen und alle Rekurse an die Bundesbehörden ohne Erfolg blieben.

In derselben Sitzung ging der Grosse Rath auch über den im November 1866 erheblich erklärten Antrag *v. Büren* zur Tagesordnung über. Die Staatswirthschaftskommission, welche sich der Frage angenommen hatte, wollte zwar die Kirchensynode, deren Beschluss von beiden Seiten angerufen wurde, um eine Interpretation desselben ersuchen, was aber von der Mehrheit des Grossen Rathes abgelehnt wurde.

Damit legte sich der Seminarsturm, ohne Schaden gethan zu haben. Er hatte indessen bei der bald nachher beginnenden Debatte über das neue Primarschulgesetz die Folge, dass der konfessionelle Religionsunterricht etwas stärker betont wurde. Die Seminarien sind indessen auch seither wieder, wenn auch in anderm Geiste, Gegenstand von Verhandlungen geworden, einerseits in Folge der Diskussionen im schweizerischen Lehrerverein und in der bernischen Schulsynode, andererseits veranlasst durch einen Gesetzesentwurf der bernischen Erziehungsdirektion über die Lehrerbildungsanstalten. Der letztere war namentlich veranlasst durch die allzu geringen Besoldungen der Seminarlehrer und das allzukleine Maximum der an Lehrerinnenseminarien zulässigen Schülerzahl. Der neue Entwurf beantragt Erhöhung der Besoldung und des Kostgeldes, Verlängerung der Seminarzeit, Vermehrung der Seminarien, die Ermöglichung von Seminarien ohne Konvikt und die Aussetzung eines Stipendienkredits für Sekundarlehrerkandidaten. Dagegen trat dieser Entwurf nicht ein auf den Gedanken, auch die Primarlehrer ihre Studien am Gymnasium und an der Hochschule machen zu lassen, und zwar aus dem Grunde, weil eine solche Vorbildung in keinem Verhältnisse steht zu den Anforderungen, welche bei den Patentexamen und in der Primarschule selbst an die Lehrer gemacht werden dürfen, und die Kosten einer solchen Vorbildung in keinem Verhältnisse zu den Besoldungen der Primarlehrer.

b. Taubstummenanstalten.

1. Diejenige für Knaben in Friesenberg wird, den Zins einiger Legate abgerechnet, ganz vom Staate be-

stritten. Sie zählt in der Regel 60 Zöglinge, im Alter von 8—16 Jahren, in fünf Klassen, welchen der Direktor und vier Hilfslehrer vorstehen (letztere aus lokalen und finanziellen Gründen öfter wechselnd). Es werden, mit Ausnahme des Gesanges, alle Primarschulfächer betrieben, ganz vorzüglich das Turnen, welches diesen Knaben, ihrer meist schwächlichen Konstitution wegen, besonders nothwendig ist; besondere Sorgfalt wird auf das Sprechenlernen, sowie auf die Erlernung eines Berufs (Schusterei, Schneiderei, Schreinerei, Weberei) gelegt, damit die in der Regel ärmeren Familien angehörigen Zöglinge befähigt werden, sich selbstständig durch's Leben zu schlagen, was denselben auch meistens gelingt.

2. Die Mädchentaubstummenanstalt bei Bern ist noch immer ein von einem Vereine von Wohlthätern getragenes Privatinstitut; der Staat schiesst jährlich Fr. 2400 bei, verfügt aber über zehn Freiplätze. Die Mädchen werden in den Primarschulfächern und in den häuslichen Arbeiten unterrichtet. Beide genannten Anstalten erzielen mit bescheidenen Mitteln schöne Resultate, indem sie die Kinder für das praktische Leben möglichst vorbereiten.

Obschon das Primarschulgesetz von 1835 den Staat auch zur Fürsorge für bildungsfähige Blinde verpflichtete (§ 3), ist die im Jahr 1837 in Bern gegründete Blindenanstalt bis jetzt rein auf die Privatwohlthätigkeit angewiesen geblieben. Da die Anstalt Mühe hat, einmal aufgenommene Blinde auf eigene Füsse zu stellen, konnte bis jetzt kein starker Schülerwechsel stattfinden.

c. Landwirthschaftliche Schulen.

Nachdem der Grosse Rath durch einen Beschluss vom 14. April 1858 die Organisation einer solchen Schule provisorisch festgestellt und im Jahr 1859 den Ankauf des der Familie Fellenberg gehörenden Rüttegutes bei Zollikofen genehmigt hatte, konnte am 30. September 1860 diese Schule eröffnet werden. Da seither durch Gesetz vom 14. Dezember 1865 und durch Reglement vom 10. September 1866 die Organisation der Schule definitiv getroffen worden, so halten wir uns in der Darstellung derselben an die letztgenannten Aktenstücke.

Die Schule hat den Zweck, den jungen Landwirthen eine theoretische *und* praktische Ausbildung zu geben; die mit derselben verbundene chemische Versuchsstation soll auch Aufträge von Behörden, Vereinen und Privaten übernehmen.

Der Staat bewilligt der Schule ausser der zinsfreien Benutzung der Wohn- und Lehrgebäude einen jährlichen Kredit von Fr. 15,000.

Der Unterrichtskurs zerfällt in einen Vorkurs von einem und einen Hauptkurs von zwei Jahren. Die Aufnahme in den Hauptkurs erfolgt auf den Nachweis einer guten Primarschulbildung; wer in dieser Beziehung noch zurück ist, sowie Zöglinge, welche erst noch das Deutsche

zu erlernen haben, treten in den Vorkurs. Aufnahme nach zurückgelegtem 15. Altersjahr, Kostgeld Fr. 300, bei Nichtkantonsbürgern Fr. 450. Ordentliche Zahl der Zöglinge 50, sechs Freiplätze. Praktikanten können auf kürzere Zeit mit einem Kostgeld von Fr. 60 — 80 per Monat aufgenommen werden. Die Direktion des Innern und eine vom Regierungsrathe gewählte Aufsichtskommission von sieben Mitgliedern führen die Oberleitung. Der Vorsteher, welcher zugleich in den rein landwirthschaftlichen Fächern Lehrer ist, leitet den Unterricht und die ganze Wirthschaft; er entwirft den Wirthschaftsplan und, im Verein mit den andern Lehrern, den Unterrichtsplan und das Programm für allfällige Spezialkurse. Da alle auf der Gutswirthschaft vorkommenden Arbeiten möglichst von den Zöglingen selbst auszuführen sind, so wiegen im Sommer die praktischen Arbeiten vor (acht Arbeitsstunden gegenüber vier Lehrstunden, im Winter fünf bis sechs Stunden Unterricht gegenüber vier bis fünf Arbeitsstunden). Unterrichtsfächer des Hauptkurses sind Mathematik (Algebra, Planimetrie, Stereometrie, Feldmessen und Holzmesskunde mit Zeichnen von Plänen und Geräthen, landwirthschaftliche und forstwirthschaftliche Rechnungen), Naturkunde (Physik, Chemie, Mineralogie und Geologie, Botanik, Zoologie), Lehre der Landwirthschaft (Grundriss der Landwirthschaftslehre, Pflanzenbau, Betriebslehre, Haushaltungskunde, Grundverbesserungen, Geräthekunde und Bauwesen, Buchhaltung, Thierzucht, Thierheilkunde, landwirthschaftliche Botanik), Forstwirthschaft, bernische Ruralgesetzgebung; die erstgenannten allgemein wissenschaftlichen Fächer fallen in das erste Jahr. Für die forstwirthschaftlichen Fächer bestand in den ersten sechs Jahren eine eigene Abtheilung, die Waldbauschule, deren Zöglinge nach absolvirtem zweijährigen Kurse in der Regel das Unterförsterexamen bestanden; im Jahre 1866 wurde diese Abtheilung wieder aufgehoben.

Dass die landwirthschaftliche Schule bei der geringen Vorbildung, welche verlangt werden darf, und bei der kurzen Unterrichtszeit nicht leisten kann, was eine Ackerbau-Akademie, ist selbstverständlich; immerhin hat sie durch Heranbildung denkender Landwirthe, durch Einführung neuer Maschinen (eine permanente Gerätheausstellung soll hinzukommen) zu einer rationellen Betreibung der Landwirthschaft schöne Impulse gegeben. Daneben wurden auch kürzere Spezialkurse: Baumwärterkurse (1864, 1866, 1867, 1869), Käserkurse (1867, 1868), ein Hopfenbaukurs (1867), ein Flachsbereitungskurs (1868) abgehalten. (Die alljährlichen Hufschmiedkurse sind mit der Thierarzneischule in Bern verbunden.)

Neben der landwirthschaftlichen Schule arbeiten auch landwirthschaftliche Vereine, namentlich der schon im Jahr 1760 gegründete ökonomische Verein, für Verbreitung landwirthschaftlicher Kenntnisse durch Journale, Broschüren und Baumwärterkurse (zu Rüedtligen 1864, Kirchberg 1867, Ursenbach 1868, Wäckerschwend 1869)

und werden dabei von der Regierung mit jährlichen Beiträgen unterstützt.

Seit einigen Jahren, zuerst im Winter 1869/70, werden auch, angeregt und unterstützt durch den ökonomischen Verein des Obergeraargau's, in acht bis zwölf Gemeinden desselben während des Winters an Abenden landwirthschaftliche Fortbildungsschulen gehalten, an welchen durchschnittlich etwa zehn Schüler nach Tschudi's landwirthschaftlichem Lesebuch in der Landwirthschaft, dann aber auch in Geschichte, Verfassungskunde, Aufsatz unterrichtet werden. Noch etwas grossartiger packte der ökonomische und gemeinnützige Verein des Amtsbezirks Burgdorf, dem Beispiel des Kantons Waadt folgend, die Sache an. Im Jahre 1872 wurde in Burgdorf ein von ihm in's Leben gerufener, ganze zwei Monate (mit wöchentlich 33 Stunden) andauernder landwirthschaftlicher Kurs abgehalten in den Fächern: landwirthschaftliches Rechnen (Berechnung von allerlei Kulturserträgen etc.) und Geometrie, Elementarchemie, landwirthschaftliche Betriebslehre, Thierzucht und Thierheilkunde, Pflanzenbau und landwirthschaftliche Buchhaltung, Waldbau, Drainage, Geräthekunde, Lehre von den Witterungserscheinungen. Dieser Kurs, von neun Lehrern, alle Fachmänner, und 31 jungen Landwirthen besucht, kostete Fr. 1300, woran der Staat Fr. 400 beitrug. Die guten Erfolge desselben laden zu Wiederholungen ein. Wir konstatiren bei Anordnung dieses Fortbildungskurses den Sieg der Wahrheit, dass nur Derjenige etwas lehren kann, welcher im betreffenden Fach bewandert und geübt ist, nachdem man lange genug gemeint hat, der Primarlehrer, der im Seminar und später in der Praxis mit Anderem genug zu thun hat und bei einer schlechten halben Jucharte Pflanzland sich auch nicht zum Bauer ausbilden kann, solle nun auch noch die Bauern in ihrem eigenen Berufe unterrichten können. Würde man vielmehr dem Primarlehrer die Möglichkeit verschaffen, in der Schule sein allgemeines Schulpensum (zu welchem auch Naturkunde gehört) zu erfüllen, eine rationelle Landwirthschaft würde dabei mehr ermöglicht, als durch das Hineinstopfen von allerhand abgerissenen landwirtschaftlichen Spezialkenntnissen in den leeren Magen eines Primarschülers.

Dieselben Fachmänner, welche in Burgdorf mitgewirkt, und noch andere mehr, werden nunmehr, in Folge einer Einladung der Direktion des Innern, als Wanderlehrer in die verschiedenen Landestheile gesandt, um über verschiedene Themata Einzelvorträge zu halten. Auch diese Aussaat wird um so reichere Frucht bringen, je besser der Boden zur Aufnahme des Samens und zur Entwicklung desselben vorbereitet ist: durch allgemeine Schulung, naturwissenschaftliche Vorkenntnisse, Befähigung zum Verständniss von Vorträgen und Fortentwicklung des Gehörten mittelst landwirthschaftlicher Lektüre.

Als jüngstes erfreuliches Phänomen auf dem Gebiete des landwirthschaftlichen Unterrichtes nennen wir die im

Jahr 1872 von Hrn. Schazmann, gewesenem Direktor der Ackerbauschule in Kreuzlingen, in Thun errichtete *Milchversuchsstation*, an welcher junge Landwirthe und Sennen gegen Bezahlung eines Lehrgeldes nicht nur die Käsefabrikation und den ganzen Sennereibetrieb praktisch erlernen, sondern auch nachher einen theoretischen Kurs über die Milchwirthschaft und die damit verbundene Buchhaltung mitmachen und die permanente Ausstellung von Milchgeräthen, Apparaten zur Milchprüfung etc. studiren können. Möchten Käsehändler und Käser eine solche Anstalt gehörig unterstützen und endlich begreifen, dass auch auf diesem Gebiete nur bei Benutzung aller Fortschritte der Wissenschaft die Konkurrenz mit dem Auslande bestanden werden kann!

d. Die Handwerkerschulen.

Das hergebrachte Unterstützen einzelner Industriezweige durch Staatsbeiträge wurde namentlich in den Fünfziger Jahren geübt, in welchen der Kanton Bern die Erfahrung machen musste, dass auch eine ausschliesslich landwirthschaftliche Bevölkerung Krisen ausgesetzt ist. Jetzt sollten auf einmal eine Menge neuer Industrien in den hiezu am wenigsten vorbereiteten Gegenden eingeführt werden, und zwar wollte man dabei gerade den herabgekommensten, des Arbeitens am wenigsten gewohnten Theil der Bevölkerung, die Unterstützungsbedürftigen, verwenden: Strohflechterei, Seidenweberei, Uhrenmacherei, Sticken, Spitzenköppeln, Schnitzerei wurden in den ärmsten Gemeinden des Oberlandes, des Emmenthales und des Amtes Schwarzenburg einzuführen versucht. Natürlich kam wenig dabei heraus. Mit solchen Leuten, die man zum Theil polizeilich zum Arbeiten anhalten musste (Bericht über die Stickschule in Lenk), denen man ihre Produkte, auch wenn sie ungenügend waren und zu spät abgeliefert wurden, noch über den Marktpreisen bezahlen musste, während der Absatz der Waaren ohne Inanspruchnahme der Wohlthätigkeit oder der Lotterie nicht möglich war, liess sich eine lebensfähige neue Industrie nicht gründen.

Es war daher die Einführung von *Handwerkerschulen* durch das Sekundarschulgesetz von 1856 gegen jene Art der Industrieförderung ein Fortschritt. Wie wir aber schon früher bemerkten, konnten auch die Handwerkerschulen als blosse Schmarotzerpflanzen an den nicht zu günstig gestellten Sekundarschulen nicht gedeihen; die ohnehin genug beladenen Sekundarlehrer hüteten sich, die vorgeschriebene Einladung an die Handwerker zum Besuche eines solchen Unterrichtes in zudringlicher Weise zu erlassen, so dass an den meisten Sekundarschulorten keine Handwerkerschulen oder nur vorübergehende zu Stande kamen.

Das neue Reglement vom 12. Juli 1866 gab zwar diesen neuen Schulen etwas mehr Selbstständigkeit; indessen betrug auch seither deren Zahl nur acht bis zehn, mit höchstens 500—600 Zöglingen. Die wöchentliche Stunden-

zahl betrug 2—44 (an Abenden und Sonntagen), je von November bis März, jedoch mit progressiver Abnahme der Zöglinge vom Neujahr an. In den meisten dieser Schulen beschränkte sich der Unterricht auf Dinge, welche schon in der Primarschule hätten erlernt werden sollen: Aufsatz, Geschichte und Verfassungskunde, Rechnen, Buchhaltung, Freihandzeichnen. In den Städten und in industriellen Ortschaften kamen noch hinzu: technisches Zeichnen, Deutsch, Französisch, Physik. Den grösseren Theil der Kosten, in der Regel fast den ganzen ungedeckten Rest pflegt der Staat zu übernehmen, während die Gemeinden eine möglichst zurückhaltende Stellung einnehmen. Selbst ganz bedeutende Ortschaften, wie Langenthal und Herzogenbuchsee steuern nur Fr. 30, auch die Bundesstadt bloss Fr. 500 nebst dem Lokal, gegenüber einem Staatsbeitrag von Fr. 2000.

Von viel grösserer Bedeutung sind dagegen die *Schnitzler- und Uhrenmacherschulen* geworden, in welchen das in der Gegend vorherrschende Handwerk selbst den Mittelpunkt bildet, während die andern Lehrfächer eine subsidiäre Stellung einnehmen, bei der Schnitzerei das Zeichnen und Modelliren, bei der Uhrenmacherei Arithmetik, Algebra, Geometrie, Physik, Chemie und Mineralogie in ihrer Anwendung auf die Uhrenmacherei. Die älteste dieser Schulen ist die 1864 gegründete Zeichnungs- und Modellirschule in Brienz, welcher 1869 ähnliche Schulen in Interlaken und Meiringen folgten. Der Unterricht wird theils von Schnitzlern und Lehrlingen, theils, und zwar bilden die letzteren die Mehrzahl, von Sekundar- und Primarschülern besucht. Die jährlichen Ausgaben betragen für eine solche Schule Fr. 3—5000. Das Budget der Uhrenmacherschule in St. Immer, bisher circa Fr. 6200 betragend, soll nunmehr auf mehr als das Doppelte erhoben werden. Der Staatsbeitrag an die genannten Schulen und an die Handwerkerschulen betrug bisher im Ganzen Fr. 10—12,000.

Mit diesen Schulen verwandt, zum Theil auch von Genossen des Handwerks besucht, ist die im Jahr 1870 von der bernischen Künstlergesellschaft gegründete *Kunstschule in Bern* für die verschiedenen Zweige des Zeichnens, Malens und Modellirens nebst Vorträgen über die Geschichte der Kunst, wodurch die Zöglinge für Ausübung einer bildenden Kunst, eines Kunsthandwerks oder eines künstlerischen Lehrfaches befähigt werden sollen. Die Zöglinge, 70—80 beiderlei Geschlechts, bezahlen ein Schulgeld von Fr. 5—15 per Quartal, der Staat ertheilt einen jährlichen Beitrag von Fr. 2000, die Zünfte der Stadt Bern je Fr. 100. Die Schule benützt die Lokalien und Sammlungen der höheren Schulen, der akademischen Kunstsammlung und der Muster- und Modellsammlung.

Die *Muster- und Modellsammlung* in Bern, nach dem Muster derjenigen in Stuttgart gegründet im Jahr 1868 vom Handwerker- und Gewerbeverein in Bern und unterstützt von andern Gewerbs- und Handelsvereinen des

Kantons, von den städtischen Behörden (Fr. 1440) und vom Staat (Fr. 5000 per Jahr), enthält bereits eine recht schöne Zahl plastische Modelle, Zeichnungsvorlagen, Maschinen, Haushaltsgegenstände, Bücher und Zeitschriften und wird vom Publikum sehr zahlreich besucht. Ihre Räume und Vorlagen werden auch von den Zöglingen der Handwerkerschule und des Grütlivereins in Bern zum Zeichnen und Modelliren benutzt.

Die *Grütlivereine*, Verbindungen junger Handwerker, deren es im Kanton Bern etwa 26 gibt, haben trotz vielfacher Ungunst der Regierungen und Verlockungsversuchen der Internationalen, in achtungswerther schweizerischer Gesinnung und thatkräftiger Initiative stets die geistige Fortbildung ihrer Mitglieder gepflegt, lange ohne jegliche Unterstützung durch irgend welche Behörde. Sie pflegen dieselben Fächer wie die Handwerkerschulen nebst Gesang und Deklamation, sorgen für Lektüre und andere abendliche Unterhaltung im Vereinslokal und suchen ihren Mitgliedern auch einen moralischen Halt zu geben.

Auch die im Jahr 1861 gegründete bernische Sektion des *Vereins junger Kaufleute*, welcher keine Unterstützungen von Behörden, sondern nur von Kaufleuten selbst bezieht, ist den aus freier Initiative hervorgegangenen Fortbildungsanstalten beizuzählen. Er lässt seinen Mitgliedern Unterricht erteilen in den modernen Sprachen, Buchhaltung und Kalligraphie, übt sich in künstlerischen Produktionen, hört Vorträge über handelsrechtliche und national-ökonomische Themata und bietet in seinem Vereinslokale eine Bibliothek zur Lektüre und gesellige Unterhaltung.

Es würde zu weit führen, noch alle übrigen in irgend einer Weise ähnlich wirkenden Vereine, wie Turnvereine, Militärvereine, Gesangsvereine etc. hier aufzuzählen; hierüber wird ohnehin eine besondere Statistik Aufschluss geben; nur der theils von Vereinen, theils von Gemeinden gegründeten öffentlichen *Volks- und Jugendbibliotheken*, deren über 100 (über die Hälfte der Gesamtzahl) in dieser Periode gegründet worden sind, sei hier noch Erwähnung gethan. Sie erhalten von der Erziehungsdirektion alle zwei Jahre Unterstützungen und zwar seit einer Reihe von Jahren nicht mehr in Geld, sondern in Büchern, um deren Vorsteher auf vernachlässigte Fächer oder Schriftsteller aufmerksam zu machen; zudem müssen Statuten und Kataloge, bei deren Nichtvorhandensein Volksbibliotheken so oft in kurzer Zeit wieder zerstioben, bei Gelegenheit der Unterstützungsgesuche vorgewiesen werden.

Wir haben, während wir bloss von Handwerkerschulen zu berichten hatten, auch andere der beruflichen Bildung und der Fortbildung überhaupt dienende Einrichtungen in unser Referat hineingezogen, und wir müssen auch ferner bei der nun folgenden Prüfung der Frage, ob diese Institute genügen, die Fortbildungsmittel überhaupt in's Auge fassen, indem, wie wir sehen werden,

die gewerbliche Fortbildung sich von der allgemeinen Fortbildung nicht streng trennen lässt.

Man hört nun oft den Gedanken aussprechen, es komme mit der Fortbildung der der Schule entwachsenen Jugend und somit auch mit der gewerblichen Ausbildung zu Nichts, so lange nicht zu Stadt und Land für die gesamte Jugend vom fünfzehnten bis zum achtzehnten oder neunzehnten Altersjahr obligatorische Fortbildungsschulen, theils landwirthschaftlicher, theils gewerblicher Richtung eingeführt werden, womit dann gleichzeitig auch für die Fragen der Lehrerbesoldung — und Lehrerbildung eine befriedigendere Lösung sich bieten müsse.

Zunächst sei hiegegen darauf aufmerksam gemacht, dass noch nicht einmal die — ohnehin durch das neue Primarschulgesetz reduzierte — bereits vorhandene obligatorische Schulzeit gehörig eingehalten wird, wie sollte dann ein Mehreres durchführbar sein? Noch mehr: würden die gegenwärtig vorhandenen Gesetze, Reglemente und Unterrichtspläne gehörig vollzogen, so wäre das Meiste von Dem, was durch die obligatorischen Fortbildungsschulen erreicht werden soll, schon gethan; unsere Jugend müsste nicht durch ferneren Polizeizwang zu geistiger Beschäftigung, zu Lektüre und Fortbildung angehalten werden; Das gibt sich bei Denjenigen, welche im Lesen und Schreiben Uebung und Fertigkeit erworben, von selbst; mit den Fächern, welche die Handwerkerschulen gewöhnlich betreiben müssen, wäre hinlängliche Vertrautheit vorhanden*). So lange nicht die öffentliche Volksschule einen guten Grund allgemeiner Bildung gelegt und in allen von ihr betriebenen Fächern die ersten Schwierigkeiten überwunden hat, wird aller später gegebene Spezialunterricht, zumal in einer so kleinen Zahl von Stunden, überdies des Nachts und bei ermüdeten Arbeitern, nicht mehr Bedeutendes leisten können. Im Nachbarlande Württemberg hat man sogar die fernere Erfahrung gemacht, dass bei den Fortbildungsschulen mit Schulzwang gerade die geringsten Resultate erzielt werden, dass aber mit dem Wegfallen desselben die strebsamen Zöglinge, von Denjenigen, welche nichts gelernt und nichts lernen wollen, nicht mehr aufgehalten, von untüchtigen oder unpraktischen Lehrern nicht mehr um ihre theure freie Zeit betrogen, schöne Fortschritte machen. Dasselbe Württemberg hält auch konsequent an der Bezahlung eines Schulgeldes durch die Fortbildungsschüler, sowie daran fest, dass die übrigen Finanzmittel durch Staat und Gemeinde zu gleichen Theilen getragen werden sollen, indem nur dann, wenn die Ortschaft selbst die Kosten tragen hilft, für eine den lokalen Bedürfnissen entsprechende Leitung der Fortbildungsschulen Garantie

*) Freilich müsste dann der so vortrefflich angelegte Hutter'sche Zeichnungskurs etwas weniger mechanisch angewendet und überhaupt das Zeichnen planmässiger betrieben werden, als es jetzt noch so oft geschieht, vom naturkundlichen Unterricht, für welchen die Anschauungsmittel noch fehlen, nur nicht zu reden.

gegeben ist. — Dagegen würde der Staat den Fortbildungsschulen einen grossen Dienst leisten, wenn er für Ausbildung tüchtiger Lehrer, und zwar wo möglich solcher, die dem Gewerbestande angehören und bei demselben verbleiben, sorgte, ferner für sachkundige Inspektion, ganz besonders aber, im Vereine mit den Gewerbtreibenden, für Modelle, Vorlagen und Literatur.

Es ist hohe Zeit, soll nicht die schweizerische Industrie der fremden Konkurrenz erliegen, dass wir einen Blick werfen auf die enormen Anstrengungen, welche seit 20 Jahren in England, Frankreich, Belgien, Deutschland gemacht werden, um das Handwerk zu heben. — Welche Summen wandern in's Ausland für Hausgeräthe und Spielwaaren in Holz, Stein, Thon, Glas, welche wir im Inlande billiger erstellen könnten, wenn unsere Berufsleute ihr Handwerk nicht bloss nach alter Väter Sitte, sondern mit einem durch Anschauen, Zeichnen, Vergleichen gebildeten Geschmack und mit den Hilfsmitteln der modernen Mechanik betrieben! Blicken wir nur auf Württemberg, welches für 155 gewerbliche Fortbildungsschulen alljährlich 51,000 Gulden ausgibt (wovon 4500 Gulden für Inspektion und allgemeine Verwaltungskosten) und daneben nicht allein eine grosse Muster- und Modellsammlung unterhält, sondern die besten Vorlagen der Welt in einem besonderen Magazin sammelt und für seine Fortbildungsschulen zu mässigen Preisen vervielfältigen lässt. Noch interessanter ist der mit der ersten Weltausstellung von 1851 entstandene Wettkampf zwischen England und Frankreich in der künstlerischen Ausbildung der Arbeiter durch industrielle Museen, wandernde Museen, Heranbildung und Prämierung von Lehrern und Künstlern, Errichtung von Zeichnungssälen in den industriellen Ortschaften u. s. w.

Eine gehobene Volksschule, für die wir aber auch noch mehr leisten müssen, ist und bleibt die Hauptsache; aber es ist je länger je mehr nothwendig, dass die durch die Volksschule gegebene allgemeine Bildung ihre Ergänzung und Zuspitzung finde in speziell beruflichen Kenntnissen. Die Volksschule kann sich, wie oft ihr auch diese Zumuthung gemacht wird, nicht auf Unkosten der allgemeinen Bildung in die Berufsbildung einlassen, wenn sie nicht eine grosse Zahl von jungen Leuten in falsche, für sie nicht passende Bahnen treiben will: eine von tüchtigen Fachleuten dirigierte Berufsschule kann erst die rationelle Betreibung des Handwerks erleichtern. Der Staat Sorge dafür, dass diesen Berufsschulen, wenn durch die freie Initiative des Volkes solche entstehen, gute Modelle und tüchtige Lehrer gegeben und eine verständige Ueberwachung zu Theil werden könne. Dem Staate aber müssen Männer des Berufes und die Opferwilligkeit der Gemeinden zur Seite stehen, wenn seine Betheiligung Frucht bringen soll.

Schlusswort.

Unsere Leser werden sich überzeugt haben, dass wir nicht ohne Grund unsere Schulgeschichte nach Regierungsperioden eingetheilt haben: vielleicht auf keinem Gebiete haben unsere Regenten deutlicher gezeigt, in welchem Sinne sie Väter des Vaterlandes seien, als auf demjenigen der Erziehung, welche ja auch dieser Väter Hauptaufgabe ist. Wir haben dabei gesehen, wie da, wo die Gewalt in der Hand Weniger sich befindet, auch mit dem Gute der Wissenschaft geizt wird, indem die Regierenden wohl fühlen, dass mit der Erkenntniss auch die Begierde und die Fähigkeit kommt, dasjenige Amt auszuüben, welches sie als Privilegium ansehen. Umgekehrt, wo die Macht in den Händen des Volkes ist, sehen wir dasselbe eiforstüchtig darob wachen, dass auch die Mittel der Erkenntniss Allen in gleicher Weise angeboten werden, sowohl um ihrer selbst willen, als auch wegen der mit derselben verbundenen Macht.

Man würde aber gleichwohl der Volksherrschaft Unrecht thun, wenn man behaupten wollte, dass zu allen Zeiten von ihr die Wissenschaft am besten gepflegt werde. Wir haben gesehen, wie fatal die Zeiten der erbitterten Parteikämpfe und plötzlichen Regierungswechsel auf die Entwicklung unseres Schulwesens gewirkt haben. Das ist jedoch nicht das einzige Uebel. Auch in friedlichen Zeiten kommen von da her manche Uebelstände. Schulkommissionen, Bezirksbeamte, höhere Staatsbeamte müssen frei sein von Menschenfurcht (man denke nur an das Anzeigen und Bestrafen von Schulversäumnissen), wenn die *Schuladministration* gedeihen soll — auch hier ist die Tugend die Grundbedingung der Republik!

Auch der *Schulgesetzgebung* drohen bei der republikanischen Staatsreform manche Klippen: die Versuchung liegt für die Deputirten allzunahe, die materiellen Interessen des Volkes auf Unkosten der geistigen zu pflegen, um sich der Majorität desto leichter und schneller zu versichern.

Neue Gefahren entstehen, wo die höchste gesetzgebende Gewalt von der Repräsentation des Volkes auf dieses selbst, in der Form des Referendums, übergeht. Nicht etwa weil die Repräsentanten des Volkes aus edlerem Stoffe gemacht wären als ihre Wähler, sondern weil, wo neue Wahrheiten anerkannt, neue Opfer beschlossen werden sollen, die Majorität um so schwieriger zu erlangen ist, je mehr Köpfe zu überzeugen sind, und weil es überdies leichter ist, in einer zusammen tagenden Kammer einen Gegenstand erschöpfend durchzuberathen als in einem über ein grosses Gebiet zerstreuten Volke, welches nicht einmal durch die Presse in der Weise erreichbar ist, dass alle in Winkelversammlungen ausgestreuten Missverständnisse, Vorurtheile und Verdächtigungen beleuchtet werden könnten. Mag es auch gelingen, bei ausserordentlichen politischen Bewegungen das ganze Volk in eine

einlässliche Diskussion der öffentlichen Angelegenheiten hineinzuziehen, so folgt daraus nicht, dass dies das ganze Jahr hindurch bei allen Fragen der Gesetzgebung möglich sei, was die ablehnende Haltung hinlänglich erklärt, welche in jüngster Zeit neuen Gesetzen, namentlich Schulgesetzen gegenüber, vom Volke beobachtet worden ist. Selbst in die Rathssäle hinein kann das Referendum nachtheilig wirken in der Weise, dass man statt zweckmässiger, aber unpopulär aussehender Bestimmungen weniger zweckmässige, aber den herrschenden Vorurtheilen entsprechende in die dem Volke vorzulegenden Gesetze aufnimmt.

Wenn aber auch das Volk, von Vorurtheilen geleitet, der Volksbildung oft Schwierigkeiten in den Weg legt, so darf man es doch nicht als grundsätzlichen Gegner einer Sache ansehen, welche sein höchstes Gut ist. Es wird für dieses Gut, für alle nützlichen Kenntnisse die grössten Opfer bringen, sobald es gelingt, es von dem Werthe derselben zu überzeugen. Man zeige ihm die Ueberlegenheit der geschulten Nationen in den Künsten des Friedens und des Krieges, und es wird eine gute Schule verlangen; man zeige ihm, was andere Nationen für die Schule für Opfer bringen und in welcher Weise diese Opfer Früchte tragen, und es wird mit ihnen wetteifern.

In dieser Beziehung hat die Statistik mit ihrer schlagenden Beweisführung schon Manches geleistet. Und seit die Wiener-Weltausstellungskommission die Nationen zur Erstellung einer Schulstatistik eingeladen hat, ist auch die Schweiz mit einem würdigen Werk auf den Plan getreten, der von Hrn. Professor Kinkelin im Auftrag des hohen Bundesrathes verfassten schweizerischen Schulstatistik.

Zu dieser so bedeutsamen Arbeit wollte auch der Verfasser dieser Monographie einen Beitrag liefern, nicht als kantonaler oder eidgenössischer Beamter, sondern als Mitglied einer vom hohen Bundesrath für die Beschickung der Wiener-Ausstellung niedergesetzten Kommission.

Diese Arbeit soll zu derjenigen des Hrn. Professor Kinkelin eine Art Kommentar bilden. Während jene, gleichsam aus der Vogelperspektive, ein photographisches Bild der gegenwärtigen Schulzustände der Schweiz entwirft, versuchen wir, durch Zeichnung eines Vertikalschnittes, welcher die Ablagerungen der verschiedenen Jahrhunderte und Jahrzehnte dem Auge blosslegt, dem Leser die Entstehung der ihm bekannten Oberfläche darzulegen. Wir wählten dafür den Kanton Bern, welcher nicht bloss den Vortheil bot, dass das Material dem Verfasser am nächsten bei der Hand war, sondern zugleich auch der grösste Schweizerkanton ist und die verschiedenen in der Schweiz vorhandenen sprachlichen und konfessionellen Gegensätze in sich vereinigt.

Diese Geschichte mag Denjenigen, welche stets nur mit Verachtung von den Leistungen der Schule zu sprechen wissen, zeigen, welche Entwicklungsstufen — und mit welchen Kämpfen! — zu durchlaufen waren, um auf dem gegenwärtigen Standpunkt anzulangen, Denjenigen aber, welche immer das höchste Ziel schon erreicht glauben, einen Begriff geben von der Wucht, mit welcher gerade auf diesem Gebiete die Zeit vorwärts drängt, und von der Nothwendigkeit, diesem Drange zu folgen, wenn wir nicht von den andern Nationen überflügelt werden, unsere Freiheit und unsere materielle Wohlfahrt kompromittirt sehen wollen.

E r r a t a.

Seite	3,	Spalte	2,	Zeile	17	von	unten	lies:	welchen,	statt:	welchem.
»	7,	»	2,	»	20	»	»	»	Lateinschulen,	»	Lateinschule.
»	10,	»	1,	»	14	»	»	»	diejenigen,	»	diejenige.
»	12,	»	2,	»	14	»	oben	»	und,	»	oder.
»	14,	»	2,	»	27	»	»	»	Archinard,	»	Archinaud.
»	15,	»	2,	»	11	»	unten	»	jetziger,	»	jetzige.
»	16,	»	2,	»	2	»	oben	»	verlangen,	»	erwartet werden.
»	17,	»	1,	»	26	»	»	»	Schulzucht,	»	Schulzeit.
»	22,	»	1,	»	3	»	»	»	der Kirchenrath,	»	man.
»	22,	»	1,	»	12	»	»	»	er nur.	»	man.
»	23,	»	2,	»	10	»	unten	»	rangen,	»	warben.
»	29,	»	2,	»	2	»	oben	»	werden,	»	wird.
»	30,	»	2,	»	17	»	»	»	§,	»	P.
»	31,	»	1,	»	12	»	»	»	erscheinen,	»	erlassen.
»	31,	»	1,	»	27	»	»	»	durch,	»	in.
»	33,	»	2,	»	12	»	unten	»	nun,	»	nur.
»	38,	»	1,	»	20	»	»	streiche:	in Bern.	»	
»	38,	»	2,	»	21	»	oben	lies:	ersterem,	»	ersterer.
»	39,	»	2,	»	13	»	»	streiche:	die.	»	
»	40,	»	1,	»	1	»	unten	lies:	gewöhnt,	»	gewohnt.
»	51,	»	2,	»	11	»	oben	»	aufzunehmen,	»	aufzuehmen.
»	65,	»	1,	»	25	»	»	»	der realistischen Abtheilung,	»	der realistischen Klassen.
»	67,	»	2,	»	3	»	»	»	nach: unteren lies: oder.	»	
»	68,	»	1,	»	24	»	»	»	Kantonsschulbehörden,	»	Kantonsschulbehörden.
»	68,	»	1,	»	34	»	»	»	Unterrichtsstunden,	»	Unterrichtsstanden.
»	69,	»	2,	»	9	»	unten	»	der Erziehungsdirektion,	»	des Regierungsrathes.
»	70,	»	1,	»	8	»	oben	»	worunter,	»	worin.
»	71,	»	2,	»	1	»	»	»	der Sekundarschule,	»	ihr.
»	78,	»	2,	»	4	»	unten	»	ist,	»	wird.
»	80,	»	2,	»	27	»	oben	»	Angriffe,	»	Anklagen.

Tabelle I, A.

Ausgaben	1871.		1853.		1849.		1839.		1829.		1806.		1796.	
	Fr.	Ct.	Fr.	Ct.	Fr.	Ct.	Fr.	Ct.	Fr.	Ct.	Fr.	Ct.	Fr.	Ct.
a) der Erziehungsdirektion:														
Bureaukosten	13,729	81	7,126	06	7,902	67	12,713	97	2,055	—	2,003	33	33,971	01
Hochschule und Thierarznei- schule	204,597	82	100,473	67	109,061	88	113,855	23	81,231	88	66,950	34		
Kantonschulen	132,048	51	47,634	—	44,467	50	43,465	64						
Progymnasien und Sekundar- schulen	160,167	99	66,705	87	71,441	71	48,859	27	16,217	39	1,607	23		
Primarschulen	567,424	44	307,375	56	307,336	—	266,165	43	21,693	50				
Lehrerbildungs - Anstalten und Kurse	98,979	98	33,333	23	70,605	79	77,302	98	—	—	—	—		
Taubstummenanstalten	18,399	92	16,267	01	15,663	19	17,174	55	4,347	83	—	—		
Schulsynode	1,952	75	554	05	1,601	81	—	—	—	—	—	—		
Verschiedenes (Rathskredit) . .	3,000	—	500	—	2,772	97	2,226	32	1,859	28	4,398	55		
	1,200,301	22 ¹	579,969	45	630,853	52	581,763	39	127,404	88	74,959	45	33,971	01
b) der Direktion des Innern:														
Rettungsanstalten (3)	37,509	61	26,835	96	17,457	98								
Beiträge an Bezirksarmenerzie- hungsanstalten (7)	19,961	25	10,253	47	11,491	56								
Handels- und Gewerbeschulen .	11,351	50	7,076	46	2,281	56	1,739	14						
Ackerbauschule	17,720	48	—	—	—	—	—	—						
Verschiedene Beiträge für Ein- führung neuer Industriezweige	5,000	— ²	1,070	45	579	71	1,063	50						
	91,542	84	45,236	34	31,810	81	2,802	64						

1) 1872: Fr. 1,292,193. 48.

2) Muster- und Modellsammlung.

1) 1872: Fr. 1,292,193. 48.

2) Muster- und Modellsammlung.

Tabelle I, B.

Gründungsjahr höherer öffentlicher Schulen des Kantons Bern.

Jahr.

12.. Lateinschule in Bern, jetzt Bestandtheil der Kantonsschule.
 13.. Lateinschulen in Thun und Burgdorf, jetzt Progymnasien.
 1528 Obere Schule in Bern, 1805 zur Akademie, 1834 zur Hoch-
 schule erweitert.
 1591 Jesuitenkollegium in Pruntrut.
 1812 Kollegium in Delsberg.
 1817 Kollegium in Biel.
 1829 Bürgerliche Realschule in Bern, jetzt Gemeindeschule.
 1833 Lehrerseminar in Münchenbuchsee. Sekundarschulen in
 Langenthal, Kleindietwyl, Aarberg.
 1834 Bürgerliche Mädchenschule in Bern, jetzt Gemeindeschule.
 1835 Einwohnermädchenschule in Bern. Sekundarschule in Her-
 zogenbuchsee.
 1836 Sekundarschulen in Wynigen, Sumiswald, Kirchberg, Rahn-
 flüh (eingegangen 1843).
 1837 Lehrerseminar in Pruntrut. — Sekundarschulen in Lang-
 nau, Worb.
 1838 Lehrerinnenseminar in Niederbipp (später Hindelbank);
 Progymnasium in Thun, Sekundarschule in Frutigen
 (eingegangen 1843).
 1839 Sekundarschulen in Nidau, Erlach, Büren.
 1840 Sekundarschule in Interlaken (eingegangen 1842).
 1842 Sekundarschule in Laufen (eingegangen 1844).
 1846 Lehrerinnenseminar in Delsberg (aufgehoben 1853, Pro-
 gymnasium in Neuenstadt. Sekundarschulen in Bätter-
 kinden und Steffisburg.

Jahr.

1855 Progymnasium in Burgdorf; Sekundarschule in Belp (ein-
 gegangen 1860).
 1856 Kantonsschule in Bern. Sekundarschulen in Oberdiess-
 bach, Höchstetten, Laufen.
 1858 Kantonsschule in Pruntrut. Sekundarschulen in München-
 buchsee, Schwarzenburg, Interlaken, Wimmis, Blanken-
 burg (Zweisimmen), Goldbach (eingegangen 1864).
 1860 Ackerbauschule in Zollikofen. Sekundarschulen in Schü-
 pfen, Wiedlisbach, Fraubrunnen; Knabensekundar-
 schule in St. Immer.
 1861 Sekundarschule in Uetligen. Lehrerinnenseminar in Dels-
 berg.
 1863 Mädchensekundarschule in St. Immer.
 1865 Sekundarschulen in Signau und Belp.
 1866 Sekundarschulen in Laupen, Frutigen, Zweisimmen.
 1867 Sekundarschulen in Münsingen und Saanen.
 1868 Mädchensekundarschule in Delsberg. Sekundarschule in
 Diemtigen (eingegangen 1871).
 1869 Sekundarschule in Brienz. Mädchensekundarschulen in
 Neuenstadt und Thun.
 1870 Sekundarschule in Münster.
 1871 Sekundarschulen in Meiringen und Thurnen. Mädchen-
 sekundarschule in Biel.
 1872 Sekundarschulen in Tramelan und Lauperswyl; Mädchen-
 sekundarschule in Pruntrut.

Tabelle II.

Die finanziellen Leistungen

des

Staates und der Gemeinden für die Volksschulen: Primarschulen, Sekundar- und höhere Schulen (Progymnasien, Burgerschulen) ohne die Kantonsschulen. 1871.

Amtsbezirke.	Gesamtausgaben			Daran bezahlten					
	für			die Gemeinden			der Staat.		
	Primar- schulen.	Sekundar- und höhere Schulen.	Zusammen.	Primar- schulen.	Sekundar- schulen.	Zusammen.	Primar- schulen.	Sekundar- schulen.	Zusammen.
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Oberhasle	23,146	3,656	26,802	13,131	590	13,721	10,770	1,451	12,221
Interlaken	73,873	17,282	91,155	41,537	300	41,837	26,643	7,900	34,543
Frutigen	46,004	2,732	48,736	30,161	—	30,161	16,192	1,700	17,892
Saanen	16,317	3,216	19,533	8,671	200	8,871	6,925	1,600	8,525
Obersimmenthal	30,774	3,443	34,217	20,132	450	20,582	11,139	1,600	12,739
Niedersimmenthal	41,778	3,417	45,195	31,188	550	31,738	11,121	1,600	12,721
Thun	124,179	32,484	156,663	89,919	10,606	100,525	29,108	15,875	44,983
Signau	83,609	9,740	93,349	61,007	69	61,076	22,255	5,008	27,263
Konolfingen	98,569	15,915	114,484	75,400	549	75,949	23,751	6,727	30,478
Bern { Stadt	131,026	119,841	329,867	114,436	170,089	184,525	16,590	11,850	28,440
{ Land	69,253	3,989	73,242	67,778	—	67,778	19,570	1,825	21,395
Seftigen	66,044	3,637	69,681	50,661	—	50,661	15,800	1,490	17,290
Schwarzenburg	32,680	2,048	34,728	21,901	—	21,901	11,728	900	12,628
Burgdorf	87,415	44,186	131,601	64,051	19,140	83,191	21,360	16,067	37,427
Trachselwald	64,018	2,727	66,745	38,911	—	38,911	16,705	1,718	18,423
Aarwangen	121,666	17,994	139,660	78,904	2,961	81,865	22,565	8,964	31,529
Wangen	75,212	13,984	89,196	45,293	650	45,943	16,511	6,455	22,966
Fraubrunnen	40,974	10,646	51,620	36,533	1,301	37,834	7,060	5,125	12,185
Büren	36,772	4,095	40,867	25,265	1,697	26,962	9,550	1,762	11,312
Aarberg	71,094	8,219	79,313	44,013	1,193	45,206	20,286	3,583	23,869
Laupen	30,619	2,960	33,579	22,138	852	22,990	8,730	1,400	10,130
Erlach	25,113	3,673	28,786	17,036	1,006	18,042	6,600	1,563	8,163
Nidau	53,107	3,916	57,023	36,976	1,457	38,433	12,850	1,920	14,770
Biel	44,133	36,520	80,653	38,564	22,534	61,098	5,925	11,000	16,925
Neuenstadt	16,225	17,423	33,648	13,344	5,325	18,669	2,900	9,867	12,767
Courtellary	123,059	25,440	148,499	107,201	11,030	118,231	20,687	11,919	32,606
Münster	47,956	5,246	53,202	31,833	1,650	33,483	15,296	2,200	17,496
Delsberg	43,488	23,868	67,356	37,170	28,900	46,070	11,963	13,345	25,308
Freibergen	27,072	—	27,072	24,546	—	24,546	6,810	—	6,810
Pruntrut	58,543	3	58,543	36,021	—	36,021	19,263	3	19,263
Laufen	15,205	3,497	18,702	10,610	1,786	12,396	3,750	1,700	5,450
<i>Kanton</i>	1,818,923	524,794	2,343,717	1,334,331	164,885	1,499,216	450,403	158,114	608,517

¹⁾ Real-, Gewerbe-, Lerber- und die drei Mädchenschulen. In den Gemeindeleistungen ist der Beitrag Fr. 25,000 an den Schulhausbau der Einwohner-Mädchenschule nicht inbegriffen. Ausserdem sind die Ausgaben für die Kantonsschule Fr. 124,209, wovon der Staat Fr. 101,212 trägt.

²⁾ Ueberlassung von Einregistrationsgebühren Fr. 2500, Dotationszins Fr. 4000, andere Zinse Fr. 400.

³⁾ Hier besteht (1871) nur die Kantonsschule. Gesamtausgaben Fr. 40,830, des Staates allein Fr. 34,000.

* * *

Erläuterung. Zu den Gemeindeleistungen sind auch die Vermögenszinse gerechnet, insofern das Vermögen der Gemeinde, resp. der Anstalt, gehörte oder von derselben herrührte (z. B. von Dotationen). Die Ausgaben für Neubauten etc. sind jedenfalls nicht vollständig hier inbegriffen, weil meist im allgemeinen Ortsgut verrechnet. Daher sind auch die Staatsbeiträge zu Bauten nicht sämtlich in der Summe der Staatsleistungen. Ferner sind auch die Ausgaben für die Mädchenarbeitsschulen nur zum Theil hier inbegriffen und die Staatsbeiträge an solche, resp. die Staatszulage von Fr. 40 an jede Arbeitslehrerin, im Ganzen 1871 eine Summe von Fr. 58,876 betragend, sind nur zum geringen Theil in obigen Summen enthalten.

Die Gesamtleistungen für obige Schulen von Staat und Gemeinden in Geld und Natura (ungerechnet den Zins der Lokalien) mag auf Fr. 2,700,000 bis drei Millionen ansteigen.

Tabelle III.

Zahl der Einwohner im schulpflichtigen Alter, Schulbesuch, Schulfleiss und Anzeigen. 1871.

Amtsbezirke.	Einwohner im schulpflichtigen Alter. Geboren 1856/64.	Prozent der Bevölkerung.	Die Schule besuchten					Unentschuldigte Absenzen.				Anzeigen an den Richter wegen Schulfleiss.	
			Primar- Schulen.	Sekundar- Schulen.	Höhere Schulen, Spezial- & Armen- anstalten, Privat- schulen.	Zusammen.	Prozent der Bevölkerung.	Primar- Schulen.	Sekundar- Schulen.	Auf 1 Schüler		Zahl.	1 auf Schüler.
										Primar- Schulen.	Sekundar- Schulen.		
Oberhasle	1,433	19,2	1,372	55	—	1,427	19,1	24,175	484	17	8,8	242	5,9
Interlaken	5,005	21,1	4,616	189	29	4,834	20,4	55,959	2 56	12	0,4	353	13,6
Frutigen	2,275	21,5	2,147	32	—	2,179	20,6	16,755	114	7	3,6	107	20,3
Saanen	1,032	20,1	969	26	—	995	19,4	11,720	128	12	4,9	30	33,1
Obersimmenthal	1,809	22,8	1,743	33	—	1,776	22,4	23,797	147	14	4,5	195	9,1
Niedersimmenthal	2,155	20,8	2,040	44	—	2,084	20,1	20,053	206	9	4,7	32	65,1
Thun	6,048	20,6	5,627	292	—	5,919	20,2	76,705	287	14	1,0	129	45,8
Signau	4,911	20,8	4,555	120	36	4,711	19,9	104,895	435	23	3,6	192	24,3
Konolfingen	5,243	20,3	3,669	202	38	3,909	15,1	85,741	913	23	4,5	157	24,7
Bern { Stadt	5,415	15,0	3,145	179	1,936	5,260	14,6	33,935	—	11	—	—	—
{ Land	5,006	20,5	4,538	—	307	4,845	19,9	74,041	—	16	—	623	12,4
Seftigen	4,184	21,1	3,942	68	46	4,056	20,5	64,169	698	16	10,2	87	46,1
Schwarzenburg	2,532	22,5	2,258	16	—	2,274	20,2	37,428	250	16	15,6	104	21,9
Burgdorf	5,181	19,0	4,544	296	125	4,965	18,2	65,995	8 857	14	6,1	151	32,0
Trachselwald	4,922	20,8	4,702	38	119	4,859	20,6	97,775	506	21	13,3	275	17,2
Aarwangen	5,460	21,7	5,254	207	65	5,526	22,0	78,916	1,142	15	5,5	219	24,9
Wangen	4,080	21,0	3,673	122	34	3,829	19,7	51,691	397	14	3,3	91	41,7
Fraubrunnen	2,463	18,9	2,279	116	42	2,437	18,7	26,744	627	11	5,4	73	32,6
Büren	1,854	20,9	1,781	41	—	1,822	20,5	25,991	203	15	4,9	48	38,0
Aarberg	3,386	20,8	3,286	102	39	3,427	21,1	52,762	229	16	2,2	205	16,5
Laupen	1,856	20,2	1,798	37	—	1,835	19,9	29,814	537	16	14,5	53	34,6
Erlach	1,392	21,4	1,352	56	—	1,408	21,6	17,886	322	13	5,7	104	13,5
Nidau	2,540	20,7	2,330	52	—	2,382	19,4	34,565	81	15	1,5	92	25,9
Biel	2,024	18,9	1,494	179	195	1,868	17,4	15,810	390	10	2,2	217	7,7
Neuenstadt	979	22,1	822	89	122	1,033	23,4	15,381	—	19	—	59	15,4
Courtelary	4,965	21,7	3,912	244	63	4,219	18,5	106,243	1,195	27	4,9	230	18,0
Münster	2,860	20,7	2,349	34	41	2,424	17,5	51,076	—	22	—	84	28,4
Delsberg	2,378	18,1	2,080	79	—	2,159	16,4	48,233	225	23	2,8	9	239,9
Freibergen	2,178	20,1	1,694	—	178	1,872	17,3	73,691	—	43	—	51	33,2
Pruntrut	4,407	18,4	3,692	—	375	4,067	17,0	112,570	—	30	—	641	5,7
Laufen	1,103	19,4	1,040	33	—	1,073	18,9	26,539	568	25	17,2	223	4,8
Kanton	101,076	20,1	88,703	2,981	3,790	95,474	19,0	1,561,055	10,997	18	4 3,6	5,076	18,0

1) Die Schüler von Roggenburg und Ederschwyl, die zum XII. Bezirk Laufen eingetheilt sind, mussten hier beim Amtsbezirk Delsberg gelassen werden.

2) Nur von Aarmühle mit 146 Schülern; von Brienz unbekannt.

3) Von 141 Schülern; vom Progymnasium unbekannt; „unentschuldigte Absenzen dürfen keine gemacht werden“, sagt der Bericht.

4) Durchschnitt von 3041 Schülern, von 198 unbekannt.

Tabelle IV.

Amtsbezirke.	Zahl der		Zahl der Schulkinder.	Klassifikation der Primar-														
	Schulen.	Klassen.		K n a b e n .														
				G e b u r t s j a h r e .														
				Zahl.	1854	1855	1856	1857	1858	1859	1860	1861	1862	1863	1864	1865	1866	
Oberhasle	20	28	1372	683	—	—	39	58	56	85	76	64	85	95	84	35	6	
Interlaken	39	71	4616	2286	—	1	131	191	205	247	232	264	312	273	288	113	29	
Frutigen	30	42	2147	1106	—	2	64	101	96	139	128	130	131	123	125	60	7	
Saanen	14	19	969	493	—	—	28	54	42	52	46	51	79	59	50	28	4	
Obersimmenthal	20	33	1743	892	—	—	41	77	90	94	102	114	99	100	117	51	7	
Niedersimmenthal	26	42	2040	1017	—	4	61	92	96	128	126	109	120	120	120	41	—	
Thun	48	93	5627	2826	2	9	211	218	275	281	282	327	337	364	335	147	38	
Signau	42	75	4555	2268	—	1	149	210	246	251	267	246	281	290	264	63	—	
Konolfingen	46	84	3669	1836	—	—	99	224	177	185	192	175	225	222	225	104	8	
Bern { Stadt	10	67	3145	1577	—	—	97	143	128	150	176	176	198	225	215	69	—	
{ Land	37	74	4538	2276	—	3	126	208	231	237	235	247	272	273	271	146	27	
Seftigen	31	61	3942	1988	—	2	118	162	179	232	192	245	257	247	259	83	12	
Schwarzenburg	18	30	2258	1150	—	—	65	122	119	137	132	127	143	128	144	29	4	
Burgdorf	34	75	4544	2198	3	2	138	191	201	223	230	260	280	262	277	113	18	
Trachselwald	31	66	4702	2305	—	1	150	190	260	241	286	225	290	275	273	106	8	
Aarwangen	27	85	5254	2609	—	1	158	236	286	292	245	287	356	332	328	88	—	
Wangen	27	63	3673	1846	1	7	124	172	151	215	182	210	225	241	241	75	2	
Fraubrunnen	25	44	2279	1129	—	—	57	94	113	120	116	131	140	117	168	61	12	
Büren	16	36	1781	881	—	1	42	85	82	90	106	86	108	116	111	50	4	
Aarberg	38	66	3286	1681	—	1	96	157	143	211	220	174	166	212	203	87	11	
Laupen	19	31	1798	887	—	—	42	85	96	110	95	102	86	102	97	60	12	
Erlach	13	26	1352	709	—	1	61	62	67	76	70	69	70	100	99	34	—	
Nidau	27	48	2330	1185	—	—	71	92	127	134	116	130	146	156	140	61	12	
Biel	9	33	1494	775	—	1	7	54	72	75	95	86	81	107	115	67	15	
Neuenstadt	6	15	822	405	—	1	17	40	32	51	44	46	55	40	49	21	9	
Courtelary	37	72	3912	2021	—	1	13	88	140	209	225	243	281	294	284	180	63	
Münster	41	54	2349	1167	1	4	46	88	102	130	130	91	129	141	147	92	66	
Delsberg	42	52	1986	1071	—	—	3	70	113	115	134	128	112	142	124	107	23	
Freibergen	26	34	1694	887	6	4	7	56	92	85	102	113	102	96	112	76	36	
Pruntrut	63	78	3692	1951	3	2	18	105	169	198	227	217	239	226	275	191	81	
Laufen	15	20	1134	579	—	—	3	40	54	73	67	61	63	71	82	59	6	
Kanton	877	1617	88703	44684	16	49	2282	3765	4240	4866	4876	4934	5468	5549	5622	2497	520	

schüler nach Geburtsjahren.

M ä d c h e n .														B e i d e G e s c h l e c h t e r .													
G e b u r t s j a h r e .														G e b u r t s j a h r e .													
Zahl.	1854	1855	1856	1857	1858	1859	1860	1861	1862	1863	1864	1865	1866	1854	1855	1856	1857	1858	1859	1860	1861	1862	1863	1864	1865	1866	
689	—	5	53	59	68	71	76	69	84	93	77	31	3	—	5	92	117	124	156	152	133	169	188	161	66	9	
2330	—	—	149	182	235	219	247	244	298	315	287	124	30	—	1	280	373	440	466	479	508	610	588	575	237	59	
4041	—	—	63	102	96	129	125	120	115	97	129	57	8	—	2	127	203	192	268	253	250	246	220	254	117	15	
476	—	—	23	44	48	42	56	51	72	68	54	17	1	—	—	51	98	90	94	102	102	151	127	104	45	5	
851	—	—	43	75	79	108	93	101	97	93	106	41	15	—	—	84	152	169	202	195	215	196	193	223	92	22	
1023	—	5	61	96	101	119	119	115	132	124	105	44	2	—	9	122	188	197	247	245	224	252	244	225	85	2	
2801	2	5	188	234	299	301	297	322	332	310	319	160	32	4	14	399	452	574	582	579	649	669	674	654	307	70	
2287	—	1	156	238	230	267	274	244	242	297	261	77	—	—	2	305	448	476	518	541	490	523	587	525	140	—	
1833	—	—	117	176	170	180	173	214	221	206	255	110	11	—	—	216	400	347	365	365	389	446	428	480	214	19	
1568	—	—	83	131	165	161	161	166	196	202	232	70	1	—	—	180	274	293	311	337	342	394	427	447	139	1	
2262	—	1	136	209	236	242	275	257	212	267	286	123	18	—	4	262	417	467	479	510	504	484	540	557	269	45	
1954	1	1	109	164	200	215	228	230	249	229	226	89	13	1	3	227	326	379	447	420	475	506	476	485	172	25	
1108	—	—	61	100	115	139	129	138	116	145	132	32	1	—	—	126	222	234	276	261	265	259	273	276	61	5	
2346	3	4	148	207	260	235	266	234	261	315	277	122	14	6	6	286	398	461	458	496	494	541	577	554	235	32	
2397	—	1	125	253	238	274	266	262	275	264	322	105	12	—	2	275	443	498	515	552	487	565	539	595	211	20	
2645	—	1	167	249	286	277	326	292	333	298	328	88	—	—	2	325	485	572	569	571	579	689	630	656	176	—	
1827	—	6	124	165	191	198	194	205	197	244	223	74	6	1	13	248	337	342	413	376	415	422	485	464	149	8	
1150	—	1	67	96	107	145	104	130	139	140	141	69	11	—	1	124	190	220	265	220	261	279	257	309	130	23	
900	—	—	40	70	90	118	113	105	105	117	102	38	2	—	1	82	155	172	208	219	191	213	233	213	88	6	
1605	—	1	103	138	162	184	194	162	174	195	197	76	19	—	2	199	295	305	395	414	336	340	407	400	163	30	
911	—	—	31	80	94	91	108	97	116	92	112	65	25	—	—	73	165	190	201	203	199	202	194	209	125	37	
643	—	—	36	55	60	75	73	63	76	85	91	28	1	—	1	97	117	127	151	143	132	146	185	190	62	1	
1145	—	2	56	111	110	132	120	138	124	128	168	44	12	—	2	127	203	237	266	236	268	270	284	308	105	24	
719	—	1	8	36	57	66	86	104	101	101	92	60	7	—	2	15	90	129	141	181	190	182	208	207	127	22	
417	6	4	15	35	30	26	46	43	64	60	53	24	11	6	5	32	75	62	77	90	89	119	100	102	45	20	
1891	—	—	14	83	110	198	196	210	287	272	246	203	72	—	1	27	171	250	407	421	453	568	566	530	383	135	
1182	9	8	46	95	100	108	137	127	137	145	143	78	49	10	12	92	183	202	238	267	218	266	286	290	170	115	
915	—	1	1	42	98	113	113	99	116	110	110	80	32	—	1	4	112	211	228	247	227	228	252	234	187	55	
807	5	3	15	32	84	85	104	100	92	96	97	65	29	11	7	22	88	176	170	206	213	194	192	209	141	65	
1741	—	—	45	69	175	201	225	200	199	208	209	169	71	3	2	33	174	344	399	452	417	438	434	484	360	152	
555	—	—	—	42	57	70	68	71	71	66	61	42	7	—	—	3	82	111	143	135	132	134	137	143	101	13	
44019	26	51	2253	3668	4351	4789	4992	4913	5233	5382	5441	2405	515	42	100	4535	7433	8591	9655	9868	9847	10701	10931	11063	4902	1035	

